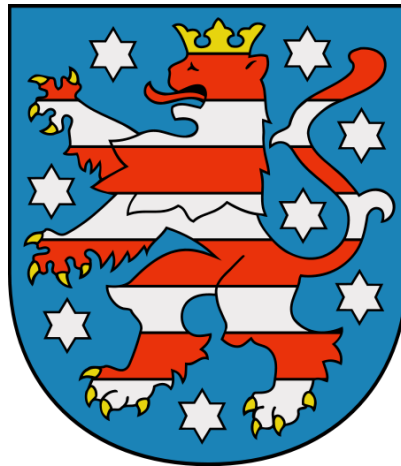


POLITISCHE KULTUR IM FREISTAAT THÜRINGEN



Politische Kultur in Stadt und Land Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2022

Prof. Dr. Marion Reiser (wissenschaftliche Leitung)
Dr. Anne Küppers
Volker Brandy
Dr. Jörg Hebenstreit
Dr. Lars Vogel

Friedrich-Schiller-Universität Jena
Institut für Politikwissenschaft
KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung,
Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration



FRIEDRICH-SCHILLER-
UNIVERSITÄT
JENA



Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort</i>	6
I. Einleitung.....	8
II. <i>Leben in Thüringen: Sozioökonomische und demographische Rahmenbedingungen aus einer Stadt-Land-Perspektive</i>	10
III. <i>„Stadt“ und „Land“ in Thüringen</i>	27
III.1. <i>„Stadt“ und „Land“ in der Augen der Thüringer:innen</i>	28
III.2. <i>Bewertung der Lebensbedingungen in der eigenen Gemeinde</i>	35
III.3. <i>Unterschiede in den politischen Einstellungen zwischen „Stadt“ und „Land“</i>	45
III.3.1. <i>Gefühl des „Abgehängtseins“</i>	45
III.3.2. <i>Politische Unterstützung in „Stadt“ und „Land“</i>	52
IV. <i>Demokratie, Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit</i>	59
IV.1. <i>Demokratie: Einstellungen und Engagement</i>	59
IV.1.1. <i>Einstellungen zu Demokratie und Diktatur</i>	59
IV.1.2. <i>Institutionenvertrauen</i>	66
IV.1.3. <i>Politische Partizipation</i>	69
IV.2. <i>Rechtsextreme und populistische Einstellungen in Thüringen</i>	77
IV.2.1. <i>Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen</i>	77
IV.2.2. <i>Populismus, rechtsextrem-autoritärer Ethnozentrismus und rechtsextreme Demokratieablehnung</i>	81
IV.2.3. <i>Erklärungsfaktoren für Rechtsextremismus und Populismus</i>	89
IV.3. <i>Verschwörungserzählungen</i>	97
IV.4. <i>Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Thüringen: Rassismus, Antisemitismus und Antifeminismus</i>	101
IV.4.1. <i>Migrant:innenfeindlichkeit</i>	103
IV.4.2. <i>Muslim:innenfeindlichkeit</i>	105
IV.4.3. <i>Antisemitismus</i>	107
IV.4.4. <i>Antifeminismus</i>	111
V. <i>Fazit</i>	114
<i>Literatur</i>	121
<i>Bisherige THÜRINGEN-MONITORE</i>	128
<i>Anhang 1: Methodik des THÜRINGEN-MONITORS</i>	129

<i>Anhang 2: Methoden-Glossar</i>	133
<i>Anhang 3: Stichprobeninformationen</i>	136
<i>Anhang 4: Regressionsmodelle</i>	137
<i>Anhang 5: Tabellarische Übersichten</i>	141

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Thüringen und Entwicklung der individuellen finanziellen Lage, 2000-2022.....	11
Abb. 2: Thüringen im Vergleich mit ost- und westdeutschen Ländern 2000-2022	12
Abb. 3: Bevölkerungsdichte der Thüringer Landkreise	13
Abb. 4: Die Thüringer Landkreise nach Ländlichkeitsklassen	15
Abb. 5: Bevölkerungssaldo	17
Abb. 6: Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung.....	18
Abb. 7: Abiturient:innenquote.....	19
Abb. 8: Bruttoinlandsprodukt.....	20
Abb. 9: Haushaltsnettoeinkommen und Arbeitslosenquote	21
Abb. 10: ÖPNV-Versorgung und Bahn-Fernverkehrsanbindung	23
Abb. 11: Breitband-Internetversorgung	24
Abb. 12: Hausarztichte und Versorgung mit Lebensmittelgeschäften	25
Abb. 13: Einstufung der eigenen Gemeinde auf Stadt-Land- bzw. Zentrum-Peripherie-Kontinuum.....	29
Abb. 14: Verbundenheit mit Gemeinde, Region, Thüringen	31
Abb. 15: Wordcloud mit den Antworten auf die offene Frage, was „Land“ bzw. „Stadt“ in Thüringen ausmacht	32
Abb. 16: Kategorisierte Antworten auf die offene Frage „Was macht für Sie ‚Land‘ aus?“	33
Abb. 17: Kategorisierte Antworten auf die offene Frage „Was macht für Sie ‚Stadt‘ aus?“	33
Abb. 18: Bewertung der Struktur- und Lebensbedingungen in der eigenen Gemeinde.....	38
Abb. 19: Bewertung der wirtschaftlichen Lage der eigenen Stadt/Gemeinde im Vergleich zum Rest von Thüringen	39
Abb. 20: Einschätzung der wirtschaftlichen Lage der eigenen Gemeinde im Vergleich zum Rest von Thüringen	40
Abb. 21: Entwicklung der eigenen Stadt/Gemeinde in den vergangenen 10 bis 15 Jahren nach Ländlichkeitsklassen	42
Abb. 22: Zukunftsprognose für die eigene Stadt/Gemeinde nach Ländlichkeitsklassen	43
Abb. 23: Vergangenheitsbewertung und Zukunftsprognose für die eigene Gemeinde.....	44
Abb. 24: „Abgehängtsein“ von der Bundes- und Landespolitik	47
Abb. 25: „Abgehängtsein“ von der Bundespolitik nach Ländlichkeitsklassen.....	47

Abb. 26: Gefühl des „Abgehängtseins“ von der Bundespolitik.....	48
Abb. 27: „Abgehängtsein“ von der Landespolitik nach Ländlichkeitsklassen	49
Abb. 28: Lineares Regressionsmodell „Abgehängtsein“ von der Bundespolitik.....	50
Abb. 29: Lineare Regressionsmodelle Gefühl des „Abgehängtseins“ von der Bundespolitik nach Ländlichkeitscluster.....	51
Abb. 30: Institutionenvertrauen in Stadt und Land	54
Abb. 31: Selbstwirksamkeit, Parteienverdrossenheit und Responsivitätswahrnehmung nach Ländlichkeitsklassen	55
Abb. 32: Politische Partizipation in Stadt und Land (würde ich tun bzw. habe ich schon getan, in Prozent)	57
Abb. 33: Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit 2001–2022	60
Abb. 34: Bewertung alternativer Gesellschaftsordnungen 2001–2022.....	62
Abb. 35: Demokratietypen 2001–2022	63
Abb. 36: Selbstwirksamkeit und Parteienverdrossenheit 2001–2022	64
Abb. 37: Responsivität, Selbstwirksamkeit und Parteienverdrossenheit	65
Abb. 38: Selbsteinstufung auf einer politischen Links-Rechts-Skala 2000–2022	65
Abb. 39: Institutionenvertrauen 2000–2022.....	67
Abb. 40: Institutionenvertrauen.....	68
Abb. 41: Formen legaler politischer Partizipation 2001–2022	69
Abb. 42: Politische Partizipation.....	71
Abb. 43: Gewaltbereitschaft 2001–2022: „für meine Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist.“	72
Abb. 44: Gewaltbereitschaft: „für meine Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist“ nach Links-Rechts-Selbsteinstufung	73
Abb. 45: Einflussfaktoren Politischer Partizipation 2021 und 2022	76
Abb. 46: Zustimmung zu den Aussagen zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen.....	80
Abb. 47: Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen 2001–2022.....	81
Abb. 48: Aussagen zur Messung populistischer, neurechter und rechtsextremer Einstellungen. 84	
Abb. 49: Populistische und rechtsextreme Einstellungen in Thüringen.....	88
Abb. 50: Populistische und rechtsextreme Einstellungen in den vier Ländlichkeitsklassen.....	90
Abb. 51: Populistische und rechtsextreme Einstellungen nach eingeschätztem Zugang zu Dienstleistungen	91

Abb. 52: Populistische und rechtsextreme Einstellungen nach Einschätzung der relativen wirtschaftlichen Lage des eigenen Wohnorts.....	92
Abb. 53: Populistische und rechtsextreme Einstellungen nach Gefühl des politischen und kulturellen „Abgehängtseins“ (Bundesebene).....	93
Abb. 54: Populistische und rechtsextreme Einstellungen nach Gefühl des politischen und kulturellen „Abgehängtseins“ (Landesebene).....	93
Abb. 55: Einflussfaktoren rechtsextremer und populistischer Einstellungen	95
Abb. 56: Verbreitung von Verschwörungsdenken	99
Abb. 57: Verschwörungsdenken nach politischer Selbsteinschätzung	100
Abb. 58: Zustimmung zu migrant:innenfeindlichen Aussagen.....	102
Abb. 59: Anzahl der migrant:innenfeindlichen Aussagen, denen zugestimmt wurde.	104
Abb. 60: „Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren unsere Werte, NICHT so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind“	106
Abb. 61: „Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind“	107
Abb. 62: Zustimmung zu antisemitischen Aussagen 2000-2022	108
Abb. 63: Zustimmung zu sekundärem Antisemitismus nach Gefühl des „Abgehängtseins“ von der Bundespolitik	110
Abb. 64: „Durch den Feminismus werden in unserer Gesellschaft die Männer systematisch benachteiligt“	113

Vorwort

Der Thüringen-Monitor 2022 ist das 22. Gutachten zur politischen Kultur im Freistaat Thüringen. Im Zentrum der seit dem Jahr 2000 jährlich durchgeführten Befragung der Thüringer Bevölkerung steht die Untersuchung ihrer politischen Einstellungen, ihrer Demokratiezufriedenheit und -unterstützung, ihres Institutionenvertrauens und der politischen Partizipation. Ein weiterer Fokus liegt in der Analyse von Herausforderungen und Bedrohungen der Demokratie wie Populismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus.

Unser diesjähriges Schwerpunktthema lautet ‚Politische Kultur in Stadt und Land‘, das in diesem Jahr in Kooperation mit der Internationalen Bauausstellung (IBA) Thüringen entwickelt wurde. Die IBA Thüringen hat seit 2012 vielfältige Projekte zum Thema „StadtLand“ durchgeführt und stellt die Ergebnisse im Laufe dieses Jahres im Rahmen ihrer Abschlusspräsentation vor, um „von Thüringen zu lernen“. Dafür sind gerade auch die Perspektiven und Einstellungen der Thüringer:innen ganz wesentlich: Welche Wahrnehmungen haben die Thüringer:innen von „Stadt“ und „Land“? Zeigen sich Stadt-Land-Unterschiede in den politischen Einstellungen zu Demokratie, Rechtsextremismus und Antisemitismus? Und fühlen sich Thüringer:innen in ländlichen bzw. peripheren Regionen, wie häufig vermutet, tatsächlich politisch, wirtschaftspolitisch bzw. sozial „abgehängt(er)“ als in den Städten? Diese hochaktuellen Fragestellungen greift der diesjährige THÜRINGEN-MONITOR auf, um die politische Kultur im ländlich geprägten Freistaat aus einer Stadt-Land-Perspektive zu untersuchen.

Der THÜRINGEN-MONITOR wird von der **Thüringer Staatskanzlei** in Auftrag gegeben. Die Grundlage ist eine repräsentative telefonische Befragung mit folgenden Eckdaten:

- Befragungszeitraum: 19. September bis 6. Dezember 2022
- Stichprobenziehung: nach Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik quitierte Zufallsauswahl unter Thüringer:innen, die bei Bundestagswahlen wahlberechtigt sind (Auswahl von Festnetzanschlüssen nach dem Gabler-Häder-Design). Um verlässliche Aussagen zu den Einstellungsmustern in Abhängigkeit von der Ländlichkeit des Wohnortes machen zu können, wurden bei der Stichprobenziehung die vier Ländlichkeitsklassen in Thüringen („städtisch“, „etwas ländlich“, „moderat ländlich“ sowie „sehr ländlich“) berücksichtigt. Zum anderen wurde die Stichprobengröße im Vergleich zu den Vorjahren deutlich erhöht, um pro Ländlichkeitscluster eine ausreichend große Anzahl an Thüringer:innen befragen zu können.
- Stichprobengröße: 1.885 Befragte
- Datenerhebungsverfahren: Computerunterstützte Telefoninterviews (CATI)
- Gewichtung nach: Alter, Geschlecht, Bildung, Haushaltsgröße (IPF-Gewichtung) sowie Ländlichkeitsklassen
- Fehlertoleranz: ca. eineinhalb Prozentpunkte (bei einem Anteilswert von fünf Prozent), ca. drei Prozentpunkte (bei einem Anteilswert von 50 Prozent)

Auf die Methodik des THÜRINGEN-MONITORS wird im Anhang ausführlicher eingegangen. Über Grundlagen der Befragungsforschung und der statistischen Auswertungsverfahren informiert außerdem das Methoden-Glossar. Die konkreten Frageformulierungen und die Häufigkeitsverteilungen nach ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen der Befragten sind im Tabellenteil dokumentiert. Bei den gerundeten Prozentangaben im Text handelt es sich, sofern nicht anders angegeben, um gültige Prozente, d. h. die Antwortkategorien „weiß nicht“, „keine Angabe“ und „trifft nicht zu“ werden aus den Analysen ausgeschlossen.

Wir danken Frau Prof. Kathrin Leuze, Dr. Thomas Ritter, Sarah Christel sowie dem gesamten Team des CATI-Labors am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena, die auch in diesem Jahr die telefonische Befragung durchgeführt haben. Bedanken möchten wir uns auch bei Dr. Marta Doehler-Behzadi, Geschäftsführerin der IBA Thüringen, und ihrem Team für die konstruktive Zusammenarbeit für den Themenschwerpunkt zu „Stadt“ und „Land“. Danken möchten wir auch der design.ideo aus Erfurt für die Erstellung des barrierefreien Dokuments. Ein besonderer Dank gilt Ines Schildhauer, Richard Kuba, Maximilian Nehring, Nathalie Neuberger, und Pierre Zissel für ihre Unterstützung bei der Erstellung des Gutachtens.

Jena, im März 2023

Marion Reiser

I. Einleitung

Während der Beginn des Jahres 2022 noch von Auseinandersetzungen über den Umgang mit der Corona-Pandemie geprägt war, verschob sich der Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine im Frühjahr 2022 schlagartig. Unmittelbar nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine befürchteten mehr als zwei Drittel der Deutschen, dass es wieder zu einem großen Krieg in Europa kommen könne und ebenso viele äußerten die Befürchtung, dass Russland weitere Länder in Europa angreifen könne. Gleichzeitig bewegte die Situation der Menschen in der Ukraine 90 Prozent der Bundesbürger:innen (Infratest 2022a). Im Verlauf des Jahres 2022 nahmen die Sorgen um die ökonomischen Auswirkungen des Krieges aufgrund stark steigender Energie- und Lebensmittelpreise, der höchsten Inflation seit über 70 Jahren und den damit einhergehenden Wohlstandsverlusten erheblich zu (Infratest 2022b). Von Ende Februar 2022 bis März 2023 wurden zudem über eine Million Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland registriert – rund 28.000 davon in Thüringen (Mediendienst Integration 2023). Während die Corona-Pandemie und ihre Folgen die politische Kultur in Thüringen in den Jahren 2020 und 2021 stark beeinflusste und entsprechend im Zentrum des THÜRINGEN-MONITORS 2020 und 2021 stand, hat sich entsprechend der Fokus im diesjährigen Gutachten geändert. So untersucht der THÜRINGEN-MONITOR, inwiefern sich diese aus politischen, ökonomischen und ökologischen Dimensionen zusammensetzende Vielfachkrise auf die politischen Einstellungen in Thüringen auswirkt.

Darüber hinaus beschäftigt sich der diesjährige THÜRINGEN-MONITOR im Rahmen des jeweils wechselnden Schwerpunktthemas mit der „Politischen Kultur in Stadt und Land“. Ziel der Untersuchung ist es herauszufinden, ob es Unterschiede in der Bewertung der Struktur- und Lebensbedingungen sowie in den politischen Einstellungen zu Demokratie, Rechtsextremismus und Populismus zwischen städtischen und ländlichen Gemeinden gibt. Denn einerseits wird in der Debatte um die Stadt-Land-Beziehung häufig beobachtet, dass sich die räumlichen Grenzen zwischen Stadt und Land aufzulösen scheinen. Auch kulturell hätten sich die Lebenswelten in Stadt und Land einander angeglichen (Doehler-Behzadi 2020, 593). Anstatt von einer dichotomen Gegenüberstellung von „Stadt“ und „Land“ auszugehen, solle das Stadt-Land-Gefälle daher als Kontinuum verstanden werden (Kenny & Luca 2021). Andererseits wird in der politikwissenschaftlichen Forschung in den vergangenen Jahren verstärkt über sogenannte „abgehängte“ ländliche bzw. periphere Regionen debattiert. Diese seien durch wirtschaftlichen Niedergang, schlechte Infrastrukturanbindung, Abwanderung und Überalterung charakterisiert (u. a. De Lange 2022; Diermeier 2020; Rodríguez-Pose 2018).

In Kapitel II werden zunächst die aktuell verfügbaren Rahmendaten zur ökonomischen, sozialstrukturellen und infrastrukturellen Entwicklung in Thüringen diskutiert. Dabei liegt ein besonderer Fokus auf den zentralen Unterschieden zwischen städtischen und ländlichen Regionen im Freistaat. Des Weiteren wird die im Zuge der Studie genutzte Ländlichkeitstypologie („städtisch“, „etwas ländlich“, „moderat ländlich“ sowie „sehr ländlich“) diskutiert sowie die Zuordnung der kreisfreien Städte und Landkreise zu diesen Ländlichkeitsclustern vorgestellt.

Kapitel III fokussiert auf das diesjährige Schwerpunktthema „Politische Kultur in Stadt und Land“. Dazu wird zunächst untersucht, was die Menschen in einem so ländlich geprägten Bundesland wie Thüringen unter den Begriffen „Stadt“ und „Land“ verstehen und wie sie den Grad der Ländlichkeit ihrer eigenen Gemeinde bewerten. Anschließend werden die Wahrnehmungen der Struktur- und Lebensbedingungen durch die Bürger:innen in städtischen und ländlichen Regionen genauer untersucht. Weiterhin wird in diesem Kapitel den Fragen nachgegangen, ob sich in Thüringen Stadt-Land-Unterschiede hinsichtlich der politischen Einstellungen messen lassen und ob sich die Bewohner:innen ländlicher Regionen tatsächlich politisch, wirtschaftspolitisch und kulturell stärker „abgehängt“ fühlen als die Menschen in den großen Städten – und falls ja, welche Einflussfaktoren dieses Gefühl des „Abgehängtseins“ erklären können.

Das darauffolgende Kapitel IV umfasst das sogenannte Standbein des THÜRINGEN-MONITORS. Entsprechend wird die Entwicklung der politischen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung zu Demokratie, Rechtsextremismus und Antisemitismus in die Langzeitbetrachtung eingebettet. Im ersten Unterkapitel wird geklärt, inwieweit die Befragten die Demokratie unterstützen und wie sich Demokratiezufriedenheit und das Vertrauen in zentrale Institutionen im Laufe der Zeit verändert haben. Zudem wird die politische Beteiligung der Thüringer:innen analysiert (Kapitel IV.1). Wie seit dem ersten THÜRINGEN-MONITOR im Jahr 2000 üblich, liegt der Schwerpunkt des Unterkapitels IV.2 auf der Messung rechtsextremer Einstellungen und der Untersuchung der zentralen Einflussfaktoren. Hinzu kommt – wie bereits im Gutachten 2021 – ein Fokus auf die Verbindung von rechtsextremen Einstellungen mit populistischen und neu-rechten Einstellungen. Vor dem Hintergrund des diesjährigen Schwerpunktthemas liegt ein weiteres Augenmerk auf Stadt-Land-Unterschieden in der Verbreitung von populistischen und rechtsextremen Einstellungen. Anknüpfend an die THÜRINGEN-MONITORE 2020 und 2021 nimmt Kapitel IV.3 anschließend die Zustimmung zu Verschwörungserzählungen in den Blick. Komplettiert wird das Kapitel zu durch den Themenkomplex „Migration, Integration, Diversität“ (Kapitel IV.4).

Kapitel V fasst die zentralen Befunde des diesjährigen Gutachtens zusammen.

II. Leben in Thüringen: Sozioökonomische und demographische Rahmenbedingungen aus einer Stadt-Land-Perspektive

Die sozioökonomischen und demographischen Bedingungen, unter denen die Thüringer:innen leben, stellen im THÜRINGEN-MONITOR alljährlich den Ausgangspunkt und Rahmen der Untersuchung dar. Zu diesem Zweck werden die persönlichen Einschätzungen und Einstellungen der Thüringer Bürger:innen mit Strukturdaten zur Entwicklung und den Rahmenbedingungen im Freistaat unterfüttert. Vor dem Hintergrund des diesjährigen Schwerpunkts zum Thema „Politische Kultur in Stadt und Land“, wird ein besonderer Fokus auf die Abbildung der sozioökonomischen, demographischen und infrastrukturellen Situation in den Thüringer Landkreisen und kreisfreien Städten sowie die diesbezüglichen Unterschiede gelegt. So haben Untersuchungen gezeigt, dass die Alltagsumgebung einen erheblichen Einfluss auf die Einstellungen von Personen hinsichtlich politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Fragestellungen haben kann (Salomo 2019).

In Abbildung 1 ist zu sehen, wie die Thüringer:innen die **Entwicklung ihrer persönlichen sowie der allgemeinen finanziellen Situation** bewerten. Nachdem auch in den Jahren der Covid-19-Pandemie 2020 und 2021 der positive Trend der vergangenen Jahre Bestand hatte, ist dies 2022 nicht der Fall. Mit einem durchschnittlichen Wert von 2,46 (wobei 4 eine „sehr gute“ und 1 eine „sehr schlechte“ Einschätzung der wirtschaftlichen Lage bezeichnet), ist die Beurteilung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage im Vergleich zum Vorjahresmittelwert von 2,76 deutlich zurückgegangen. Dies zeigt sich auch im Anteil derjenigen Befragten, die die wirtschaftliche Lage Thüringens als „gut“ bezeichnen. Hier ist ein Rückgang von 23 Prozentpunkten zu konstatieren. Unter dem Eindruck des russischen Angriffs auf die Ukraine und der damit zusammenhängenden Energiekrise bewerteten die Thüringer:innen im Befragungszeitraum im Herbst 2022 die allgemeine wirtschaftliche Lage in Thüringen so schlecht wie seit zwölf Jahren nicht mehr. Selbst im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 war kein derartiger Rückgang zu erkennen. Weniger dramatisch bewerteten die Thüringer:innen hingegen die persönliche wirtschaftliche Lage. Nach dem Höchstwert von 2,91 im Vorjahr ist der Mittelwert leicht auf 2,8 gesunken (ebenfalls auf einer Skala von 1-4, wobei 1 für eine „sehr schlechte“ und 4 für eine „sehr gute“ finanzielle Situation steht). Dies stellt im zeitlichen Vergleich immer noch eine positive Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Situation dar. Der Anteil der Befragten, die ihre eigene finanzielle Situation als gut bewerten ist zudem um fünf Prozentpunkte (von 79 auf 74 Prozent) zurückgegangen. Somit ist die Diskrepanz zwischen der Einschätzung der persönlichen und der allgemeinen wirtschaftlichen Situation so groß wie seit der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht mehr. Angesichts der starken Preiserhöhungen bei Lebensmitteln und Energieträgern im Jahr 2022 ist diese verhältnismäßig positive Beurteilung der persönlichen ökonomischen Situation durchaus bemerkenswert.

Abb. 1: Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Thüringen und Entwicklung der individuellen finanziellen Lage, 2000-2022
(Anteil der Befragten, die „sehr gut“ und „gut“ antworten zusammengefasst, in Prozent)

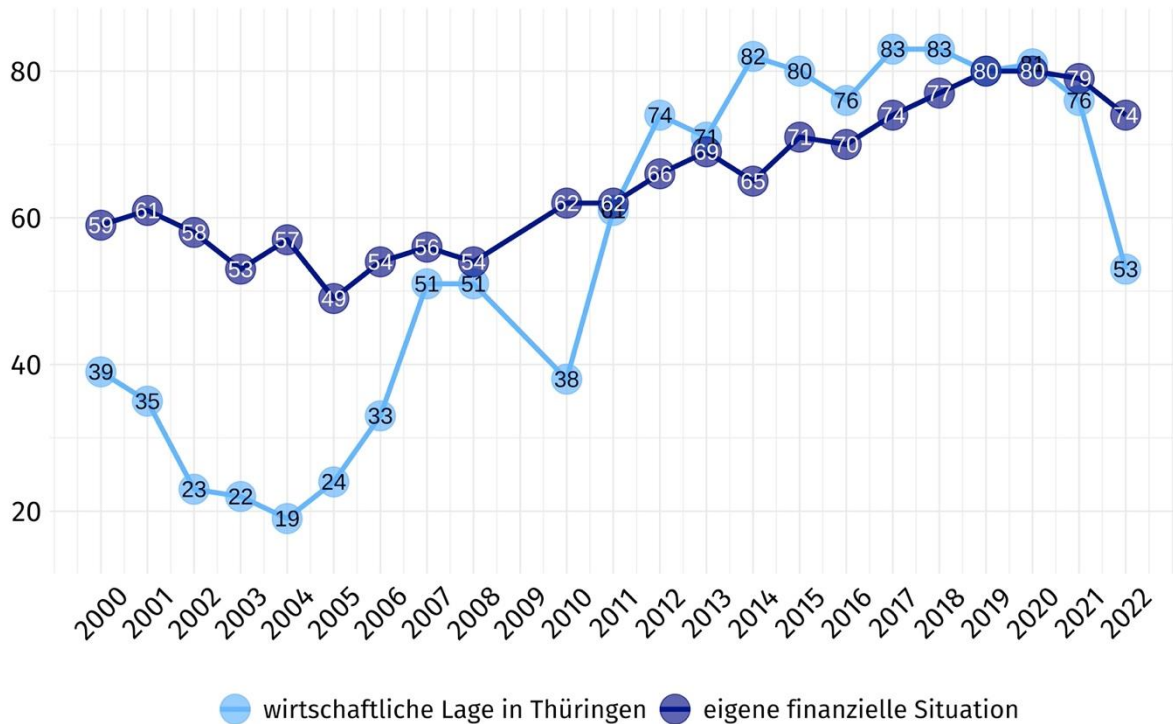
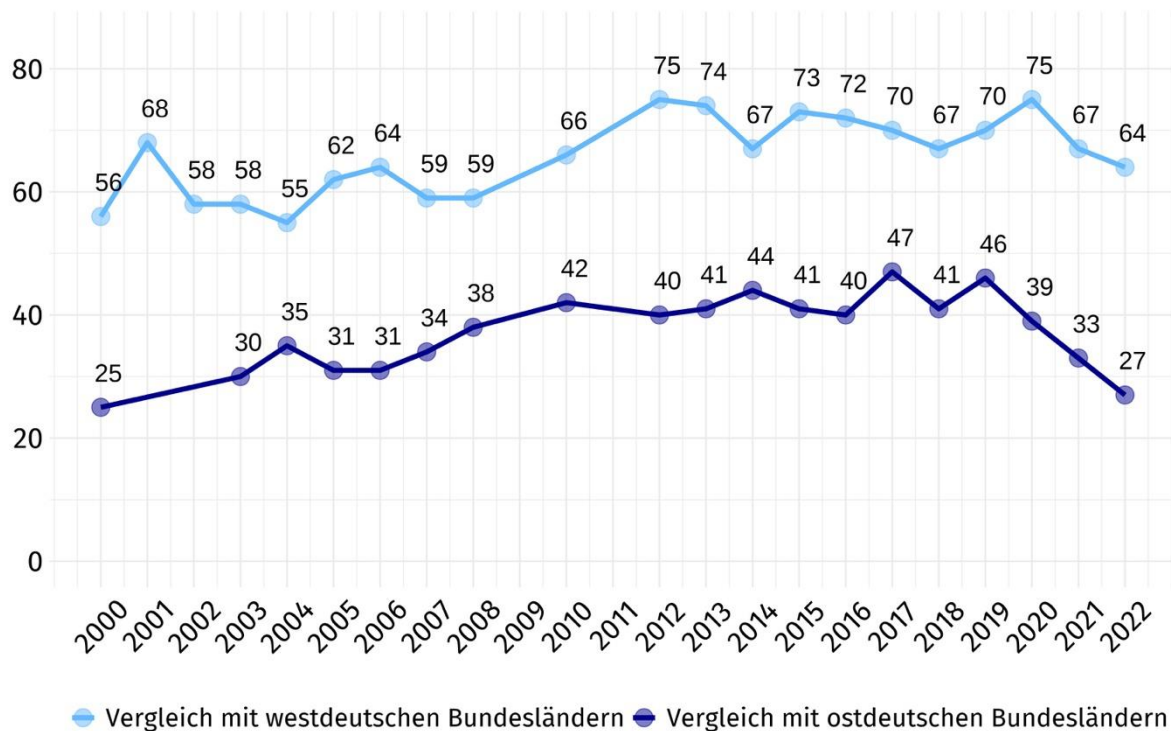


Abbildung 2 zeigt die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage Thüringens im Vergleich mit den übrigen ostdeutschen Bundesländern sowie mit den westdeutschen Ländern durch die Befragten. Der Einschätzung, dass Thüringens wirtschaftliche Lage besser sei als in anderen ostdeutschen Bundesländern stimmen nur noch 27 Prozent der Befragten zu. Stellten die 33 Prozent im Jahr 2021 schon einen im Zeitverlauf niedrigen Wert dar, so liegt die Zustimmung im Jahr 2022 angesichts von Energiekrise und hoher Inflation noch einmal signifikant niedriger. Lediglich im Jahr 2000, dem ersten Jahr in der Zeitreihe des THÜRINGEN-MONITORS, war die diesbezügliche Wahrnehmung der Thüringer:innen negativer.

In der über die Bewertung ökonomischer Indikatoren hinausgehenden Aussage, dass Thüringen den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen“ braucht steht Thüringen im Vergleich besser da, doch auch hier ist die Zustimmung zurückgegangen. In der Stichprobe des THÜRINGEN-MONITOR 2022 stimmen 64 Prozent der Befragten zu. 2021 waren es 67 Prozent. Laut den Befragten scheinen die Auswirkungen der Krise also vor allem Thüringen und andere Ost-Bundesländer zu treffen, sodass Thüringen hier im wirtschaftlichen Vergleich weniger deutlich einbüßt.

Abb. 2: Thüringen im Vergleich mit ost- und westdeutschen Ländern 2000-2022
(Zustimmung in Prozent)



Das Schwerpunktthema des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS sind die unterschiedlichen Lebensrealitäten in städtischen und ländlichen Räumen. Ausgangspunkt ist die in der öffentlichen Diskussion geäußerte These, ländliche Räume seien zunehmend politisch, wirtschaftlich bzw. wirtschaftspolitisch und sozial ‚abgehängt‘. Sozioökonomischer Wohlstand sowie gesellschaftlicher Einfluss konzentrierte sich in den urbanen Zentren (Deppisch 2019; Rodríguez-Pose 2018; Sixtus et al. 2019). Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwiefern solche Muster auch in Thüringen erkennbar sind und sich ggf. existierende Unterschiede auf die politischen Einstellungen auswirken. Zunächst ist jedoch konzeptionell und methodisch zu klären, wie „Stadt“ und „Land“ in dieser Untersuchung konzeptualisiert werden können und welche Thüringer Landkreise und kreisfreien Städte als eher städtisch und welche als eher ländlich eingestuft werden können.

Ländlichkeit

Eine häufige Kenngröße zur Ermittlung der Ländlichkeit ist die **Bevölkerungsdichte** einer Region (siehe Abbildung 3). Die vier Landkreise mit der geringsten Bevölkerungsdichte in Thüringen sind im Jahr 2021 Hildburghausen (66 Personen pro km²), der Saale-Orla-Kreis (69), der Kyffhäuserkreis (70) und Sömmerda (85). Die am dichtesten besiedelten Landkreise stellen Sonneberg (123), der Ilm-Kreis (131), Gotha (143) und das Altenburger Land (154) dar. Die kreisfreien Städte verfügen naturgemäß über eine deutlich höhere Bevölkerungsdichte, wobei hier zwischen dem Minimum Suhl (255) und dem Maximum Jena (963) eine große Spannweite besteht. Die Bevölkerungsdichte Thüringens beträgt insgesamt 130 Personen je km², was den viertniedrigsten Wert unter den Bundesländern darstellt (Statistisches Bundesamt 2022a).

kulturellen und wirtschaftlichen Zentrum eines Landes verstanden.² Gemein ist den genannten Indizes, dass sie auf einer kleinen Anzahl an Indikatoren basieren und dadurch Gefahr laufen, die vielfältigen Dimensionen des Konzeptes Ländlichkeit nicht abzubilden.

Daher wird zur Bestimmung der Ländlichkeit der Thüringer Kreise im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR der **Landatlas des Thünen-Instituts** (2022) genutzt, da dieser neben bereits genannten Indikatoren zusätzlich eine Reihe an sozioökonomischen Faktoren einbezieht.³ Trotz dieser breiten Konzeption bietet der *Landatlas* eine übersichtliche Darstellung des Grads der Ländlichkeit. Inwiefern die in Wissenschaft und Verwaltung genutzten Kriterien tatsächlich mit den Vorstellungen übereinstimmen, die die Bürger:innen von „Stadt“ und „Land“ haben, ist eine Frage, die in Kapitel III.1 beantwortet wird.

Aus den Indikatoren wird im *Thünen Landatlas* ein Ländlichkeitswert berechnet und jeder Landkreis und jede kreisfreie Stadt in Abhängigkeit von Ländlichkeit und sozioökonomischer Lage in eine von fünf Kategorien⁴ eingeordnet. Für Thüringen ergibt diese Zuordnung eine Dreiteilung in die nicht-ländlichen kreisfreien Städte Jena und Erfurt sowie eher ländliche Kreise und sehr ländliche Kreise mit jeweils weniger guter wirtschaftlicher Lage. Damit ähnelt die Einteilung dem Ergebnis des „Teilhabeatlas Deutschlands“, in dessen Analyse alle Landkreise Thüringens im gesamtdeutschen Vergleich in die Kategorie „Abgehängte Regionen“ eingeordnet werden und alle kreisfreien Städte als „Großstädte mit Problemlagen“ geführt werden – mit Ausnahme von Jena, die als „attraktive Großstadt“ in der mittleren von drei Kategorien landet (Sixtus et al. 2019). Allgemein wird Thüringen als sehr ländliches Bundesland eingestuft. So gibt es im Freistaat keine stark verstädterten Regionen, wie beispielsweise das Ruhr- oder das Rhein-Main-Gebiet, und auch keine Metropol-Regionen im Umland von Millionenstädten. Auch die Thüringer Großstädte sind im bundesdeutschen Vergleich eher klein. Erfurt, die größte Stadt Thüringens, liegt mit 213.000 Einwohner:innen auf Platz 37 der größten Städte Deutschlands (Statistisches Bundesamt 2022b).

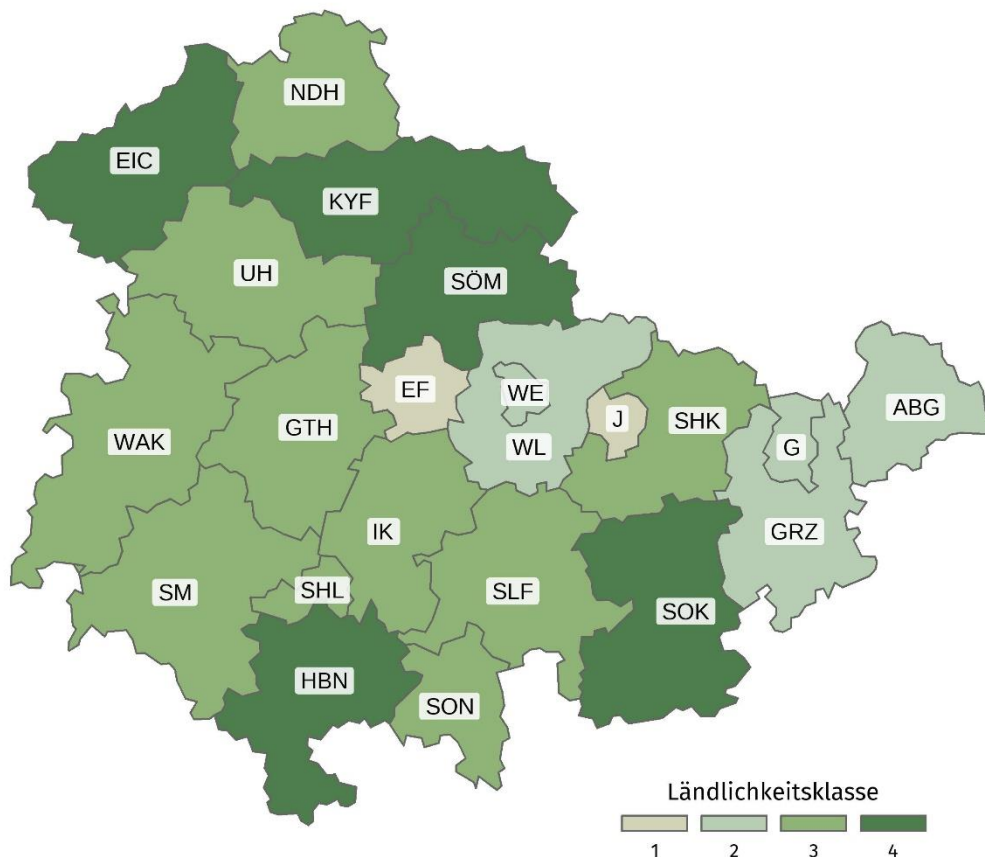
Um vor diesem Hintergrund eine differenziertere Analyse der Ländlichkeit im THÜRINGEN-MONITOR zu ermöglichen, wurden die Landkreise und kreisfreien Städte in Abhängigkeit ihres Ländlichkeitswertes (bei gleicher sozioökonomischer Lage) mithilfe einer Clusteranalyse in vier Klassen („Cluster“) unterteilt: „städtisch“, „etwas ländlich“, „moderat ländlich“ sowie „sehr ländlich“ (siehe Abb. 4). Diese modifizierte Thünen-Ländlichkeitstypologie bildete auch die Grundlage für die diesjährige Stichprobenziehung (siehe ausführlich Kapitel zur Methodik des THÜRINGEN-MONITORS im Anhang).

² Wobei politisches, kulturelles und wirtschaftliches Zentrum nicht zwangsweise durch einen Ort repräsentiert werden müssen. Ein Beispiel hierfür ist die Niederlande, wo das wirtschaftliche und kulturelle Zentrum Amsterdam nicht das politische Zentrum (dies ist Den Haag) darstellt.

³ Zu den Indikatoren zählen: Siedlungsdichte, Anteil agrarwirtschaftlicher Flächen, die Erreichbarkeit großer Zentren, der Anteil an Ein- und Zweifamilienhäusern, die Arbeitslosenquote, Lohnniveau und Medianeinkommen, die Steuerkraft, das Gesamtwanderungssaldo, Wohnungsleerstand, Schulabbrecher:innenquote sowie die durchschnittliche Lebenserwartung.

⁴ Die Kategorien sind ‚nicht ländlich‘, ‚etwas ländlich mit guter sozioökonomischer Lage‘, ‚etwas ländlich mit weniger guter sozioökonomischer Lage‘, ‚sehr ländlich mit guter sozioökonomischer Lage‘ und ‚sehr ländlich mit weniger guter sozioökonomischer Lage‘.

Abb. 4: Die Thüringer Landkreise nach Ländlichkeitsklassen



Quelle: Thünen-Institut 2022; eigene Berechnung

Wie in Abbildung 4 zu sehen ist, stehen in Thüringen die kreisfreien Großstädte Erfurt und Jena heraus, welche mit Werten von -0,77 und -0,9 als städtisch gelten.⁵ Als etwas ländlich können das Altenburger Land, Greiz und Gera sowie das Weimarer Land und Weimar mit Indexwerten zwischen 0,13 und 0,28 eingestuft werden.⁶ Moderat ländlich sind in der genutzten Aufteilung mit Werten zwischen 0,42 und 0,62 die Landkreise Gotha, Ilm-Kreis, Saalfeld-Rudolstadt, Sonneberg, Nordhausen, Wartburgkreis mit Eisenach⁷, Unstrut-Hainich-Kreis, Saale-Holzland-Kreis und Schmalkalden-Meiningen mit Suhl. Sömmerda, Eichsfeld, Saale-Orla-Kreis, Kyffhäuserkreis und Hildburghausen gelten nach dem Thünen-Institut als die ländlichsten Landkreise in Thüringen, wobei Hildburghausen mit 0,92 deutlich den Maximalwert aufweist, während sich die übrigen vier Kreise in einem Bereich von 0,71 bis 0,78 bewegen.

⁵ Negative Indexwerte beschreiben eher städtische Räume, positive Werte eher ländliche Räume. Der städtische Maximalwert liegt in Deutschland bei -4,54 für Berlin, der ländliche Maximalwert liegt bei 1,12 im Landkreis Lüchow-Dannenberg. Das Thüringer Spektrum reicht von -0,9 in Jena bis 0,92 in Hildburghausen

⁶ Der *Thünen-Landatlas* bestimmt keine eigenen Ländlichkeitswerte für kreisfreie Städte unter 100.000 Einwohner:innen. In Thüringen betrifft dies Weimar, Gera, Suhl und vormals Eisenach. Diese werden mit ihrem Umlandkreis zusammengefasst (im Fall von Suhl ist dies Schmalkalden-Meiningen).

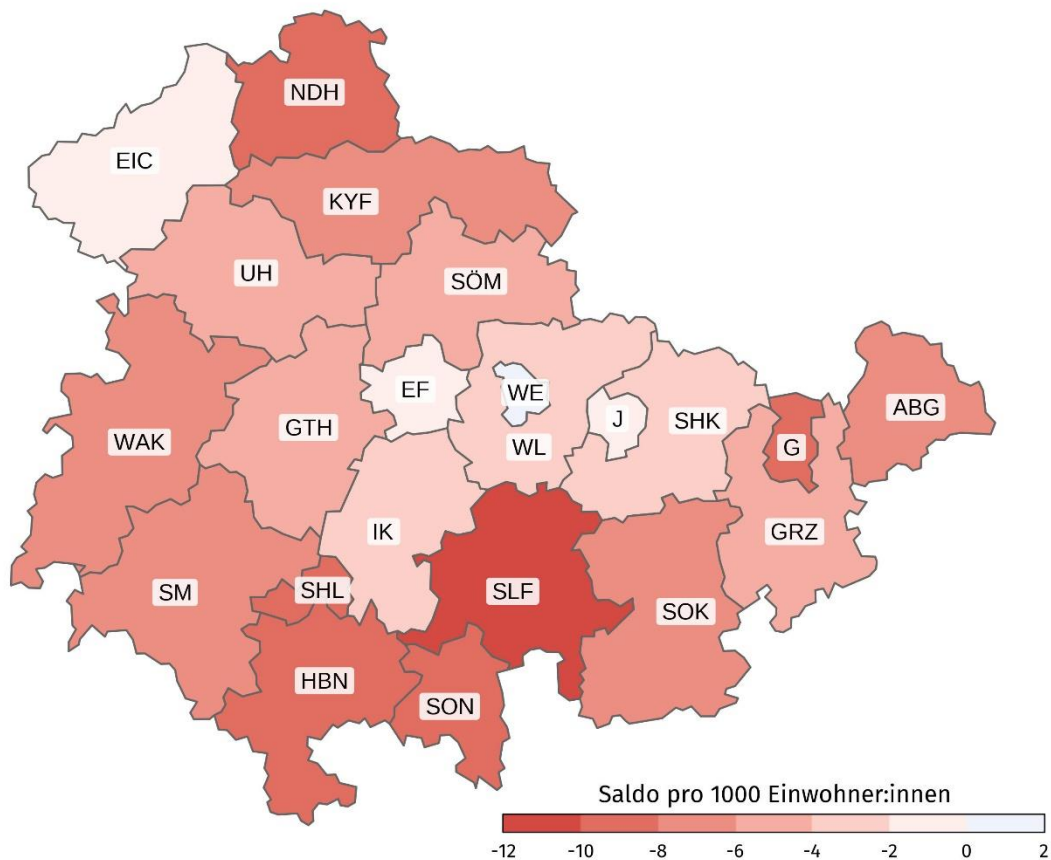
⁷ Eisenach ist erst seit dem 1. Juli 2021 Teil des Wartburgkreises. Folglich wird Eisenach für Indikatoren, die vor diesem Datum erhoben wurden, noch als kreisfreie Stadt dargestellt.

Trotz des Einbezugs weiterer Indikatoren fällt auf, dass die Bevölkerungsdichte einen starken Einfluss auf den Ländlichkeitswert einer Region hat. So stellen die vier am dünnsten besiedelten Landkreise gleichzeitig vier der fünf Landkreise mit den höchsten Ländlichkeitswerten dar. Aus den sehr ländlichen Regionen (Cluster 4) liegt einzig der Landkreis Eichsfeld mit 105 Personen je km² im Thüringer Mittelfeld. Wie ausgeführt, untersucht der diesjährige THÜRINGEN-MONITOR, ob sich die politischen Einstellungen der Thüringer:innen in ländlichen Regionen von jenen in städtischen Regionen unterscheiden. Fühlen sich Menschen in strukturell schwächeren Regionen tatsächlich eher „abgehängt“? Welche Faktoren beeinflussen also, ob sich Menschen politisch, (wirtschafts-)politisch bzw. kulturell „abgehängt“ fühlen? Um diese Fragen beantworten zu können, wird im Folgenden eine Auswahl demographischer, sozioökonomischer und infrastruktureller Kennzahlen der Thüringer Landkreise und kreisfreien Städte vorgestellt. Dies ermöglicht den Vergleich dieser Strukturdaten mit den Wahrnehmungen und Einstellungen der Thüringer:innen (vgl. Kapitel III). Dabei spiegelt die Auswahl der in diesem Kapitel untersuchten Indikatoren Erkenntnisse der Forschungsliteratur über zentrale Erklärungsfaktoren für die „revenge of the places left behind“ (Rodriguez-Posé 2018) bzw. „abgehängter“ Regionen wider (u. a. Bergmann et al. 2018; De Lange et al. 2022; Dijkstra et al. 2020; Salomo 2019; Sixtus et al. 2019; Velthuis et al. 2022).

Demographische Entwicklung

Aus demographischer Perspektive ist die Bevölkerungsentwicklung besonders interessant, da eine schrumpfende und gleichzeitig alternde Bevölkerung Sozialsysteme und Arbeitsmarkt vor wachsende Herausforderungen stellt (Wilke 2020). Insgesamt ist die Thüringer Bevölkerung im Jahr 2021 im Vergleich zum Vorjahr um rund 11.000 Personen gesunken. Damit wurde der negative Trend der Vorjahre bestätigt (vgl. Reiser et al. 2021a, 11). Ausschlaggebend ist hierfür die im Vergleich zu den Sterbefällen geringere Geburtenrate (Saldo: -19.500), der ein Zuwachs von 8.500 Personen durch einen positiven Zuwanderungssaldo gegenübersteht (Thüringer Landesamt für Statistik 2022). In Abbildung 5 ist der **Bevölkerungssaldo pro 1.000 Einwohner:innen** im Jahr 2021 dargestellt. Analog zum Thüringer Gesamtwert haben alle Landkreise und kreisfreien Städte einen positiven Wanderungssaldo und einen negativen Geburtensaldo. Dabei ist die Stadt Weimar die einzige Region, die 2021 um 1,3 Personen pro 1.000 Einwohner:innen gewachsen ist. Auch die kreisfreien Städte Jena (-1,6) und Erfurt (-1,9) schneiden im Thüringer Vergleich verhältnismäßig positiv ab, während Gera (-8,1) und Suhl (-8,8) unter den am stärksten schrumpfenden Räumen liegen. Dabei wird deutlich, dass strukturelle Unterschiede, unabhängig von Stadt oder Land, stark mit der Altersstruktur der Regionen zusammenhängen (siehe Abb. 6). Regionen mit einer höheren Anzahl junger Familien, wie etwa die Großstädte, schneiden entsprechend durch einen besseren Geburtensaldo naturgemäß besser ab. Saalfeld-Rudolstadt (-11,5), Sonneberg (-9,5) und Nordhausen (-9,2) sind 2021 die am stärksten schrumpfenden Landkreise, während es mit dem Eichsfeld (-1,5), dem Ilm-Kreis (-2,1) und dem Weimarer Land (-2,3) auch ländliche Regionen gibt, die im Thüringer Vergleich gut abschneiden. Anders als bei den angeführten kreisfreien Städten kommen diese Werte vor allem durch Zuwanderung zustande. So hat der Ilm-Kreis einen Geburtensaldo von -10,2, der jedoch durch den Spitzenwert von 8,1 im Wanderungssaldo größtenteils ausgeglichen wird.

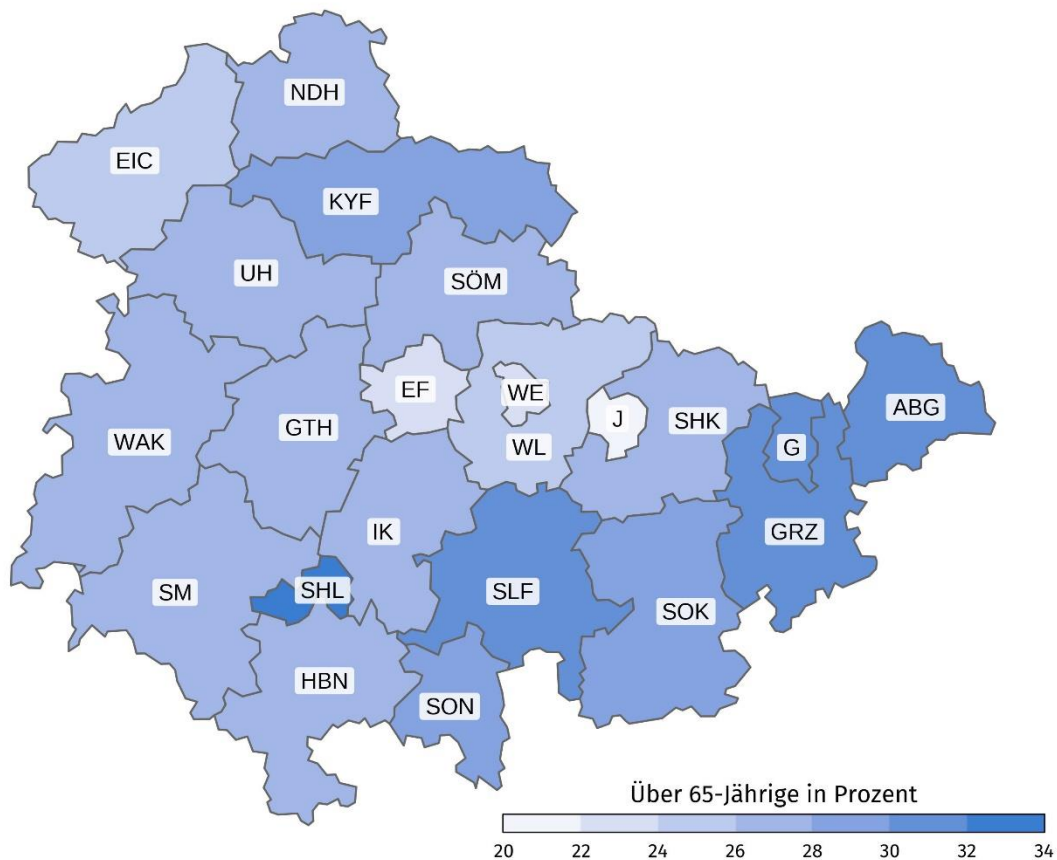
Abb. 5: Bevölkerungssaldo



Anmerkung: Erhebungsjahr 2021. Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik 2022; eigene Darstellung

Allgemein ist Thüringen im bundesdeutschen Vergleich eines der Länder mit dem höchsten **Durchschnittsalter** in der Bevölkerung. 2016 lagen mit Suhl, Greiz und dem Altenburger Land drei der zehn „ältesten“ Landkreise Deutschlands im Freistaat; Suhl wird häufig als „älteste Stadt Deutschlands“ bezeichnet (Fiedler 2019; TMASGFF 2019). Die genannten Räume stellen auch 2021 hinsichtlich des Alters die Spitzenreiter dar. So sind in Suhl 34 Prozent der Menschen über 65 Jahre alt, im Altenburger Land 32 und in Greiz 31 Prozent. Die Groß- und Universitätsstädte stechen bezüglich des Altersdurchschnitts hingegen erwartbar heraus und unterscheiden sich diesbezüglich deutlich von den ländlichen Räumen. In Jena (22 Prozent), Erfurt (23) und Weimar (24) liegt der Anteil der Bevölkerung, der im Jahr 2021 65 Jahre und älter ist, deutlich niedriger als in den restlichen Landkreisen und kreisfreien Städten. Die Daten für Suhl (34) und Gera (30) zeigen jedoch auch, dass kreisfreie Städte nicht automatisch eine jüngere Bevölkerung haben. Der demographische Wandel stellt die Thüringer Landkreise somit in unterschiedlichem Ausmaß vor Probleme. Es ist anzunehmen, dass sich der negative Trend auch in den kommenden Jahren fortsetzt und insbesondere Regionen mit einer ungünstigen demographischen Entwicklung vor großen Aufgaben stehen. Entsprechend sieht eine Studie zur Zukunft der Regionen in Deutschland des Instituts der deutschen Wirtschaft den demographischen Wandel als größte Herausforderung für die Regionen in Thüringen an – insbesondere im Osten und Süden des Bundeslandes (Oberst et al. 2019).

Abb. 6: Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung

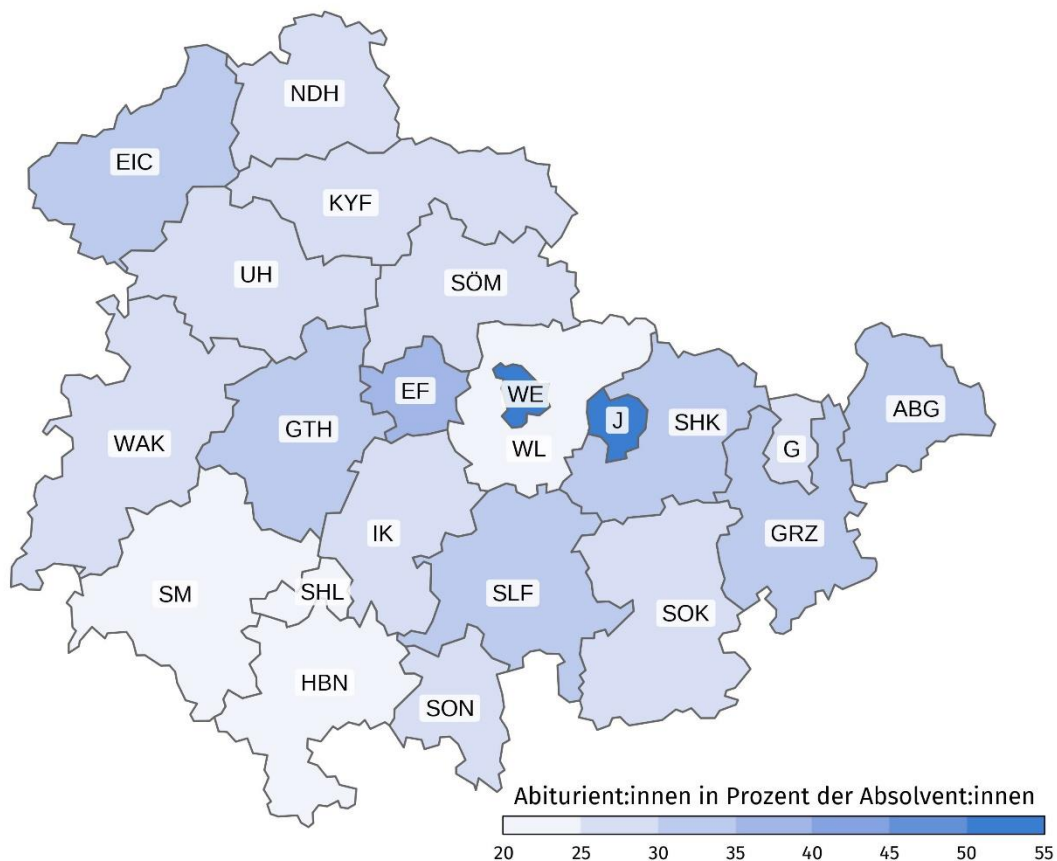


Anmerkung: Erhebungsjahr 2021. Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik 2022; eigene Darstellung

Ergänzend soll ein Blick auf die **Schulbildung** geworfen werden (siehe Abb. 7). 31,2 Prozent aller Schulabgänger:innen in Thüringen beendeten ihre schulische Laufbahn im Jahr 2021 mit der allgemeinen Hochschulreife. Gegenüber 2020 (32,7 Prozent) ist dies ein leichter Rückgang, 2010 lag der Anteil noch bei 36,6 Prozent (Thüringer Landesamt für Statistik 2022). Der Blick in die Landkreise offenbart dabei deutliche Unterschiede zwischen Stadt und Land – zumindest in der Hinsicht, dass drei Städte deutlich herausragen. In Weimar und Jena lag die Abiturient:innenquote mit 50 bzw. 53 Prozent mehr als doppelt so hoch wie in Suhl und Hildburghausen (beide 22 Prozent). Erfurt folgt mit 39 Prozent auf Platz drei, die restlichen Landkreise und kreisfreien Städte liegen unter 35 Prozent, die Mehrheit unter 30 Prozent. Insgesamt zeigt sich, dass die Korrelation zur Ländlichkeit stärker ausfällt als bei den meisten anderen untersuchten Indikatoren. In ländlicheren Landkreisen machen im Durchschnitt weniger Schüler:innen Abitur als in weniger ländlichen Landkreisen oder kreisfreien Städten. Dies ist insofern relevant, als dass diese räumliche Ungleichverteilung auf Unterschiede bezüglich sozialer Aufstiegs- und Karrierechancen hinweist und die Bildungsbiographie eines Menschen unter anderem dadurch beeinflusst wird, ob er auf dem Land oder in der Stadt aufgewachsen ist. So haben Studien etwa gezeigt, dass die Wahrscheinlichkeit, trotz Hochschulzugangsberechtigung kein Studium aufzunehmen, höher ist, je weiter Personen von einem Hochschulort entfernt wohnen. Absolvent:innen in ländlichen Räumen entscheiden sich durch die höheren Kosten

eines Ortswechsels (im Vergleich zu Personen, die in oder in der Nähe einer Hochschulstadt wohnen) öfter dazu, in der Heimatregion zu bleiben und eine Ausbildung zu beginnen (vgl. u.a. Daniel et al. 2019, 35 f.).

Abb. 7: *Abiturient:innenquote*



Anmerkung: Erhebungsjahr 2021. Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik 2022; eigene Darstellung

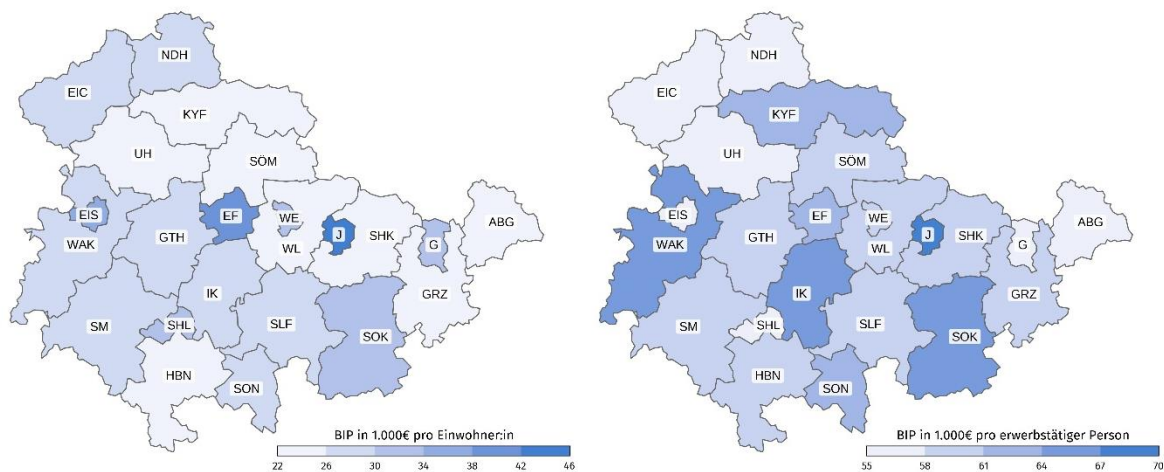
Wirtschaftliche Situation

Ein Blick auf die wirtschaftliche Situation im Freistaat (Abb. 8) macht die besondere Stellung der kreisfreien Städte deutlich. Das **Bruttoinlandsprodukt (BIP)**⁸ *pro Kopf* lag im Thüringer Durchschnitt 2020 bei 29.400 Euro, womit es mit den übrigen ostdeutschen Ländern im unteren Drittel der Bundesrepublik zu verorten ist (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2022). Unter den sieben nach diesem Indikator stärksten Wirtschaftsräumen befinden sich alle sechs kreisfreien Städte sowie der Saale-Orla-Kreis. Das BIP pro Kopf von Jena (45.100 Euro) liegt dabei fast doppelt so hoch wie im umliegenden Saale-Holzland-Kreis (24.600). Die großen Unterschiede zwischen Städten und Landkreisen hängen dabei unter anderem mit der ho-

⁸ Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bemisst den Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres erbracht worden sind, und ist somit ein Indikator für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Raumes.

hen Zahl an Pendler:innen zusammen, die in anderen Landkreisen wohnen, Arbeit und Wertschöpfung jedoch in wirtschaftlichen Zentren erbringen. Betrachtet man dagegen das Bruttoinlandsprodukt *pro erwerbstätiger* Person in einem Landkreis (inklusive Pendler:innen), relativieren sich diese Unterschiede zwischen Stadt und Land merklich. Die drei kreisfreien Städte Gera (57.700 Euro), Eisenach⁹ (57.900) und Suhl (56.700) etwa sind nun im unteren Drittel zu verorten. Die Wirtschaftskraft der Landkreise ist dabei unabhängig von der Ländlichkeit breit verteilt. Mit dem Ilm- (64.400), Wartburg- (64.300), Saale-Orla- (64.300) und Kyffhäuserkreis (62.700) belegen vier moderat bis sehr ländliche Landkreise hinter Jena (68.400) die vorderen Plätze. Deutlich wird dabei, dass Kreise mit einer älteren Bevölkerung im Landesvergleich der wirtschaftlichen Produktivität unterdurchschnittlich abschneiden.

Abb. 8: Bruttoinlandsprodukt



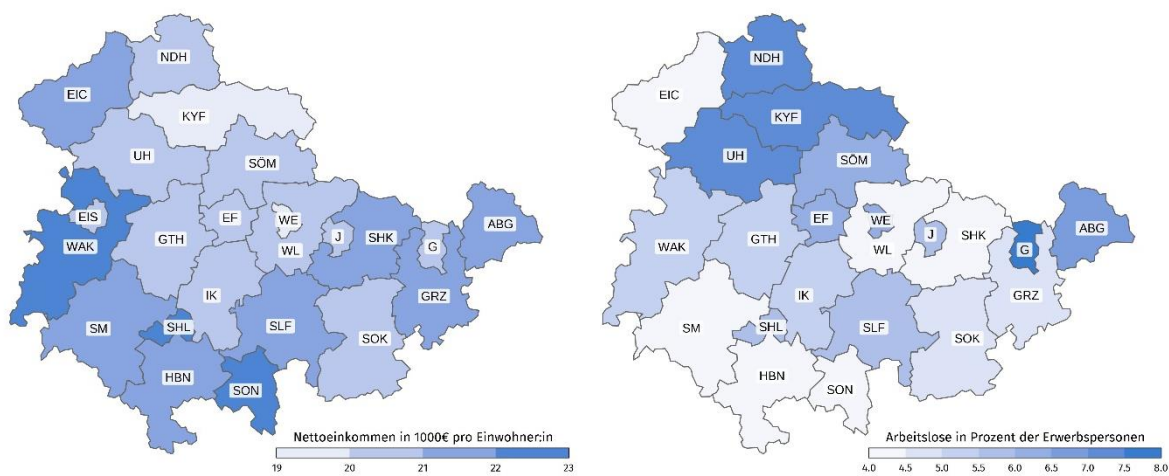
Anmerkung: Erhebungsjahr 2020. Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik 2022; eigene Darstellung

Neben der gesamtwirtschaftlichen Produktivität ist insbesondere aus sozialer Perspektive bedeutsam, wie viel Geld den Privathaushalten in Thüringen tatsächlich zur Verfügung steht. Hierüber gibt das **Haushaltsnettoeinkommen** Auskunft, welches alle Einnahmen eines Haushalts abzüglich Steuern und Sozialabgaben darstellt. Der Blick auf diesen Indikator deutet auf eine sowohl von der Ländlichkeit als auch von der Wirtschaftskraft unabhängige geographische Verteilung hin (siehe Abb. 9): Dabei steht das höchste Einkommen den Haushalten im Südwesten des Freistaates zur Verfügung, während das Einkommen im Zentrum und Norden überwiegend niedriger liegt. Spitzenreiter ist die kreisfreie Stadt Suhl mit 22.961 Euro – trotz geringem BIP und der ältesten Bevölkerung im Land. Es folgen Sonneberg (22.142) und der Wartburgkreis (22.101). Über das niedrigste Einkommen verfügen dagegen die Haushalte in Nordhausen (20.092), dem Kyffhäuserkreis (19.960) und der Stadt Weimar (19.895).

⁹ Eisenach ist erst seit dem 1. Juli 2021 Teil des Wartburgkreises. Daher wird Eisenach für Indikatoren, die vor diesem Datum erhoben wurden, noch als kreisfreie Stadt dargestellt.

Die **Arbeitslosenzahlen** entsprechen dieser Verteilung. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote in Thüringen lag im Jahr 2021 bei 5,6 Prozent aller Erwerbspersonen und damit knapp unter der bundesweiten Arbeitslosenquote von 5,7 Prozent. Das ist nach dem coronabedingten Anstieg im Jahr 2020 ein Rückgang um 0,4 Prozentpunkte und wieder nah am Allzeittief von 5,3 Prozent im Jahr 2019 (vgl. Reiser et al. 2021b, 15). Analog zur Verteilung des Haushaltsnettoeinkommens finden sich die höchsten Arbeitslosenzahlen in den nördlichen Landkreisen Nordhausen (7,4), Kyffhäuserkreis (7,5) und Unstrut-Hainich-Kreis (7,1) sowie der Stadt Gera (7,9) und dem Altenburger Land (6,6) im Osten des Landes. Bezüglich eines Stadt-Land-Unterschiedes ist auffällig, dass alle kreisfreien Städte eine Arbeitslosenquote oberhalb des Landesdurchschnitts besitzen.

Abb. 9: Haushaltsnettoeinkommen und Arbeitslosenquote



Anmerkung: Durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen pro Jahr (links; 2020) und durchschnittlicher Anteil der Erwerbspersonen, welche ALG 1 oder 2 beziehen (rechts; 2021). Quelle: BBSR Bonn 2021; Thüringer Landesamt für Statistik 2022; eigene Darstellung

Vor dem Hintergrund dieser wirtschaftlichen Kennzahlen ist es höchst interessant, die Strukturdaten mit der subjektiven Wahrnehmung der wirtschaftlichen Situation zu vergleichen – sowohl mit der eigenen als auch mit der gesamtwirtschaftlichen des Freistaats –, um zu untersuchen, woran die Menschen ihre Beurteilung der wirtschaftlichen Lage festmachen und inwiefern diese mit objektiven Strukturdaten übereinstimmt (siehe dazu Kapitel III.2)

Insgesamt zeigen die Daten zur wirtschaftlichen Lage, dass sich aus der Ländlichkeit eines Landkreises nur bedingt Rückschlüsse auf die wirtschaftliche Performanz und die den Menschen verfügbaren finanziellen Mittel ziehen lassen. Gleichzeitig wurde die Bedeutung der Großstädte für den Wirtschaftsstandort Thüringen deutlich. Insgesamt kann jedoch die These, dass ländliche Regionen insbesondere auf ökonomischer bzw. wirtschaftspolitischer Ebene

„abgehängt“ sind und mögliche Deprivationsgefühle¹⁰ vor allem auf wirtschaftlicher Benachteiligung basieren, auf Grundlage dieser Daten – die u. a. höhere durchschnittliche Einkommen in ländlichen Räumen aufzeigen – somit nicht belegt werden.

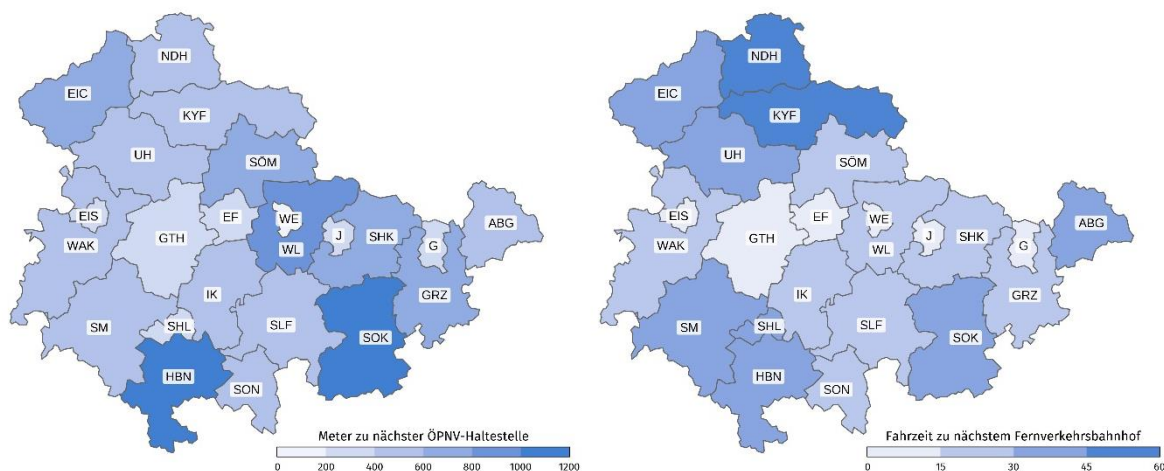
Infrastruktur

Aus diesem Grund sollen nach demographischen und sozioökonomischen Strukturdaten nun die soziale und die Verkehrsinfrastruktur im Land ins Auge gefasst werden. Die Attraktivität urbaner Lebensräume mit umfangreichen Konsum- und Freizeitmöglichkeiten, guter Verkehrsanbindung und umfangreicher sozialer Infrastruktur wird gerne dem Bild von ländlichen Regionen gegenübergestellt, in denen die Wege weit sind, immer seltener Busse fahren und das Internet langsamer ist (Fröhlich 2019). Inwiefern lässt sich dieses Bild durch Strukturdaten der Thüringer Landkreise und kreisfreien Städte bestätigen oder widerlegen?

Ein wichtiges Thema ist dabei die Mobilität in ländlichen Räumen – sowohl vor Ort als auch die Anbindung an das Fernverkehrsnetz. So wird häufig die Unter- bzw. Rückentwicklung der **ÖPNV-Systeme** auf dem Land angeführt, welche Menschen geradezu dazu zwingen, private Verkehrsmittel zu nutzen (Nobis & Kuhnimhof 2018). Abbildung 10 zeigt die durchschnittliche Distanz vom Wohnort zur nächsten Bus- oder Bahnhaltestelle des öffentlichen Personennahverkehrs mit mindestens 20 Abfahrten pro Tag im Jahr 2018. Wenig überraschend ist hier insbesondere die Einwohnerdichte ein erklärender Faktor. So liegen die kreisfreien Städte allesamt unter dem Thüringer Landesdurchschnitt von 522 Metern, mit maximal 295 Metern in Suhl. Den weitesten Weg müssen die Menschen in den als sehr ländlich eingestuften Landkreisen Hildburghausen (1.090m) und Saale-Orla-Kreis (1.128m) zurücklegen. Auffällig ist, dass alle sehr ländlichen Landkreise deutlich über dem Landesdurchschnitt liegen. Mit dem Weimarer Land (896) und Greiz (745) sind jedoch auch weniger ländlich eingestufte Räume in diesem Bereich zu finden. Bezüglich der Erreichbarkeit des ÖPNV-Angebots bestehen also insbesondere zwischen Stadt und Land, aber auch innerhalb der Gruppe der ländlichen Räume deutliche Unterschiede. Für 89 Prozent der Thüringer Haushalte liegt eine Bus- oder Bahnhaltestelle mit mindestens 20 Abfahrten pro Tag dennoch näher als 1.000m.

¹⁰ Deprivation beschreibt ganz grundsätzlich das Gefühl der Entbehrung von etwas, das man braucht oder sich wünscht. Die sozialwissenschaftliche Forschung unterscheidet dabei einerseits die *individuelle Deprivation*, etwa wenn eine Person das Gefühl hat, nicht das Gehalt oder die Anerkennung zu bekommen, die ihr zusteht. Im THÜRINGEN-MONITOR wird diese subjektive Deprivationserfahrung gemessen über eine als schlecht wahrgenommene individuellen ökonomischen Situation in Kombination mit dem Gefühl, weniger als den gerechten Anteil zu erhalten. *Kollektive Deprivation* liegt andererseits vor, wenn eine Person die Gruppe, der sie sich zugehörig fühlt, als benachteiligt ansieht (Sippl & Baier 2005). Im THÜRINGEN-MONITOR wird diesbezüglich die sogenannte Ostdeprivation erfasst. Ostdeprivation wird gemessen über die Wahrnehmung einer negativen Einheitsbilanz („Einheit hat für mich persönlich mehr Nach- als Vorteile gebracht“) und der empfundenen Abwertung des ostdeutschen Bevölkerungsteils durch den westdeutschen („Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse“).

Abb. 10: ÖPNV-Versorgung und Bahn-Fernverkehrsanbindung



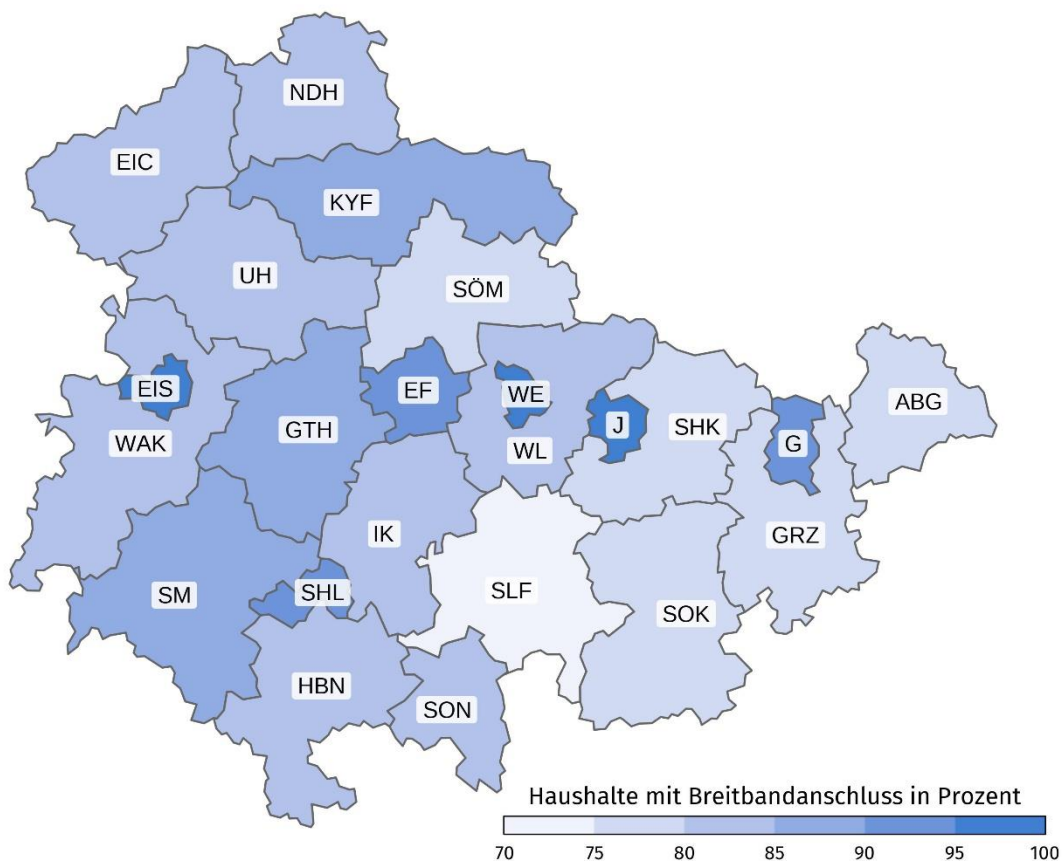
Anmerkung: Durchschnittliche Distanz zur nächsten Bus- oder Bahn-Haltestelle mit 20 regulären Abfahrten täglich (links; 2018) und durchschnittliche PKW-Fahrzeit zu einem Bahnhof mit regelmäßigem Halt von IC- oder ICE-Zügen (rechts; 2020). Quelle: BBSR Bonn 2021; eigene Darstellung

Mit Blick auf die **Erreichbarkeit von Fernverkehrsbahnhöfen** wird die Bedeutung der Lage einer Region zwischen Zentrum und Peripherie deutlich. In Abbildung 10 ist die durchschnittliche PKW-Fahrzeit zum nächsten Bahnhof mit regelmäßiger Fernverkehrsanbindung dargestellt. Am längsten benötigen die Menschen in den in Thüringen eher peripher gelegenen Landkreisen im Norden und Süden des Landes, um per Auto zu einem solchen Bahnhof zu gelangen. Den INKAR-Daten von 2020 zufolge benötigen Menschen in Nordhausen im Schnitt 55 Minuten hierfür, im Kyffhäuserkreis 48 und in Schmalkalden-Meiningen noch 43 Minuten. Bei den zentraler gelegenen Landkreisen in der Nähe großer Städte, wie etwa dem Weimarer Land (18), dem Saale-Holzland-Kreis (20) oder Gotha (14), geht dies deutlich schneller. Der Thüringer Durchschnittswert liegt bei 29 Minuten, wobei naturgemäß die Menschen den kürzesten Weg haben, die in den Städten mit entsprechendem Fernverkehrsbahnhof leben. Bezüglich der Fernverkehrsanbindung bestehen also gleichfalls deutliche wie erwartbare Unterschiede zwischen Stadt und Land und es wird deutlich, weshalb die Lage eines Kreises und die Entfernung zu Ballungszentren als Indikator für die Ländlichkeit eines Raumes angesehen werden kann (vgl. Förtner et al. 2019).

Der Ausbruch der Corona-Pandemie und die vermehrte Notwendigkeit zum Home-Office haben die Bedeutung eines guten Internetanschlusses zur Teilhabe am beruflichen und gesellschaftlichen Leben deutlich gemacht. Dabei stellt der **Breitbandausbau**, insbesondere in dünn besiedelten Regionen, weiterhin eine der größten Herausforderungen der Digitalisierung in Deutschland dar (Lindinger & Kloiber 2020). Dies zeigt sich auch in den Daten von 2021. Dargestellt ist in Abbildung 11 der Anteil der Haushalte, die mindestens über eine 100 Mbit/s-Leitung an das Internet angeschlossen sind. Im Vergleich der Thüringer Landkreise zeigt sich erneut ein Unterschied zwischen den kreisfreien Städten und den Landkreisen. In allen kreisfreien Städten liegt die Breitbandversorgung bei über 90 Prozent, in allen Landkreisen unter dieser Schwelle. Nur in den Kreisen Altenburger Land (78), Saale-Holzland-Kreis (76), Saale-

Orla-Kreis (76) und Saalfeld-Rudolstadt (70) sind weniger als 80 Prozent der Haushalte an das Highspeed-Internet angeschlossen. Im bundesdeutschen Vergleich belegt Thüringen mit 86 Prozent einen Mittelfeldplatz. Dabei konnte der Freistaat den Anteil der Haushalte mit mindestens 100Mbit/s-Anschluss seit 2019 deutlich um 11 Prozentpunkte steigern (Bundesnetzagentur 2021).

Abb. 11: Breitband-Internetversorgung

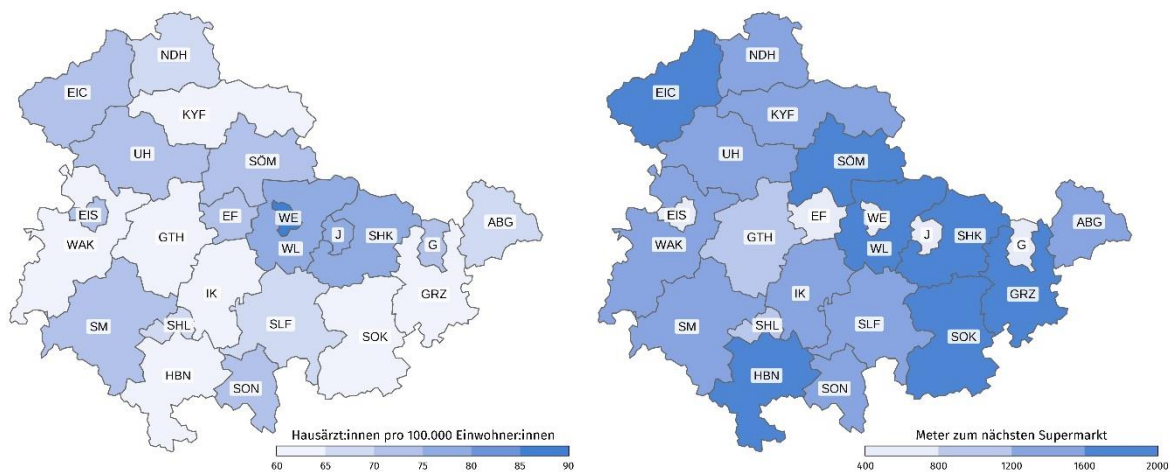


Anmerkung: Anteil der Haushalte, die im Erhebungsjahr 2021 mindestens über eine 100Mbit/s-Leitung verfügen.
Quelle: BBSR Bonn 2021; eigene Darstellung

Mit Blick auf die soziale Infrastruktur ländlicher Räume wird unter anderem der **Hausarztmangel** als wachsendes Problem wahrgenommen (Giertz & Schneider 2022; Reiser et al. 2019). Die Bundesärztekammer geht davon aus, dass die Unterversorgung mit Ärzt:innen ein wachsendes Problem ist, das sich nicht auf ländliche Räume beschränkt (Bundesärztekammer 2021). Dabei weist Thüringen mit insgesamt 69,4 Hausärzt:innen pro 100.000 Einwohner:innen eine Quote auf, welche sich im oberen Drittel des bundesdeutschen Vergleichs befindet. Spitzenreiter Mecklenburg-Vorpommern weist eine Quote von 73,4 auf (Kassenärztliche Bundesvereinigung 2021). Der Vergleich der Landkreise (siehe Abb. 12) macht nur leichte Unterschiede zwischen Stadt und Land deutlich, auch wenn mit Weimar (88,5) eine kreisfreie Stadt

und mit dem Kyffhäuserkreis (60,7) ein sehr ländlicher Landkreis die Maximal- bzw. Minimalwerte darstellen. Im Durchschnitt ist die Arztdichte in den kreisfreien Städten zwar höher als in den Landkreisen, doch es tritt keine klare Zweiteilung auf. Auffällig ist hingegen eine räumliche Verteilung. Die zahlenmäßig beste Hausarztversorgung haben die Menschen in Weimar und Jena (78,3) sowie in den sie umgebenden Landkreisen Weimarer Land (77,9) und Saale-Holzland-Kreis (77,1), während die Hausarzt-dichte in periphereren Landkreisen eher niedriger liegt.

Abb. 12: Hausarzt-dichte und Versorgung mit Lebensmittelgeschäften



Anmerkung: Anzahl an niedergelassenen Hausärzt:innen pro 100.000 Personen (links; 2021) und durchschnittliche Distanz zum nächsten Lebensmittelgeschäft (rechts; 2017). Quelle: Kassenärztliche Bundesvereinigung 2021; Thüringer Landesamt für Statistik 2022; eigene Darstellung

Bezüglich der **Versorgung mit Supermärkten** ist hingegen eine deutliche Differenz von städtischen und ländlichen Räumen zu erkennen. Dargestellt ist in Abbildung 12 die durchschnittliche Entfernung zum nächsten Supermarkt mit Daten aus dem Jahr 2017. Erwartungsgemäß besteht auch hier ein Zusammenhang mit der Bevölkerungsdichte. In den kreisfreien Städten liegt die durchschnittliche Entfernung zwischen 465 Metern in Jena und 841 Metern in Suhl. In den Landkreisen reicht die Spanne von 1.186 Metern in Gotha bis zu 1.862 Metern in Sömmerda. Die Statistik unterstreicht, dass weite Strecken ein Erkennungsmerkmal ländlicher Räume sind. Wenngleich die Differenz aufgrund der dichteren Besiedlung in städtischen Räumen erwartbar ist, ist es eine bemerkenswerte Feststellung, dass Menschen im Landkreis Sömmerda gegenüber Menschen in Jena im Durchschnitt das Vierfache des Weges zurücklegen müssen, um Lebensmittel und Dinge des täglichen Bedarfs zu erwerben. Längere Wege und eine geringere Abdeckung des öffentlichen Personennahverkehrs führen dazu, dass das Auto im Mobilitätsverhalten von Menschen in ländlichen Räumen eine deutlich größere Rolle spielt. Ohne die Möglichkeit, individuell mobil zu sein, lässt sich der Alltag auf dem Land nur schwerlich bewältigen (Nobis & Kuhnimhof 2018).

Insgesamt zeigen die Strukturdaten somit einige zentrale Unterschiede zwischen Stadt und Land: Die Thüringer Stadtbewohner:innen haben kürzere Wege, etwa zum Supermarkt oder Fernverkehrsbahnhof, eine bessere ÖPNV-Versorgung und schnelleres Internet als die Menschen in den Landkreisen. Während die erbrachte Wirtschaftsleistung in den kreisfreien Städten zwar insgesamt höher liegt als in den Landkreisen, gilt das ebenso für die Arbeitslosenzahlen. Folglich finden sich auch die höchsten Haushaltseinkommen in ländlichen Regionen. Jedoch wäre es falsch, im Falle Thüringens von einheitlichen Stadt-Land-Unterschieden zu sprechen. So zeigen sich etwa innerhalb der Gruppe der kreisfreien Städte Differenzen zwischen Jena, Erfurt und Weimar auf der einen Seite und Gera und Suhl auf der anderen Seite, wobei letztgenannte insbesondere demographische Indikatoren aufweisen, die den ländlichen Räumen ähneln. Auch in der Gruppe der Landkreise lassen sich bezüglich Demographie, Wirtschaft und Infrastruktur teils erhebliche Unterschiede feststellen, die einer Vereinheitlichung ländlicher Räume widersprechen. Im Folgenden wird darauf aufbauend untersucht, ob sich diese regionalen Muster und Unterschiede in den Wahrnehmungen und Einstellungen der Thüringer Bevölkerung widerspiegeln.

III. „Stadt“ und „Land“ in Thüringen

Thüringen kann als ländliches Bundesland charakterisiert werden, da es keine stark verstäderten Regionen wie das Ruhrgebiet hat und auch keine Metropolregionen im Umland von Großstädten. Auch die größten Städte des Freistaats – Erfurt, Jena, Gera – sind im Vergleich zu anderen Bundesländern eher klein. Obwohl Thüringen insgesamt also ländlich geprägt ist, lassen sich z. T. erheblich Unterschiede in den Strukturdaten der Regionen ausmachen (siehe Kapitel II). Doch auch im ländlich geprägten Thüringen würden, so u. a. die Argumentation der Geschäftsführerin der IBA Thüringen, Marta Doehler-Behzadi, die einst klaren räumlichen Grenzen zwischen „Stadt“ und „Land“ zunehmend verschwimmen. Im Zuge dieser Entwicklung würde „das Land [...] mehr und mehr urban, die Stadt ‚verländlicht‘“ (Doehler-Behzadi 2021, 593). Auch in kultureller Hinsicht wird eine Annäherung der Lebenswelten in Stadt und Land beobachtet. Trotzdem halten viele Menschen und die Medienberichterstattung meist an einer Zweiteilung von Stadt und Land fest, die jedoch den tatsächlichen Verhältnissen nicht mehr entsprechen würde: „Nennen wir in gewohnter Weise die Stadt weiterhin ‚Stadt‘ und das Land weiterhin ‚Land‘, so unterstellen wir eine Eindeutigkeit, die der Realität immer weniger gerecht werden kann“ (Doehler-Behzadi 2021, 600). Stattdessen müsse das Stadt-Land-Gefälle als Kontinuum begriffen werden (Kenny & Luca, 2021).

Im klaren Kontrast zu dieser Beobachtung schwindender Stadt-Land-Gegensätze steht die jüngere Debatte über sogenannte „abgehängte“ ländliche bzw. periphere Regionen. Eine in der öffentlichen Diskussion häufig zu vernehmende These ist, dass ländliche Räume zunehmend politisch, wirtschaftspolitisch und sozial „abgehängt“ seien und sich sozioökonomischer Wohlstand sowie gesellschaftlicher Einfluss in den urbanen Zentren konzentriere (Deppisch 2019; Rodríguez-Pose 2018). Dies wird nicht zuletzt auf den wirtschaftlichen Niedergang ganzer Regionen (Dijkstra et al. 2020; Rodríguez-Pose 2018), eine schlechte öffentliche Daseinsvorsorge sowie Abwanderung und Überalterung (Diermeier 2020) zurückgeführt.

Vor diesem Hintergrund hat der diesjährige THÜRINGEN-MONITOR das Thema „Politische Kultur in Stadt und Land“ zu seinem Schwerpunkt gemacht. In den folgenden Unterkapiteln soll zum einen herausgearbeitet werden, ob sich die Bewertung der Struktur- und Lebensbedingungen zwischen städtischen und ländlichen Gemeinden unterscheidet. Zudem soll untersucht werden, ob es zwischen städtischen und ländlichen Regionen politische Einstellungsunterschiede gibt und ob sich die Menschen in ländlichen Regionen tatsächlich abgehängt(er) fühlen als in den Städten. Ferner sollen potenzielle Einflussfaktoren für das Gefühl des „Abgehängtheits“ ermittelt werden.

III.1. „Stadt“ und „Land“ in der Augen der Thüringer:innen

Das folgende Unterkapitel stellt dar, wie „ländlich“ bzw. „städtisch“ die Befragten ihre eigene Gemeinde wahrnehmen und wie stark sie sich ihrer Gemeinde sowie ihrer Region verbunden fühlen. Außerdem behandelt dieses Kapitel die Frage, welche stereotypen Vorstellungen über „Stadt“ und „Land“ in den Köpfen der Menschen bestehen und inwieweit diese tatsächlich als zutreffend wahrgenommen werden.

Wie in Kapitel II dargestellt, wurden zur Messung der Ländlichkeit der Thüringer Landkreise die Daten aus dem *Landatlas* des Thünen-Instituts genutzt. Für die Analyse in diesem Gutachten wurden die Thüringer Städte und Landkreise mittels einer Cluster-Analyse (basierend auf den Thünen-Daten) in drei Ländlichkeitsgruppen („etwas ländlich“, „moderat ländlich“ und „sehr ländlich“) sowie ein städtisches Cluster bestehend aus Erfurt und Jena eingeteilt (siehe Abb. 4 in Kapitel II).¹¹ Da die Bürger:innen die **Ländlichkeit ihres Wohnorts** noch einmal anders bewerten können als objektive Indikatoren dies tun, haben wir die Thüringer:innen um eine Selbsteinschätzung für ihre Gemeinde gebeten. Dabei sollten die Thüringer:innen ihre Gemeinde auf einer Skala von 1 bis 10 eingruppiieren, wobei 1 für „ländlich“ und 10 für „städtisch“ steht. Legen wir die auf Basis des *Landatlas* gebildeten vier Regionen zugrunde, bestätigt sich, dass sich die Menschen in Cluster 1 (Erfurt und Jena) im Schnitt eindeutig im städtischen Bereich verorten (Mittelwert 7,8). Die Bürger:innen in Cluster 2, welches wir als „etwas ländlich“ bezeichnen, verorten sich im Schnitt entsprechend ziemlich genau in der Mitte zwischen den beiden Polen „Stadt“ und „Land“ (Mittelwert 5,4). Dagegen ordnen sich die Menschen in Cluster 3 („moderat ländlich“) und Cluster 4 („sehr ländlich“) klar im ländlichen Bereich des Kontinuums ein (Mittelwerte: 3,7 bzw. 3,6).

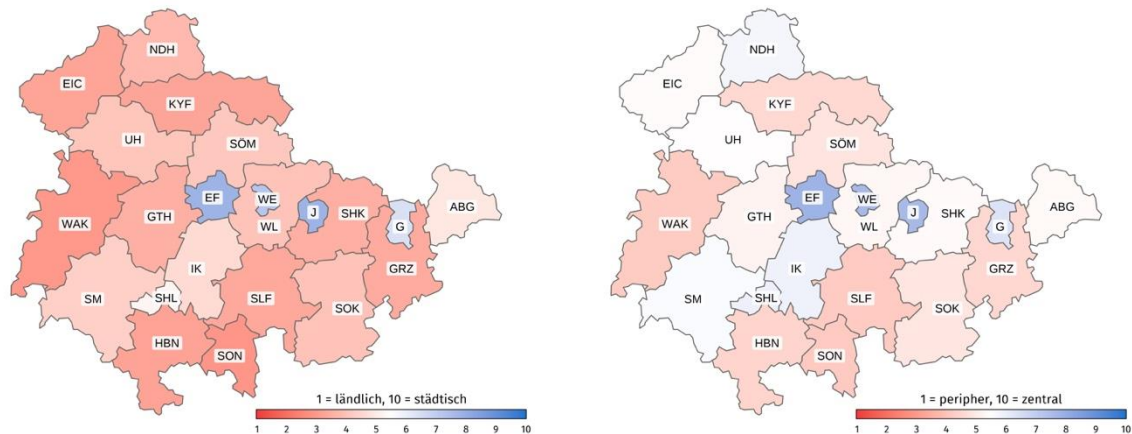
Für Abbildung 13 (links) wurde die Selbsteinschätzung der Ländlichkeit der eigenen Gemeinde auf die Landkreisebene aggregiert; aufgrund der z. T. relativ geringen Fallzahlen in den einzelnen Landkreisen sind die Unterschiede jedoch mit Vorsicht zu bewerten. Es zeigt sich eine relativ breite Spannweite und die auf Kreisebene aggregierten Mittelwerte reichen von 2,9 bis 7,8 (auf einer Skala von 1-10). Dass die größte Stadt Thüringens lediglich auf einen Mittelwert von 7,8 kommt, spiegelt möglicherweise auch wider, dass die einwohnerstärksten Städte Thüringens im nationalen Vergleich vergleichsweise klein sind. Auch dürfte hier die Bewertung von Befragten mit eingegangen sein, die sich – weil in den Randbezirken lebend – weniger „städtisch“ fühlen als Innenstadtbewohner:innen.

Zudem fällt auf, dass die Wahrnehmung der Bürger:innen z. T. von der Klassifizierung des *Landatlas* abweicht: Zwar zählen zwei der laut *Landatlas* ländlichsten Kreise (Hildburghausen und Kyffhäuserkreis) auch in den Augen der Thüringer:innen zu den vier ländlichsten Kreisen. Allerdings liegen die zwei Kreise mit dem im Durchschnitt am ländlichsten wahrgenommenen Gemeinden (Sonneberg und Wartburgkreis) laut *Landatlas* eher im Mittelfeld. Daher wird in

¹¹ Zu beachten ist dabei, dass der *Thünen-Landatlas* keine eigenen Ländlichkeitswerte für kreisfreie Städte unter 100.000 Einwohner:innen ausweist (dies betrifft Weimar, Gera und Suhl). Diese werden jeweils mit dem sie umgebenden Landkreis zusammengefasst. Im Fall von Suhl ist dies Schmalkalden-Meiningen, wodurch Suhl dem Cluster 3 („moderat ländliche“ Regionen) zugeordnet wird.

den nachfolgenden Untersuchungen neben der objektiven Messung auch immer die Selbsteinschätzung zur Operationalisierung der Ländlichkeit herangezogen. Von den fünf kreisfreien Städten (Erfurt, Gera, Jena, Suhl und Weimar) fühlen sich die Menschen in Suhl am wenigsten städtisch (Mittelwert: 5,24).

Abb. 13: Einstufung der eigenen Gemeinde auf Stadt-Land- bzw. Zentrum-Peripherie-Kontinuum (Mittelwerte, auf Landkreisebene aggregiert)



Jüngere Untersuchungen (z. B. De Lange et al. 2022; Zibblatt et al. 2021) zeigen, dass sich politische Einstellungen weniger zwischen städtischen und ländlichen Regionen unterscheiden, sondern vielmehr Einstellungsunterschiede zwischen **Zentrum und Peripherie** bestehen – Peripherie wird dabei als Distanz zum politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Zentrum des Landes verstanden. Daher haben wir die Thüringer:innen zudem um eine Einschätzung gebeten, ob sie ihre Gemeinde eher „zentral“ oder eher „abseits“ verorten. Auch diese Einstufung erfolgte auf einer Skala von 1 bis 10, wobei 1 für „abseits“ und 10 für „zentral“ steht. Es fällt zunächst auf, dass die Spannweite der Mittelwerte schmaler ist; sie reicht von 4,2 bis 7,8 (auf einer Skala von 1-10). Nirgendwo fühlen sich die Thüringer:innen also richtig „abseits“. Dies könnte daran liegen, dass Thüringen flächenmäßig ein eher kleines Bundesland ist, sodass man aus jedem Ort vergleichsweise schnell in der Landeshauptstadt ist. Es könnte möglicherweise aber auch auf die geographischen Lage Thüringens in der Mitte von Deutschland zurückzuführen sein.

Grundsätzlich gilt jedoch auch: Je ländlicher ein Cluster, desto peripherer werden die dortigen Gemeinden im Mittel eingestuft. So besteht zwischen den Wahrnehmungen von Ländlichkeit und dem Peripheriestatus ein starker Zusammenhang.¹² Abbildung 13 (rechts) schlüsselt die Einstufung der eigenen Gemeinde als eher zentral oder eher peripher nach Landkreisen auf – aufgrund der z. T. geringen Fallzahlen sind die Unterschiede jedoch vorsichtig zu interpretieren. Als vergleichsweise peripher (negative Abweichung vom landesweiten Mittelwert) fühlen sich die Thüringer:innen in den Landkreisen Greiz, Hildburghausen und Saalfeld-Rudolstadt,

¹² Pearson's $r = 0,6$ ($p < 0,001$).

außerdem im Kyffhäuser- sowie im Wartburgkreis. Positiv vom landesweiten Mittelwert weichen dagegen nur die Städte Erfurt, Weimar und Jena ab. Die Menschen in Suhl (Mittelwert 5,9) nehmen ihre Stadt im Vergleich der fünf kreisfreien Städte am wenigsten als zentral wahr.

Wie schon 2012 und 2018 haben wir die Thüringer:innen auch 2022 gefragt, wie verbunden sie sich mit ihrer Gemeinde, ihrer Region in Thüringen und Thüringen insgesamt fühlen.¹³ Dabei zeigt sich eine hohe **Verbundenheit** der Thüringer:innen mit ihrer Heimat. Jeweils um die 90 Prozent der Thüringer:innen fühlen sich mit ihrer Gemeinde, Region bzw. mit Thüringen verbunden (siehe Abb. 14). Befragte, die sich „überhaupt nicht“ verbunden fühlen, bilden eine sehr kleine Randgruppe (jeweils nur um die zwei Prozent). Unterschiede im Vergleich zu 2018 sind nicht erkennbar.¹⁴ Eine Rangordnung zwischen den drei Identifikationsebenen ist nicht auszumachen: So fühlen sich nicht signifikant mehr Thüringer:innen ihrem Bundesland als ihrer Gemeinde verbunden. Auch koexistieren mehrere territoriale Verbundenheiten nebeneinander, d. h. die Thüringer:innen fühlen sich sowohl mit ihrer Gemeinde als auch gleichzeitig mit ihrer Region und Thüringen verbunden. Die Verbundenheit zu den verschiedenen Identifikationsebenen scheint sich sogar gegenseitig zu verstärken: D. h. je stärker man sich seiner Gemeinde verbunden fühlt, desto stärker fühlt man sich auch Thüringen oder seiner Region verbunden – und umgekehrt.¹⁵ Dies steht im Einklang mit den Befunden aus dem THÜRINGEN-MONITOR 2018 (vgl. Reiser et al. 2018).

Signifikante Stadt-Land-Unterschiede sind ebenfalls nicht auszumachen; beispielsweise ist die Selbsteinstufung der eigenen Gemeinde als „städtisch“ bzw. „ländlich“ nur extrem schwach und nicht signifikant mit der Verbundenheit korreliert. Allerdings lassen sich Alterseffekte beobachten, da sich die Älteren mit allen drei Ebenen stärker verbunden fühlen als die Jüngeren. Im Osten Aufgewachsene fühlen sich sowohl ihrer Gemeinde also auch ihrer Region und dem Freistaat Thüringen signifikant stärker verbunden als im Westen oder im Ausland aufgewachsene Befragte. Darüber hinaus besteht erwartungsgemäß eine schwache – aber signifikante – positive Korrelation mit der Wohndauer in der eigenen Gemeinde und der Verbundenheit mit ebendieser.¹⁶ Je länger Befragte bereits in ihrer Gemeinde leben, desto stärker fühlen sie sich mit dieser verbunden.

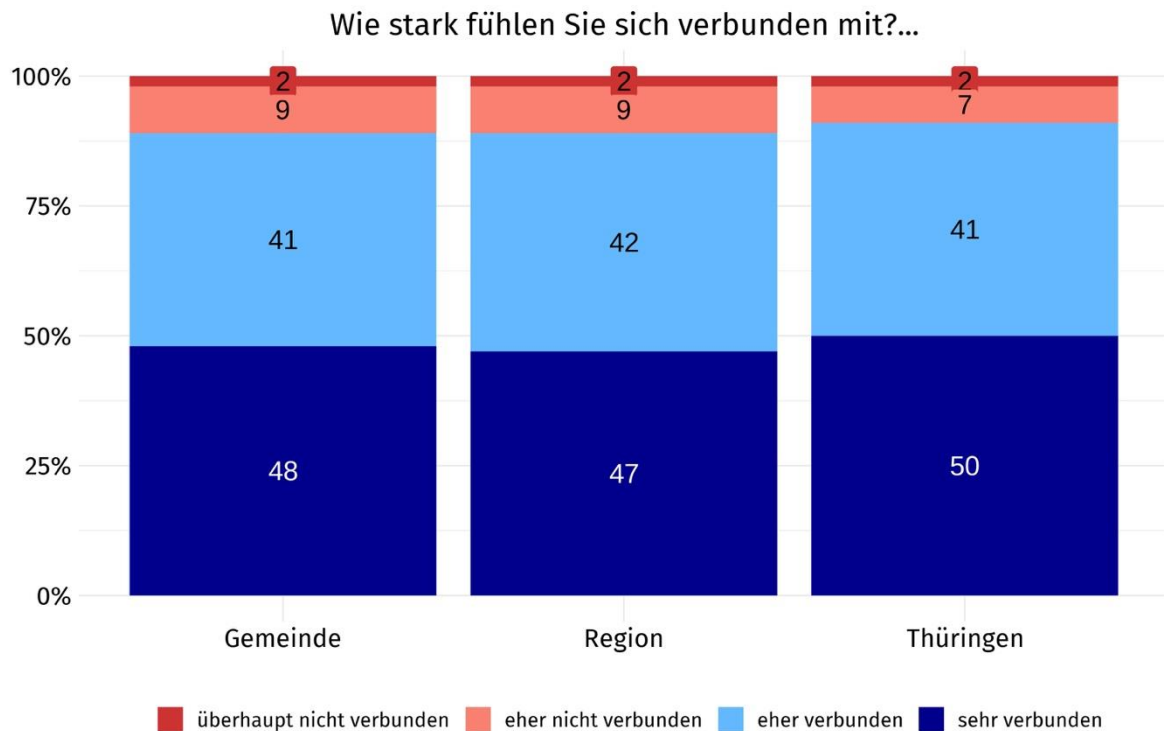
¹³ Die Verbundenheit mit Deutschland und Europa haben wir 2022 nicht abgefragt. 2018 etwa zeigten sich insgesamt 68 Prozent der Thüringer:innen mit Europa verbunden (davon 27 Prozent sehr und 41 Prozent ziemlich verbunden). Die Verbundenheit mit Deutschland betrug 93 Prozent (davon 57 „sehr“ und „36 „ziemlich“), vgl. Reiser et al. 2018.

¹⁴ Der Anteil der Befragten, die angaben, sich mit der jeweiligen Ebene verbunden zu fühlen, betrug 2018 in Bezug auf die Gemeinde/Stadt 87 Prozent, in Bezug auf die Region in Thüringen 91 Prozent und in Bezug auf Thüringen 92 Prozent; siehe Reiser et al. 2018.

¹⁵ Die drei Items weisen untereinander eine hohe Korrelation auf: Der Korrelationskoeffizient Spearman's rho liegt zwischen 0,57 und 0,73 (Irrtumswahrscheinlichkeit jeweils $p < 0,001$).

¹⁶ Spearman's rho = 0,17 ($p < 0,001$).

Abb. 14: *Verbundenheit mit Gemeinde, Region, Thüringen*
(in Prozent)



Obschon es Hinweise gibt, dass sich Stadt-Land-Unterschiede verringern (siehe oben), leben „Stadt“ und „Land“ häufig als stereotype Vorstellungen in den Köpfen der Menschen fort. Aus diesem Grund waren wir daran interessiert, was die Thüringer:innen selber unter „Stadt“ und „Land“ verstehen. In Form einer offenen Abfrage haben wir die Thüringer:innen gebeten, uns mitzuteilen, woran sie als erstes denken, wenn die die Begriffe „Stadt“ bzw. „Land“ hören (vgl. Wordclouds in Abb. 15). Die Antworten haben wir außerdem im Folgenden in vier Gruppen aufbereitet. Zum einen interessiert uns: Was denken Stadtbewohner:innen über die „Stadt“ und was denken Landbewohner:innen über das „Land“? Zweitens interessieren uns die Stereotype von Landbewohner:innen über die „Stadt“ und von Stadtbewohner:innen über das „Land“. Die Antworten der Befragten wurden dazu induktiv, d. h. aus dem Datenmaterial heraus, zu Kategorien zusammengefasst. Abb. 16 und Abb. 17 stellen die prozentualen Häufigkeiten dieser Kategorien dar, wobei Mehrfachnennungen möglich waren. Dabei fällt zunächst auf, dass sich Bewohner:innen der Landkreise und die Bewohner:innen der kreisfreien Städte im Wesentlichen einig sind, was für sie „Land“ bedeutet – selbiges gilt für die „Stadt“.

Mit dem Begriff „Land“ wird in Thüringen zuvorderst „Ruhe“ (von 36 Prozent der Befragten genannt), „Natur“ (von einem Viertel der Befragten genannt) und „Zusammenhalt“ (21 Prozent) assoziiert. Aber auch die „Infrastruktur“ – häufig mit dem Adjektiv „schlecht“ versehen – ist ein oft genanntes Thema (23 Prozent). Letzteres umfasst Nennungen wie z. B. eine schlechte ÖPNV-Anbindung und die damit einhergehende Angewiesenheit auf das eigene Auto, kaum Einkaufsmöglichkeiten, eine schlechte Internetverbindung sowie eine schlechte Erreichbarkeit von Ärzt:innen und Kulturangeboten. Zum Teil wird explizit beklagt, dass hier eine Verschlechterung stattgefunden habe und insbesondere Einkaufsmöglichkeiten weggefallen seien.

„Ruhe“ und ein stärkerer sozialer Zusammenhalt (u. a. wurde das folgende häufiger genannt: „jeder kennt jeden“, „Nachbarschaftshilfe“, „gute Nachbarschaft“, „Solidarität“) werden dabei von den Bewohner:innen ländlicher Räume als zentrale Merkmale von „Land“ häufiger genannt als von den Einwohner:innen der kreisfreien Städte. Die Kategorie „Natur“ findet sich dagegen etwas häufiger in den Nennungen der Stadtbewohner:innen. Zum Teil werden hier konkrete Orte wie der Rennsteig oder der Thüringer Wald benannt. Dagegen finden sich die Kategorien „Landwirtschaft“ (insgesamt von fünf Prozent der Befragten genannt) sowie „Rechtspopulismus“ (insgesamt von einem Prozent der Befragten genannt) selten und dann vorwiegend unter den Nennungen der Bewohner:innen der kreisfreien Städte.

Abb. 15: *Wordcloud mit den Antworten auf die offene Frage, was „Land“ bzw. „Stadt“ in Thüringen ausmacht*



„Stadt“ verbinden die Thüringer:innen vorwiegend mit einem guten Angebot an Infrastruktur bzw. öffentlicher Daseinsvorsorge (etwa ÖPNV, Einkaufsmöglichkeiten; von 40 Prozent der Befragten genannt) sowie Freizeit- und Kulturmöglichkeiten (von einem Drittel der Befragten genannt). Aber auch „Hektik“ und „Lärm“ sowie „viele Menschen“ werden von 10 bis 15 Prozent der Befragten mit dem Begriff „Stadt“ assoziiert. Stadtbewohner:innen betonen insbesondere die Kultur- und Freizeitangebote, das „Leben“ in der Stadt (etwa „pulsierend“, „schläft nie“) und „Vielfalt“. Letzteres umfasst dabei sowohl Nennungen, die auf politische Einstellungen („liberaler“, „weltoffen“, „politisch aufgeschlossen“) als auch auf die Diversität der dort lebenden Menschen Bezug nehmen. Die Kategorie „Hektik/Lärm“ findet sich dagegen vorwiegend in den Antworten der Befragten aus dem ländlichen Raum.

Abb. 16: *Kategorisierte Antworten auf die offene Frage „Was macht für Sie ‚Land‘ aus?“*
 (prozentuale Häufigkeiten; Mehrfachnennungen möglich)

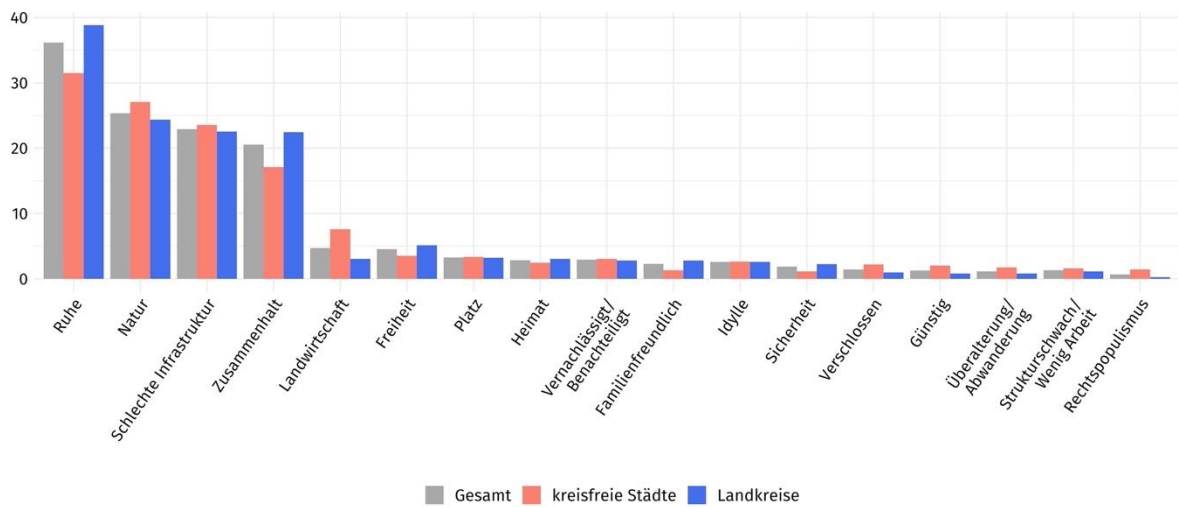
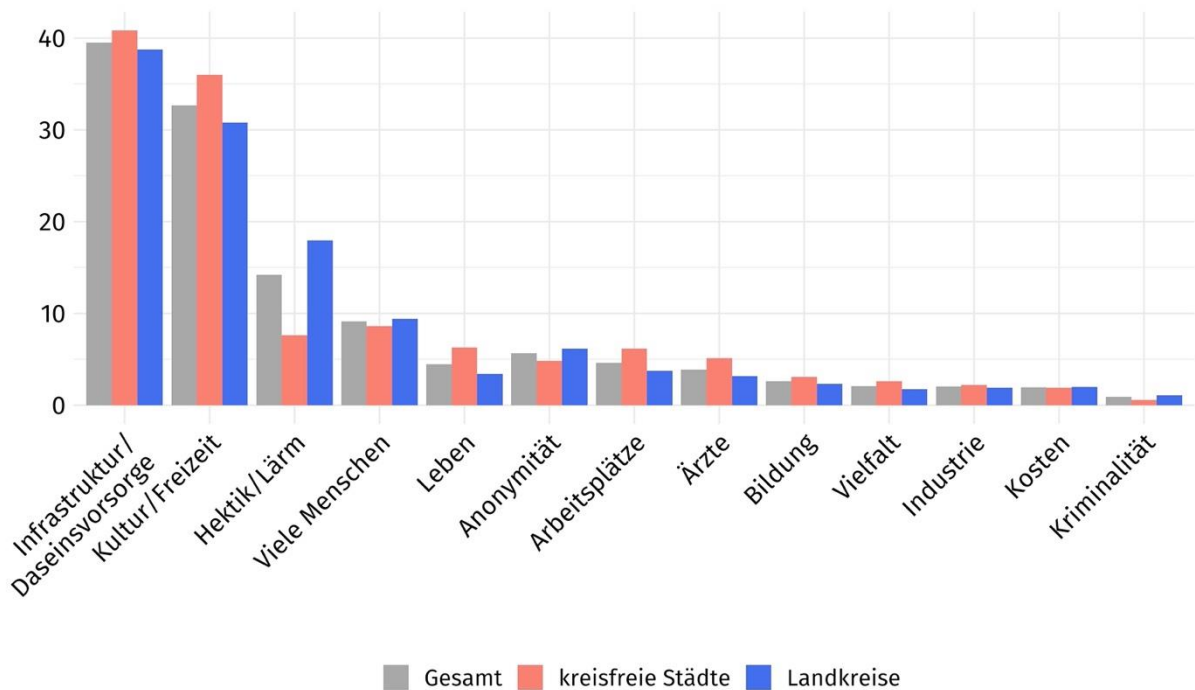


Abb. 17: *Kategorisierte Antworten auf die offene Frage „Was macht für Sie ‚Stadt‘ aus?“*
 (prozentuale Häufigkeiten; Mehrfachnennungen möglich)



Um den Vorstellungen und Klischees, die gemeinhin dem ländlichen bzw. städtischen Raum zugeschrieben werden, näher auf den Grund zu gehen, haben wir den Befragten im Anschluss an die offene Frage mehrere Gegensatzpaare vorgelegt, die sie auf einer Skala von 1 bis 10 beantworten sollten. Danach gefragt, ob sie ihre Gemeinde als eher traditionell oder als eher modern sehen, zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den vier Ländlichkeitsclustern. Während Erfurt und Jena, die das erste Cluster bilden, eher als modern wahrgenommen werden, werden die Gemeinden in den drei ländlichen Regionen im Mittel als eher traditionell eingestuft. Es besteht zudem ein deutlicher Zusammenhang mit der Einstufung der eigenen Gemeinde als „städtisch“ oder „ländlich“. Dabei gilt: je ländlicher, desto traditioneller wird die eigene Gemeinde wahrgenommen.¹⁷ Ein ganz ähnliches Muster lässt sich in der Einschätzung der eigenen Gemeinde als „lebhaft“ bzw. „ruhig“ erkennen. Auch hier besteht ein deutlicher signifikanter Zusammenhang mit der Wahrnehmung der eigenen Gemeinde als „städtisch“ bzw. „ländlich“: je ländlicher die eigene Gemeinde gesehen wird, als desto ruhiger wird sie gleichzeitig beschrieben. Diese steht im Einklang mit den Antworten auf die offene Frage (vgl. Abb. 15 und Abb. 16), wo „Ruhe“ als wesentliches positives Merkmal der ländlichen Regionen hervorgehoben wurde – und zwar noch einmal stärker von den Landbewohner:innen selbst. Gemeinhin gelten große Städte als eher anonym und der ländliche Raum als sozial vernetzt. So wurde etwa Anonymität in der offenen Abfrage von etwa sechs Prozent der Befragten als typisches Merkmal von Städten genannt, während etwa jede:r Fünfte den sozialen Zusammenhalt als charakteristisch für das „Land“ pries. Bezogen auf die Einschätzung der eigenen Gemeinde fällt zunächst auf, dass das soziale Gefüge in Thüringen als intakt bewertet wird und die Thüringer Gemeinden im Mittel klar im Bereich „sozial vernetzt“ des Kontinuums gesehen werden (Mittelwert 6,5 auf einer Skala von 1-10, wobei 1 „anonym“ und 10 „sozial vernetzt“ bedeutet). Ein eindeutiges Stadt-Land-Gefälle lässt sich nicht ausmachen.¹⁸ Es sind erstaunlicherweise nicht die großen Städte, deren Bewohner:innen die soziale Vernetzung als unterdurchschnittlich wahrnehmen. Das Bild für die Landkreisebene ist heterogen und es gibt Landkreise, deren Grad an sozialer Vernetztheit statistisch signifikant über dem Landesmittelwert liegt; ebenso gibt es einzelne Landkreise, in denen die soziale Vernetztheit in den Gemeinden als unterdurchschnittlich bewertet wird.

Auch die Familienfreundlichkeit wird häufig als Stärke des ländlichen Raums herausgestellt. In Bezug auf ihre eigene Gemeinde stufen die Thüringer:innen jedoch durchweg ihre Städte bzw. Gemeinden als familienfreundlich ein (Mittelwert 7,2 auf einer Skala von 1-10, wobei 1 „familienunfreundlich“ und 10 „familienfreundlich“ bedeutet). Ebenso wie bei der sozialen Vernetztheit besteht hierbei kein Unterschied zwischen Stadt und Land und das Bild für die Landkreise ist erneut heterogen, wobei es sowohl einzelne positive als auch negative Abweichungen vom Landesdurchschnitt gibt.¹⁹

¹⁷ Pearson's $r = 0,45$ ($p < 0,001$).

¹⁸ Das wird auch dadurch untermauert, dass die Korrelation zwischen den beiden Variablen extrem niedrig (Pearson's $r = 0,04$) und nicht signifikant ($p > 0,05$) ist.

¹⁹ Die Unterschiede zwischen den vier Ländlichkeitsclustern sind nicht signifikant. Ebenfalls ist die Korrelation zwischen der Verortung der eigenen Gemeinde auf dem Stadt-Land-Kontinuum und der Bewertung der Familienfreundlichkeit nicht statistisch signifikant (Pearson's $r = 0,01$ ($p > 0,05$)).

Insgesamt zeigt sich somit, dass die ländlichen Gemeinden von ihren Bewohner:innen als ruhiger und traditioneller, die Städte als moderner eingestuft werden. Darüber hinaus bewerten die Thüringer:innen ihre Kommunen jedoch durchgängig als familienfreundlich und das soziale Gefüge wird als intakt und wenig anonym bewertet – und zwar in Stadt *und* Land.

III.2. Bewertung der Lebensbedingungen in der eigenen Gemeinde

Im Rahmen des diesjährigen Schwerpunktthemas interessiert uns, inwieweit die Thüringer:innen mit den Lebensbedingungen (u. a. Infrastruktur, Kinderbetreuungsmöglichkeiten, Freizeit- und Kulturangeboten) in ihrer Gemeinde zufrieden sind, welche Probleme sie wahrnehmen und ob es dabei Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Räumen gibt.

Insgesamt sind mit der mobilen Datenversorgung in ihrer Gemeinde knapp 70 Prozent der Thüringer:innen zufrieden, mit der Versorgung durch den ÖPNV sind es gerade noch etwas mehr als die Hälfte (56 Prozent). Rund zwei Drittel sind mit der Versorgung an Hausärzten zufrieden. Deutlich zufriedener zeigen sich die Bürger:innen des Freistaats dagegen mit der Notfallversorgung, d. h. wie schnell etwa im Notfall ein Krankenwagen vor Ort wäre (s. Abb. 18). Darüber hinaus sind die Thüringer:innen mit der Erreichbarkeit von Einkaufsmöglichkeiten (83 Prozent), Pflegediensten (83 Prozent) sowie Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen (89 Prozent) in der großen Mehrzahl zufrieden. Deutlich negativer bewerten die Befragten hingegen die Erreichbarkeit von Kultur- und Freizeiteinrichtungen sowie von Fachärzt:innen. Lediglich 55 bzw. 45 Prozent sehen in ihrer Gemeinde hier eine mühelose Erreichbarkeit gegeben.

Im Bereich der **Infrastruktur und Daseinsvorsorge** lassen sich dabei (mit Ausnahme der Kinderbetreuungs- und Pflegeangebote) signifikante Stadt-Land-Unterschiede ausmachen. So sind die Mittelwertunterschiede zwischen kreisfreien Städten und Landkreisen stets signifikant. Um eine über einen lediglich dichotomen Stadt-Land-Gegensatz hinausgehende analytische Tiefe zu erzielen, wurden im Folgenden alle Faktoren auf der Ebene der vier Ländlichkeitsklassen („städtisch“, „etwas ländlich“, „moderat ländlich“ und „sehr ländlich“) ausgewertet. Damit lassen sich auch innerhalb ländlicher Regionen gegebenenfalls weitere Unterschiede aufdecken. Als zusätzlicher Robustheitscheck wurde die Selbsteinstufung der eigenen Gemeinde auf dem Stadt-Land-Kontinuum herangezogen.

Auf den ersten Blick fällt auf, dass die Zufriedenheit mit beinahe allen Aspekten der Versorgung und Erreichbarkeit im städtischen Cluster (Erfurt und Jena) deutlich höher ist als im Rest des Landes (s. Abb. 18). Während bei der mobilen Datenversorgung kein klarer Trend innerhalb der ländlichen Regionen erkennbar ist (es gilt *nicht*, je ländlicher, desto unzufriedener), zeigt sich beim Angebot des ÖPNV ein deutlicher linearer Trend, da die Zufriedenheit mit wachsender Ländlichkeit abnimmt. Sind in Erfurt und Jena nahezu 90 Prozent der Menschen mit der Versorgung durch den ÖPNV zufrieden, sind es im moderat ländlichen Cluster 3 mit 46 nur noch etwa halb so viele und im sehr ländlichen vierten Cluster sogar nur noch 35 Prozent. Um ihren Alltag zu bewältigen, sind die Menschen hier also auf das Auto angewiesen – wie auch in zahlreichen Antworten auf die offene Frage (s. oben) betont wurde. Weiterhin

geben 20 Prozent der Befragten in den sehr ländlichen Regionen (Cluster 4) an, dass die Erreichbarkeit von Einkaufsmöglichkeiten für den alltäglichen Bedarf ein Problem sei. Diese Wahrnehmung steht im Einklang mit objektiven Indikatoren: insbesondere in den Landkreisen aus Cluster 4 ist die Entfernung zum nächsten Supermarkt sehr groß; in Sömmerda etwa ist die Strecke im Schnitt vier Mal so weit wie in Jena (siehe Abb. 12 in Kapitel II).

Auch wenn die Zufriedenheit mit der Notfallversorgung thüringenweit sehr hoch ist, zeigen sich noch einmal Unterschiede innerhalb der Ländlichkeitsklassen. So sind in den beiden größten Städten 97 Prozent der Menschen mit der Notfallversorgung zufrieden, in den etwas ländlichen Regionen des zweiten Clusters noch nahezu 90 Prozent. In den moderat bis sehr ländlichen Regionen (Cluster 3 und Cluster 4) sind es mit 80 Prozent schon deutlich weniger; im Umkehrschluss hat hier jede:r Fünfte Befragte Angst, dass im Notfall der Krankenwagen nicht rechtzeitig eintreffen würde. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass in diesen Regionen gleichzeitig eine im Landesschnitt vergleichsweise alte Bevölkerung lebt (siehe Kapitel II), ist dies eine ernstzunehmende Beobachtung.

Wenig verwunderlich treibt das Thema Hausarztmangel die Thüringer:innen in den ländlichen Regionen um. Es zeigen sich deutliche Diskrepanzen zwischen Städten und ländlichen Regionen. Anders als 2019 (vgl. Reiser et al. 2019, 33 f.) bestehen in der Zufriedenheit mit der Versorgung durch Hausärzt:innen nun signifikante Mittelwertunterschiede zwischen den kreisfreien Städten und den Landkreisen. Auch gibt es noch einmal signifikante Unterschiede innerhalb der ländlichen Regionen: diese verlaufen zwischen den etwas bis moderat ländlichen Regionen (Cluster 2 und 3) auf der einen sowie dem sehr ländlichen Cluster 4 auf der anderen Seite. In den sehr ländlichen Regionen sind nur 59 Prozent der Menschen mit der Versorgung mit Hausärzt:innen in ihrer Gemeinde zufrieden. Auffällig hoch ist in den sehr ländlichen Kreisen auch der Anteil derjenigen Befragten, die mit dem Angebot an Hausärzt:innen überhaupt nicht zufrieden sind (15 Prozent). Noch deutlicher zeigen sich die Stadt-Land-Unterschiede bei der Erreichbarkeit von Fachärzt:innen. Wie schon 2019 (vgl. Reiser et al. 2019, 33 f.) bestehen signifikante Mittelwertunterschiede zwischen kreisfreien Städten und Landkreisen. Die Analyse auf Ebene der Ländlichkeitsregionen legt offen, dass in den sehr ländlichen Regionen des Freistaates (Cluster 4) fast zwei Drittel der Menschen Probleme haben, Fachärzt:innen zu erreichen; aber selbst in den großen Städten (Cluster 1) ist die Erreichbarkeit noch für ein Drittel der Befragten ein Problem.

Keine signifikanten Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Räumen gibt es bei der Erreichbarkeit von Kinderbetreuungsmöglichkeiten, was der in Ostdeutschland gemeinhin vergleichsweise gut ausgebauten Kinderbetreuungsinfrastruktur und den damit einhergehenden hohen Betreuungsquoten zu verdanken sein dürfte (Spiegel Online 2020). Dieser Umstand trägt möglicherweise dazu bei, dass Thüringer:innen ihre Kommunen durchgängig als familienfreundlich bewerten (s. oben) Auch bei der Erreichbarkeit von Pflegeleistung, etwa der Tagespflege oder mobiler Pflegedienste, gibt es keine signifikanten Unterschiede zwischen den Ländlichkeitsclustern. Gerade vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung in Thüringen (s. Kapitel II) ist dies eine wichtige und positive Beobachtung.

Die in den vorausgegangenen Abschnitten beschriebenen Stadt-Land-Unterschiede bestätigen sich auch, wenn die Selbsteinstufung der eigenen Gemeinde auf dem Stadt-Land-Kontinuum oder die Ortsgröße (in vier Stufen: bis 5.000, bis 20.000, bis 50.000, über 50.000 Einwohner:innen) für die Messung der Ländlichkeit herangezogen werden. Die stärksten negativen Korrelationen bestehen dabei zwischen dem Ländlichkeitsgrad der eigenen Gemeinde und der Zufriedenheit mit dem Angebot des ÖPNV, der Erreichbarkeit von Kultur- und Freizeitaktivitäten sowie der Erreichbarkeit von Einkaufsmöglichkeiten für den alltäglichen Bedarf.

Es ist jedoch erkennbar, dass auch einige individuelle Merkmale der Befragten – wie etwa das Gefühl, sozial depriviert zu sein oder soziale Abstiegsängste – die Bewertung der Bedingungen in der eigenen Gemeinde signifikant und deutlich negativ beeinflussen. Sich depriviert führende Befragte haben eine signifikant schlechtere Wahrnehmung der Erreichbarkeit der Daseinsvorsorge (etwa Einkaufsmöglichkeiten, Kultur- und Freizeitmöglichkeiten, Kinderbetreuungseinrichtungen, Pflege). Dies könnte einerseits daran liegen, dass sie möglicherweise nicht über ein eigenes Auto verfügen und häufiger auf den im ländlichen Raum schlecht ausgebauten ÖPNV angewiesen sind. Andererseits ist auch denkbar, dass die Befragten den finanziellen Aufwand der Erreichbarkeit (etwa Kraftstoffpreise) mit in die Bewertung der Einfachheit der Erreichbarkeit haben einfließen lassen. Auch Befragte, die unter Statusverlustangst²⁰ leiden, nehmen in allen Bereichen eine signifikant negativere Bewertung in der Zufriedenheit mit bzw. der Erreichbarkeit von Infrastruktur und Daseinsvorsorge vor.

Positiv stimmt, dass das **soziale Gefüge** im Freistaat als intakt gesehen werden kann. Am ehesten wird ein Problem bei der Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement gesehen, worin in den ländlichen Regionen immerhin 20 Prozent der Thüringer:innen ein Problem erkennen; davon allerdings nur zwei Prozent ein sehr großes. Mit der Hilfe unter Nachbarn und Bekannten sind thüringenweit etwa 90 Prozent der Menschen zufrieden und signifikante Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Regionen gibt es keine. Auch bei den Vereinsaktivitäten lassen sich keine signifikanten Differenzen zwischen kreisfreien Städten und Landkreisen sowie zwischen den vier Ländlichkeitsclustern ausmachen; thüringenweit ist die Zufriedenheit mit 86 Prozent sehr hoch ausgeprägt.

Eine schrumpfende und gleichzeitig alternde Bevölkerung stellt Sozialsysteme und Arbeitsmarkt vor wachsende Herausforderungen (Wilke 2020). Viele Branchen in Thüringen haben schon seit Jahren mit einem Nachwuchsmangel zu kämpfen und auch 2022 blieben wieder zahlreiche Ausbildungsplätze im Freistaat unbesetzt (Brand 2022). Der **Fachkräftemangel** wird daher auch gleichermaßen in städtischen und ländlichen Regionen von einer deutlichen Mehrheit der Befragten (rund 70 Prozent) als Problem gesehen. Demgegenüber gibt es auch spezifische Problemwahrnehmungen in Stadt und Land: Wird die **Abwanderung junger Menschen** in Jena und Erfurt von nur rund 30 Prozent der Befragten als Problem gesehen, sind es in den übrigen Regionen mindestens die Hälfte der Menschen, die hierin ein Problem für ihre

²⁰ Die Statusverlustangst basiert auf einem negativ ausfallenden Vergleich zwischen der gegenwärtigen individuellen Situation und der antizipierten Zukunft. Sie wird durch die Zustimmung zur Aussage „Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten“ gemessen.

Gemeinde erkennt. Umgekehrt stellt **bezahlbarer Wohnraum** für drei Viertel der Befragten in Erfurt und Jena ein Problem dar, während es in den etwas bis sehr ländlichen Clustern jeweils nur von einem Drittel oder weniger als Problem benannt wird.

Abb. 18: Bewertung der Struktur- und Lebensbedingungen in der eigenen Gemeinde

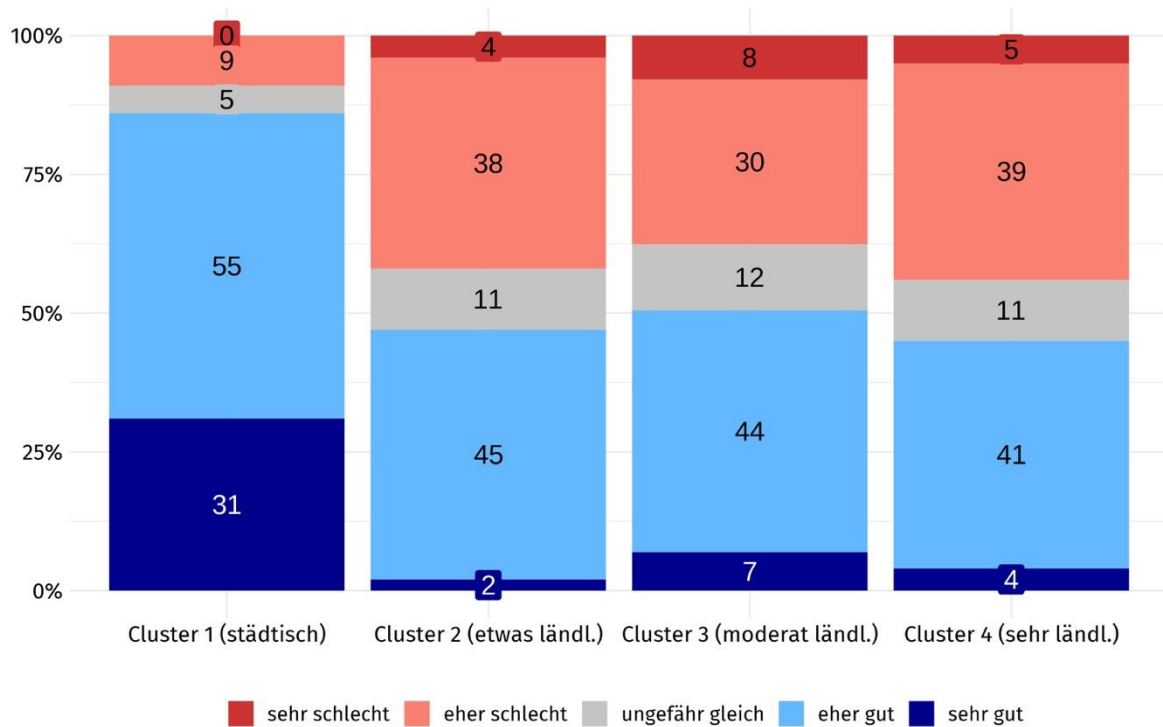
	Gesamt	Cluster 1 (städtisch)	Cluster 2 (etwas ländl.)	Cluster 3 (moderat ländl.)	Cluster 4 (sehr ländl.)
Zufriedenheit mit (Prozent zufrieden)					
...mobile Datenversorgung	71	86	75	63	72
...ÖPNV	56	89	70	46	35
...Notfallversorgung	84	97	89	80	80
...Versorgung mit Hausärzten	65	77	63	65	59
Erreichbarkeit von (Prozent einfache Erreichbarkeit)					
...Einkaufsmöglichkeiten für den alltäglichen Bedarf	83	94	86	80	79
...Fachärzte	45	64	49	40	36
...Kulturelle Einrichtungen und Freizeitmöglichkeiten	55	81	62	49	41
...Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen	89	91	87	89	89
...Pflegeeinrichtungen	83	88	81	84	80
Soziales Gefüge (Prozent zufrieden)					
...Hilfe unter Nachbarn und Bekannten	91	91	89	93	90
...Aktivität von Vereinen	86	87	87	85	83
...Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement	81	86	80	80	81
Problemwahrnehmung (Prozent großes Problem)					
...Abwanderung von jungen Menschen	49	30	56	49	54
...Fachkräftemangel	69	72	72	66	70
...bezahlbarer Wohnraum	40	75	33	34	30

In der Beurteilung der **wirtschaftlichen Lage der eigenen Gemeinde** im Vergleich zum Rest von Thüringen bzw. Deutschland treten starke Differenzen zwischen Erfurt und Jena einerseits und den drei ländlichen Ländlichkeitsclustern andererseits zu Tage. So bewerten 86 Prozent der Befragten in Jena bzw. Erfurt die wirtschaftliche Lage ihrer Stadt als gut. In den drei ländlichen Clustern schätzen dagegen nur zwischen 45 bis 50 Prozent der Befragten die wirtschaftliche Lage ihrer Gemeinde im Vergleich zum Rest von Thüringen als gut ein (vgl. Abb. 19). Legen wir die Einstufung der eigenen Gemeinde auf dem Stadt-Land-Kontinuum durch die Befragten selbst zugrunde, ist ein linearer Zusammenhang erkennbar: je ländlicher die eigene Gemeinde dabei eingestuft wird, desto schlechter wird die wirtschaftliche Lage bewertet.²¹ Stärker als die Unterschiede zwischen Stadt und Land fallen jedoch die Unterschiede zwischen

²¹ Pearson's $r = -0,28$ ($p < 0,001$). Dieser Zusammenhang besteht auch innerhalb der Gruppe der Landkreise (ohne die fünf kreisfreien Städte) fort, dann jedoch in merklich abgeschwächter Form (Pearson's $r = -0,14$; $p < 0,01$).

Zentrum und Peripherie aus:²² Je peripherer die Befragten ihre eigene Gemeinde verorten, desto negativer bewerten sie die wirtschaftliche Lage ebendieser im Vergleich zum Rest von Thüringen.

Abb. 19: *Bewertung der wirtschaftlichen Lage der eigenen Stadt/Gemeinde im Vergleich zum Rest von Thüringen (in Prozent)*

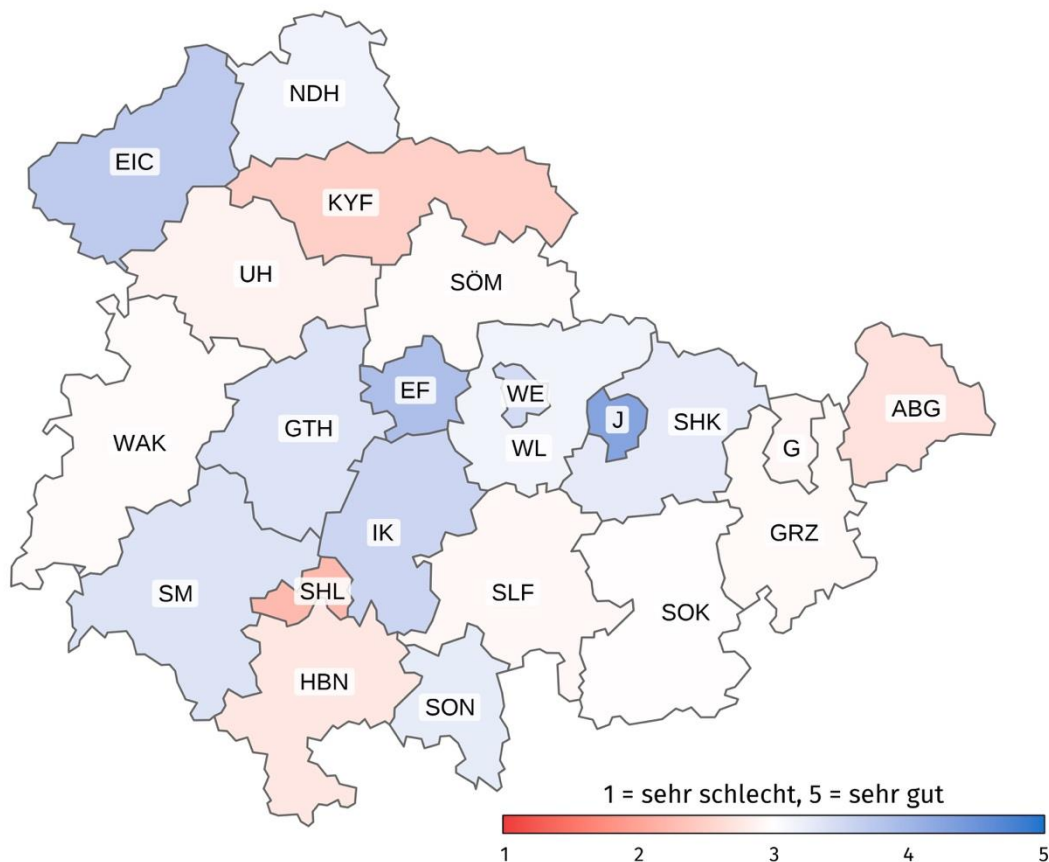


Es lassen sich jedoch auch innerhalb der städtischen Regionen und innerhalb der ländlichen Regionen noch einmal merkliche Unterschiede ausmachen (siehe Abb. 20). Während die Befragten in den kreisfreien Städten Erfurt und Jena die wirtschaftliche Situation ihrer Gemeinde deutlich positiver als der Landesdurchschnitt bewerten, wird die wirtschaftliche Lage in Gera und Suhl signifikant schlechter bewertet als im Landesmittel. Demgegenüber stehen Landkreise, auch aus den sehr ländlichen Regionen, deren wirtschaftliche Lage im Vergleich zum Rest von Thüringen überdurchschnittlich gut bewertet wird, etwa die Gemeinden im Eichsfeld (Cluster 4).²³ Dass sich die wirtschaftliche Situation innerhalb der kreisfreien Städte sowie innerhalb der ländlichen Regionen noch einmal merklich unterscheidet, steht im Einklang mit den in Kapitel II (Abb. 8) berichteten Befunden auf Basis objektiver Wirtschaftsdaten (wie BIP oder Arbeitslosenquote). Auch dort wurde bereits konstatiert, dass sich aus der Ländlichkeit eines Landkreises nur bedingt Rückschlüsse über dessen wirtschaftliche Performanz ableiten lassen.

²² Pearson's $r = -0,37$ ($p < 0,001$).

²³ Wobei alle Aussagen, die sich auf einzelne Landkreise beziehen, wegen der z.T. geringen Fallzahl vorsichtig zu bewerten sind.

Abb. 20: Einschätzung der wirtschaftlichen Lage der eigenen Gemeinde im Vergleich zum Rest von Thüringen
(Mittelwerte, auf Landkreisebene aggregiert)



Ähnlich gelagert sind die interregionalen Differenzen, wenn die wirtschaftliche Lage der eigenen Gemeinde im Vergleich zum Rest von Deutschland bewertet werden soll. Es fällt jedoch auf, dass die Bewertung der eigenen Gemeinde im Vergleich mit dem Rest der Republik deutlich pessimistischer ausfällt: In dieser Perspektive bewerten nur knapp zwei Drittel der Befragten in Erfurt bzw. Jena die wirtschaftliche Lage ihrer Stadt als vergleichsweise gut. In den drei ländlichen Clustern sind es lediglich zwischen 30 und 33 Prozent. Die im Vergleich zum innerthüringischen Referenzrahmen schlechtere Einschätzung verwundert nicht, liegt doch das Bruttoinlandprodukt pro Kopf in den ostdeutschen Bundesländern nach wie vor unter dem der westdeutschen Länder (Statista 2022). Auch die Arbeitslosenquote ist in den ostdeutschen Ländern noch höher als in den meisten westdeutschen Bundesländern, auch wenn es hier in den vergangenen Jahren zu einer Angleichung gekommen ist (siehe u. a. Reiser et al. 2021b, 15; vgl. auch Kapitel II).

Es stellt sich die Frage, inwieweit sich die Bedingungen vor Ort, also etwa die Zufriedenheit mit der Infrastruktur, die Familienfreundlichkeit oder der Zusammenhalt auf die **Bewertung der eigenen Gemeinde als ein attraktiver Ort zum Leben** auswirken. Generell lässt sich zunächst festhalten, dass die Thüringer Gemeinden im Mittel eindeutig als ein attraktiver Ort

zum Leben gesehen werden.²⁴ In einem multivariaten Modell sind es v. a. die soziale Vernetztheit, die Familienfreundlichkeit, die wirtschaftliche Lage sowie die Erreichbarkeit von Einkaufsmöglichkeiten vor Ort bzw. von Kultur- und Freizeitangeboten, die sich positiv auf diese Einschätzung auswirken.

Die Thüringer:innen nehmen darüber hinaus mehrheitlich eine positive **Entwicklung ihrer Gemeinde in den letzten 10 bis 15 Jahren** wahr: 68 Prozent sind der Ansicht, ihre Gemeinde habe sich positiv entwickelt.²⁵ Weitere 13 Prozent geben an, dass die Lage in ihre Gemeinde gleichgeblieben sei.

Hierbei lassen sich jedoch merkliche Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Regionen ausmachen (vgl. Abb. 21). Insbesondere die Menschen in Erfurt und Jena nehmen eine positive Entwicklung ihrer Stadt wahr (80 Prozent „verbessert“), nur elf Prozent erkennen eine Verschlechterung. In den ländlichen Regionen fällt die Bewertung dagegen zwar schlechter, aber dennoch mehrheitlich positiv aus. In Cluster 3 sind immerhin noch 70 Prozent der Ansicht, ihre Gemeinde habe sich positiv entwickelt und nur 18 Prozent sehen eine Verschlechterung. In den etwas bzw. sehr ländlichen Regionen (Cluster 2 und 4) sehen dagegen nur 61 bzw. 63 Prozent eine Verbesserung der Situation, 21 bzw. 24 Prozent erkennen eine Verschlechterung und weitere 15 bzw. 17 Prozent sind der Meinung, die Situation sei gleichgeblieben. Angesichts eines vergleichsweise schwachen linearen Zusammenhangs zwischen Ländlichkeit und Vergangenheitsbewertung²⁶ verwundert es nicht, dass sich – insbesondere in Cluster 2 und 3 – noch einmal merkliche Unterschiede zwischen den Landkreisen ausmachen lassen (vgl. Abb. 23).

Aussagen über die Ursachen für diese Bewertung können auf Basis der Daten nicht getroffen werden, da etwa die Fragen nach Infrastruktur und sozialen Zusammenhalt nur für die heutige Zeit, aber nicht in der Langzeitperspektive abgefragt wurden. Die Einschätzung der Entwicklung der eigenen Gemeinde in den letzten 10 bis 15 Jahren hängt schwach negativ²⁷ mit der Wahrnehmung von Abwanderung als großem Problem zusammen. D. h. Befragte, die in der Abwanderung junger Menschen ein großes Problem für ihre Gemeinde erkennen, nehmen gleichzeitig eine negativere Bewertung der Entwicklung ihrer Gemeinde wahr. Es liegt nahe zu vermuten, dass junge Leute eher solche Gemeinden verlassen (haben), die sich in der Vergangenheit negativ entwickelt haben und weniger wirtschaftliche Möglichkeiten boten. So wurde in Kapitel II auf Basis der Strukturdaten gezeigt, dass insbesondere jene Kreise mit einem höheren Altersdurchschnitt eine schlechtere wirtschaftliche Lage aufzeigen. Befragte, die

²⁴ Landesweiter Mittelwert = 7,14; die Einstufung erfolgte auf einer Skala von 1 bis 10, wobei 1 „kein attraktiver Ort zum Leben“ und 10 „ein attraktiver Ort zum Leben“ bedeutet.

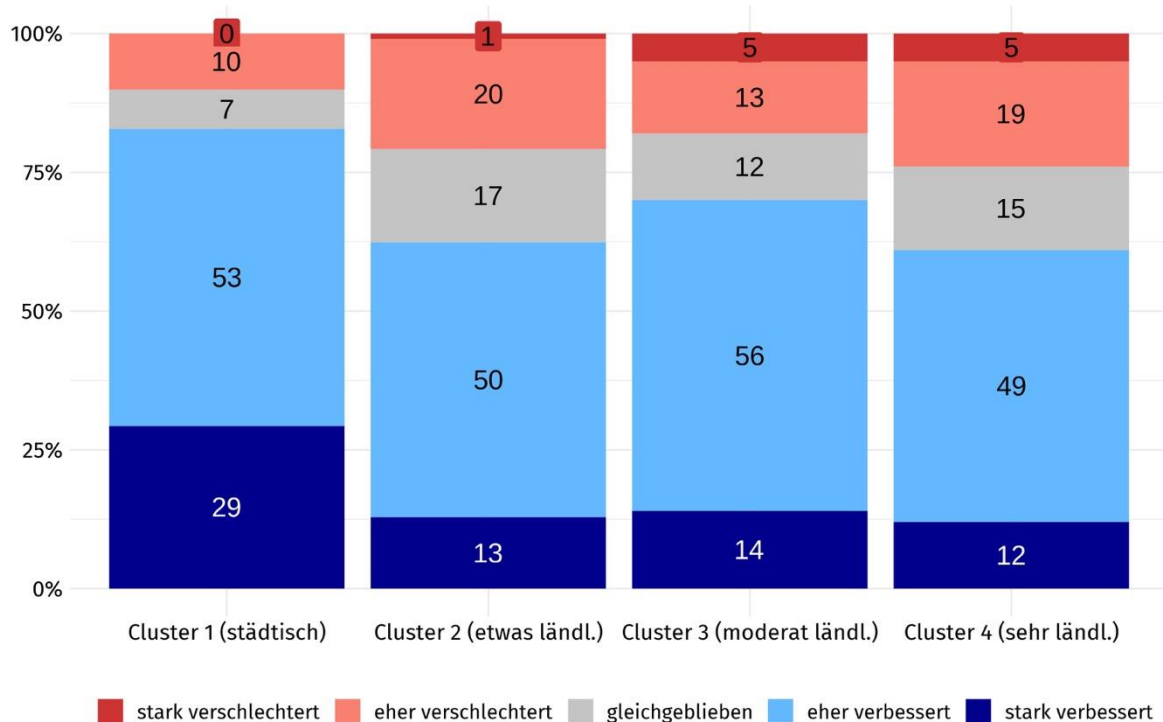
²⁵ Diese Frage wurde nur Befragten gestellt, die seit mindestens zehn Jahren in ihrer jetzigen Gemeinde leben (etwa zehn Prozent der Befragten wurde diese Frage daher nicht gestellt).

²⁶ Zudem besteht ein schwach negativer linearer Zusammenhang mit der Selbsteinstufung der eigenen Gemeinde als eher ländlich bzw. eher peripher und der Vergangenheitsbewertung: Die Bewertung der Entwicklung in den vergangenen 10 bis 15 Jahren fällt umso negativer aus, je ländlicher oder peripherer die eigene Gemeinde auf dem Kontinuum verortet wird (*Stadt-Land-Kontinuum*: Pearson's $r = -0,23$; $p < 0,001$; *Zentrum-Peripherie-Kontinuum*: Pearson's $r = -0,28$; $p < 0,001$).

²⁷ Spearman's $\rho = -0.177$ ($p < 0,001$).

eine negative Entwicklung ihrer Gemeinde über die letzten 10 bis 15 Jahre wahrnehmen, fühlen sich zudem eher „abgehängt“ (vgl. hierzu auch Kapitel III.3.1).²⁸

Abb. 21: *Entwicklung der eigenen Stadt/Gemeinde in den vergangenen 10 bis 15 Jahren nach Ländlichkeitsklassen (in Prozent)*



Die Mehrheit der Befragten (58 Prozent) blickt für ihre Gemeinde positiv in die **Zukunft**; allerdings hegt auch knapp ein Drittel der Thüringer:innen negative Erwartungen für die Zukunft ihrer Gemeinde. Nur zwei Prozent der Befragten gehen jedoch davon aus, dass es der Gemeinde in Zukunft sehr viel schlechter gehen wird.

Erneut zeigen sich Unterschiede zwischen den vier Ländlichkeitsclustern (vgl. Abb. 22). Über 80 Prozent der Befragten in den großen Städten (Erfurt/Jena) erwarten, dass sich ihre Stadt weiterhin positiv entwickelt wird, während nur 15 Prozent eine negative Entwicklung befürchten. In den etwas ländlichen Regionen (Cluster 2) erwarten hingegen doppelt so viele Befragte eine negative Entwicklung. In den moderat bzw. sehr ländlichen Regionen (Cluster 3 und 4) gehen sogar weit mehr als ein Drittel von einer zukünftigen Verschlechterung aus; gleichzeitig blickt nur knapp mehr als die Hälfte der Befragten für ihre Gemeinde positiv in die Zukunft.

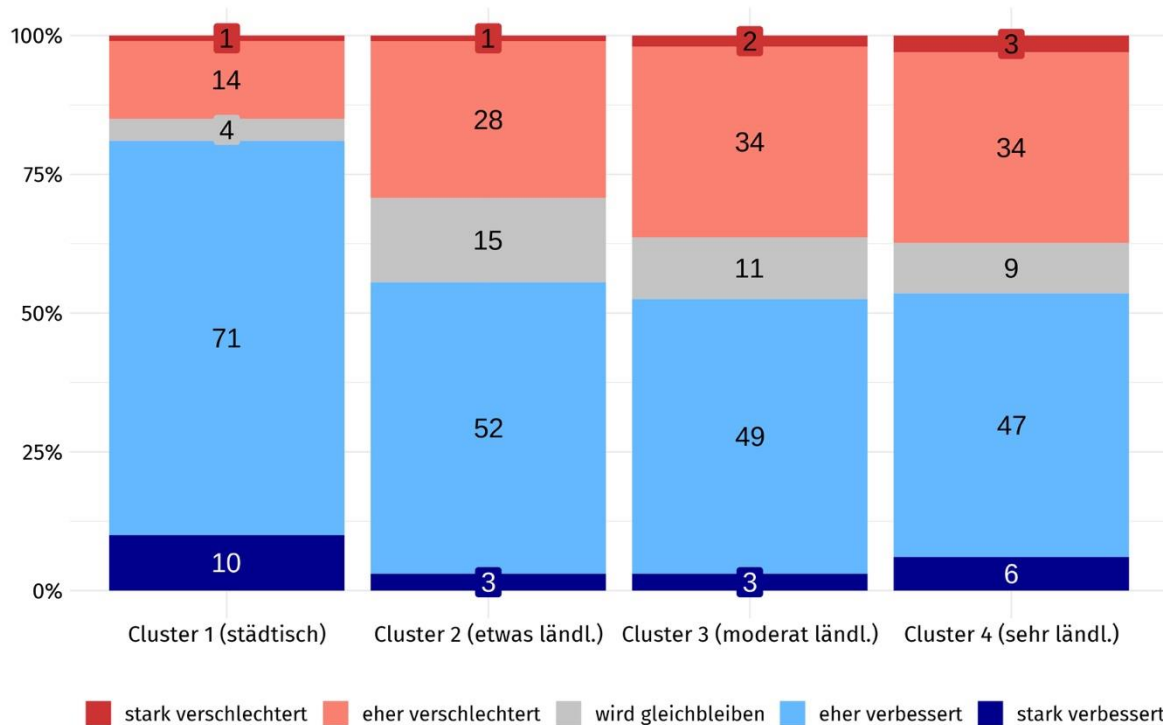
Auch die Einstufung der eigenen Gemeinde als eher ländlich auf dem Stadt-Land-Kontinuum hängt schwach negativ mit der Zukunftsbewertung zusammen²⁹ – ebenso die Wahrnehmung der eigenen Gemeinde als eher peripher. Erneut sind jedoch innerhalb der Gruppe der kreisfreien Städte sowie der Landkreise erhebliche Unterschiede zu beobachten (vgl. Abb. 23).

²⁸ Pearson's $r = -0,196$ ($p < 0,001$).

²⁹ Pearson's $r = -0,21$ ($p < 0,001$).

Während etwa Erfurt und Jena positiv vom Landesdurchschnitt abweichen, liegt Suhl signifikant unter dem Landesdurchschnitt – eine mögliche Erklärung wäre, dass letztere stark von Abwanderung betroffen ist und die im Schnitt älteste Bevölkerung Thüringens aufweist (vgl. Kapitel II).

Abb. 22: Zukunftsprognose für die eigene Stadt/Gemeinde nach Ländlichkeitsklassen (in Prozent)



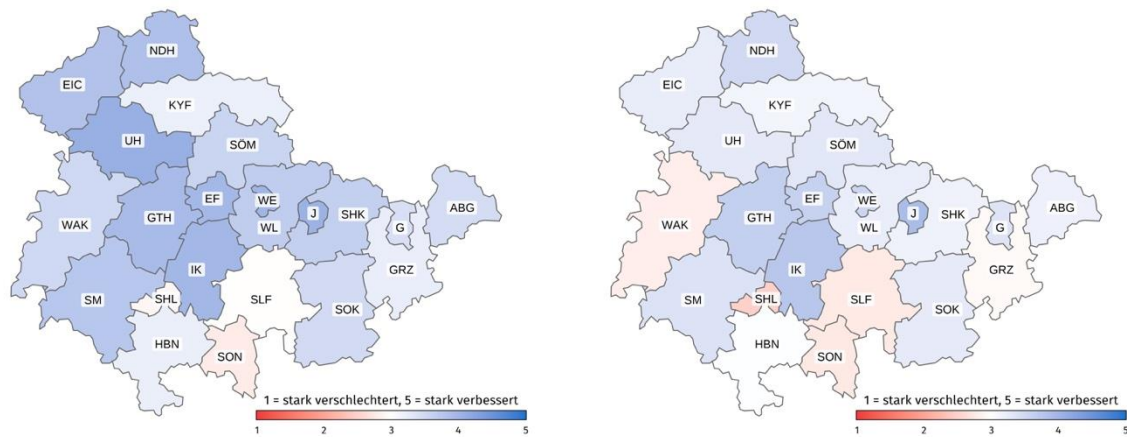
Einen deutlichen Zusammenhang gibt es zwischen der Bewertung der Entwicklung in den letzten 10 bis 15 Jahren und der zukünftigen Erwartung.³⁰ D. h. Befragte, die ihrer Gemeinde über die letzten Jahre eine negative Entwicklung attestieren, erwarten auch eher, dass sich dieser negative Trend fortsetzt. Befragte, die ihrer Gemeinde für die vergangenen 10 bis 15 Jahre ein positives Zeugnis ausstellen, erwarten eher, dass sich der positive Trend auch in Zukunft fortsetzt. Hinsichtlich der lokalen Struktur- und Lebensbedingungen ist eine positive Zukunftsbeurteilung v. a. mit der Bewertung der wirtschaftlichen Lage im Vergleich zum Rest von Thüringen assoziiert.³¹ Deutlich schwächere Zusammenhänge zeigen sich darüber hinaus mit der Zufriedenheit mit dem Angebot des ÖPNV, der Erreichbarkeit von Kultur- und Freizeitaktivitäten, von Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf sowie der Abwanderung junger Menschen. Individuelle Merkmale der Befragten (wie Alter und Geschlecht) hängen dagegen nicht signifikant mit der Zukunftsprognose zusammen.

³⁰ Pearson's $r = 0,48$ ($p < 0,001$).

³¹ Pearson's $r = 0,39$ ($p < 0,001$).

Insgesamt spricht dieses Ergebnis somit für eine Verfestigung der wahrgenommenen Entwicklung in den verschiedenen Regionen Thüringens. Die Thüringer:innen sehen einerseits Gewinnerregionen, die sich in der Vergangenheit positiv entwickelt haben und dies ihrer Einschätzung nach in Bezug auf wirtschaftliche, infrastrukturelle und demographische Aspekte auch zukünftig tun werden. Regionen, die von ihren Einwohner:innen auf der Verliererseite verortet werden, zeichnen sich andererseits durch eine negative Bewertung sowohl in Bezug auf die vergangene Entwicklung als auch auf die zukünftige Prognose aus. Inwiefern sich die Einwohner:innen dieser Regionen als „abgehängt“ fühlen, steht im Zentrum des folgenden Abschnitts.

Abb. 23: *Vergangenheitsbewertung und Zukunftsprognose für die eigene Gemeinde (Mittelwerte, auf Landkreisebene aggregiert)*



Anmerkung: Vergangenheitsbewertung (links) und Zukunftsbewertung (rechts)

III.3. Unterschiede in den politischen Einstellungen zwischen „Stadt“ und „Land“

III.3.1. Gefühl des „Abgehängtseins“

Inwiefern fühlen sich die Thüringer:innen „abgehängt“? Zeigen sich hierbei Unterschiede zwischen Stadt und Land, Zentrum und Peripherie? Im Rahmen der politikwissenschaftlichen Debatte werden häufig der langfristige wirtschaftliche Niedergang (u. a. Dijkstra et al. 2020; Greve et al. 2022; Rodríguez-Pose 2018), eine schlechte öffentliche Daseinsvorsorge (Diermeier 2020) sowie Abwanderung und Überalterung (Diermeier 2020; Franz et al. 2018) als Charakteristika „abgehängter“ Regionen identifiziert. Das Gefühl des „Abgehängtseins“ der Einwohner:innen kann sich auf drei Dimensionen beziehen: auf das Gefühl des wirtschaftspolitischen, politischen und kulturellen „Abgehängtseins“ (vgl. De Lange et al. 2022). Wir haben zudem noch einmal danach unterschieden, ob sich dieses Gefühl auf den Thüringer Kontext oder den bundesdeutschen Kontext bezieht, man sich also eher von der Landes- oder der Bundespolitik „abgehängt“ fühlt.

Box 1: Was im THÜRINGEN-MONITOR unter dem Gefühl des „Abgehängtseins“ verstanden wird

Sarah de Lange und Kolleg:innen folgend wird das Gefühl des „Abgehängtseins“ im THÜRINGEN-MONITOR als „das Gefühl definiert, dass die eigene Region von den Eliten und/oder Bürger:innen aus anderen Regionen nicht gut behandelt“ (de Lange et al. 2022) bzw. benachteiligt wird. Das Konzept hat eine politische, eine kulturelle und eine wirtschaftliche Dimension (ebd.; Munis 2022). Auf die politische Ebene bezogen umfasst es das Gefühl, dass Politiker:innen die eigene Region übersehen würden und dass die eigene Region nicht ihren gerechten Anteil erhalten und etwa bei der Zuteilung öffentlicher Ressourcen gegenüber den urbanen Zentren oder anderen Regionen benachteiligt würde (wirtschaftspolitisch). „Kulturell abgehängt“ meint schließlich das Gefühl, dass die Lebensweise, Werte oder Traditionen der Menschen aus der eigenen Region vom Rest des Landes nicht respektiert würden (ebd.).

Das Gefühl des „Abgehängtseins“ wurde im THÜRINGEN-MONITOR anhand mehrerer Indikatoren sowohl in Bezug auf die Bundes- als auch die Landesebene erhoben. Erstens wird das Gefühl des „Abgehängtseins“ mit drei Fragen gemessen, wie sie auch in der Studie von de Lange et al. (2022) eingesetzt wurden:

- | | |
|-----------------------|---|
| Wirtschaftspolitisch: | Die Politik in Berlin [bzw. Erfurt] hat zu wenig getan, um die wirtschaftliche Situation meiner Region zu verbessern. |
| Kulturell: | Die Menschen im Rest von Deutschland [bzw. Thüringen] verstehen und respektieren nicht, wie die Menschen in meiner Region leben |
| Politisch: | Die Politiker in Berlin [bzw. Erfurt] interessieren sich nicht für die Region in der ich lebe. |

Für die Niederlande wurde in der Studie von de Lange und Kolleg:innen für diese drei Items eine sehr hohe Konstruktvalidität berichtet (Cronbach's alpha = 0,83). Für Thüringen ist die Konstruktvalidität der Skala nicht ganz so hoch, erreicht mit einem Cronbach's alpha von 0,67 aber noch einen akzeptablen Wert.³²

Zweitens messen wir die Dimension des wirtschaftlichen „Abgehängtseins“ noch über die Frage, wie die wirtschaftliche Lage der eigenen Stadt bzw. Gemeinde im Vergleich zum Rest von Thüringen bzw. dem Rest von Deutschland bewertet wird. Weitere Anhaltspunkte bieten zudem die objektiven Strukturdaten, die in Kapitel II dargestellt werden.

Wirtschaftlich: Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage Ihrer Stadt oder Gemeinde. Ist diese sehr gut, eher gut, eher schlecht oder sehr schlecht? Wie ist die Lage im Vergleich zum Rest von Thüringen [Deutschland]?

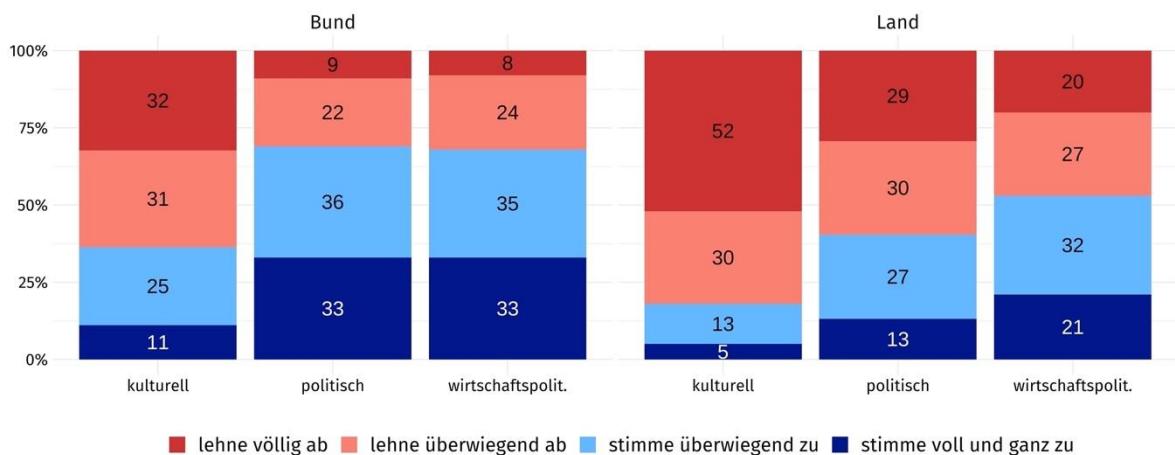
Abgrenzung zu Populismus (vgl. dazu auch Kapitel IV.2.2): Sowohl das Gefühl des „Abgehängtseins“ als auch Populismus nehmen eine Unterscheidung zwischen In- und Outgroup vor; auch identifizieren beide die Eliten als Antagonist:innen des Volkes. Anders als bei den populistischen Einstellungen wird die Trennlinie beim Gefühl des „Abgehängtseins“ nicht allgemein zwischen „Volk“ und „Eliten“, sondern zwischen „den Menschen in meiner Region“ und „der Elite (und den Menschen) in einer anderen Region“ (de Lange et al. 2022) gezogen. Anders ausgedrückt hat der Anti-Elitismus hier eine räumliche Komponente. Außerdem kommt zu der vertikalen Unterscheidung zwischen „Volk“ und „Eliten“ noch eine horizontale Trennlinie hinzu: zwischen den Menschen aus der *eigenen* und Menschen aus *anderen* Regionen. Studien zu den USA oder den Niederlanden können darüber hinaus mittels statistischer Verfahren auch empirisch zeigen, dass zwar ein Zusammenhang zwischen beiden Einstellungen besteht, Populismus und das Gefühl des „Abgehängtseins“ jedoch unterschiedliche Konstrukte messen (vgl. de Lange 2022; Munis 2022).³³

Insgesamt zeigen unsere Erhebungen, dass sich die Befragten in Thüringen insbesondere von der Bundespolitik „abgehängt“ fühlen. Diese Wahrnehmung ist in Thüringen weit verbreitet und nicht nur im ländlichen Raum verankert. Gleichwohl ist dieses Gefühl unter Menschen, die in den stark ländlich geprägten Regionen des Freistaats leben, noch einmal stärker verbreitet als unter den Menschen, die in den beiden bevölkerungsreichsten Städten des Freistaats leben.

³² Dieser Wert bezieht sich auf die Skala für die Bundesebene. Die Skala mit den Fragen zur Landesebene erreicht einen ebenfalls noch akzeptablen Wert für Cronbach's alpha von 0,63.

³³ Dies bestätigt sich auch für Thüringen, die Korrelationen zwischen den beiden Einstellungen liegen bei 0,53 (Bundesebene) und 0,42 (Landesebene).

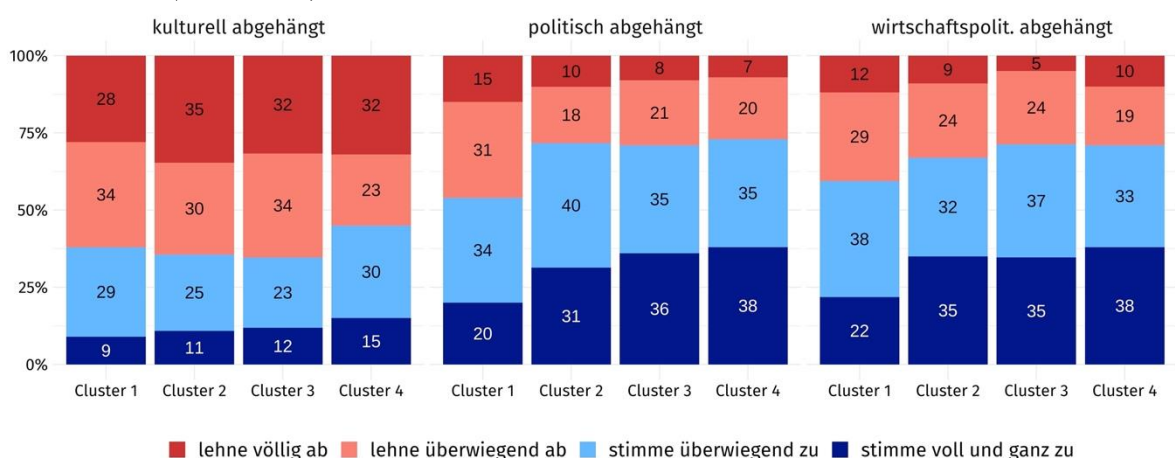
Abb. 24: „Abgehängtsein“ von der Bundes- und Landespolitik (in Prozent)



kulturell: Die Menschen im Rest von Deutschland [Thüringen] verstehen und respektieren nicht, wie die Menschen in meiner Region leben.
 politisch: Die Politiker in Berlin [Erfurt] interessieren sich nicht für die Region in der ich lebe.
 wirtschaftspolitisch: Die Politik in Berlin [Erfurt] hat zu wenig getan, um die wirtschaftliche Situation meiner Region zu verbessern

Auffällig ist, dass sich die Menschen vor allem politisch und wirtschaftspolitisch abgehängt fühlen. So vertreten über zwei Drittel der Thüringer:innen die Auffassung, die Politiker:innen in Berlin würden sich nicht für ihre Region interessieren („politisch abgehängt“). Ebenso viele sind der Meinung, von der Politik sei zu wenig getan worden, um die wirtschaftliche Situation ihrer Region zu verbessern („wirtschaftspolitisch abgehängt“). Hingegen haben mit 37 Prozent der Thüringer:innen deutlich weniger das Gefühl, von den Mitbürger:innen im Rest der Republik missverstanden bzw. nicht ausreichend respektiert zu werden (s. Abb. 24). Auch wenn der Anteil somit deutlich niedriger liegt als bei der politischen und wirtschaftlichen Dimension, fühlt sich somit dennoch mehr als ein Drittel der befragten Thüringer:innen als „kulturell abgehängt“.

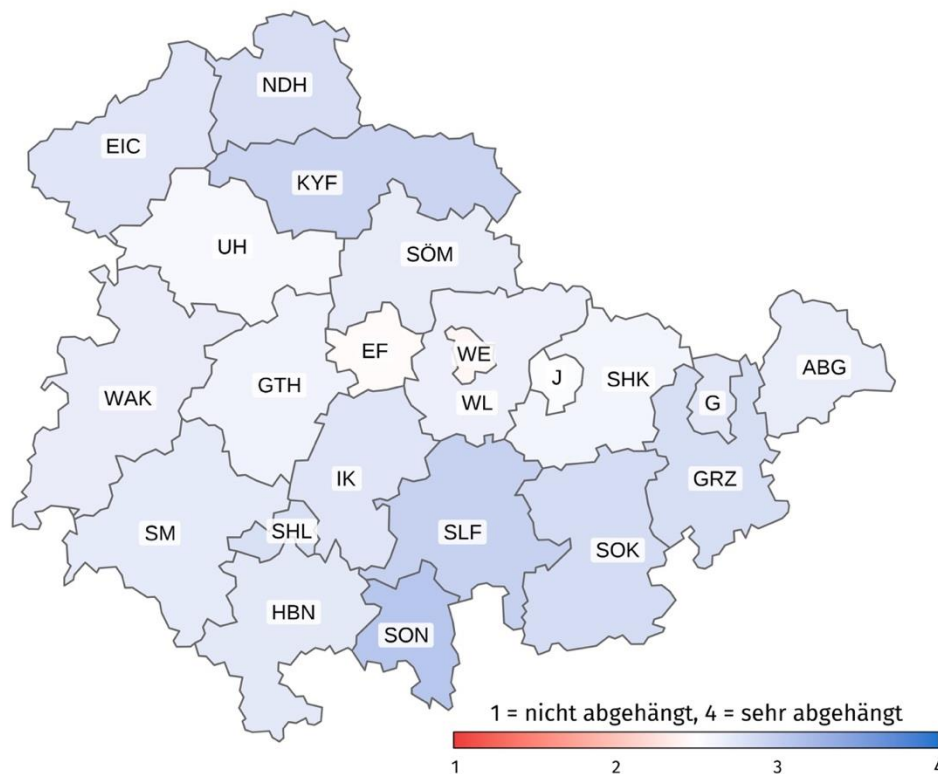
Abb. 25: „Abgehängtsein“ von der Bundespolitik nach Ländlichkeitsklassen (in Prozent)



kulturell: Die Menschen im Rest von Deutschland verstehen und respektieren nicht, wie die Menschen in meiner Region leben.
 politisch: Die Politiker in Berlin interessieren sich nicht für die Region in der ich lebe.
 wirtschaftspolitisch: Die Politik in Berlin hat zu wenig getan, um die wirtschaftliche Situation meiner Region zu verbessern.

Wie in Abbildung 25 zu erkennen, lassen sich Unterschiede nach Ländlichkeitsklassen zumeist nur zwischen den beiden großen Städten (Cluster 1) und den drei ländlichen Regionen beobachten – so etwa beim Gefühl des politischen und wirtschaftspolitischen „Abgehängtseins“. Während in den großen Städten 60 Prozent der Befragten die Auffassung vertreten, die Bundespolitik habe nicht genug zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation ihrer Region getan, sind es in den etwas ländlichen Regionen (Cluster 2) bereits 67 Prozent. In den moderat bzw. sehr ländlichen Regionen (Cluster 3 und 4) sind sogar mehr als 70 Prozent der Befragten dieser Auffassung. Das Gefühl, von den Menschen im Rest des Landes nicht ausreichend respektiert zu werden („kulturell abgehängt“), ist dagegen ausschließlich in den sehr ländlichen Regionen (45 Prozent) merklich stärker ausgeprägt als im Rest des Freistaats.

Abb. 26: Gefühl des „Abgehängtseins“ von der Bundespolitik
(Mittelwerte, auf Landkreisebene aggregiert)



Werden die drei Dimensionen des „Abgehängtseins“ (wirtschaftspolitisch, politisch, kulturell) zu einem Mittelwertindex zusammengefasst³⁴, ist die Korrelation mit der Selbsteinstufung der eigenen Gemeinde als „ländlich“ bzw. „städtisch“ zwar statistisch signifikant, zeigt jedoch nur einen sehr schwachen Zusammenhang an.³⁵ Insgesamt bedeutet dies, dass sich die Menschen in Thüringen zu einem beträchtlichen Teil von der Bundespolitik nicht ausreichend beachtet fühlen. Dieses Gefühl des „Abgehängtseins“ haben jedoch nicht nur Menschen im ländlichen

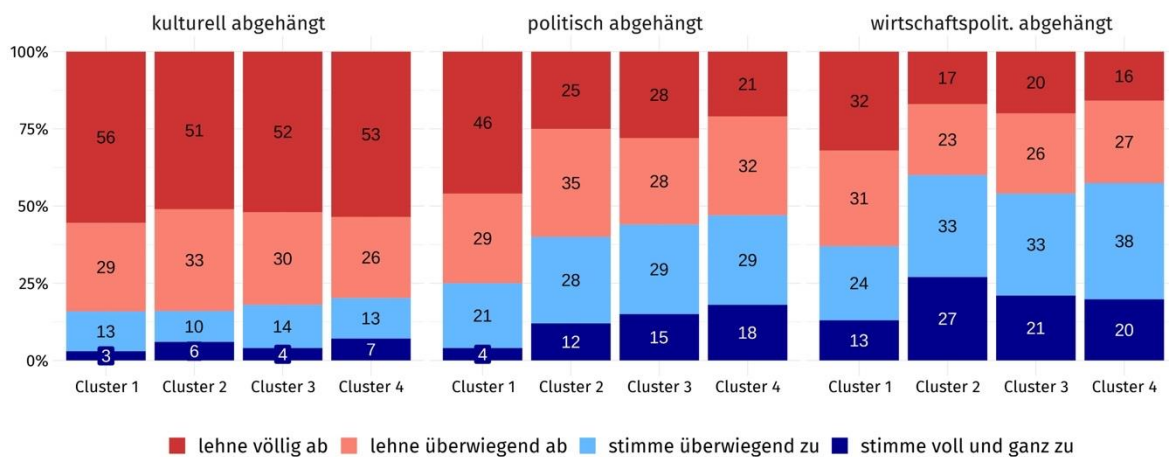
³⁴ Wobei eine Antwortverweigerung zulässig war. Die Skala weist ein akzeptables Maß an interner Konsistenz auf (Cronbach's alpha = 0,66).

³⁵ Pearson's $r = 0,17$ ($p < 0,001$).

Thüringen, sondern in allen Landesteilen. Dies ist auch an den geringen Unterschieden zwischen den Landkreisen (vgl. Abb. 26) zu erkennen. Insofern deutet dieses Ergebnis darauf hin, dass es für das Gefühl des „Abgehängtseins“ weitere, über die Ländlichkeit der Gemeinde und den Kontext hinausgehende Erklärungsfaktoren geben muss.

Deutlich schwächer fällt das Gefühl des „Abgehängtseins“ hingegen in Bezug auf den Thüringer Kontext aus (s. Abb. 27). Dennoch fühlt sich eine knappe Mehrheit der Befragten (53 Prozent) wirtschaftspolitisch und 41 Prozent politisch von der Thüringer Politik „abgehängt“. Hingegen ist nur ein knappes Fünftel (18 Prozent) der Ansicht, die Menschen im Rest des Freistaates würden die Lebensweise in ihrer Region nicht respektieren. Einstellungsmäßige Unterschiede lassen sich v. a. zwischen den beiden großen Städten auf der einen sowie den drei ländlichen Regionen auf der anderen Seite erkennen.³⁶ In den beiden großen Städten haben etwas mehr als ein Drittel der Befragten das Gefühl, von der Landespolitik wirtschaftspolitisch vernachlässigt zu sein – das sind mehr als 20 Prozentpunkte weniger als im Zusammenhang mit der Bundespolitik. Für die ländlichen Cluster fällt die Differenz etwas geringer aus (sie liegt zwischen sieben und 18 Prozentpunkten). Noch größer fallen die Differenzen zwischen Landes- und Bundesebene beim Gefühl des politischen „Abgehängtseins“ aus. Hatten in den ländlichen Regionen über 70 Prozent der Menschen das Gefühl, die Politik in Berlin interessiere sich nicht für die Region, in der sie leben, sind es mit Blick auf die Landespolitik jeweils weniger als die Hälfte (41 bis 47 Prozent). Die Werte liegen damit 25 bis 30 Punkte unter denen für die Bundespolitik. In Erfurt und Jena denkt sogar nur rund ein Viertel der Befragten, die Landespolitik interessiere sich nicht für ihre Region.

Abb. 27: „Abgehängtsein“ von der Landespolitik nach Ländlichkeitsklassen (in Prozent)

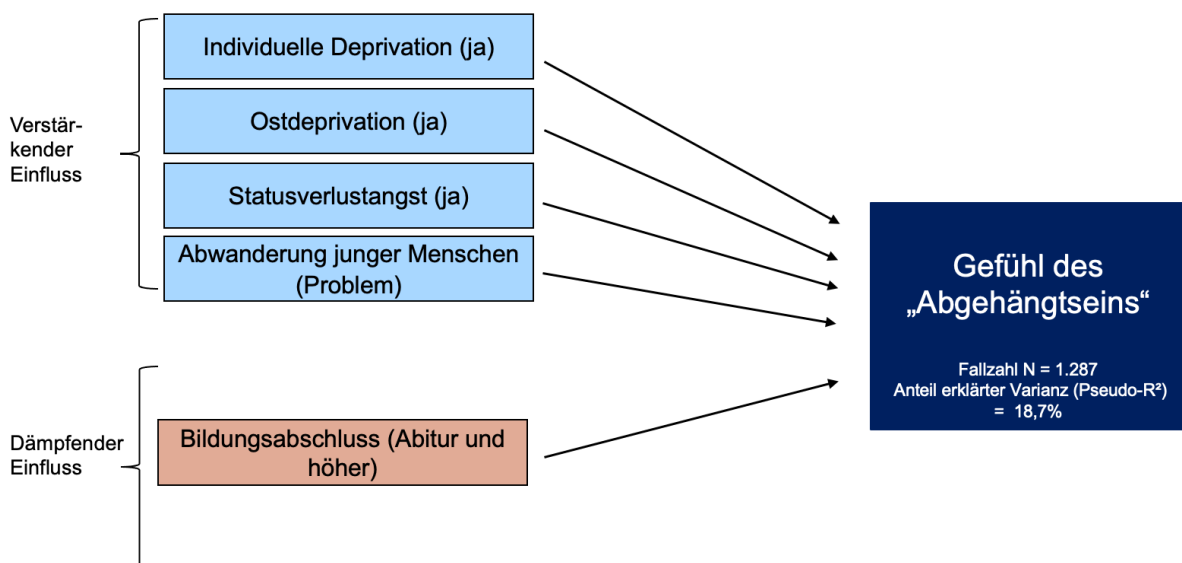


kulturell: Die Menschen im Rest von Thüringen verstehen und respektieren nicht, wie die Menschen in meiner Region leben.
 politisch: Die Politiker in Erfurt interessieren sich nicht für die Region in der ich lebe.
 wirtschaftspolitisch: Die Politik in Erfurt hat zu wenig getan, um die wirtschaftliche Situation meiner Region zu verbessern.

³⁶ Auch hier ist die Korrelation zwischen dem Mittelwertindex aus den drei Dimensionen des Abgehängtseins und der Stadt-Land-Selbsteinstufung signifikant, aber schwach ausgeprägt (Pearson's $r = 0,21$; $p < 0,001$).

Welche **Faktoren können das Gefühl des „Abgehängtseins“ erklären**? Nach Kontrolle für weitere Faktoren ist die Bewertung der eigenen Gemeinde als ländlich bzw. peripher kein signifikanter Erklärungsfaktor. Auch die lokale Verbundenheit stellt – anders als z. B. bei einer Studie zu den Niederlanden (vgl. De Lange et al. 2022) – keinen signifikanten Erklärungsfaktor dar. Darüber hinaus hat die Wahrnehmung der derzeitigen Bedingungen vor Ort (etwa Zufriedenheit mit bzw. Erreichbarkeit von Infrastruktur/Daseinsvorsorge, wirtschaftliche Lage) nur eine geringe Erklärungskraft für das Gefühl des „Abgehängtseins“.³⁷ Interessanterweise hängt auch die Bewertung der wirtschaftlichen Lage (sowohl im Thüringer Vergleich als auch im Vergleich zum Rest von Deutschland) nur schwach mit dem Gefühl zusammen, von der Landes- bzw. Bundespolitik wirtschaftspolitisch „abgehängt“ zu sein.³⁸ Diese Befunde sprechen dafür, dass sich das Gefühl des „Abgehängtseins“ überwiegend nicht aus der konkreten Unzufriedenheit mit den lokalen Gegebenheiten abzuleiten scheint. Hingegen weisen die Analysen darauf hin, dass diejenigen, die sich „abgehängt“ fühlen, verstärkt Gerechtigkeitsdefizite wahrnehmen. So haben sie verstärkt das Gefühl, sozial benachteiligt zu sein (Deprivation), als Ostdeutsche benachteiligt zu sein (Ostdeprivation)³⁹ und haben die Sorge, „auf die Verliererseite des Lebens zu geraten“ (Statusverlustangst) (siehe Abb. 28).

Abb. 28: *Lineares Regressionsmodell „Abgehängtsein“ von der Bundespolitik*



Nicht signifikante Variablen im multivariaten Modell: Lebensalter (Jahre), Geschlecht (weiblich), Zufriedenheit mit Infrastrukturangebot (höher), Erreichbarkeit von Einkaufsmöglichkeiten und Kultur (gut), wirtschaftliche Lage der Gemeinde im Thüringer Vergleich (besser), Einstufung der eigenen Gemeinde auf dem Zentrum-Peripherie-Kontinuum (peripher), Verbundenheit mit der eigenen Gemeinde (stark)

³⁷ Eine Bewertung der Langfristentwicklung wie sie etwa in den Studien von Greve et al. 2022 oder Rordríguez-Pose 2018 eine Rolle spielt, wurde nicht abgefragt. Somit kann nicht untersucht werden, inwiefern sich die langfristige Entwicklung der Gemeinde bzw. Region auf das Gefühl des Abgehängtseins auswirkt.

³⁸ Die Korrelationskoeffizienten (Spearman's rho) liegen zwischen -0,21 und -0,25 (jeweils $p < 0,001$).

³⁹ Ostdeprivation wird gemessen über die Wahrnehmung einer negativen Einheitsbilanz („Einheit hat für mich persönlich mehr Nach- als Vorteile gebracht“) und der empfundenen Abwertung des ostdeutschen Bevölkerungsteils durch den westdeutschen („Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse“).

Das Gefühl des „Abgehängtseins“ hängt darüber hinaus mäßig bis stark mit weiteren Variablen zusammen, die eine Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen politischen System messen. Wer sich von der (Bundes-)Politik vernachlässigt fühlt, ist mit dem Funktionieren der Demokratie unzufriedener (siehe unten). Außerdem haben Befragte, die sich „abgehängt“ fühlen, eine geringere politische Selbstwirksamkeit, ein höheres Niveau an Parteienverdrossenheit und eine geringere Wahrnehmung der Responsivität der politischen Repräsentant:innen (siehe auch Kapitel IV.1.).⁴⁰ Auch mit stärkeren rechtsextremen und populistischen Einstellungen hängt das Gefühl, von der Bundespolitik „abgehängt“ zu sein, zusammen (siehe Kapitel IV.2.3). Zudem weisen Befragte, die sich „abgehängt“ fühlen, eher negative Einstellungen gegenüber marginalisierten ethnischen, kulturellen und sozialen Gruppen auf (siehe Kapitel IV.4 für vertiefende Analysen).

Abb. 29: Lineare Regressionsmodelle Gefühl des „Abgehängtseins“ von der Bundespolitik nach Ländlichkeitscluster

Einflussfaktoren	Gesamt	Cluster 1 (städtisch)	Cluster 2 (etwas ländl.)	Cluster 3 (moderat ländl.)	Cluster 4 (sehr ländl.)
Lebensalter (Jahre)					
Geschlecht (weiblich)				--	---
Bildungsabschluss (Abitur und höher)	--		---		
Individuelle Deprivation (ja)	+++	+++		+++	
Ostdeprivation (ja)	++				+++
Statusverlustangst (ja)	+++		+++	+++	+++
Zufriedenheit mit Infrastrukturangebot (höher)					
Erreichbarkeit v. Einkaufsmöglichkeiten und Kultur (gut)					
Wirtschaftliche Lage der Gemeinde im Thüringer Vergleich (besser)			--		
Abwanderung junger Menschen (Problem)	+			+	++
Einstufung der eigenen Gemeinde auf dem Zentrum-Peripherie-Kontinuum (peripher)					
Verbundenheit mit der eigenen Gemeinde (stark)					
R ² *100 (Anteil erklärter Varianz)	18,7	18,2	21,4	22,5	14,6
Fallzahl N	1.287	322	316	326	323

Anmerkung: Es wurden robuste Standardfehler berechnet. Die Angaben zu Einflussstärken basieren auf den standardisierten Regressionskoeffizienten Beta und wurden wie folgt kategorisiert, wobei nur signifikante Beta-Werte ($p < 0.05$) eingetragen wurden: Betrag (beta) $> 0,2 = +++/---$; Betrag (beta) $> 0,1 = ++/--$; Betrag (beta) $> 0,0 = +/-$.

⁴⁰ Selbstwirksamkeit: Spearman's rho = -0,30 ($p < 0,001$); Parteienverdrossenheit: rho = 0,40 ($p < 0,001$); Responsivitätswahrnehmung: rho = -0,44 ($p < 0,001$).

Eine weitere spannende Frage ist, inwieweit es für das Gefühl des „Abgehängtseins“ **interregional verschiedene Erklärungsfaktoren** gibt? Hierzu wurden für die vier Ländlichkeitscluster jeweils gesonderte Regressionsmodelle berechnet (s. Abb. 29). Auffällig ist zunächst, dass das Regressionsmodell für Cluster 2 und 3 eine merklich höhere Erklärungskraft hat als etwa für Cluster 4 und 1. Für die beiden großen Städte (Cluster 1) zeigt sich, dass ausschließlich das Gefühl der Deprivation signifikant mit dem Gefühl des „Abgehängtseins“ zusammenhängt. Diese Variable ist darüber hinaus in den moderat ländlichen Regionen (Cluster 3) signifikant. Statusverlustangst ist in den ländlichen Regionen (nicht jedoch in den großen Städten) ein signifikanter Erklärungsfaktor für das Gefühl des „Abgehängtseins“. In den etwas ländlichen Regionen (Cluster 2) kommen noch die Bildung (höhere Bildung hat einen hemmenden Effekt) sowie die Bewertung der wirtschaftlichen Lage (eine positive Bewertung hat einen hemmenden Effekt) hinzu. In den moderat ländlichen Regionen (Cluster 3) hängen neben Deprivation und Statusverlustangst noch das Geschlecht (Männer fühlen sich eher „abgehängt“) sowie die Wahrnehmung der Abwanderung junger Menschen als ein Problem für die eigene Gemeinde signifikant mit dem Gefühl des „Abgehängtseins“ zusammen. Für die sehr ländlichen Regionen (Cluster 4) lässt sich ein sehr ähnliches Bild zeichnen; allerdings ist dort das Gefühl der Ostdeprivation positiv mit dem Gefühl, „abgehängt“ zu sein, verbunden.

III.3.2. Politische Unterstützung in „Stadt“ und „Land“

Ein zentraler Bestandteil des THÜRINGEN-MONITORS ist die jährliche Untersuchung der politischen Einstellungen zur Demokratie und den politischen Institutionen (vgl. hierzu ausführlich Kapitel IV.1). Inwiefern bei diesen politischen Einstellungen Stadt-Land-Unterschiede bestehen, wird im Folgenden gezeigt:

In Bezug auf die Haltung zur **Idee der Demokratie** kann *nicht* von (deutlichen) Stadt-Land-Unterschieden gesprochen werden. Insgesamt liegt diese in Thüringen im Jahr 2022 mit 84 Prozent weiterhin auf einem hohen Niveau (siehe Kapitel IV.1) und die Unterschiede zwischen den vier Ländlichkeitsclustern sind nur gering (städtisch: 88 Prozent, eher ländlich: 84 Prozent, moderat ländlich: 85 Prozent, sehr ländlich: 80 Prozent). Zwischen der Selbsteinstufung der eigenen Gemeinde als ländlich bzw. peripher und der Demokratieunterstützung gibt es ebenfalls keinen signifikanten Zusammenhang.⁴¹ In Bezug auf die Zufriedenheit, wie die Demokratie derzeit funktioniert, besteht hingegen ein starkes Stadt-Land-Gefälle: Während insgesamt weniger als die Hälfte der Thüringer:innen (48 Prozent) mit dem **Funktionieren der Demokratie** zufrieden ist (siehe Kapitel IV.1), sind in den beiden größten Städten des Landes nahezu zwei Drittel der Menschen (64 Prozent) mit der Praxis der Demokratie zufrieden. Demgegenüber sind es in den etwas bzw. moderat ländlichen Regionen (Cluster 2 und 3) knapp weniger als die Hälfte; in den sehr ländlichen Regionen sogar nur 41 Prozent.⁴² Dieses Stadt-

⁴¹ Stadt-Land-Kontinuum: Spearman's rho = -0,02 (p>0,05); Zentrum-Peripherie-Kontinuum: Spearman's rho = -0,06 (p>0,05);

⁴² Zudem gilt: Je ländlicher bzw. peripherer die Befragten ihre Gemeinde einstufen, desto eher sind sie mit der Praxis der Demokratie unzufrieden.

Land-Gefälle steht in Einklang mit den Ergebnissen europaweiter Befragungen (siehe etwa Kenny & Luca 2021; Lago 2022). In Erfurt und Jena liegt die Demokratiezufriedenheit damit auch höher als in Westdeutschland, das sich generell durch eine im Vergleich zu den ostdeutschen Bundesländern höhere Demokratiezufriedenheit auszeichnet (siehe etwa Best et al. 2023).⁴³ Somit lohnt es sich, neben den klassischen Ost-West-Unterschieden, die in Studien zur politischen Kultur Deutschlands gemeinhin erhoben werden (siehe etwa Best et al. 2023; Liljeberg & Krambeer 2022), auch interregionale Unterschiede in der Demokratiezufriedenheit näher zu betrachten. Beispielsweise fand auch der Niedersächsische Demokratie-Monitor interregionale Unterschiede in den Einstellungen zur Demokratie (Schmitz et al. 2022).

Der negative Zusammenhang zwischen Ländlichkeit und Demokratiezufriedenheit besteht auch fort, wenn für das Gefühl des „Abgehängtseins“ (vgl. Kapitel III.3) kontrolliert wird. D. h. die unterschiedliche Demokratiezufriedenheit zwischen städtischen/ländlichen bzw. zentralen/peripheren Regionen ist nicht ausschließlich auf ein Gefühl des „Abgehängtseins“ zurückzuführen. Die Wahrnehmung der Struktur- und Lebensbedingungen in der eigenen Gemeinde (Infrastruktur, Daseinsvorsorge, wirtschaftliche Lage, soziales Gefüge) haben für die Demokratiezufriedenheit zwar nur eine geringe Erklärungskraft. Werden diese in das multivariate Modell aufgenommen, ist jedoch die Einstufung der eigenen Gemeinde auf dem Stadt-Land-Kontinuum nicht mehr signifikant. Die geringere Demokratiezufriedenheit in ländlichen Regionen scheint somit zumindest in Teilen von den Kontextbedingungen abzuhängen.

Um **interregional verschiedene Erklärungsfaktoren für die Demokratiezufriedenheit** unter die Lupe zu nehmen, wurde für jede der vier Regionen (städtisch, etwas ländlich, moderat ländlich, sehr ländlich) ein lineares Regressionsmodell gerechnet (vgl. Tabelle 2 im Anhang). Dabei erweisen sich die Unterstützung für die Idee der Demokratie, die einen förderlichen Effekt hat, sowie das Gefühl, keinen Einfluss auf das Regierungshandeln zu haben (politische Selbstwirksamkeit), das einen hemmenden Effekt hat, als recht konsistente Erklärungsfaktoren. Beide sind in drei von vier Clustern signifikant. Gleiches gilt für das Gefühl des „Abgehängtseins“, welches ebenfalls in drei von vier Clustern negativ mit der Demokratiezufriedenheit assoziiert ist: in den großen Städten sowie in den moderat und den sehr ländlichen Regionen (Cluster 1, 3 und 4). In den etwas ländlichen Regionen sind zusätzlich weitere demographische Merkmale (Bildung, Geschlecht) signifikant mit der Demokratiezufriedenheit verknüpft. Auch erweist sich in den etwas ländlichen Regionen eine gute Bewertung der ökonomischen Situation des Freistaats als förderlich für die Demokratiezufriedenheit. In den sehr ländlichen Regionen (Cluster 4) ist dagegen zusätzlich die individuelle Deprivation signifikant mit der Demokratiezufriedenheit verknüpft: sie hat einen hemmenden Effekt.

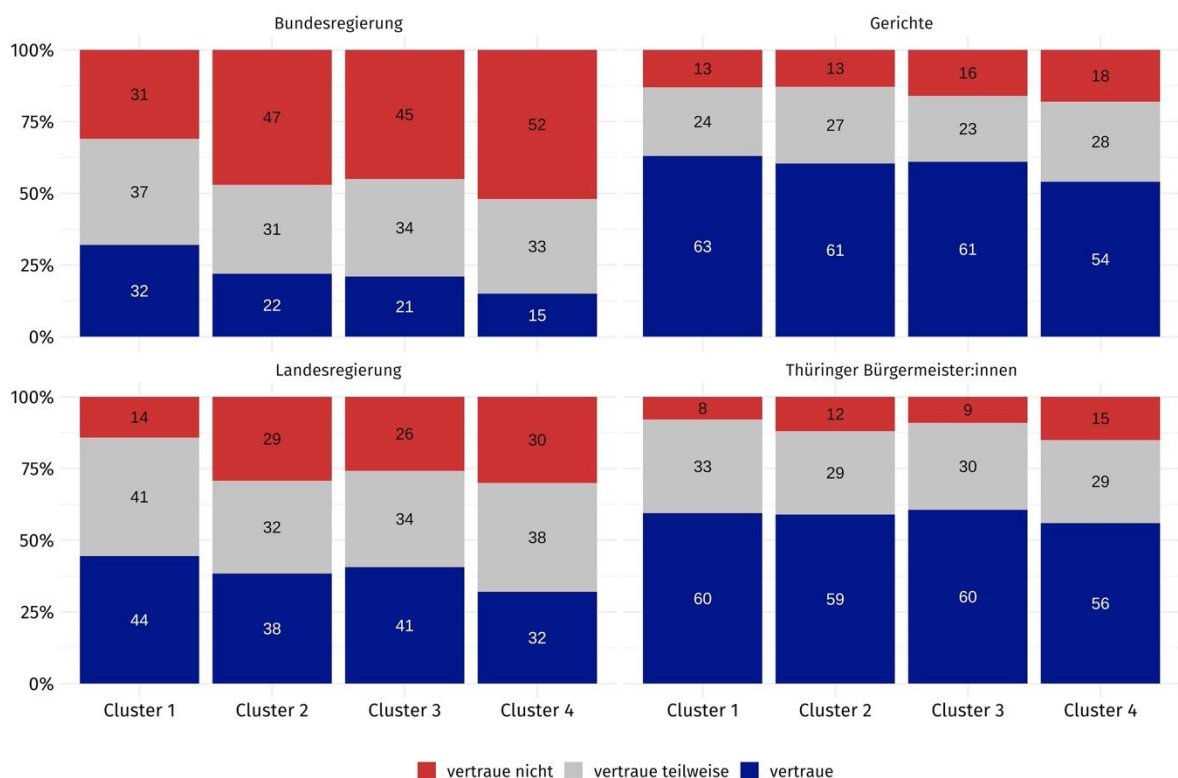
Im Einklang mit Befunden aus europaweiten Befragungen (u. a. Mitsch et al. 2021 auf Basis des European Social Survey) zeigen die Daten des THÜRINGEN-MONITORS z. T. erhebliche Unterschiede im **Institutionenvertrauen** zwischen städtischen und ländlichen Regionen. Dies

⁴³ Sowohl der Erhebungszeitraum (Juli/August 2022) als auch das Item zur Demokratiezufriedenheit (ebenfalls 4-stufige Antwortskala) der Studie von Best et al. 2023 ist für einen Vergleich mit dem Thüringen-Monitor sehr gut geeignet.

betrifft v. a. die als parteilich wahrgenommenen Institutionen (Bundes- und Landesregierung). In den beiden großen Städten (Erfurt/Jena) hat jeweils beinahe ein Drittel der Menschen ein hohes Vertrauen in die Bundesregierung; weitere 37 Prozent vertrauen dieser teilweise. In den etwas bzw. moderat ländlichen Regionen vertrauen noch etwas mehr als 20 Prozent und gut ein Drittel vertraut „teilweise“. In den sehr ländlichen Regionen vertrauen hingegen nur noch 15 Prozent der Bundesregierung voll und ganz sowie weitere 33 Prozent teilweise. Der Landesregierung vertrauen Menschen in ländlich oder peripher wahrgenommenen Gemeinden ebenfalls in einem geringen Maße. Keine deutlichen Unterschiede zeigen sich dagegen für das Vertrauen in Bürgermeister:innen sowie politikfernen Institutionen wie Gerichte, denen generell ein höheres Vertrauen entgegengebracht wird (vgl. Abb. 30; für weiterführende Analysen siehe auch Kapitel IV.1.2).

Die Analysen zeigen zudem, dass das Gefühl des „Abgehängtseins“ deutlich mit dem Institutionenvertrauen korreliert: Je stärker sich die Thüringer:innen von der Bundespolitik „abgehängt“ fühlen, desto weniger vertrauen sie der Bundesregierung.⁴⁴ Das gleiche Muster besteht auch zwischen dem Gefühl des „Abgehängtseins“ von der Landespolitik und dem Vertrauen in die Landesregierung.

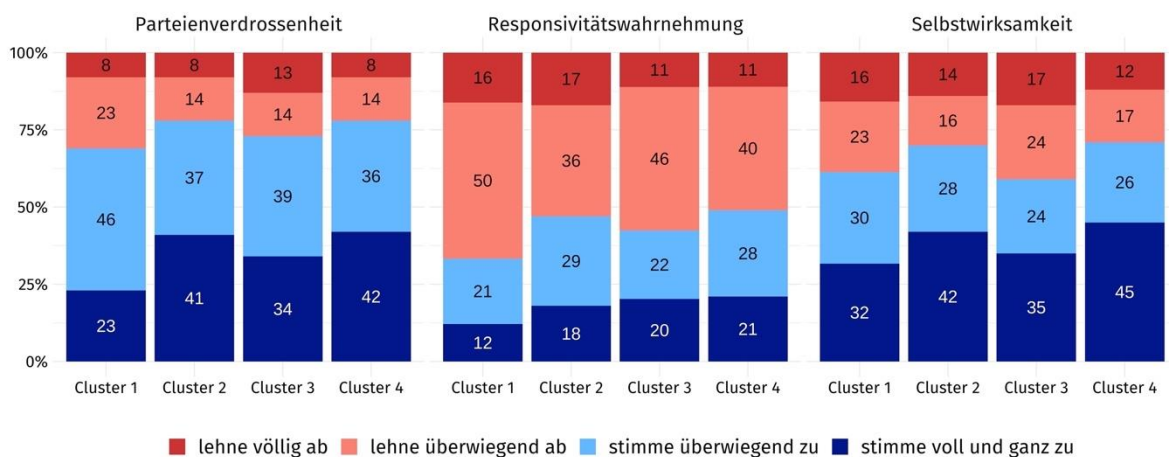
Abb. 30: *Institutionenvertrauen in Stadt und Land*
(in Prozent)



⁴⁴ Pearson's $r = -0,44$ ($p < 0,001$).

Mit Blick auf weitere politische Einstellungen gibt es z. T. ebenfalls erhebliche Unterschiede innerhalb der vier Ländlichkeitscluster (vgl. Abb. 31). Keinen Einfluss auf das Regierungshandeln zu haben (**externe politische Selbstwirksamkeit**), denken in Cluster 1 und 3 jeweils etwa 60 Prozent der Befragten; in Cluster 2 und 4 sind es 10 Prozentpunkte mehr. Auch die **Partei-
enverdrossenheit** liegt in ländlich geprägten Gemeinden (Cluster 2 und 4) etwa 10 Prozentpunkte höher als in den Städten (Cluster 1). Besonders deutlich fällt die Kluft mit Blick auf die **Responsivitätswahrnehmung** aus. Während in Cluster 1 noch zwei Drittel der Auffassung sind, Politiker:innen würden sich im Allgemeinen darum bemühen, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten, liegt die Zustimmung zu dieser Aussage in Cluster 3 zehn Prozentpunkte darunter; in den Clustern 2 und 4 sind es sogar (fast) 15 Prozentpunkte weniger. Ein lineares Stadt-Land- bzw. Zentrum-Peripherie-Gefälle ist jedoch nicht auszumachen.⁴⁵ Auch hinsichtlich rechtsextremer und (rechts-)populistischer Einstellungen unterscheiden sich städtische und ländliche Regionen, was in Kapitel IV.2.3. dargestellt wird.

Abb. 31: Selbstwirksamkeit, Parteienverdrossenheit und Responsivitätswahrnehmung nach Ländlichkeitsklassen (in Prozent)



Selbstwirksamkeit: Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.
 Parteienverdrossenheit: Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.
 Responsivität: Die Politiker bemühen sich im Allgemeinen NICHT darum, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten

Insofern kann also festgestellt werden, dass es deutliche Unterschiede zwischen Stadt und Land in den politischen Einstellungen gibt. Vor allem in den ländlichen Regionen sind die Thüringer:innen unzufrieden mit der Praxis der Demokratie, vertrauen Bundes- und Landesregierung deutlich weniger, sind in hohem Maß parteiverdrossen und haben seltener den Eindruck, dass sich Politiker:innen darum bemühen, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten. Dies spiegelt sich in dem ausgeprägten Gefühl des „Abgehängtseins“ von Bundes- und Landespolitik wider. Insgesamt sind die Zufriedenheitswerte mit der Praxis der Demokratie sowie ihren Akteuren

⁴⁵ Dies wird auch durch die nicht signifikanten oder allenfalls sehr schwachen Korrelationen mit der Verortung der eigenen Gemeinde als städtisch/ländlich bzw. zentral/peripher angezeigt. Mit den lokalen Struktur- und Lebensbedingungen bestehen ebenfalls keine bzw. nur sehr schwache Zusammenhänge. Am stärksten ist noch die Bewertung der lokalen wirtschaftlichen Lage im Vergleich zum Rest von Thüringen mit den drei Items zur Messung politischer Unzufriedenheit korreliert.

und Institutionen in diesen ländlichen Regionen somit auf einem besorgniserregend niedrigen Niveau.

Politische Unterstützung kann demokratischen Systemen auch in Form von Verhalten entgegengebracht werden, etwa über **politische Partizipation** (siehe auch Kapitel IV.1.3.). Nachdem auf den vorherigen Seiten bereits gezeigt wurde, dass sich die diffuse Unterstützung für die Idee der Demokratie zwischen Stadt und Land kaum unterscheidet, aber z. T. erhebliche Stadt-Land-Unterschiede bei der spezifischen Unterstützung (etwa Demokratiezufriedenheit, Institutionenvertrauen) zu beobachten sind, fragt dieser Abschnitt nun nach Unterschieden im politischen Verhalten (für das Konzept der politischen Unterstützung siehe Easton 1975). Eine zweite Frage ist, ob und wie das Gefühl des „Abgehängtseins“ mit der politischen Partizipation assoziiert ist.

Insgesamt bestehen in der politischen Beteiligung der Thüringer:innen kaum bzw. nur sehr geringe signifikante Stadt-Land-Unterschiede (vgl. Abb. 32). Merkliche Unterschiede zwischen den Clustern zeigen sich nur bei der Bereitschaft zur Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration. Diese beträgt in den sehr ländlichen Regionen 30 Prozent und liegt damit 12 Prozentpunkte höher als in den beiden großen Städten Erfurt und Jena und fünf bzw. zehn Prozentpunkte höher als in den beiden etwas bzw. moderat ländlichen Regionen (siehe Abb. 32). Diese Form des illegalen Protests hängt dabei schwach, aber signifikant mit dem Gefühl des „Abgehängtseins“ zusammen.⁴⁶ So steigt die Bereitschaft zur Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration, wenn sich Befragte „abgehängt“ fühlen. Gleichzeitig führt dieses Gefühl auch zu einer geringeren Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement.

Ergebnisse anderer Studien, wonach sich Bewohner:innen ländlicherer Gebiete häufiger an Wahlen beteiligen und Stadtbewohner:innen eher unkonventionelle Formen der politischen Partizipation (Unterschriftensammlung, genehmigte Demonstration) nutzen (siehe etwa Kenny & Luca 2021), können für Thüringen nicht bestätigt werden. Hier beteiligen sich die Befragten in Stadt und Land auf sehr ähnliche Weise (vgl. zu weiteren Aspekten der politischen Teilhabe Kapitel IV.1.3).

⁴⁶ Nicht genehmigte Demonstration: $r_{pb} = 0,08$ ($p < 0,05$); ehrenamtliches Engagement: $r_{pb} = -0,10$ ($p < 0,05$).

Abb. 32: Politische Partizipation in Stadt und Land (würde ich tun bzw. habe ich schon getan, in Prozent)

	Gesamt	Cluster 1 (städtisch)	Cluster 2 (etwas ländl.)	Cluster 3 (moderat ländl.)	Cluster 4 (sehr ländl.)
Partizipation: An einer Unterschriftensammlung teilnehmen?	89	89	90	90	90
Partizipation: In einer politischen Partei mitarbeiten?	22	22	21	22	21
Partizipation: An einer genehmigten Demonstration teilnehmen?	68	68	65	69	71
Partizipation: An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen?	24	18	21	25	30
Partizipation: Für meine Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist?	7	4	8	8	4
Partizipation: Sich ehrenamtlich engagieren? (z.B. in einem Verein oder in der Nachbarschaftshilfe)	85	87	82	84	86
Teilnahme an Bundestagswahlen*)	88	88	85	89	89

Anmerkung: *) „immer“ und „fast immer“ zusammengefasst.

Ein weiterer Aspekt, der im THÜRINGEN-MONITOR kursorisch untersucht wurde, ist, die Einstellung der Thüringer:innen zum Ausbau **Erneuerbarer-Energien-Anlagen** (u. a. Windkraftanlagen, Solarpark) in ihrer Gemeinde und wie sie die Beteiligung der Bürger:innen in den betroffenen Gemeinden einschätzen. Zum Befragungszeitpunkt gab es in Thüringen 861 Windenergieanlagen, wobei in den vergangenen vier Jahren im Schnitt 15 Anlagen pro Jahr neu hinzugekommen sind (vgl. TMUEN). Insbesondere der Bau von Windrädern wird in Thüringen vielerorts kritisch diskutiert und häufig formiert sich Protest in der Bürgerschaft. Deutschlandweite Untersuchungen zeigen in Thüringen und Ostdeutschland insgesamt eine erhöhte Protestbereitschaft gegen Windkraftanlagen. Auch die Zustimmung zum Ausbau von Windkraftanlagen an Land ist in den ostdeutschen Bundesländern sowie Bayern etwas niedriger als im Rest der Bundesrepublik (Ariadne Projekt 2022).

Im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR zeigt sich allerdings eine hohe Zustimmung zum Bau von neuen Anlagen. Insgesamt wären acht von zehn Befragte damit einverstanden, wenn in ihrem Wohnumfeld eine Erneuerbarer-Energien-Anlage errichtet würde und lediglich zehn Prozent lehnen dies vollständig ab. Im Vergleich zu 2018 ist damit ein Anstieg in der Zustimmung zu verzeichnen, auch wenn die Ergebnisse aufgrund der unterschiedlichen Frageformulierung nicht direkt miteinander vergleichbar sind. Im THÜRINGEN-MONITOR 2018 hatte lediglich eine knappe Mehrheit der Befragten den Bau von Windrädern in ihrer näheren Umgebung befürwortet; knapp über 70 Prozent befürworteten aber bereits damals den Bau von Solaranlagen (vgl. Reiser et al. 2018, 72). Die gestiegene Zustimmung zum Bau von Erneuerbaren-Energien-Anlagen fügt sich allerdings in die Ergebnisse bundesweiter Untersuchungen ein – hier wird beispielsweise ein Anstieg der Zustimmung zu Windkraftanlagen an Land von 49 Prozent

in 2017 auf 75 Prozent in 2021 berichtet, wobei die Zustimmung insbesondere in den ostdeutschen Landkreisen zugenommen hat (Levi et al. 2022).

Die Daten des THÜRINGEN-MONITORS deuten allerdings auf Defizite bei der Berücksichtigung von Anliegen der Bürger:innen hin. So sind in der diesjährigen Befragung nur knapp die Hälfte (52 Prozent) der Thüringer:innen der Ansicht, die Anliegen der Menschen würden beim Bau Erneuerbarer-Energien-Anlagen ausreichend berücksichtigt. Etwas häufiger sehen die Bewohner:innen von sehr ländlichen Gemeinden ein Beteiligungsdefizit, da dort nur 44 Prozent zufrieden sind.⁴⁷ Die Zufriedenheit mit den Beteiligungsmöglichkeiten hängt zudem sowohl mit dem Alter als auch mit der formalen Bildung zusammen: ältere und höher gebildete Befragte sind eher der Meinung, die Anliegen der Bürger:innen würden beim Ausbau von Erneuerbaren-Energien-Anlagen berücksichtigt. Wer sich politisch weiter rechts verortet oder der Bundesregierung misstraut, nimmt dagegen eher Defizite in der Berücksichtigung von Anliegen der Bürger:innen wahr.

Die Zustimmung zum Ausbau Erneuerbarer-Energien-Anlagen in der eigenen Wohnumgebung ist sehr schwach, aber signifikant mit der Einstufung der eigenen Gemeinde auf dem Stadt-Land- bzw. Zentrum-Peripherie-Kontinuum korreliert: Wer angibt, in einer etwas ländlichen Gemeinde zu leben, sieht den Ausbau eher kritisch. Dies steht im Einklang mit bundesweiten Befunden, die ebenfalls eine geringere Akzeptanz von klimapolitischen Maßnahmen in ländlichen Regionen belegen (u. a. Levi et al. 2022). Auch zwischen den Ländlichkeitsclustern lassen sich ähnlich gelagerte Differenzen erkennen: Die Zustimmung ist im städtischen Cluster mit 86 Prozent am höchsten, fällt dann auf etwa 80 Prozent in den etwas bis moderat ländlichen Regionen (Cluster 2 und 3) und liegt in den sehr ländlichen Regionen (Cluster 4) noch bei 73 Prozent. Da Windkraftanlagen i.d.R. im ländlichen Raum errichtet werden und die Bewohner:innen dieser Gemeinden somit unmittelbar betroffen sind als die Einwohner:innen Erfurts und Jenas, verwundern die beobachteten Einstellungsunterschiede nicht.⁴⁸

Über die Stadt-Land-Unterschiede hinaus zeigen sich in einem multivariaten Modell signifikante Zusammenhänge mit der politischen Ideologie sowie der Verbundenheit mit der eigenen Gemeinde: Je weiter Befragte sich selbst als „rechts“ verorten, desto kritischer stehen sie dem Ausbau erneuerbarer Energien gegenüber. Befragte, die sich ihrer Gemeinde stärker verbunden fühlen, stehen dem Ausbau von Erneuerbaren-Energien-Anlagen ebenfalls kritischer gegenüber. Zudem hat ein geringes Vertrauen in die Bundesregierung einen hemmenden Effekt auf die Zustimmung zum Ausbau von Erneuerbarer-Energien-Anlagen im eigenen Wohnumfeld. Soziodemographische Faktoren (etwa Alter, Geschlecht, Bildung) hängen dagegen nicht signifikant mit der Einstellung gegenüber dem Ausbau von erneuerbaren Energien zusammen.

⁴⁷ In Cluster 1 bis 3 ist hingegen jeweils eine Mehrheit von 52 bis 56 Prozent der Meinung, die Anliegen der Menschen würden ausreichend berücksichtigt

⁴⁸ Für einen Überblick über den derzeitigen Bestand an Windkraft- und Solarthermieanlagen in Thüringen siehe: <https://karte.energieatlas-thueringen.de/>.

IV. Demokratie, Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Eine wichtige Aufgabe des THÜRINGEN-MONITORS ist es, jährlich die Entwicklung der politischen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung zu Demokratie, Rechtsextremismus und Antisemitismus empirisch zu untersuchen. Entsprechend werden für die Langzeitbetrachtung die Zeitreihen der früheren Untersuchungen fortgeführt. Im ersten Unterkapitel fokussieren wir uns auf die Einstellungen zur Demokratie und die politische Beteiligung der Thüringer:innen. Wie seit dem ersten THÜRINGEN-MONITOR im Jahr 2000 üblich, liegt der Schwerpunkt des zweiten Unterkapitels auf der Messung rechtsextremer, rechtspopulistischer und neurechter Einstellungen. Ein dritter Bestandteil dieses Kapitels ist Verbreitung von Verschwörungserzählungen in der Thüringer Bevölkerung. Im vierten Teil stehen schließlich die Einstellungen der Thüringer:innen zu Migration, Integration und Diversität im Zentrum.

IV.1. Demokratie: Einstellungen und Engagement

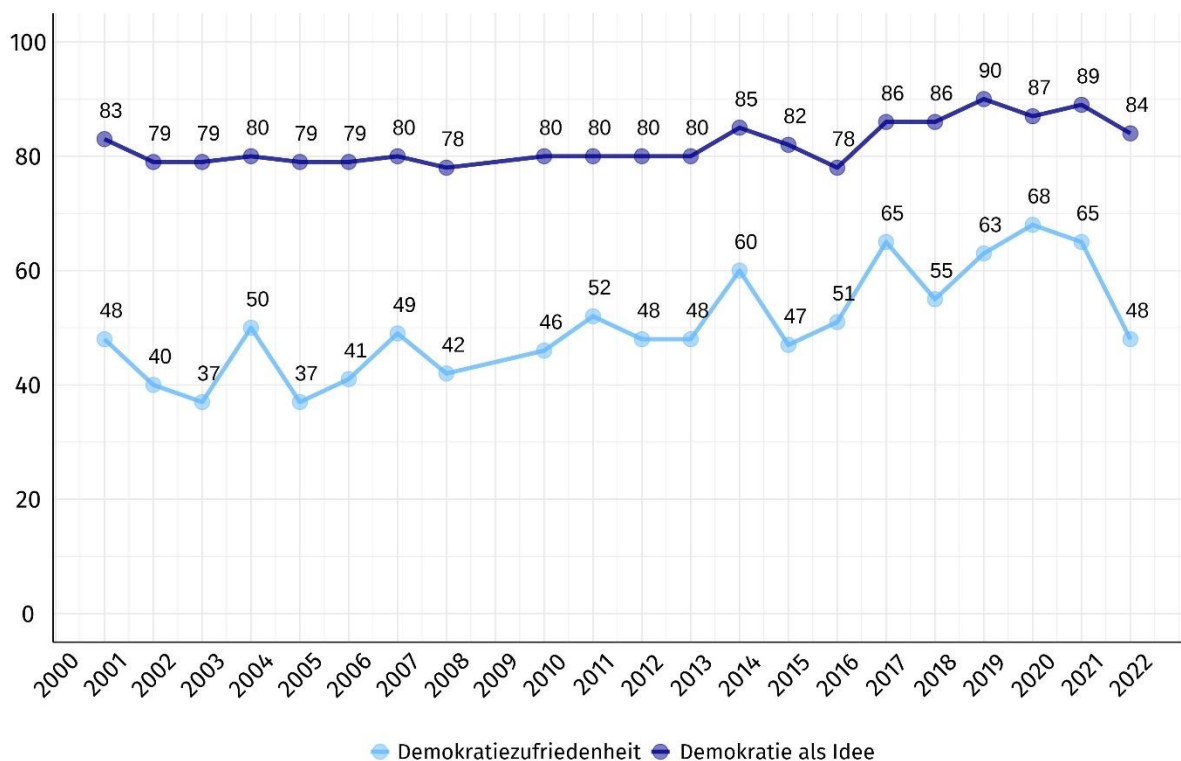
IV.1.1. Einstellungen zu Demokratie und Diktatur

Um einerseits effektiv und leistungsfähig arbeiten sowie andererseits ihre langfristige Stabilität wahren zu können, sind politische Systeme – von der europäischen Ebene bis zur Kommune – auf Unterstützung seitens der Bürger:innen angewiesen (Easton 1957, Almond & Verba 1963). Als besonders relevant erweisen sich nach Auffassung des Systemtheoretikers David Easton dem System gegenüber wohlgesonnene „actions and attitudes“ (Easton 1965: 159-70). Demnach ist es zum einen unerlässlich, dass Bürger:innen auf vielfältige Weise partizipieren („actions“) und sich nicht nur in Form von Wahlen, sondern zum Beispiel auch durch die Mitarbeit in Parteien, Gewerkschaften, Interessengruppen, Bürgerinitiativen oder Vereinen in den politischen Willensbildungsprozess einbringen. Zum anderen ist es für die Stabilität des politischen Systems wichtig, dass Bürger:innen der Demokratie positiv gegenüber stehen („attitudes“). Damit ist die Demokratie als Idee, die Zufriedenheit mit der Praxis der Demokratie und darüber hinaus Vertrauen in demokratische Institutionen, Akteure und Prozesse gemeint. Diese Unterstützung der Demokratie durch Einstellungen und Handeln können als Treibstoff des politischen Systems verstanden werden, auf den es insbesondere dann ankommt, wenn das System einer – oder gar mehrerer gleichzeitig auftretender – Krise(n) gegenübersteht. Angesichts von Corona-Pandemie, Energiekrise und Energiepreisschock, der höchsten Inflation seit mehr als 70 Jahren, dem russischen Überfall auf die Ukraine und nicht zuletzt der Klimakrise, wird die Demokratie gegenwärtig von multiplen Krisen herausgefordert. Mit Hilfe der Daten des THÜRINGEN-MONITORS soll im Folgenden der Frage nachgegangen werden, inwiefern sich diese aus politischen, ökonomischen und ökologischen Dimensionen zusammensetzende Vielfachkrise auf die politische Kultur in Thüringen auswirkt. Hierfür sollen zunächst die Einstellungen zur Demokratie („attitudes“) und daran anschließend die Partizipationsmuster („actions“) der Thüringer Bevölkerung systematisch untersucht werden.

Als wichtigste Indikatoren einstellungsbezogener Systemunterstützung gelten gemeinhin die Konzepte der Demokratieunterstützung und -zufriedenheit. Beide Indikatoren trennt die theoretische Annahme, dass zwischen einer längerfristigen und weniger leistungsabhängigen (diffusen) sowie einer eher kurzfristigeren und deutlich leistungsbezogeneren (spezifischen) Unterstützung unterschieden werden sollte. Dieser Logik folgend, misst die Demokratieunterstützung primär die Bewertung der Idee der Demokratie, wohingegen die Demokratiezufriedenheit auf die momentane Verfassungsrealität abzielt.

Anders als noch in den Vorjahren, in denen beide Indikatoren mehrheitlich einem positiven Trend folgten, müssen im Jahr 2022 deutliche Rückgänge festgestellt werden (vgl. Abb. 33). So ist im Falle der **Demokratieunterstützung** ein Rückgang von fünf Prozentpunkten auf nunmehr 84 Prozent festzustellen. Damit stimmen immer noch mehr als vier von fünf Personen der Aussage zu, dass die Demokratie „die beste aller Staatsideen ist“. Der Wert liegt zudem in der Langzeitbetrachtung immer noch vergleichsweise hoch. Aber gleichzeitig markiert das Absinken des Wertes um fünf Prozentpunkte den bislang größten Rückgang der Demokratieunterstützung seit Beginn der Messungen im Jahr 2001. Der Befund bedeutet zudem auch, dass 16 Prozent der Thüringer:innen die Demokratie nicht als die beste Staatsidee bewerten.

Abb. 33: *Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit 2001–2022*
(in Prozent)

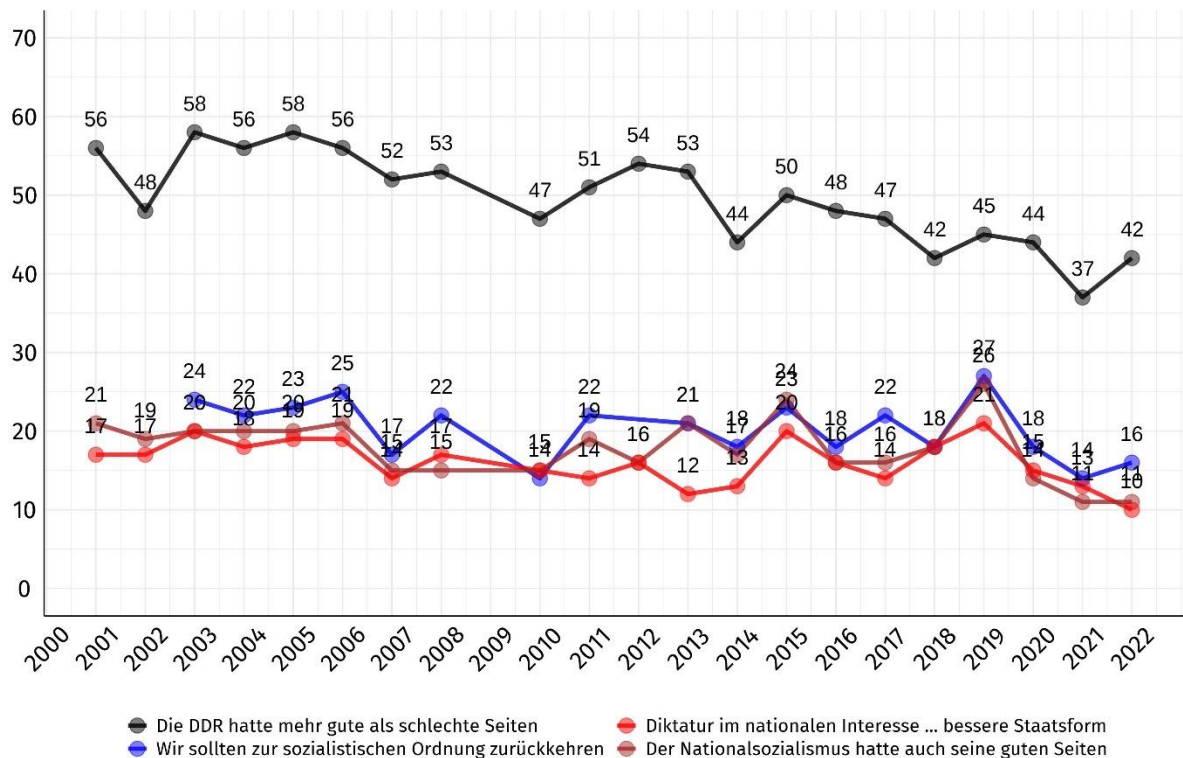


Noch wesentlich deutlicher fällt der Rückgang im Falle der **Demokratiezufriedenheit** aus. Dieser stürzte im Vergleich zum Vorjahr um 17 Prozentpunkte – und damit so stark wie noch zu keinem anderen Zeitpunkt seit Messreihenbeginn – auf einen gegenwärtigen Zufriedenheitswert von 48 Prozent ab. Waren noch vor zwei Jahren knapp zwei Drittel der Befragten „mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert“ zufrieden, zeigt sich im Jahr 2022 eine (knappe) Mehrheit der Bürger:innen als unzufrieden. Der starke Rückgang erklärt sich einerseits durch eine Normalisierung nach dem „Rally-around-the-flag“-Effekt der Jahre 2020 bis 2021. Dieser Effekt beschreibt die außergewöhnlich hohen Zustimmungsraten für die Praxis der Demokratie und die Regierung in Krisenzeiten, unabhängig von Parteipräferenzen und Einstellungen. Dieser Effekt zeigte sich während der Corona-Pandemie sowohl in Deutschland insgesamt (vgl. Dietz et al. 2021) als auch in Thüringen. Wie Abbildung 33 zu entnehmen, stieg dadurch die Demokratiezufriedenheit auf einen neuen Höchststand von 68 Prozent an. Andererseits erklärt sich der zu beobachtende Rückgang in der Zufriedenheit durch die vielfältigen Krisen sowie weiterer Erklärungsfaktoren, die im Schwerpunktkapitel ausführlich thematisiert und mit tiefergehenden statistischen Verfahren untersucht wurden (Vgl. Kapitel III.3.2.).

Der Zufriedenheitswert von 48 Prozent liegt somit nun unter der symbolisch bedeutsamen 50-Prozent-Marke und unter dem langjährigen Mittelwert von 50,5 Prozent. Ein Blick über die Grenzen des Freistaates hinaus verdeutlicht jedoch, dass das Demokratiezufriedenheitsniveau in Thüringen dem deutschlandweiten Durchschnittswert entspricht. Aus der von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebenen Vertrauensstudie geht beispielsweise für das Jahr 2022 hervor, dass – bei identischer methodischer Messung – bundesweit 49 Prozent der Deutschen mit dem gegenwärtigen Funktionieren der Demokratie zufrieden sind (Best et al. 2023). Aus dem Ost-West-Vergleich der Vertrauensstudie geht zudem hervor, dass die Demokratiezufriedenheit im Osten der Bundesrepublik (34 Prozent) deutlich niedriger als in Westdeutschland ist (52 Prozent) (Best et al. 2023; vgl. auch Liljeberg & Krambeer 2022: 93).

Mit Blick auf die aus Abbildung 34 hervorgehenden **Bewertungen alternativer Gesellschaftsordnungen** zeigt sich eine gestiegene Befürwortung der DDR sowie der sozialistischen Ordnung. Nachdem beide Indikatoren in den zwei letzten Erhebungswellen vergleichsweise deutlich gesunken waren, ist sowohl in Bezug auf die Aussage „Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren“ als auch die Aussage „Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten“ ein Anstieg der Zustimmung um zwei respektive fünf Prozentpunkte zu verzeichnen. Aus einer Längsschnittperspektive liegen beide Zustimmungswerte aber nach wie vor deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von 20 beziehungsweise 50 Prozent. Trotz der deutlich gesunkenen Demokratiezufriedenheit ist aus normativer Perspektive positiv anzumerken, dass die Befürwortung der Diktatur im Gegenzug nicht zugenommen hat. Im Gegenteil: Nur eine von zehn befragten Personen stimmt im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR der Aussage zu, dass „der Nationalsozialismus auch seine guten Seiten hatte.“ Dies markiert nicht nur einen weiteren Rückgang um drei Prozentpunkte, sondern ebenfalls den niedrigsten Wert seit der ersten Erhebung dieses Indikators im Jahr 2001. Ferner hat sich die Befürwortung der Diktatur damit innerhalb von nur vier Jahren von 21 Prozent auf zehn Prozent mehr als halbiert.

Abb. 34: Bewertung alternativer Gesellschaftsordnungen 2001–2022
(Zustimmung zu den Aussagen in Prozent)

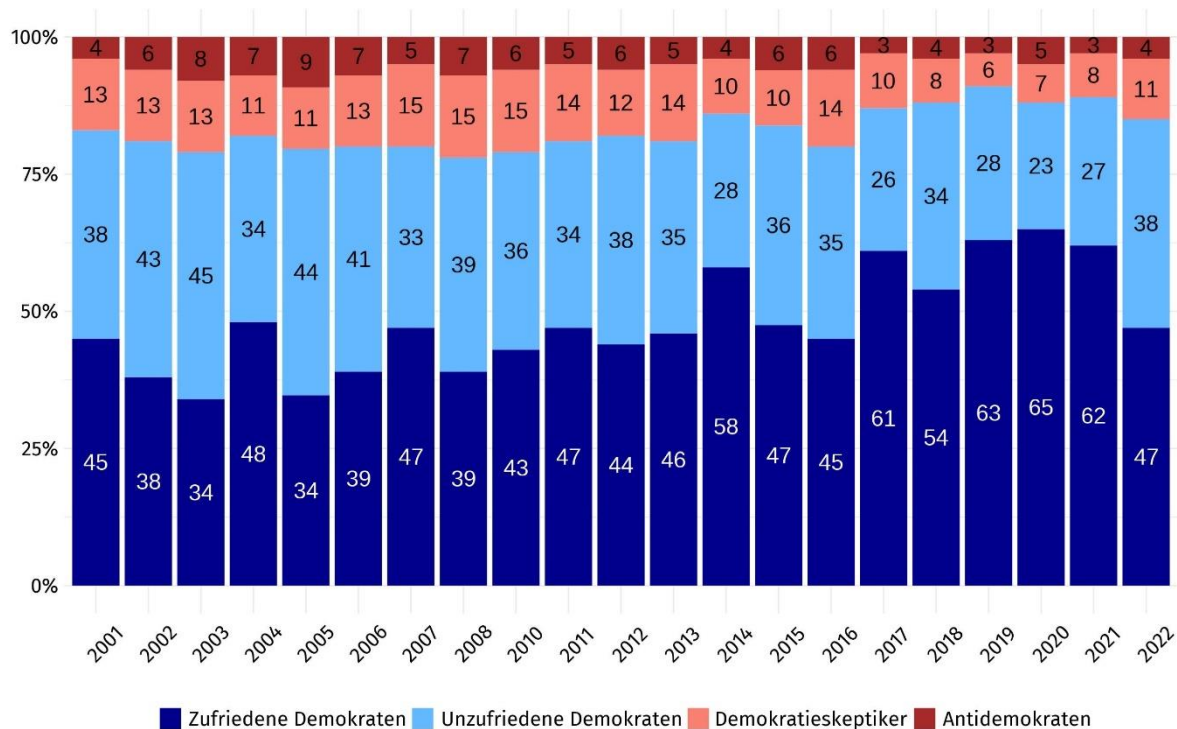


Kombiniert man die Diktaturbewertung mit der diffusen (Demokratieunterstützung) und der spezifischen (Demokratiezufriedenheit) Unterstützung, lässt sich daraus eine **Demokratiety-
pologie**⁴⁹ ableiten (vgl. Abb. 35). Aus dieser geht hervor, dass unter Berücksichtigung der statistischen Fehlertoleranz die Zahl der „Antidemokrat:innen“ im Vergleich zum Vorjahr stabil geblieben ist. Dahingegen ist die Zahl der „Demokratiesteskeptiker:innen“ um drei Prozentpunkte auf gegenwärtig elf Prozent gestiegen – dem zweithöchsten Wert innerhalb der letzten zehn Jahre. Noch deutlicher – und zwar um elf Prozentpunkte – ist der Wert der „Unzufriedenen Demokrat:innen“ angestiegen und hat sich damit zum zweiten Mal in Folge auf nunmehr 38 Prozent erhöht. Dem starken Rückgang der Demokratiezufriedenheit entsprechend, ist folglich auch der Anteil der „Zufriedenen Demokrat:innen“ um 15 Prozentpunkte auf gegenwärtig 47 Prozent gefallen. Erstmals seit sechs Jahren bildet jene Personengruppe somit nicht mehr die Mehrheit unter den befragten Thüringer:innen. Wie bereits in den Vorjahren, so zeigt sich unter Verwendung weiterführender statistischer Analysen auch in diesem Jahr, dass eine negative Einheitsbewertung (Ostdeprivation) sowie das Gefühl, keinen Einfluss auf das Regierungshan-

⁴⁹ Diese Typologie wird wie folgt gebildet: Wer die Demokratie als beste Staatsidee bejaht und gleichzeitig zufrieden mit ihrem Funktionieren ist, fällt unter die Kategorie „zufriedene Demokraten“. Auch „unzufriedene Demokraten“ bejahen die Demokratie als beste Staatsidee, bewerten jedoch ihr Funktionieren negativ. Wer die Demokratie als beste Staatsidee ablehnt, aber eine nationale Diktatur nicht als bessere Staatsform ansieht, kann als „Demokratiesteskeptiker“ gelten. „Antidemokraten“ lehnen die Demokratie als beste Staatsidee ab und bejahen eine nationale Diktatur als bessere Staatsform.

deln zu haben (externe politische Selbstwirksamkeit), signifikant zur Herausbildung demokratiskeptischer beziehungsweise antidemokratischer Sichtweisen beiträgt. Unwahrscheinlicher werden solche Einstellungen allerdings, wenn Befragte über eine gute wirtschaftliche Lage sowie ein hohes Vertrauen in Kerninstitutionen der Demokratie – wie zum Beispiel die Bundes- und Landesregierung – verfügen.

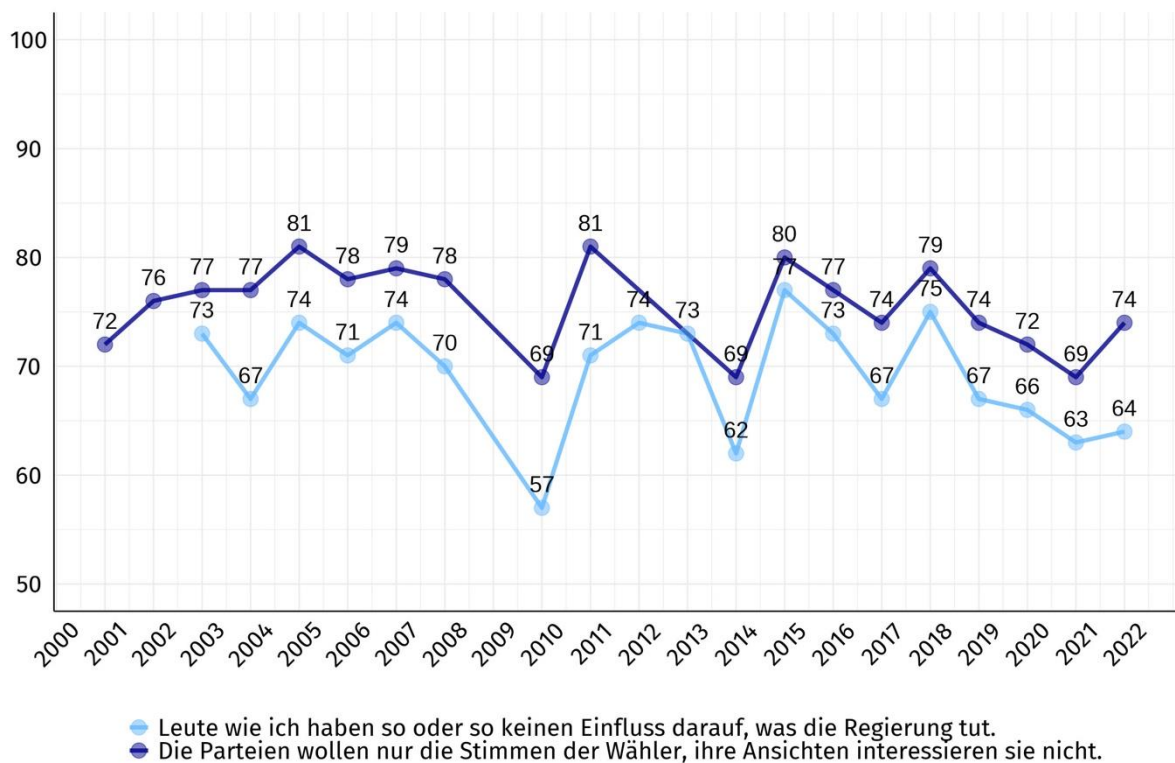
Abb. 35: Demokratietypen 2001–2022
(in Prozent)



Das soeben angesprochene Konzept der **politischen Selbstwirksamkeit** wird im THÜRINGEN-MONITOR bereits seit 2003 mit Hilfe der Aussage „Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“ durchgängig erhoben. Nachdem die wahrgenommene Fähigkeit, durch persönliches Handeln politische Prozesse beeinflussen zu können, seit dem Jahr 2018 durchweg zugenommen hat, ist für das Jahr 2022 unter Berücksichtigung der statistischen Fehlertoleranz eine gewisse Konsolidierung festzuhalten. Im aktuellen THÜRINGEN-MONITOR gaben 64 Prozent der Befragten an, keinen Einfluss auf das Regierungshandeln zu haben – ein Wert, der mit fünf Prozentpunkten deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von 69 Prozent liegt (vgl. Abb. 36). Ebenfalls unter dem langjährigen Mittel (76 Prozent), wenngleich weniger deutlich, bewegt sich auch das gegenwärtige Niveau der Parteienverdrossenheit (74 Prozent). Allerdings lässt sich hinsichtlich der Aussage „Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht“ im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme um fünf Prozentpunkte konstatieren. Damit sind knapp drei Viertel aller Thüringer:innen der Meinung, dass Parteien lediglich nach ihrem Eigeninteresse handeln und die politi-

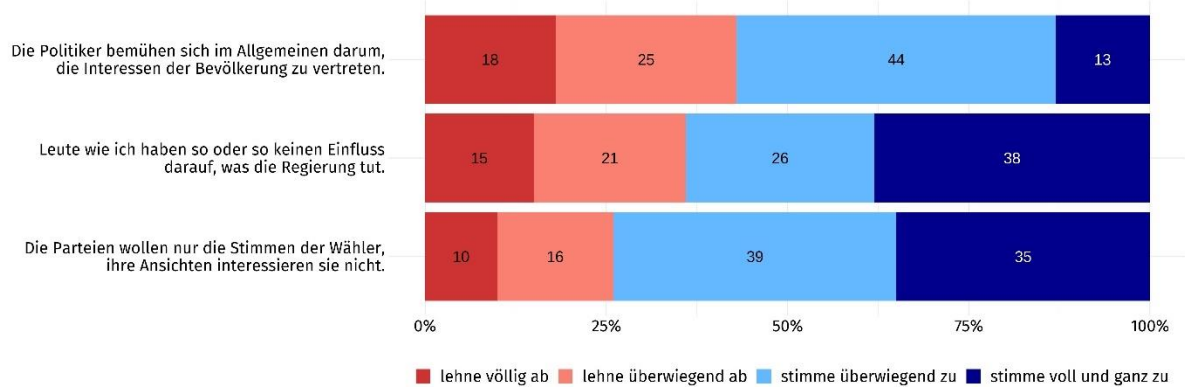
schen Präferenzen der Bürger:innen folglich keine Berücksichtigung erfahren. In der Verbindung mit einer geringen Demokratiezufriedenheit und dem Gefühl des „Abgehängtseins“ (vgl. Kapitel III.3.2), gerade auch in den ländlichen Regionen, zeigen sich hier starke Herausforderungen für die politische Kultur im Freistaat.

Abb. 36: Selbstwirksamkeit und Parteienverdrossenheit 2001–2022
(Zustimmung in Prozent)



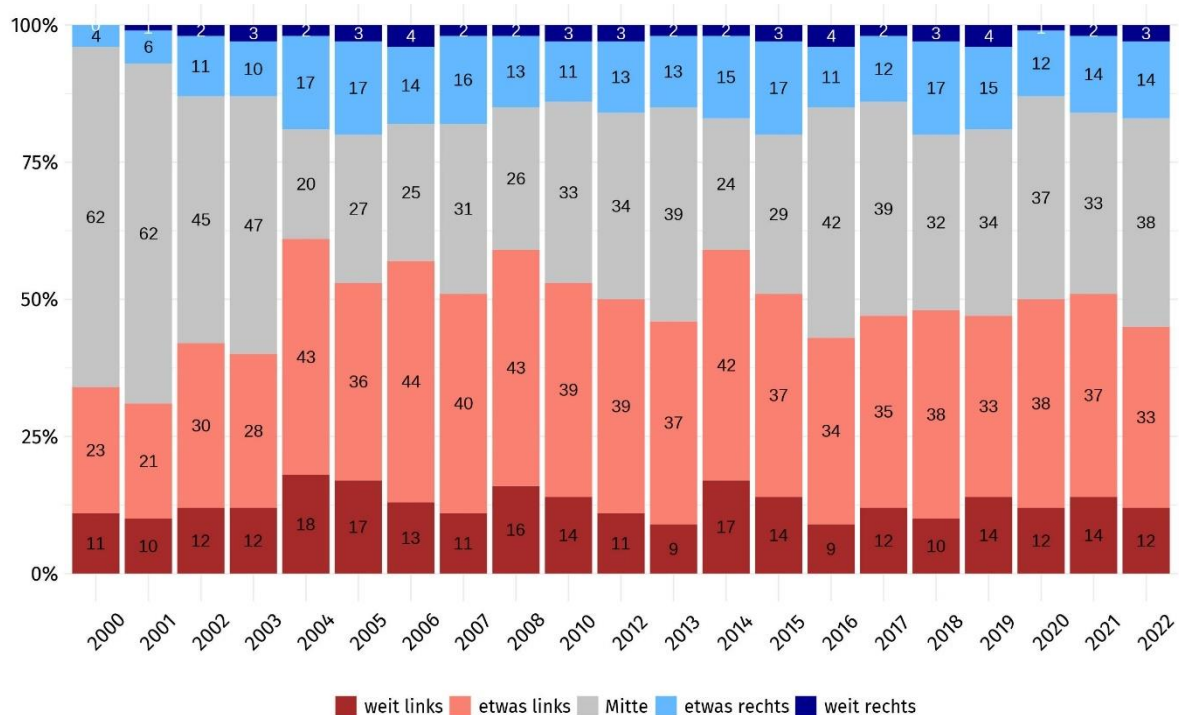
Um die „wahrgenommene **Responsivität** des politischen Systems bzw. der politischen Amtsinhaber für die Belange der Bürger“ (Beierlein et al. 2018: 16) noch tiefergehend untersuchen zu können, wurde zusätzlich erstmals die Zustimmung zur folgenden Aussage erhoben: „Die Politiker bemühen sich im Allgemeinen darum, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten.“ Wie aus Abbildung 37, stimmt eine Mehrheit von 57 Prozent der Thüringer:innen dieser Aussage zu. 25 Prozent der Befragten lehnen diese Aussage „überwiegend“ und weitere 18 Prozent „völlig ab“. Implizit lässt sich aus dieser Verteilung ebenfalls ableiten, dass die Parteienverdrossenheit in Thüringen stärker als die Politiker:innenverdrossenheit ausgeprägt ist. Aus weiterführenden statistischen Analysen geht zudem hervor, dass Befragte insbesondere dann der Aussage zustimmen, wenn sie über eine gute finanzielle Lage, ein hohes Vertrauen in die Bundesregierung sowie ein hohes Ausmaß an Demokratiezufriedenheit verfügen. Während also 83 Prozent der demokratiezufriedenen Thüringer:innen denken, dass sich Politiker bemühen, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten, glauben dies nur 33 Prozent der Demokratieunzufriedenen.

Abb. 37: Responsivität, Selbstwirksamkeit und Parteienverdrossenheit (in Prozent)



Aufgrund der nach wie vor hohen Relevanz der Begriffe „Links“ und „Rechts“ in der öffentlichen Debatte, wurde auch im aktuellen THÜRINGEN-MONITOR die Selbsteinstufung der Thüringer Bürger:innen auf dem klassischen **Links-Rechts-Kontinuum** erhoben. Unter Berücksichtigung der statistischen Fehlertoleranz lässt sich aus Abbildung 38 eine gewisse Stabilität der ideologischen Orientierungen der Thüringer:innen ableiten. Dies betrifft insbesondere die ideologischen Ränder (Kategorien „weit links“ und „weit rechts“) sowie die Position rechts der „Mitte“ (Kategorie „etwas rechts“). Im Vergleich zum Vorjahr ordnen sich mit 38 Prozent nun mehr Thüringer:innen der politischen Mitte zu. Gleichzeitig ordnen sich mit 45 Prozent deutlich mehr Befragte „links der Mitte“ als „rechts der Mitte“ ein.

Abb. 38: Selbsteinstufung auf einer politischen Links-Rechts-Skala 2000–2022 (in Prozent)



IV.1.2. Institutionenvertrauen

Wie ausgeführt, ist auch das Vertrauen in die staatlichen Institutionen sehr wichtig für die Demokratie und die Stabilität des politischen Systems (vgl. Abb. 39). Hinsichtlich des Vertrauens in die Bundes- und Landesregierung zeigt sich ein ähnlicher Trend wie bei der Demokratiezufriedenheit (vgl. Kapitel IV.1.1). So sank das **Vertrauen in die Bundesregierung** das zweite Jahr in Folge und ging stark um 15 Prozentpunkte auf aktuell 22 Prozent zurück. Ein Vertrauenswert unter 22 Prozent wurde das letzte Mal vor 16 Jahren gemessen und liegt darüber hinaus ebenfalls deutlich unter dem langjährigen (27 Prozent) sowie zehnjährigen (32 Prozent) Zeitreihenmittelwert. Der deutliche Rückgang kann einerseits – wie beim Rückgang der Demokratiezufriedenheit – auf eine gewisse Normalisierung nach den außergewöhnlich hohen Vertrauenswerten während der Corona-Pandemie zurückgeführt werden. Andererseits ist zu vermuten, dass sich auch die angesprochenen vielfältigen neuen Krisen – u.a. der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die damit zusammenhängenden Herausforderungen bzgl. Energie, Migration und Inflation – auf das Vertrauen in die Bundesregierung auswirkten.

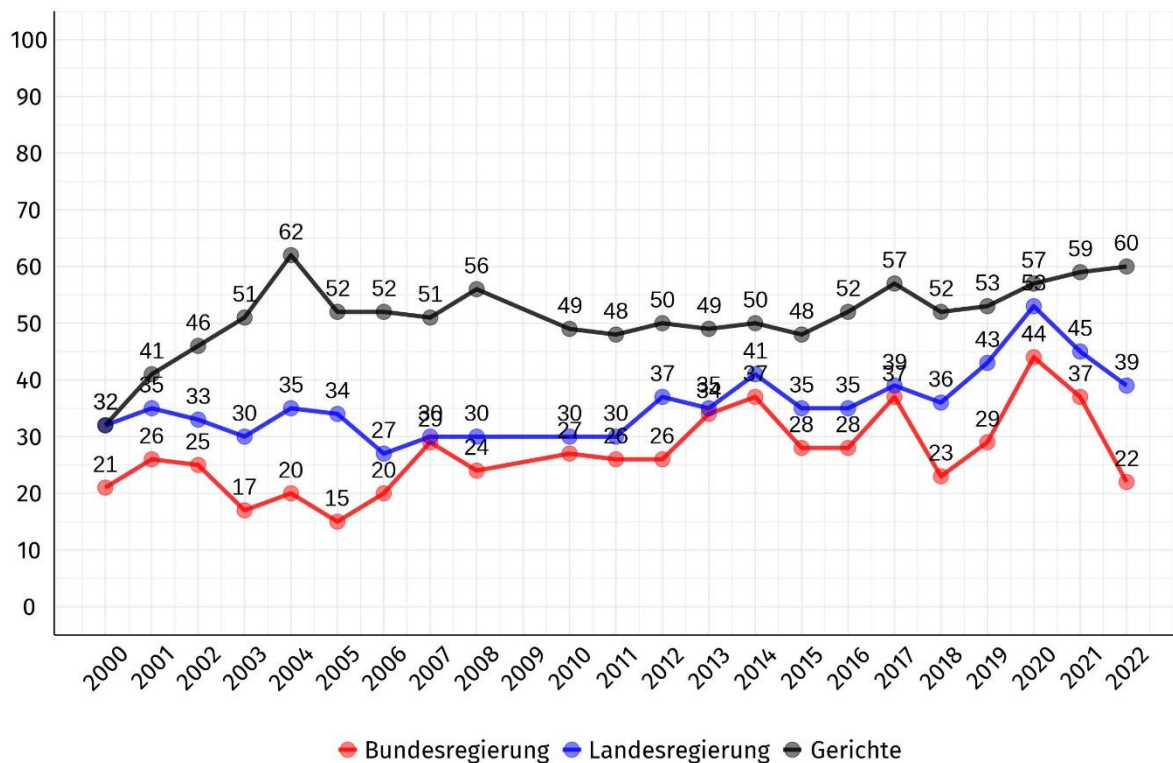
Im Jahr 2022 vertraute somit lediglich eine:r von fünf Befragten der Arbeit der Bundesregierung – vier von fünf Befragten gaben im Umkehrschluss an, dieser nicht zu vertrauen. Aus einer multivariaten statistischen Analyse geht zudem hervor, dass sich eine geringe politische Selbstwirksamkeit, eine als niedrig wahrgenommen Responsivität, eine negative Bewertung der Deutschen Einheit sowie eine Selbsteinstufung im rechten ideologischen Spektrum negativ auf das Vertrauen in die Bundesregierung auswirken. Ein Vertrauenswert von lediglich 22 Prozent liegt des Weiteren deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. In der von Best et al. (2023) herausgegebenen Vertrauensstudie aus dem vergangenen Jahr wird das Vertrauen in die Bundesregierung – allerdings bei Fehlen einer Mittelkategorie („vertraue teilweise“) – auf bundesweit 42 Prozent beziffert; für die ostdeutschen Bundesländer liegt der Anteil der Vertrauenden mit 32 Prozent deutlich darunter. Berücksichtigt man das Fehlen einer Mittelkategorie, in die sich im THÜRINGEN-MONITOR immerhin ein Drittel der Befragten verortet, dürfte der Thüringer-Wert in etwa dem ostdeutschen Durchschnitt entsprechen.

Ein ähnliches Bild ergibt sich auch für das **Vertrauen in die Thüringer Landesregierung**. Vertraute dieser im Jahr 2022 noch eine knappe Mehrheit von 53 Prozent, ist dieser Wert binnen zwei Jahren auf nunmehr 39 Prozent gesunken. Damit fällt der Rückgang zwar nicht so deutlich aus wie im Falle des Vertrauens in die Bundesregierung, dennoch vertrauen im aktuellen THÜRINGEN-MONITOR drei von fünf Befragten – und damit eine deutliche Mehrheit – der Arbeit der Landesregierung nicht. Der Vertrauenswert von 39 Prozent liegt damit ungefähr auf Höhe des Durchschnitts der letzten zehn Jahre (40 Prozent). Es ist darüber hinaus bemerkenswert, dass Faktoren wie die politische Selbstwirksamkeit und Ostdeprivation zwar das (fehlende) Vertrauen in die Bundesregierung erklären können, im Falle der Landesregierung aber keine signifikanten Effekte zeigen. Negativ wirken sich aber auch hier eine geringe wahrgenommene Responsivität von Politiker:innen sowie eine politische Selbsteinstufung im rechten ideologischen Spektrum aus. Das Vertrauen in die Bundes- und Landesregierung unterscheidet sich darüber hinaus erheblich zwischen städtischen und ländlichen Regionen, wobei letztere sich z. T. durch ein erheblich niedrigeres Vertrauensniveau auszeichnen. Auch Befragte, die

ihre Heimatregion als „abgehängt“ wahrnehmen, vertrauen den politischen Institutionen substanziell weniger (für Details siehe Kapitel III.3).

Von den eben beschriebenen Entwicklungen vollständig ausgenommen ist dahingegen das **Vertrauen in Gerichte**. Jenes ist seit dem Jahr 2018 durchweg gestiegen und nimmt mit gegenwärtig 60 Prozent den zweithöchsten Messreihenwert an. Im Vergleich zur Messung der „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) im Jahr 2021, welche das Institutionenvertrauen mit Hilfe einer 4-stufigen Skala misst, liegt das Vertrauen der Thüringer:innen in Gerichte drei Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt (60 zu 57 Prozent) (GESIS 2021). Wie bereits in den Vorjahren bringen Bürger:innen den politikfernen Institutionen (z. B. Gerichte und Polizei) deutlich mehr Vertrauen entgegen als den klassischen Kerninstitutionen der Demokratie.

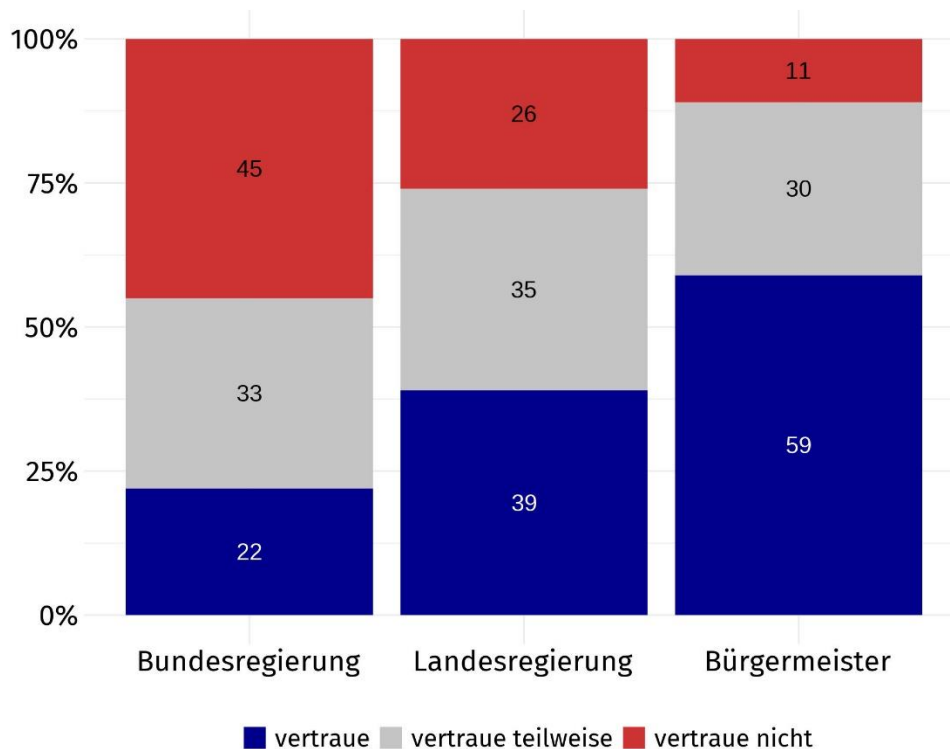
Abb. 39: *Institutionenvertrauen 2000–2022*
(in Prozent; „vertraue voll und ganz“ & „vertraue weitgehend“ zusammengefasst)



Zum zweiten Mal nach 2007 wurde im aktuellen THÜRINGEN-MONITOR darüber hinaus das **Vertrauen in Bürgermeister:innen** abgefragt. Wie aus Abbildung 40 hervorgeht, genießen die Amtsträger:innen auf der kommunalen Ebene ein vergleichsweise hohes Vertrauen. So gab eine deutliche Mehrheit von 59 Prozent an, dass sie den kommunalen Politiker:innen vertrauen würde – lediglich eine:r von zehn Befragten gab demgegenüber an, ihren Bürgermeister:innen nicht zu vertrauen. Im Vergleich zur letzten Erhebung im Jahr 2007 liegt das Vertrauensniveau drei Prozentpunkte über den damaligen Wert (56 Prozent). Der Anteil derjenigen, die den Bürgermeister:innen kein Vertrauen schenkten, lag jedoch sogar um fünf Prozentpunkte höher (16

Prozent). Vergleicht man – wie ebenfalls in Abbildung 40 geschehen – die auf der kommunalen Ebene tätigen Akteure mit den beiden höheren Ebenen, wird ersichtlich, dass den lokalen Akteuren mit Abstand das höchste Vertrauen gilt.

Abb. 40: *Institutionenvertrauen*
(in Prozent)

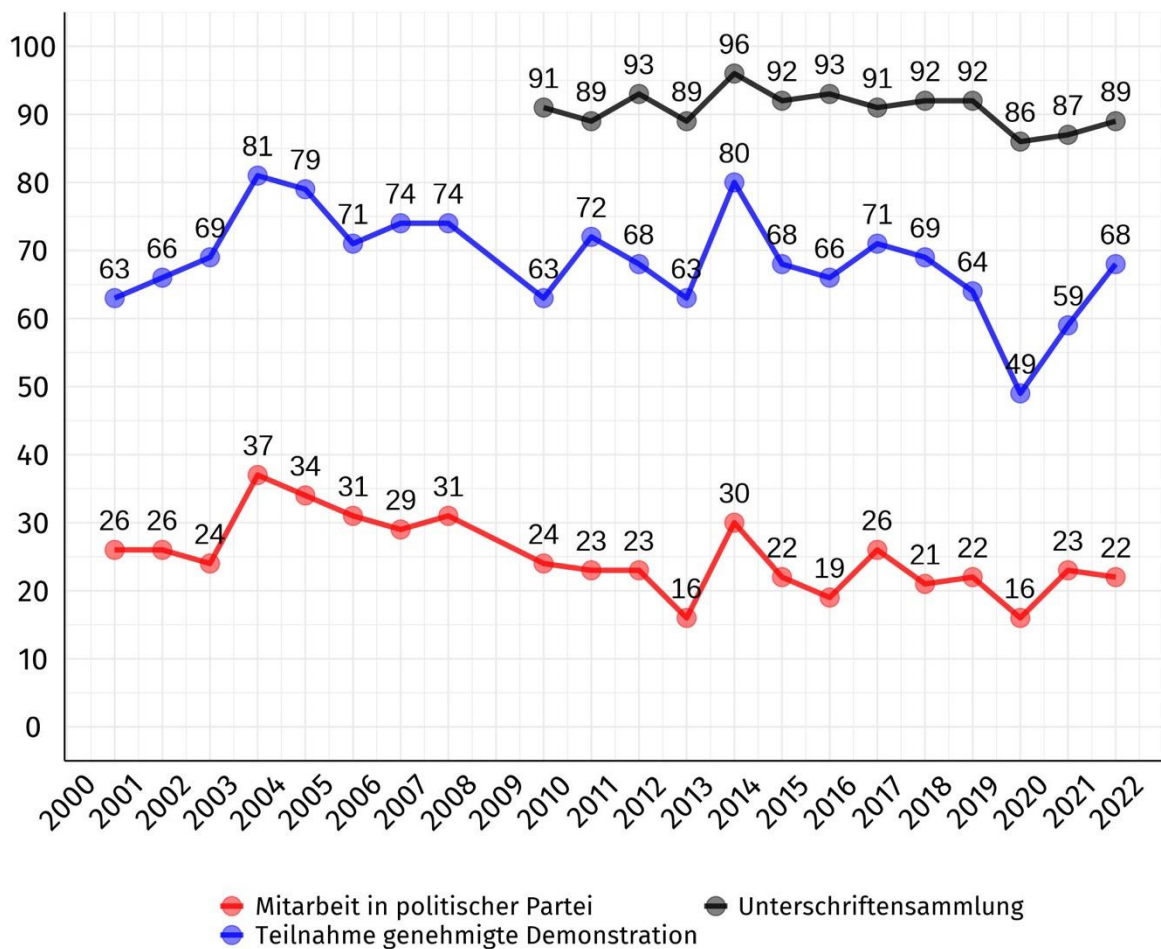


In der Gegenüberstellung ist das Vertrauen in die Landesregierung doppelt so groß wie das Vertrauen in die Bundesregierung, dasjenige in die Bürgermeister:innen sogar drei Mal so groß. Damit bestätigt sich auch im Falle des THÜRINGEN-MONITORS ein Phänomen, das bereits aus anderen Bevölkerungsstudien bekannt ist: Je höher die Ebene, auf der eine spezifische Institution angesiedelt ist, desto geringer ist das Vertrauen, das ihr entgegengebracht wird. In gleicher Weise lässt sich diese Beobachtung auch in Worten der politischen Geographie ausdrücken: Je weiter eine jeweilige Institution von den Bürger:innen entfernt ist, desto weniger Vertrauen schenken sie ihr (OECD 2022, 7; Vetter 2013). Ein Blick in den ALLBUS des Jahres 2021 verdeutlicht zudem, dass das Vertrauen in die Europäische Kommission und das Europäische Parlament noch niedriger ist als das Vertrauen in die Bundesregierung (GESIS 2022) – das skizzierte Phänomen setzt sich folglich auch auf der supranationalen Ebene fort. Als Erklärungen gelten unter anderem die bessere, möglicherweise gar persönliche, Bekanntheit der Akteure, sowie aufgrund der geringeren Distanz größere Einflussmöglichkeiten der Bürger:innen und eine damit einhergehende einfachere Bewertbarkeit des politischen Handelns.

IV.1.3. Politische Partizipation

Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, inwiefern sich der Rückgang von Demokratieunterstützung und Vertrauen in die Institutionen auf der Ebene der politischen Beteiligung („actions“) niederschlägt. In der Forschungsliteratur wird dies u. a. mit zwei grundlegenden Reaktionen in Verbindung gebracht: „exit“ und „voice“ (Hirschman 1970). Im Falle der „exit-Option“ beteiligen sich unzufriedene Bürger:innen nicht mehr an Wahlen oder dem Willensbildungsprozess und steigen demzufolge als aktive Teilnehmer:innen aus dem politischen System aus. Demgegenüber bringen Bürger:innen im Falle der „voice“-Option ihren Widerspruch gegenüber dem politischen System aktiv zum Ausdruck, was sich unter anderem in Form von Protestwahl oder illegaler politischer Partizipation zeigen kann (Edinger & Hallermann 2004, 133). In diesem Kapitel sollen daher neben legalen Partizipationsformen auch illegale Beteiligungsweisen erfasst werden – eine weitere Form der „voice“-Artikulation, der Rechtsextremismus, wird darüber hinaus in Kapitel IV.2 ausführlich diskutiert und untersucht. Für die folgenden Analysen wurde die Partizipationspraxis („habe ich schon getan“) sowie das Partizipationspotential („würde ich tun“) zusammengefasst.

Abb. 41: Formen legaler politischer Partizipation 2001–2022
(in Prozent)



Aus Abbildung 41 gehen zunächst diejenigen **Formen legaler politischer Partizipation** hervor, die bereits seit vielen Jahren regelmäßig im THÜRINGEN-MONITOR erfasst werden. Dabei zeigt sich hinsichtlich der unterschiedlichen Partizipationsformen wie in den Vorjahren eine klare Reihenfolge: Zu der mit Abstand beliebtesten Form der politischen Beteiligung zählt die Teilnahme an einer Unterschriftensammlung (89 Prozent). Etwas mehr als zwei Drittel aller Befragten (68 Prozent) haben darüber hinaus bereits an einer genehmigten Demonstration teilgenommen oder können sich zumindest vorstellen dies zu tun. Wie bereits in den Vorjahren bildet die Beteiligungsform der „Mitarbeit in einer politischen Partei“ auch im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR das Schlusslicht der untersuchten Partizipationsformen. Lediglich 22 Prozent der Thüringer:innen gaben an, auf diese Weise bereits partizipiert zu haben beziehungsweise partizipieren zu wollen, was dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre entspricht (ebenfalls 22 Prozent). Aus einer bivariaten Analyse geht darüber hinaus hervor, dass es zwar einen signifikanten Zusammenhang zwischen Parteienverdrossenheit und Mitarbeit in einer Partei gibt, dieser jedoch nur sehr schwach ausgeprägt ist.⁵⁰

Im Falle der Teilnahme an genehmigten Demonstrationen ist ein bemerkenswerter Anstieg in Partizipationspraxis und -potential zu beobachten. Binnen zweier Jahre ist das Partizipationsniveau um fast 20 Prozentpunkte von 49 Prozent auf aktuell 68 Prozent angestiegen. Wenn gleich der Anstieg in großen Teilen auf den „Coronaknick“ des Jahres 2020 zurückzuführen ist, liegt das Partizipationsniveau aktuell nichtsdestotrotz leicht über dem 10-jährigen Mittelwert (66 Prozent).

Um auch die Bereitschaft zu erheben, sich an Wahlen zu beteiligen, wurde im aktuellen THÜRINGEN-MONITOR erstmals seit 2010 wieder die Häufigkeit der Wahlteilnahme an Bundestagswahlen erhoben. Die konkrete Frage lautete dabei: „Wie regelmäßig haben Sie bisher an Bundestagswahlen teilgenommen: immer, fast immer, meistens, gelegentlich, selten oder nie?“. Auf die Frage antworteten 73 Prozent der Befragten mit „immer“, 15 Prozent mit „fast immer“ sowie vier Prozent mit „meistens“. Eine „gelegentliche“ (zwei Prozent), „seltene“ (zwei Prozent) oder „keine“ (vier Prozent) Wahlteilnahme gaben kumuliert betrachtet lediglich acht Prozent der Thüringer:innen an.

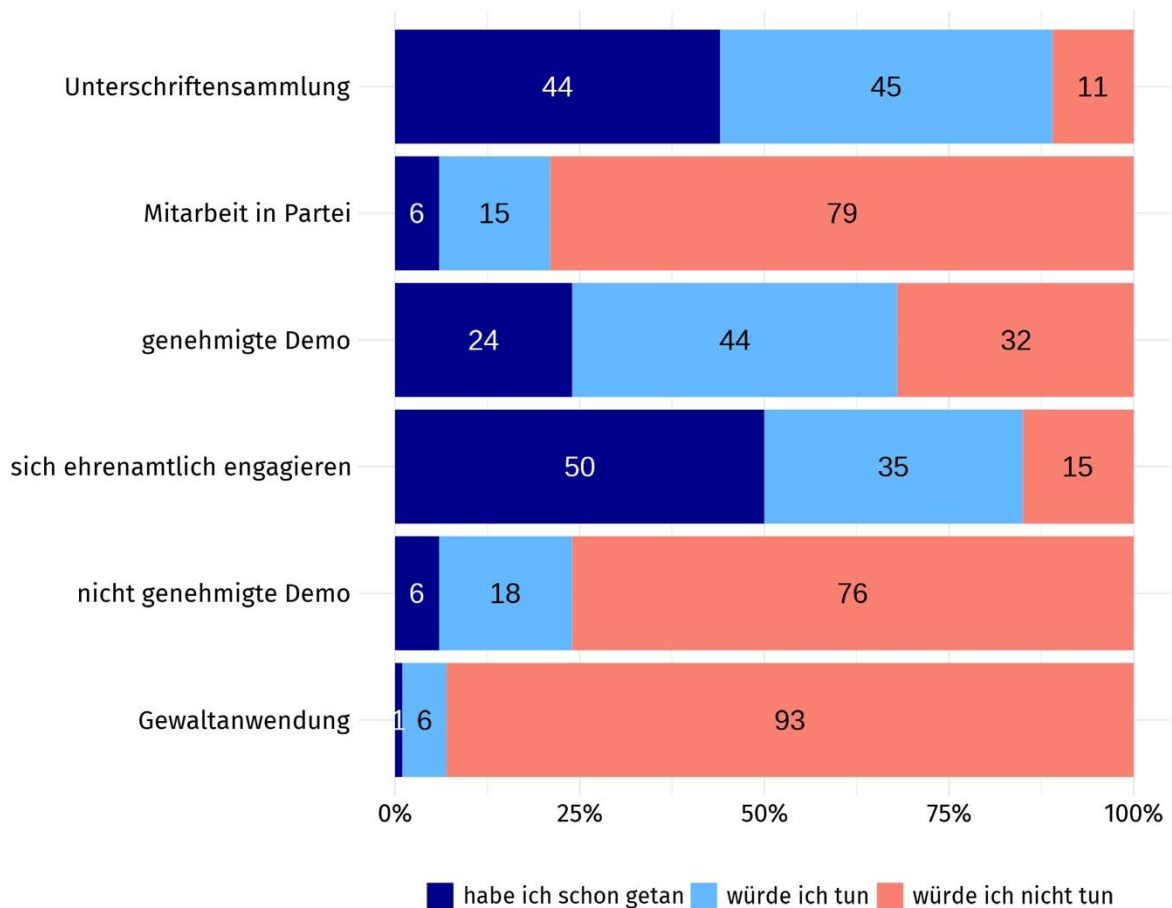
Aufgrund des Themas Stadt und Land wurde in der aktuellen Erhebungswelle auch die Bereitschaft erfasst, sich ehrenamtlich zu engagieren.⁵¹ Aus Abbildung 42 geht hervor, dass das Ehrenamt unter allen abgefragten Beteiligungsformen mit 50 Prozent die größte Partizipationspraxis aufweist. Darüber hinaus können sich weitere 35 Prozent der Thüringer:innen vorstellen, auf diese Art und Weise zu partizipieren. Lediglich 15 Prozent der Befragten gaben an, sich nicht ehrenamtlich engagieren zu wollen. Im Vergleich zu den Jahren 2017 bis 2019, in denen das Ehrenamtsengagement ebenfalls erhoben wurde, weist das Beteiligungsniveau aktuell das größte Partizipationspotential auf – 2017 lag es bei 45 beziehungsweise 2018 bei

⁵⁰ Cramérs $V = 0,08$; $p < 0,001$.

⁵¹ Der Vollständigkeit halber sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass ein betreutes Ehrenamt politisch sein *kann*, aber keinesfalls sein *muss*. Die Frage wurde bewusst breit gestellt und lautete wie folgt: „Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? [Aussage: Sich ehrenamtlich engagieren? (z. B. in einem Verein oder in der Nachbarschaftshilfe)?].“

43 Prozent. Aus einer bivariaten Analyse geht zudem hervor, dass ein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen der Partizipationsform „Ehrenamt“ sowie dem Bildungsniveau einer Person besteht. Hier kann ein monoton positiver Zusammenhang beobachtet werden, der wie folgt gelagert ist: Je höher der Bildungsabschluss, desto höher die Bereitschaft sich ehrenamtlich zu engagieren. Liegt die Partizipationspraxis von Befragten, die über einen Schulabschluss unterhalb der 10. Klasse verfügen, gegenwärtig bei 42 Prozent, steigt diese über die 10. Klasse (49 Prozent) das Abitur (58 Prozent) bis hin zum Hochschulabschluss mit 59 Prozent fortwährend an. Unterschiede im Partizipationsverhalten zwischen „Stadt“ und „Land“ lassen sich dagegen – wie in Kapitel III.3.2. ausführlich diskutiert – nicht beobachten.

Abb. 42: Politische Partizipation
(in Prozent)



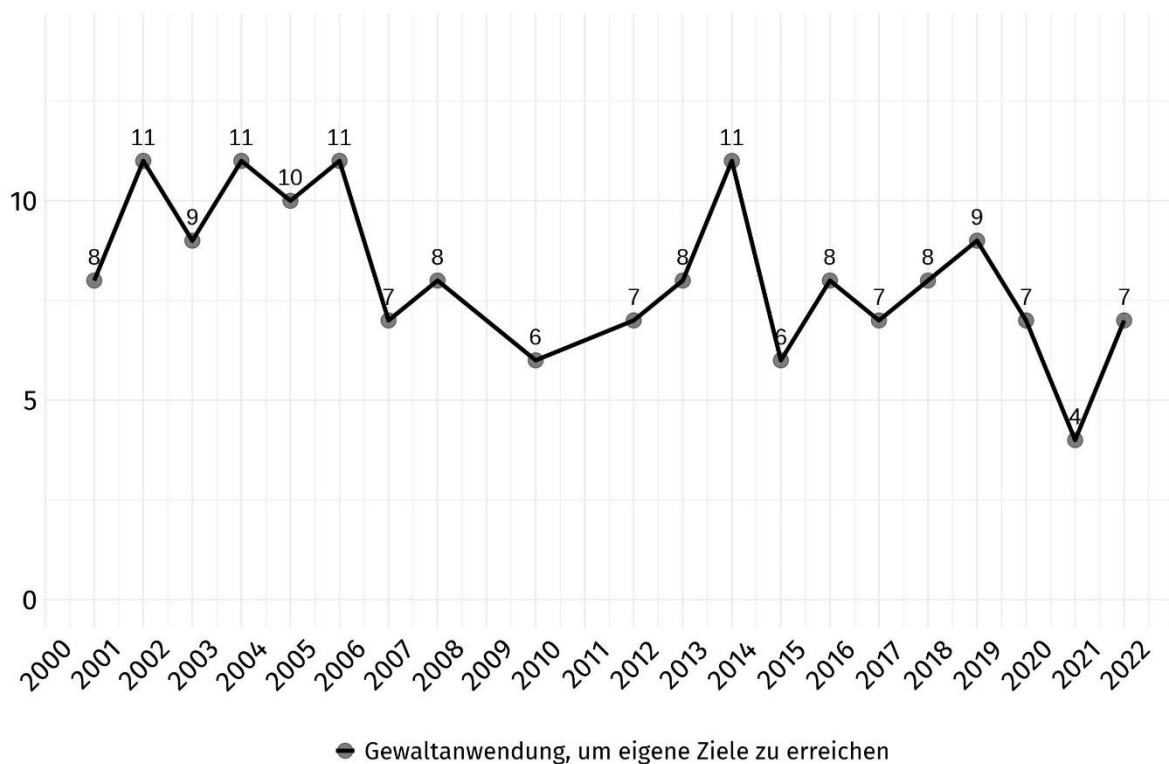
Seit dem Jahr 2001 werden im THÜRINGEN-MONITOR darüber hinaus auch fortwährend **illegale und unkonventionelle Partizipationsformen** untersucht – jene gehen ebenfalls aus Abbildung 42 hervor. Hier ist zunächst festzuhalten, dass im Falle der Teilnahme an nicht genehmigten Demonstrationen gegenüber der Messung im Vorjahr eine Verdreifachung der Partizipationspraxis (von zwei Prozent auf gegenwärtig sechs Prozent) stattgefunden hat. Auch das Partizipationspotential ist um sechs Prozentpunkte auf aktuell 18 Prozent gestiegen. Ein kumu-

lierter Partizipationswert von 24 Prozent ist einerseits von Bedeutung, da somit knapp ein Viertel aller Befragten angab, an einer nicht genehmigten Demonstration teilgenommen zu haben oder daran teilnehmen würde. Andererseits ist dieser Prozentsatz von Relevanz, da sich mehr Thüringer:innen vorstellen können dieser illegalen Partizipationsform nachzugehen, als in einer politischen Partei mitzuarbeiten – hier beträgt die Kumulation aus Partizipationspraxis und -potential 21 Prozent und damit drei Prozentpunkte weniger als im Falle nicht genehmigter Demonstrationen. Politischen Ausdruck finden die genannten Zahlen in den zahlreichen „Anti-Corona-Protesten“

Im Zuge der Erforschung illegaler Partizipationspraktiken erhebt der THÜRINGEN-MONITOR des Weiteren, inwiefern Befragte dazu neigen, für ihre „Ziele zu kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist.“ Anders als im Falle der nicht genehmigten Demonstrationen ist für die Partizipationspraxis im Vergleich zum Vorjahr keinerlei Veränderung feststellbar. Nur einer von hundert Thüringer:innen gab an, bereits Gewalt angewendet zu haben. Dahingegen hat sich das Partizipationspotential im Vergleich zum Vorjahr von drei Prozent auf sechs Prozent verdoppelt. Kumuliert man Partizipationspraxis und -potential (sieben Prozent) wird im Vergleich zu anderen Partizipationsformen jedoch schnell deutlich, dass die Anwendung von Gewalt als Partizipationsform die absolute Ausnahme darstellt.

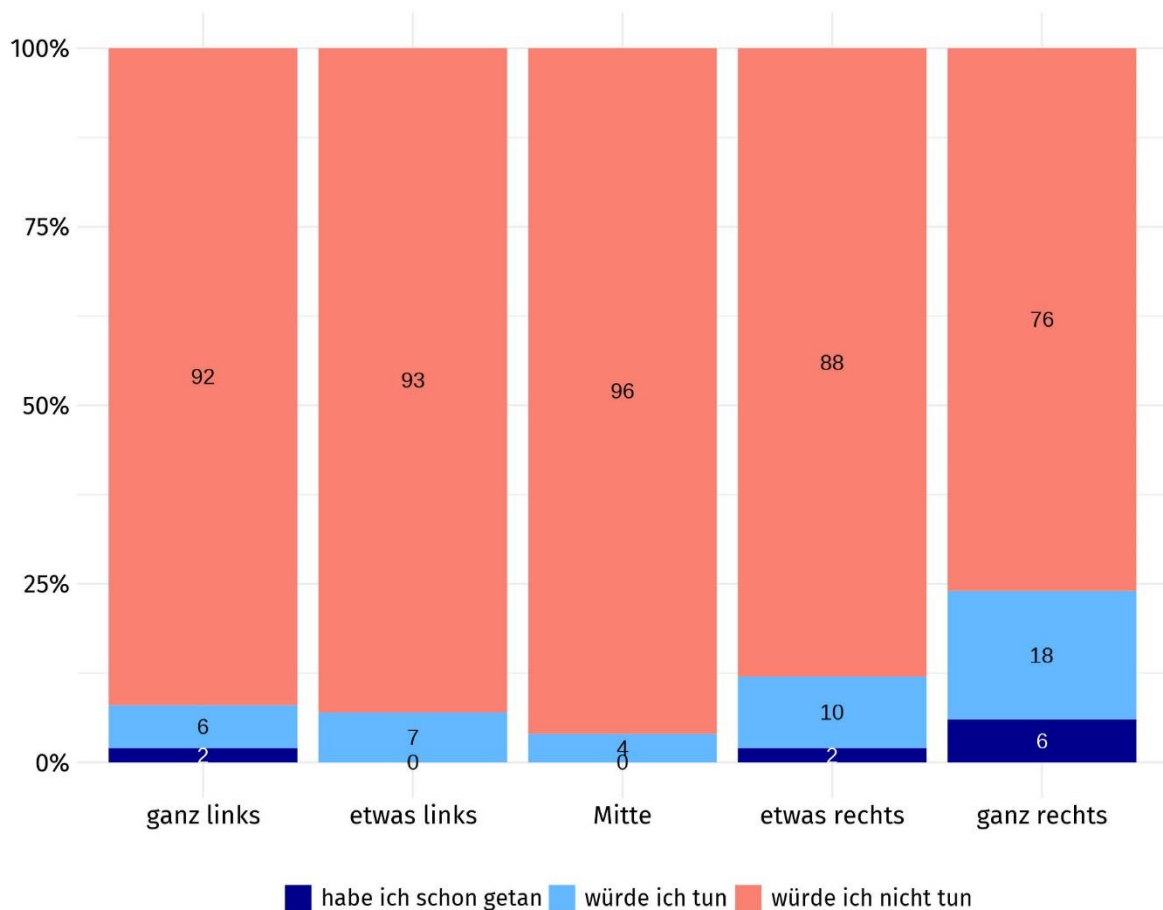
Abb. 43: Gewaltbereitschaft 2001–2022: „für meine Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist.“

(in Prozent; „würde ich tun“ und „habe ich schon getan“ zusammengefasst)



Betrachtet man die Gewaltbereitschaft aus der Längsschnittperspektive (vgl. Abb. 43) fällt zwar auf, dass der Anstieg im Vergleich zum Vorjahr mit drei Prozentpunkten vergleichsweise deutlich ausgefallen ist, allerdings nimmt er seinen Ausgang beim bislang niedrigsten gemessenen Gewaltbereitschaftsniveau im Jahr 2021 (vier Prozent). Damit befindet sich die Bereitschaft, Gewalt anzuwenden sowohl unterhalb des langjährigen als auch des 10-jährigen Durchschnittswertes von jeweils acht Prozent. Nichtsdestotrotz zeigt die Langzeitbeobachtung ebenso, dass es einen stabilen wie gleichermaßen beunruhigenden Anteil in der Thüringer Bevölkerung gibt, der zur besagten Form von Rechtsbrüchen bereit ist.

Abb. 44: *Gewaltbereitschaft: „für meine Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist“ nach Links-Rechts-Selbsteinstufung (in Prozent)*



Differenziert man – wie in Abbildung 44 geschehen – die Gewaltbereitschaft entlang der ideologischen Selbsteinstufung der Befragten, fällt zunächst auf, dass die Positionierung in einer der beiden Randkategorien („ganz links“ oder „ganz rechts“) mit einer erhöhten Gewaltbereitschaft einhergeht. Die ideologischen Ränder sind demnach, was durch weiterführende statistische Analysen unterstrichen wird, signifikant gewaltbereiter als die politische Mitte (vgl. auch

Bundeskriminalamt 2022). Wie aus Abbildung 44 zudem ersichtlich wird, ist dieser Effekt bei den Rechtsaußenpositionen besonders stark ausgeprägt. Im Vergleich zur linken Randkategorie („ganz links“) sind sowohl Partizipationspraxis als auch -potential am rechten Rand (Antwortkategorie „ganz rechts“) drei Mal so hoch. Somit ist unter denjenigen Personen, die sich als „weit rechts“ einordnen, jede vierte Person dazu bereit, Gewalt anzuwenden. Diesen Wert etwas relativierend, verschiebt sich das Bild jedoch, wenn man anstelle der ideologischen Selbsteinstufung aller Befragten ausschließlich die Links-Rechts-Selbsteinstufung aller gewaltbereiten Untersuchungsteilnehmer:innen auswertet. Hier zeigt sich, dass sich 13 Prozent der Gewaltbereiten „ganz links“, 32 Prozent „etwas links“, 21 Prozent „in der Mitte“, 24 Prozent „etwas rechts“ sowie zehn Prozent „ganz rechts“ einordnen. Der Anteil gewaltbereiter Befragter ist nach dieser Auswertungsweise somit im linken Spektrum (45 Prozent) größer als im rechten (34 Prozent). Diese Umkehrung in den Verhältnissen kann darauf zurückgeführt werden, dass sich – wie aus Abbildung 38 hervorgeht – in der Grundgesamtheit viel mehr Befragte „ganz links“ (zwölf Prozent) einordnen als „ganz rechts“ (drei Prozent). Insofern kann die Interpretation des THÜRINGEN-MONITORS aus dem Jahr 2017 auch für die gegenwärtige Erhebung festgehalten werden: „Politische Gewaltbereitschaft ist [...] kein spezifisch oder auch nur überwiegend rechtes Phänomen“ (Best et al. 2017: 121).

In der Gesamtschau zeigt sich, dass politische Teilhabe immer dann wahrscheinlich wird, wenn es sich um eine mit niedrigem zeitlichen sowie monetären Aufwand verbundene, kollektive, institutionalisierte sowie legale Partizipationsform handelt.

Um die Frage zu beantworten, welche **individuellen Einflussfaktoren** dazu beitragen, dass Bürger:innen am politischen Prozess partizipieren, wurde abschließend ein multivariates Regressionsmodell berechnet und den Ergebnissen der Vorjahreserhebung gegenübergestellt.⁵² Für die Erklärung politischer Partizipation wurden erklärende (unabhängige) Variablen herangezogen, die zu den Standardindikatoren der Partizipationsforschung zählen.⁵³ In Anlehnung

⁵² Dabei ist zu beachten, dass sich die zu erklärenden abhängigen Variablen leicht voneinander unterscheiden. Wurde im Vorjahr ein additiver und ungewichteter Index berechnet, der sich aus den legalen konventionellen sowie unkonventionellen Partizipationsformen „an Politiker wenden“, „Mitarbeit in Bürgerinitiative“, „Mitarbeit in politischer Partei“, „Teilnahme genehmigte Demonstration“ und „Unterschriftensammlung“ zusammensetzte, musste der für das Jahr 2022 genutzte Index aufgrund nicht oder neu erhobener Variablen leicht modifiziert werden. Um die Partizipationsbereitschaft im aktuellen THÜRINGEN-MONITOR untersuchen zu können, wurde daher neben den bereits im Vorjahr erhobenen Partizipationsformen „Mitarbeit in einer politischen Partei“, „Teilnahme an einer genehmigten Demonstration“ sowie „Unterschriftensammlung“ ebenfalls die Teilhabeform des ehrenamtlichen Engagements aufgenommen. Unverändert blieb dahingegen die additive und ungewichtete Berechnung des Partizipationsindex. Ebenfalls wie im Vorjahr wurde bei der Indexberechnung darüber hinaus lediglich die Partizipationspraxis (Antwortkategorie: „habe ich schon getan“) in die Analyse einbezogen.

⁵³ Auch hinsichtlich der unabhängigen Variablen ergeben sich im Vergleich zum Vorjahr zwei Unterschiede: Zum einen wurde die interne politische Selbstwirksamkeit („Ich kann politische Fragen gut verstehen und einschätzen“) im aktuellen THÜRINGEN-MONITOR nicht erhoben. Zum anderen wurde die Responsivitätsvariable durch eine neue Messvariante („Die Politiker bemühen sich im Allgemeinen darum, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten“) ersetzt.

an das von Verba et al. (1995) formulierte „Civic Voluntarism Model“ lassen sich diese insbesondere den drei Erklärungsdimensionen Ressourcen, Motivation(en) sowie Mobilisierung zuordnen.⁵⁴

Konkret kann für den gegenwärtigen THÜRINGEN-MONITOR (vgl. Abb. 45) festgehalten werden, dass sich ein hohes politisches Interesse sowie ein hoher Bildungsabschluss positiv auf die Partizipationspraxis auswirken und zu einer höheren politischen Teilhabe führen. Negativ auf die politische Partizipation wirken sich dahingegen ein zunehmendes Lebensalter, eine geringe (externe) politische Selbstwirksamkeit, das Gefühl individueller Deprivation sowie die Demokratiezufriedenheit aus. Es mag auf den ersten Blick verwundern, dass mit steigender Demokratiezufriedenheit eine geringere Partizipationspraxis einhergeht, aber aktuelle politikwissenschaftliche Debatten zeigen, dass eine hohe Demokratiezufriedenheit sowohl in mehr als auch weniger Partizipation münden kann (Ezrow & Xezonakis 2016; Kostelka & Blais 2018). Zufriedenheit mit dem gegenwärtigen Funktionieren der Demokratie kann also auch dazu führen, dass Bürger:innen auf politische Partizipation verzichten, da sie z.B. keinen Bedarf sehen zu protestieren. Umgekehrt bedeutet dieser Zusammenhang, dass Thüringer:innen, die mit der Demokratie weniger zufrieden sind, vergleichsweise stärker dazu neigen, sich politisch zu beteiligen. Dieser Befund unterstreicht demnach die zu Beginn des Unterkapitels theoretisch formulierte „voice“-Annahme, die davon ausgeht, dass mit sinkender Systemunterstützung eine erhöhte Partizipationsbereitschaft einhergeht. In diese Beobachtung fügt sich schließlich auch die erhebliche Zunahme der Partizipationsform der Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration ein – diese war binnen nur zweier Jahre um knapp 20 Prozentpunkte auf nunmehr 68 Prozent gestiegen. Auch an dieser Stelle sei erneut auf die zahlreichen „Anti-Corona-Proteste“ verwiesen.

Aus Abbildung 45 geht des Weiteren hervor, dass Faktoren, die im letzten Jahr signifikant zur Erklärung von Partizipation beigetragen haben, in diesem Jahr keinen Effekt zeigen – dies betrifft das Geschlecht, den Aspekt der Arbeitslosigkeit sowie die Parteiidentifikation. Umgekehrt gibt es aber auch Einflussfaktoren, die im letzten Jahr keinen Einfluss auf die Partizipationspraxis ausübten, in diesem Jahr signifikant sind. Dies betrifft neben der Demokratiezufriedenheit auch das Gefühl der Deprivation. Variablen, die sowohl 2021 als auch 2022 signifikante Ergebnisse zeigten, weisen darüber hinaus in dieselbe Zusammenhangsrichtung.

Im Zuge einer umfassenden Ergebnisbesprechung sei erneut auf den Umstand verwiesen, dass sich die Messungen der Jahre 2021 sowie 2022 leicht voneinander unterscheiden. Nichtsdestotrotz folgen die präsentierten Ergebnisse – wie bereits im Vorjahr – dem wissenschaftlichen Konsens der internationalen Partizipationsforschung (siehe hierfür unter anderem Verba et al. 1995).

⁵⁴ Eine ausführliche Besprechung der theoretischen Zusammenhänge und Wirkmechanismen findet sich im THÜRINGEN-MONITOR des vergangenen Jahres (vgl. Reiser et al. 2021a, 43 f.).

Abb. 45: Einflussfaktoren Politischer Partizipation 2021 und 2022
(Multivariate lineare Regression)

Einflussfaktoren	TM 2021	TM 2022
Geschlecht (weiblich)	-	
Lebensalter (in Jahren)	--	--
Arbeitslosigkeit (ja)	-	
Bildungsabschluss (Abitur und höher)	++	+
Nettoäquivalenzeinkommen		
Parteiidentifikation (ja)	++	
Politisches Interesse (höher)	++	+
Demokratiezufriedenheit (höher)		--
Interne politische Selbstwirksamkeit (niedrig)		nicht erhoben
Externe politische Selbstwirksamkeit (niedrig)	-	---
Mangelndes Responsivitätsempfinden (höher)		
Individuelle Deprivation (höher)		-
R ² *100 (Anteil erklärter Varianz)	15,5	11,0
Fallzahl N	773	1.336

Anmerkung: Plus bedeutet einen partizipationsverstärkenden Einfluss und minus einen partizipationsmindernden Einfluss. Je mehr Zeichen, desto stärker die Wirkung des jeweiligen Faktors. Die Angaben zu Einflussstärken basieren auf den standardisierten Regressionskoeffizienten Beta und wurden wie folgt kategorisiert, wobei nur signifikante Beta-Werte ($p < 0.05$) eingetragen wurden: Betrag (beta) $> .2 = ++++/-$; Betrag (beta) $> .1 = ++/-$; Betrag (beta) $> .0 = +/-$.

IV.2. Rechtsextreme und populistische Einstellungen in Thüringen

Der THÜRINGEN-MONITOR 2022 setzt die langfristige Beobachtung rechtsextremer und populistischer Einstellungen fort. Dies umfasst einerseits die Messung des Rechtsextremismus auf Basis des im Jahr 2000 etablierten Messinstruments. Andererseits beinhaltet dies auch die jüngeren Erweiterungen des Messinstruments, die zuletzt im THÜRINGEN-MONITOR 2021 in Reaktion auf inhaltliche und strategische Veränderungen im „Rechtsaußenspektrum“ (Häusler & Küpper 2019, 147) erfolgten. Konkret wird somit die Verbreitung rechtsextremer, populistischer, rechtsextrem-autoritär ethnozentrischer und rechtsextrem-antidemokratischer Einstellungen sowie ihre Überschneidungen und Anknüpfungspunkte untersucht. Zudem werden verstärkt deren Erklärungsfaktoren in den Blick genommen. Eine besondere Rolle kommt dabei dem diesjährigen Schwerpunktthema zu, gelten doch nicht nur soziale, sondern auch regionale Ungleichheiten und ihre Wahrnehmung als begünstigend für die genannten Einstellungen.

IV.2.1. Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen

Die Messung rechtsextremer Einstellungen im THÜRINGEN-MONITOR folgt – wie die meisten bundesweiten und regionalen Erhebungen– der in der wissenschaftlichen Diskussion etablierten Konsensdefinition (vgl. u. a. TM 2001; Kreis 2007, 13; Decker et al. 2016, 29; Küpper & Zick 2021, 80). Danach ist Rechtsextremismus die Überzeugung von der unterschiedlichen Wertigkeit von Menschen in Abhängigkeit von zugeschriebenen Merkmalen, wie Nationalität, Hautfarbe oder ethnischer Herkunft, sowie ein auf diesen Ungleichwertigkeitsvorstellungen aufbauendes Gesellschaftsbild.

Die Konsensdefinition zählt antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen zum Rechtsextremismus. Im Hinblick auf politische Ordnungsvorstellungen ist der Rechtsextremismus gekennzeichnet durch eine Befürwortung diktatorischer Regierungsformen, die Verharmlosung des Nationalsozialismus und chauvinistischen Nationalismus. In den THÜRINGEN-MONITOREN der vergangenen zwei Jahrzehnte hat sich gezeigt, dass die chauvinistisch-nationalistischen und fremdenskeptischen Aussagen auf der einen Seite eng miteinander verbunden sind und auf der anderen Seite die sozialdarwinistischen, den Nationalsozialismus verharmlosenden, antisemitischen und diktaturbefürwortenden Aussagen (s. Best & Vogel 2021; Reiser et al. 2021a). Dieser internen Struktur rechtsextremer Einstellungen wird im THÜRINGEN-MONITOR Rechnung getragen, indem neben dem Rechtsextremismus insgesamt die beiden ihn konstituierenden Facetten Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus getrennt ausgewiesen werden.⁵⁵ Ethnozentrismus (vgl. Sumner 1906) kennzeichnet die Bewertung von Fremdgruppen unter ausschließlicher Bezugnahme auf die stets als normalen Beurteilungsmaßstab gesetzte Eigengruppe. Damit geht in der Regel einher, dass die Eigengruppe überhöht und die Fremdgruppen abgewertet werden (vgl. Heyder & Decker 2011, 237 f). Neo-National-

⁵⁵ Die Deutlichkeit dieser zweidimensionalen Struktur variiert allerdings im Zeitverlauf (s. Best/Vogel 2021).

sozialismus kennzeichnet die affirmative Haltung zur NS-Diktatur in Deutschland zwischen 1933 und 1945 und zu ihren Ideologemen.

Box 2: Die Methodik der Messung von (rechtsextremen) Einstellungen im Thüringen-Monitor

Im Thüringen-Monitor werden Einstellungen nie auf Basis einer einzelnen Antwort, sondern stets anhand der Antwortmuster auf eine Reihe von Aussagen gemessen. Diese Antworten werden nach statistisch-methodischen Kriterien zusammengefasst und daraufhin untersucht, ob sie tatsächlich die vermutete Einstellung messen. Für den Rechtsextremismus auf Basis der Konsensdefinition wird den Befragten eine Vielzahl von Aussagen – im Thüringen-Monitor sind dies zehn Aussagen – vorgelegt, die Ungleichwertigkeits- und Ordnungsvorstellungen zum Ausdruck bringen. Die Befragten können diesen jeweils auf einer vierstufigen Antwortskala zustimmen oder sie ablehnen (Abb. 46). Je stärker die Befragten rechtsextrem eingestellt sind, desto eher werden sie diesen Aussagen zustimmen. Allerdings wird nicht von der Zustimmung zu einer dieser Aussagen allein bereits auf eine rechtsextreme Einstellung geschlossen. Das hat mehrere Gründe.

So ist die Zustimmung zu einzelnen Aussagen nicht allein durch eine langfristig stabile rechtsextreme Einstellung bedingt. Vielmehr unterliegt sie auch kurzfristig wirkenden Einflüssen, weil die Aussagen neben den rechtsextremen Einstellungen oft auch andere Aspekte, sogenannte Fremddimensionen, messen. Z. B. zeigte eine Expertise zum THÜRINGEN-MONITOR (Best & Salomo 2014, 57), dass die Haltung zur Frage nach dem harten Durchsetzen deutscher Interessen auch durch Aversionen gegenüber den Entscheidungsprozessen innerhalb der Europäischen Union beeinflusst wird.

Daneben sind die einzelnen Aussagen mit unterschiedlichen „Schwierigkeiten“ formuliert. Mit „Schwierigkeit“ ist im methodischen Sinne gemeint, dass einige der Aussagen – wie z. B. „Es gibt wertvolles und unwertes Leben“ – eher hart formuliert sind und daher erst bei einer sehr stark ausgeprägten rechtsextremen Einstellung befürwortet werden. Andere hingegen sind eher weich formuliert und finden breitere Zustimmung, wie z. B. „Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“

Unabhängig von der „Schwierigkeit“ im methodischen Sinne messen die zehn Aussagen zudem fünf unterschiedliche Facetten des Rechtsextremismus (Abb. 46), die variierende Zustimmung in der Thüringer Bevölkerung finden. Das wird daran deutlich, dass die Zustimmung zu den Aussagen, die eine gemeinsame Facette des Rechtsextremismus messen, wie z. B. Fremdenfeindlichkeit, sehr viel deutlicher miteinander einhergehen als mit der Zustimmung zu Aussagen, die andere Facetten messen.

Weil also nicht jede Aussage auf dieselbe Weise Rechtsextremismus misst, variieren die Zustimmungsraten zu den einzelnen Aussagen in jedem Thüringen-Monitor deutlich (Abb. 46). Zudem stimmt die übergroße Mehrheit der Thüringer:innen in der Regel maximal zwei der zehn Aussagen zu bzw. lehnt mindestens acht der Aussagen ab (z. B. TM 2020: 72). Wäre die Zustimmung zu einzelnen Aussagen allein durch die rechtsextreme Einstellung bedingt, würden die Zustimmungswerte bei allen Aussagen annähernd gleich sein bzw. jeder Aussage würde ein fester Anteil der Befragten zustimmen.

Vor diesem Hintergrund werden die Befragten im Thüringen-Monitor – wie auch in vergleichbaren Studien zu rechtsextremen Einstellungen – nicht auf Basis einzelner Aussagen als rechtsextrem kategorisiert, sondern auf Basis ihrer Antwortmuster zu allen zehn Aussagen zur Messung des Rechtsextremismus. Denn während die Wahrscheinlichkeit, dass Befragte ohne rechtsextreme Einstellung einer der insgesamt zehn Aussagen zustimmen hoch ist, ist sie schon niedriger, zwei oder mehr Aussagen zuzustimmen. Wenn keine rechtsextreme Einstellung vorliegt, ist die Wahrscheinlichkeit sehr gering, dass fünf oder sogar allen zehn Aussagen zugestimmt wird.

In früheren THÜRINGEN-MONITOREN und zwei ergänzenden Analysen (vgl. Best & Vogel 2021 und Best & Salomo 2014, 17) wurde gezeigt, dass die Antwortmuster der Thüringer:innen nicht durch die fünf theoretischen Facetten des Rechtsextremismus gekennzeichnet sind. Die unterschiedlich hohen Zustimmungsraten zu den Aussagen

und komplexere statistische Analyseverfahren (Faktorenanalysen) zeigen, dass in den vergangenen zwei Jahrzehnten stets die chauvinistisch-nationalistischen und fremdenfeindlichen Aussagen auf der einen Seite eng miteinander verbunden sind und auf der anderen Seite die sozialdarwinistischen, den Nationalsozialismus verharmlosenden, antisemitischen und diktaturbefürwortenden Aussagen (ebd.). D. h., die Wahrscheinlichkeit, dass Befragte, die z. B. einer fremdenfeindlichen Aussage zustimmen, auch einer chauvinistisch-nationalistischen Aussage zustimmen, ist höher als die Wahrscheinlichkeit, dass sie z. B. einer sozialdarwinistischen Aussage zustimmen.

Auch wenn die Deutlichkeit dieser zweidimensionalen Struktur im Zeitverlauf variiert, ist es notwendig, neben dem Rechtsextremismus insgesamt auch die beiden ihn konstituierenden Facetten Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus auszuweisen. Beide Dimensionen hängen aber in einem Ausmaß miteinander zusammen, das ihre Zusammenfassung zu einer Messung des Rechtsextremismus insgesamt rechtfertigt. Daher werden zunächst die ethnozentrischen und neo-nationalsozialistischen Aussagen zu zwei getrennten Mittelwertskalen zusammengefasst und anschließend darauf basierend der Gesamtwert der Befragten auf der Rechtsextremismuskala berechnet. Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus sind somit die zwei gleichgewichtigen Unterdimensionen des Rechtsextremismus. Als rechtsextrem gelten Befragte dann, wenn sie den Aussagen auf jeder der beiden Dimensionen durchschnittlich überwiegend zustimmen bzw. wenn sie im Durchschnitt mehr Aussagen befürworten als ablehnen. Befragte müssen also nicht allen in der Konsensdefinition erfassten Einstellungen zustimmen, um als rechtsextrem zu gelten. Vielmehr kann sich hinter der Zuordnung als rechtsextrem eine Bandbreite an heterogenen Einstellungsmustern verbergen, die jedoch gemeinsam haben, dass ihre Träger die zehn genannten Aussagen durchschnittlich befürworten. Seit 2014 werden dabei auch diejenigen einbezogen, die auf höchstens eine ethnozentrische und eine neo-nationalsozialistische Frage die Antwort verweigerten (vgl. Best & Salomo 2014, 25 ff.), weil die Zustimmung zu den einzelnen Aussagen eng miteinander zusammenhängt.

Betrachtet man die einzelnen Aussagen zur Messung des Rechtsextremismus (Abb. 46), zeigt sich ein schon aus den Vorjahren bekanntes Muster. So erhält die Aussage zum Durchsetzen deutscher Interessen die größte Unterstützung der Thüringer:innen. Danach folgen die beiden fremdenskeptischen bis -feindlichen Aussagen zur Überfremdung und Sozialstaatsausnutzung. Die Zustimmung zu allen übrigen Aussagen fällt mit deutlichem Abstand weiterhin geringer aus: keine von ihnen wird in 2022 von mehr als einem Fünftel der Befragten unterstützt. Das antisemitische Ressentiment bildet trotz des leichten Zustimmungsgewinns genau wie in den Vorjahren das Schlusslicht.

Jedoch sind unterschiedliche Entwicklungen im Vergleich zu 2021 zu beobachten. Unter Berücksichtigung der statistischen Fehlertoleranz ist die Zustimmung zu den neo-nationalsozialistischen Aussagen entweder stabil geblieben (NS-Diktaturverharmlosung und Recht der Stärkeren) oder bei der Aussage zu wertvollem und unwertem Leben und zur Diktaturbefürwortung weiter zurückgegangen. Nur die Zustimmung zur antisemitischen Aussage ist leicht angestiegen.

Anders sieht es bei den ethnozentrischen Meinungsäußerungen aus. Mit Ausnahme der chauvinistischen Aussage zu deutschen Leistungen und der Aussage zu ethnisch homogenen Heiraten finden alle anderen Aussagen im Jahr 2022 mehr Zustimmung als noch ein Jahr zuvor. Insbesondere die harte Durchsetzung deutscher Interessen liegt acht Prozentpunkte höher als noch 2021. Schon in früheren THÜRINGEN-MONITOREN zeigte sich, dass diese Aussage nicht nur durch eine rechtsextreme Einstellung, sondern auch durch außenpolitische Einstellungen

beeinflusst ist. So steht zu vermuten, dass dieser Anstieg mit der, durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine veränderten, außenpolitischen Situation in Verbindung steht. Die Gesamttendenz legt also nahe, dass der in den Vorjahren während der Corona-Pandemie zu beobachtende Zustimmungsrückgang sich allein bei den neo-nationalsozialistischen Aussagen fortsetzt, bei den ethnozentrischen jedoch ein Wiederanstieg zu verzeichnen ist.

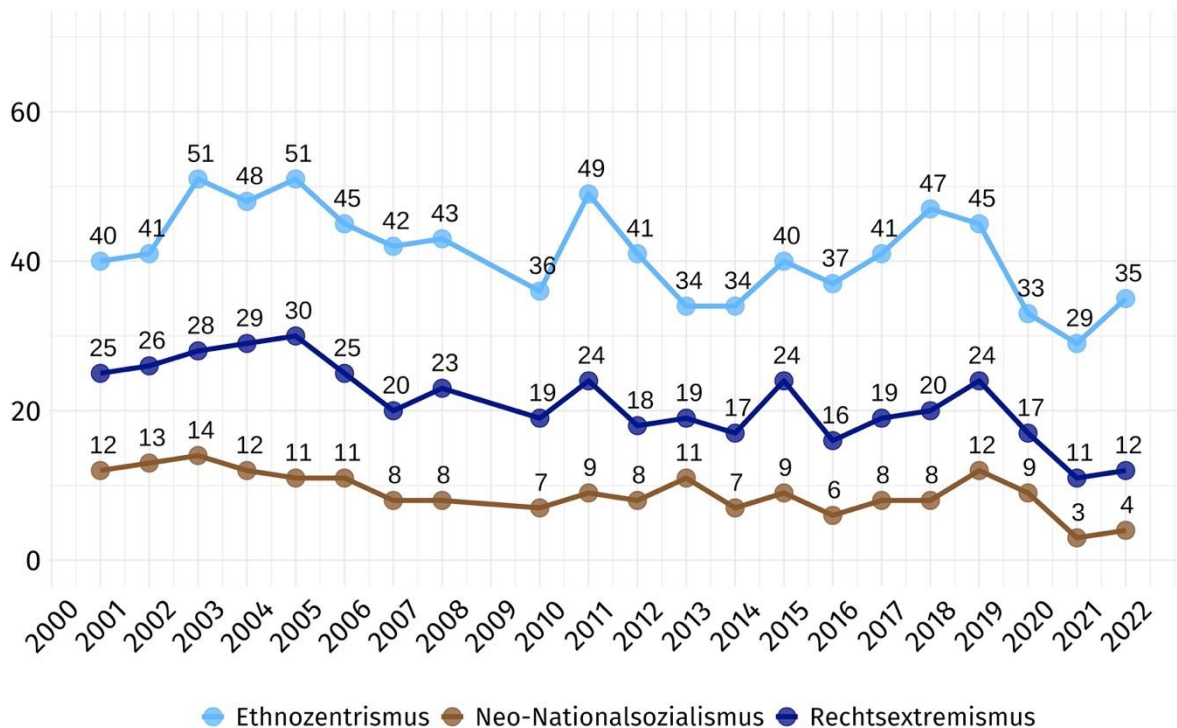
Abb. 46: *Zustimmung zu den Aussagen zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen (Zustimmung in Prozent)*

		2022	2021	2020	2011-19	2001-10
Ethnozentrismus	Nationalismus und Chauvinismus					
	„Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“	56	48	50	59	59
	„Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“	20	18	23	31	33
	Fremdenfeindlichkeit					
	„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“	47	42	44	51	53
	„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	41	37	41	44	50
Neo-Nationalsozialismus	„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“ (Rassismus)	10	9	18	20	22
	Sozialdarwinismus					
	„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“	17	22	22	26	30
	„Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“	16	17	19	20	23
	Verharmlosung des Nationalsozialismus					
	„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“	11	11	14	18	19
	Antisemitismus					
	„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“	6	4	8	11	12
	Unterstützung einer rechten Diktatur					
„Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“	10	13	15	15	17	

Die für die Einzelaussagen erkennbaren Entwicklungen im Vergleich zu 2021 zeigen sich auch für die rechtsextremen Einstellungen insgesamt. Mit zwölf Prozent liegt der Anteil an einstellungsmäßigem Rechtsextremismus in Thüringen unter Berücksichtigung der statistischen Fehlertoleranz auf demselben Niveau wie 2021 (vgl. Abb. 47). Obgleich er damit auf dem damaligen Tiefstand verharrt, ist der während der Corona-Pandemie erkennbare Rückgang gestoppt. Die gleiche Konstanz ist für die neo-nationalsozialistischen Einstellungen zu beobachten, die jedoch nur bei sechs Prozent der Thüringer:innen verbreitet sind. In einer gegenläufigen Entwicklung sind die ethnozentrischen Einstellungen jedoch auch unter Berücksichtigung der statistischen Fehlertoleranz mit 35 Prozent im Jahr 2022 weiter verbreitet als noch ein Jahr zuvor. In der jüngsten bundesweiten Erhebung zum selben Themengebiet, der Leipziger Autoritarismusstudie (vgl. Decker et al. 2022, 53) ist ein „geschlossen rechtsextremes Weltbild“ hingegen

sowohl bundesweit als auch in Ostdeutschland im Vergleich zu 2020 weiter rückläufig. Zugleich findet sich auch dort weiterhin der Unterschied zwischen einer anhaltend hohen Zustimmungsrates zu ethnozentrischen Aussagen und einer rückläufigen Zustimmung zu neo-nationalsozialistischen Aussagen (vgl. ebd.).

Abb. 47: Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen 2001–2022 (in Prozent)



IV.2.2. Populismus, rechtsextrem-autoritärer Ethnozentrismus und rechtsextreme Demokratieablehnung

Die für eine Langzeitmessung notwendige Konstanz des Messinstruments für Rechtsextremismus erfordert es, regelmäßig zu prüfen und sicherzustellen, dass damit auch jüngere Entwicklungen des „Rechtsaußenspektrums“ (Häusler & Küpper 2019, 147) erfasst werden können. Damit kann zugleich der Frage nachgegangen werden, inwiefern es sich bei rechtsextremen, (rechts-)populistischen und neurechten Einstellungen um getrennte oder sich überschneidende Einstellungsmuster handelt.

Populismus umfasst die antipluralistische Vorstellung eines einheitlichen Volkswillens, der gegen die korrupten Eliten und gegen die demokratische Gewaltenbeschränkung wie z.B. Minderheitenrechte durchgesetzt werden muss. *Rechtspopulismus* wird in Deutschland oft als strategisch gemäßigte Form des Rechtsextremismus verstanden, der zusätzlich durch Autoritarismus und eine mehrdeutige Haltung zu Gewalt und Demokratie gekennzeichnet ist.

Box 3: Populismus oder Rechtspopulismus?

Populismus gilt als ein Einstellungsmuster, das nach manchen Auffassungen eigenständig ist und nur in bestimmten Kontexten mit rechtsextremer Ideologie verbunden. Andere verorten es konzeptionell auf dem Rechtsaußenspektrum. Nach der ersten Auffassung gilt Populismus als Kritik und Gegenentwurf zur liberalen Demokratie (z. B. Inglehart & Norris 2019; Manow 2018; Vehrkamp & Merkel 2020). Populismus kennzeichnet die Vorstellung eines Konflikts zwischen einer homogenen Elite und einer homogenen Bevölkerung (vgl. Mudde & Kaltwasser 2012; Taggart 2002). Der Populismus betont die Volkssouveränität und sieht die Bevölkerung als homogen mit einem einheitlichen Interesse, das mittels common sense erkennbar und daher durch direkte Demokratie am besten umzusetzen sei. Die Eliten seien gleichfalls homogen, denn sie teilten das Interesse des Machterhalts und der Aufrechterhaltung der liberalen Institutionen, der sie ihre Position verdanken. Diese korrupte Elite handle deshalb gegen das homogene Volksinteresse. Populist:innen sehen sich folglich dadurch legitimiert, den homogenen Volkswillen (Anti-Pluralismus) gegen die etablierten Eliten (Anti-Elitismus) und gegen die Institutionen der liberalen Demokratie (Anti-Institutionalismus) zu realisieren.

Weil die Eliten als prinzipiell korrupt wahrgenommen werden, tendiert der Populismus zu einem Schwarz-Weiß-Weltbild (Manichäismus), demzufolge eine politische Lösung des Konflikts zwischen Eliten und Volk nicht möglich ist. Folge dessen ist eine Moralisierung von Politik, die Kompromisse erschwert. Populist:innen weisen in der Regel eine Kategorisierung als rechtsextrem zurück, weil gerade sie die Abschaffung der Demokratie durch eine Diktatur der Eliten verhindern möchten, die direkte Demokratie befürworten und die (eigene) Gewaltanwendung zur Durchsetzung politischer Ziele ablehnen. Die grundsätzliche Haltung zur Demokratie und zur Gewaltbereitschaft bzw. -billigung bilden daher – zumindest in der Selbstwahrnehmung der Populist:innen – Unterscheidungskriterien von Rechtsextremismus und Populismus.

Im Kontrast dazu wird Rechtspopulismus als der strategische Versuch verstanden, rechtsextremen Ideologieelemente in gemäßigter Form zu artikulieren. Ziel ist es, damit an in der Bevölkerung verbreitete Kritik und Skepsis gegenüber Gruppen (wie z. B. Geflüchtete) und gegenüber der Demokratie und ihren Eliten anzuknüpfen, um damit politische Unterstützung zu gewinnen (z. B. Decker 2018; Küpper et al. 2021, 51 ff). Rechtspopulismus ist danach eine Ausprägung des Rechtsextremismus, weil die dem Anti-Pluralismus zugrundeliegende Vorstellung einer homogenen Bevölkerung die Abwertung und Ausgrenzung von Minderheiten und Fremden fördere. Weiterhin wird Rechtspopulismus in dieser Lesart durch ausgeprägten Autoritarismus definiert, der sich in einer Bereitschaft und Forderung zu Gehorsam, zu Konformismus und zur Bestrafung von Abweichler:innen äußert. Auch ist er durch ein ambivalentes Verhältnis zur Gewalt gekennzeichnet: Zwar wird Gewaltbereitschaft ausdrücklich abgelehnt, aber Gewalt zur Herstellung von Konformität durchaus gebilligt. (Rechts-)Populismus wird auch nicht als radikaldemokratische Kritik an der bestehenden Form der Demokratie verstanden, sondern als antidemokratische Überzeugung (ebd.).

Analog zur Rechtsextremismusskala (s. Methodik) wurden den Befragten im THÜRINGEN-MONITOR aus diesen ideologischen Elementen des Populismus abgeleitete Aussagen zur Beurteilung vorgelegt. Der populistische Anti-Elitismus kommt in den drei ersten Aussagen in Abbildung 48 zum Ausdruck. Der drastischsten Aussage, dass die Eliten gegen die Interessen der Bevölkerung handeln, stimmen fast zwei Drittel der Thüringer:innen zu. Dies ist im Vergleich zum Vorjahr eine deutliche Steigerung, da in dieser Befragung mit 52 Prozent nur ungefähr die Hälfte der Befragten zustimmten. Auch, dass Parteien sich nicht für die Ansichten der Wähler:innen interessieren, meinen nach einem leichten Rückgang während der Corona-Pandemie

wieder drei von vier Thüringer:innen (siehe auch Kapitel IV.1.1). Ebenso findet die Vorstellung, dass die Politiker:innen parteiübergreifend und gemeinsam ihre eigenen Interessen verfolgten, die Zustimmung einer deutlichen Mehrheit.

Der Anti-Institutionalismus konnte in diesem Jahr nur mit der Demokratiezufriedenheit gemessen werden, die gegenüber 2021 deutlich zurückgegangen ist und teilweise auf eine Normalisierung der Werte nach den außergewöhnlich hohen Zustimmungswerten (Rally-around-the-flag-Effekt) während der Corona-Pandemie zurückgeführt werden kann (vgl. dazu ausführlich Kapitel IV.1.1). Der Anti-Pluralismus, der in diesem Jahr erstmals mit der Aussage gemessen wurde, dass es im Grunde ein einheitliches Kollektivinteresse der Bevölkerung gäbe, findet mit 37 Prozent der Thüringer:innen die geringste Zustimmung aller populistischen Aussagen.

Die Befürwortung der direkten Demokratie als (alleiniger) Ausdruck der Volkssouveränität fällt mit drei Viertel der Thüringer:innen sehr hoch aus und verbleibt, nach Berücksichtigung der statistischen Fehlertoleranz, auf dem Niveau von 2021. Auch die manichäische Weltsicht des Populismus nach der aufgrund des homogenen Volksinteresses und der unaufhebbaren Feindschaft zwischen den Eliten und Volk Kompromisse nur Ausdruck unmoralischen Verrats statt politischer Vernunft sind, hat an Zustimmung gewonnen. Die Ablehnung politischer Kompromisse findet zwar weiterhin keine mehrheitliche Zustimmung, aber immerhin 44 Prozent der Befragten äußern sich in diesem Sinne. Weiterhin unterstützt ein hoher Anteil der populistisch Eingestellten die Demokratie als beste Staatsform, auch wenn – wie in der Gesamtbevölkerung – die Unterstützung leicht zurückgegangen ist (vgl. dazu ausführlich Kapitel IV.1).

Abb. 48: Aussagen zur Messung populistischer, neurechter und rechtsextremer Einstellungen
(Zustimmung in Prozent und gruppierte Ladungen einer Faktorenanalyse)

	Theoretische Konzepte	2022	2021	2020	2019	Empirische Faktoren 2022		
						I	II	III
(Rechts-)Populismus								
Die Herrschenden und Mächtigen in unserer Gesellschaft handeln gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung.	Anti-Elitismus	64	52	55		+++		
Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.		74	69	72	74	+++		
Die Politiker sind sich immer einig, wenn es darum geht, ihre Privilegien zu schützen.		81	78			+++		
Demokratiezufriedenheit	Anti-Institutionalismus	48	65	68	63	---		--
Die Bürger in Deutschland sind sich im Prinzip einig darüber, was politisch passieren muss.	Anti-Pluralismus	37					+++	
Das Volk, und nicht die Politiker, sollte die wichtigsten Entscheidungen treffen.	Direkte Demokratie	76	65			+++		
Was in der Politik Kompromiss genannt wird, ist in Wirklichkeit nur ein Verrat von Prinzipien.	Manichäismus	44	38			+++		+
Demokratie ist die beste aller Staatsideen.	Idee Demokr.	84	89	87	90	-	--	--
Würde/habe Gewalt zum Erreichen von Zielen einsetzen/-gesetzt.	Gewaltaffinität	7	4	7	9			++
Neurechte Einstellungen								
Heutzutage kann man seine Meinung nicht frei äußern, weil man sonst Nachteile haben könnte.	Meinungsdiktatur	45	45	46	49	++		++
Die herrschenden Eliten verfolgen das Ziel, das deutsche Volk durch Einwanderer auszutauschen.	Neurechte Positionen	18	14			++	+	++
Durch den Feminismus werden in unserer Gesellschaft die Männer systematisch benachteiligt.		13	15					+++
Es ist Zeit, Widerstand gg. die aktuelle Politik zu leisten.		61	37	36		+++		
In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.	Autoritarismus	64	60	64	64		+++	
Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.		46	45	52	61		+++	
Rechtsextremismus (Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus)								
Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.	Ethnozentrismus	s.o.				++	+++	
Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.							+++	
Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.						+++	+++	
Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.						+++	++	
Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.	Neo-Nationalsozialismus	s.o.					+++	
Es gibt wertvolles und unwertes Leben.							+++	
Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.							+++	+
Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.								+++
Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.							+++	++
Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.				++				

Hauptkomponentenanalyse mit Varimax-Rotation, KMO 0.91, Extraktion der Faktorenanzahl mittels Screeplot und auf Basis des Kaiser-Kriteriums. Die Faktorladungen werden der Übersicht halber kategorisiert berichtet. Faktorladungen mit einem Betrag kleiner als 0.3 werden nicht berichtet, sonst wie folgt: +/- >0.3, ++/-- >0.4, +++/-- >0.5.

Weiterhin bilden neurechte Einstellungen einen Bestandteil des „Rechtsaußenspektrums“ (Häusler & Küpper 2019, 147). Dazu zählen gegenwärtig vor allem die Vorstellung eines „Meinungsdiktats“, Verschwörungserzählungen (wie die vom „Bevölkerungsaustausch“) (vgl. dazu auch Kapitel IV.3), Antifeminismus, Aufruf zum Widerstand gegen „die Politik“ und schließlich ein autoritäres Einstellungsmuster.

Box 4: Neurechte Einstellungen

Neurechte Einstellungen sind ebenfalls ein Bestandteil des „Rechtsaußenspektrums“. Dieses Einstellungsmuster ist insbesondere durch Verschwörungserzählungen wie die vom Bevölkerungsaustausch, die Vorstellung einer Beschränkung des Meinungsdiktats sowie den Aufruf zum Widerstand gegen „die Politik“ und ein autoritäres Einstellungsmuster gekennzeichnet. Ideologische Überschneidungen zu Rechtsextremismus und -populismus bestehen, da auch hier die Vorstellung eines homogenen Volkes die Grundlage bildet (für detaillierte Ausführungen zu neurechten Ideologien s. Häusler & Küpper 2021). Nach völkischen Konzepten ist es eine natürliche Ordnung, dass das Kollektivinteresse einer Gemeinschaft aus der geteilten Herkunft erwächst. Der Schutz dieser Gemeinschaft gegenüber inneren und äußeren Bedrohungen stellt eine moralische Verpflichtung der Mitglieder dieser Gemeinschaft dar. Auf dieser Grundlage erwächst, wie im Populismus, ein Misstrauen gegenüber den etablierten Eliten und ihren Institutionen, denen als Ziel die Zerstörung der natürlichen Gemeinschaften und ihre Umbildung zu multikulturellen Gesellschaften unterstellt wird (Ebd.). Der Begriff der Eliten dient dabei der Homogenisierung pluraler und konkurrierender Entscheidungsträger:innen und Meinungsbildner:innen in Politik, Wissenschaft und Medien.

Diese Vermutungen drücken sich oft in Verschwörungsnarrativen aus. Die Eliten beschränkten die Meinungsfreiheit und strebten danach, die Demokratie abzuschaffen. Unter Demokratie wird dabei ausschließlich die Umsetzung des vermeintlich einheitlichen Volkswillens verstanden. Elemente wie universale Grundrechte, Kompromissbildung und institutionalisierte Gewaltenteilung spielen keine Rolle. Immigration sei durch die Eliten gesteuert, um die Bevölkerung in Deutschland auszutauschen. „Der“ Feminismus diene dazu, die natürliche Ordnung der Familie als Reproduktionsgrundlage der Gemeinschaft zu zerstören. Die Thematisierung des Nationalsozialismus und des Holocaust sei vorrangig ein Mittel, um die völkische Gemeinschaft der Deutschen durch die Betonung kollektiver Schuld verächtlich zu machen. Aus der derart wahrgenommenen Bedrohung der Gemeinschaft und der moralischen Verpflichtung zu ihrem Schutz entsteht Wut gegenüber etablierten Eliten und Institutionen, die sich in der Aufforderung zum dagegen gerichteten Widerstand zeigt. In ambivalenter Weise gehen mit dieser Forderung nach Widerstand zwei autoritäre Wünsche einher: nach Unterordnung unter den die völkische Gemeinschaft wahrhaft vertretenden Personen und nach Konformität mit ihrer vermeintlich natürlichen Ordnung, wie z. B. einer traditionellen Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern

Eine Einschränkung der Meinungsfreiheit wird vermutlich nicht nur von neurechten und populistischen Akteuren beklagt, sondern wurde in 2021 auch von fast der Hälfte deutschen Bevölkerung insgesamt wahrgenommen (vgl. Petersen 2021). In der Thüringer Bevölkerung teilt mit 45 Prozent auch – und ebenso wie in 2021 – fast die Hälfte der Befragten diese Auffassung. Auf deutlich geringerem Niveau ist die Vermutung eines beabsichtigten Austauschs des Volkes durch die Eliten mit 18 Prozent etwas weiter verbreitet als noch 2021. Eine Diskriminierung von Männern durch den Feminismus können hingegen, nach Berücksichtigung der statistischen Fehlertoleranz, ebenso wenige Thüringer:innen erkennen wie 2021 (siehe auch Kapitel IV.3 und Kapitel IV.4.4). Besonders stark gestiegen ist die Unterstützung für die Aussage, dass es „Zeit für Widerstand gegen die aktuelle Politik“ sei: Während 2021 etwas mehr als ein Drittel

dieser Aussage zustimmte, sind es 2022 zwei Drittel der Thüringer:innen. Beim Autoritarismus findet die Komponente der Unterwerfung („starke Hand“) mit 64 Prozent minimal mehr Zustimmung als noch 2021 und erreicht damit wieder das Niveau von 2019. Der autoritäre Gehorsam findet hingegen mit 46 Prozent ebenso viel Zustimmung wie 2021. Damit ist allerdings sein stetiger Rückgang seit 2019 unterbrochen.

Analog zur Rechtsextremismusskala (s. Methodik) wird die Zustimmung zu den genannten rechtsextremen und als neurechts oder populistisch bezeichneten Aussagen nun daraufhin geprüft, in welchem Maße sie miteinander zusammenhängen. Sind die drei Einstellungsmuster klar voneinander zu trennen, müssten die jeweils dazugehörigen Aussagen untereinander eng zusammenhängen und weniger stark mit den übrigen Aussagen. Aussagen, die eng miteinander zusammenhängen, bilden statistisch einen Faktor, der als Messung einer latenten Einstellung verstanden werden kann. Wie schon in 2021 lassen sich drei Faktoren (I-III) erkennen, deren inhaltliche Bedeutung an den Aussagen deutlich wird, die mit ihnen am stärksten in Zusammenhang stehen (Abb. 48).⁵⁶

Mit Ausnahme des homogenen Volksinteresses lassen sich alle populistischen Aussagen eindeutig dem ersten Faktor zuordnen, ergänzt durch die Überzeugung von der Notwendigkeit zum Widerstand.

Davon zu unterscheiden sind die Aussagen, die eindeutig dem zweiten Faktor verbunden werden können. Dazu zählen die Vorstellung des homogenen Volksinteresses, der Autoritarismus und fast alle Aussagen zur Messung von Rechtsextremismus im THÜRINGEN-MONITOR. Nur die Haltung zum historischen Nationalsozialismus und die Befürwortung einer nationalen Diktatur können hier nicht zugeordnet werden. Beide Aussagen lassen sich dagegen zu einem Faktor drei zusammenfassen, der zusätzlich die Wahrnehmung einer feministischen Männerdiskriminierung umfasst und, anders als noch 2021, mit der Neigung zur Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele einhergeht. Faktor drei verbindet also die politischen Ordnungsvorstellungen des Rechtsextremismus nach der Konsensdefinition mit einer neurechten Aussage und Gewaltbereitschaft.

Die übrigen Aussagen lassen sich nicht allein einem Faktor zuordnen und geben daher Auskunft über inhaltliche Querverbindungen und Überschneidungen zwischen den durch die Faktoren gemessenen Einstellungen.

So sind zwar der einstellungsmäßige Populismus (Faktor I) und Faktor II zu trennen, jedoch bestehen Überschneidungen im Hinblick auf die Mutmaßung einer Überfremdung und Ausnutzung Deutschlands durch Ausländer:innen, dem energischen Durchsetzen deutscher Interessen, der Vorstellung eines Volksaustausches und der negativen Bewertung der Demokratie

⁵⁶ Die Stärke des Zusammenhangs zwischen einer Aussage und einem Faktor wird durch die sogenannten Faktorladungen in den letzten drei Spalten von Abb. 48 angegeben. Eine Faktorladung von 0 bedeutet keinen Zusammenhang mit dem jeweiligen Faktor, eine Faktorladung von +/- 1 bedeutet, dass die Zustimmung zu der jeweiligen Aussage exakt im selben Ausmaß ansteigt (sinkt), je mehr die Zustimmung zu den übrigen Aussagen ansteigt (sinkt). In der Praxis werden nur Faktorladungen mit einem Betrag größer als 0.3 berücksichtigt. Für die Identifikation der Faktoren ist es wichtig, dass jede Aussage möglichst nur auf einem Faktor zugeordnet werden kann, d. h., dass sie nur eine sehr hohe Faktorladung besitzt. Nebenladungen auf andere Faktoren treten immer wieder auf. Sind sie ähnlich hoch wie Hauptladungen, können Aussagen mehreren Faktoren zugeordnet werden.

als Idee. Der einstellungsmäßige Populismus in Thüringen besitzt also Querbezüge zu ethnozentrischen und neurechten Positionen. Im Vergleich zu 2021 sind diese ethnozentrischen Bezüge sogar enger geworden. Zudem basiert der einstellungsmäßige Populismus in Thüringen entgegen der theoretischen Annahmen nicht auf Homogenitätsvorstellungen über die Bevölkerung.

Faktor II besitzt eine leichte Querverbindung zur Vorstellung eines beabsichtigten Volksaustausches und ist in gleichem Maß wie der Populismus durch die Vorstellung von Überfremdung und missbräuchlicher Zuwanderung in die Sozialsysteme geprägt. Faktor III weist neben den politischen Vorstellungen des Neo-Nationalsozialismus Querbezüge zum Antisemitismus, zur Demokratieunzufriedenheit und Ablehnung der Demokratie, zu Manichäismus, zur Vorstellung eingeschränkter Meinungsfreiheit und eines Bevölkerungsaustausches auf.

Faktor II und III spiegeln damit in ihren Grundzügen die im THÜRINGEN-MONITOR etablierte und für die Jahre 2001 bis 2020 stabile Unterscheidung zwischen Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus wider (s. Methodik der Rechtsextremismusskala und Best & Vogel 2021). Allerdings sind – wie schon 2021 – ethnozentrische Ungleichwertigkeitsvorstellungen enger als bisher mit neo-nationalsozialistischen Ideologemen verbunden – und damit wohl auch verfestigt. Faktor II misst daher den rechtsextrem-autoritären Ethnozentrismus. Faktor III umfasst vor allem politische Ordnungsvorstellungen zu Demokratie und (historischer) Diktatur, die eine rechtsextrem motivierte Ablehnung der liberalen Demokratie und ihrer Eliten misst. Letztere werden als ursächlich für die Zerstörung der natürlichen Ordnung ausgemacht. Dazu zählen in dieser Weltsicht auch politische (Eliten-)“Projekte“ wie Feminismus und Zuwanderung.

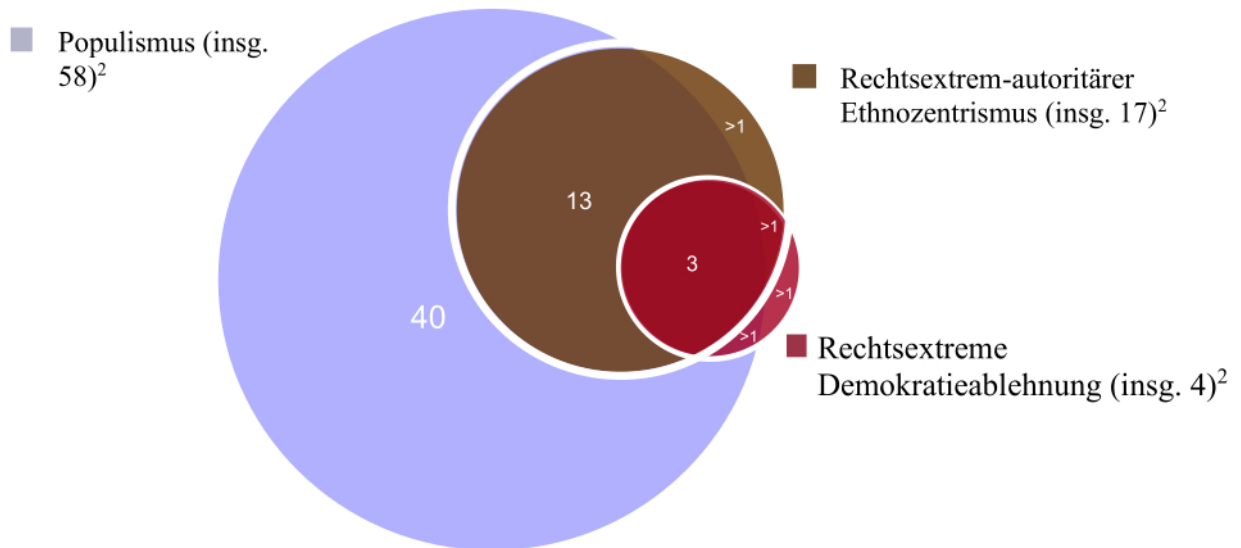
Ein im engeren Sinne neurechtes Einstellungsmuster konnte nicht identifiziert werden, denn eingeschränkte Meinungsfreiheit und die Notwendigkeit zum Widerstand sind Bestandteile des einstellungsmäßigen Populismus, während die Unterstellung eines Volksaustauschs und männerdiskriminierender Feminismus zum einstellungsmäßigen Rechtsextremismus zu zählen sind.

Im Gegensatz zu 2021 steht die Bewertung der Demokratie als bester Staatsidee in einem negativen Zusammenhang zu allen drei Faktoren. Während also der einstellungsmäßige Populismus und sogar die durch Faktor II gemessenen Einstellungen im Jahr 2021 noch mit ablehnenden und befürwortenden Bewertungen der Demokratie vereinbar waren, gehen beide nun enger mit deren negativer Bewertungen einher.

Wie stellt sich nun die Verteilung dieser drei Einstellungen in der Thüringer Bevölkerung dar? Um diese Frage zu beantworten, werden die Aussagen, die am stärksten miteinander verbunden sind und daher zu je einem Faktor gehören, zu drei Skalen zusammengefasst. In Anlehnung an die methodischen Kriterien für die Erstellung der Rechtsextremismusskala (s. Methodik der Rechtsextremismusskala, Box 2) werden Befragte, die den zu einem Faktor bzw. einer Skala gehörenden Aussagen im Durchschnitt zustimmen, in die drei Gruppen Populist:innen,

rechtsextrem-autoritäre Ethnozentrist:innen und rechtsextreme Antidemokraten:innen eingeordnet.⁵⁷

Abb. 49: Populistische und rechtsextreme Einstellungen in Thüringen
(2022, in Prozent aller Befragten)¹



¹Lesehilfe: 58 Prozent aller Thüringer:innen teilen populistische Einstellungen. 40 Prozent aller Thüringer:innen teilen nur populistische Einstellungen, 13 Prozent teilen populistische und rechtsextrem-autoritär ethnozentristische Einstellungen etc.

²Rundungsbedingt addieren sich die Anteilswerte für die Untergruppen nicht exakt auf die Gruppenanteile insgesamt.

Fast 60 Prozent der Thüringer:innen sind als populistisch in dem oben beschriebenen Sinne zu bezeichnen (Abb. 49). Rund 70 Prozent dieser Populist:innen – das entspricht 40 Prozent aller Thüringer:innen – teilen weder einen rechtsextrem-autoritären Ethnozentrismus noch die rechtsextrem motivierte Demokratieablehnung. Bei 23 Prozent der Populist:innen – das entspricht 13 Prozent der Thüringer:innen – sind populistische Einstellungen mit rechtsextrem-autoritärem Ethnozentrismus verknüpft. Weitere sechs Prozent der Populist:innen – das entspricht drei Prozent aller Thüringer:innen – lehnen zusätzlich die Demokratie aus rechtsextremen Motiven heraus ab. Die Mehrheit der populistischen Thüringer:innen teilt also keines der beiden rechtsextremen Einstellungsmuster. Der einstellungsmäßige Populismus in Thüringen

⁵⁷ Die zwischen den Faktoren bestehenden Querverbindungen werden bei der Erstellung der Skalen berücksichtigt und zeigen sich anschließend in der Überschneidung zwischen den drei Gruppen. Konkret wurden die Aussagen zu einer Mittelwertskala zusammengefasst, die auf einen gemeinsamen Faktor mit min. der Faktorladung (Betrag) 0.4 laden. Laden Aussagen auf mehrere Faktoren mit min. diesem Betrag, werden sie für alle diese Skalen berücksichtigt. Das Kriterium eines Betrags der Faktorladung von min. 0.4 weicht vom Vorgehen in 2021 ab (Reiser et al. 2021a, Fn.25), da andernfalls die Aussagen ausgeschlossen hätten werden müssen, die auf mehrere Faktoren laden. Auch wurden Befragte berücksichtigt, die bei einer Aussage pro Skala eine fehlende Antwort aufweisen.

ist daher überwiegend nicht rechtspopulistisch, auch wenn eine Minderheit der Populist:innen rechtsextreme Einstellungen teilen.

Ein Vergleich dieser Verteilung zum THÜRINGEN-MONITOR 2021 ist aufgrund des leicht angepassten Fragenkatalogs und der veränderten Zuordnung von Aussagen zu den Faktoren nur mit Einschränkungen möglich. Werden diese berücksichtigt⁵⁸, zeigt sich ein Anstieg des Anteils von Populist:innen von rund 47 auf 62 Prozent. Die Anteile rechtsextrem-autoritärer Ethnozentrist:innen und rechtsextremer Antidemokraten:innen sind jedoch nahezu unverändert bei rund 16 bzw. sechs Prozent. Auch liegt der Anteil an Populist:innen, die keine der beiden rechtsextremen Einstellungen teilen, konstant bei rund 70 Prozent. D.h., der einstellungsmäßige Populismus in Thüringen ist trotz weiterer Verbreitung nicht deutlich rechtsextremer geworden als 2021.

IV.2.3. Erklärungsfaktoren für Rechtsextremismus und Populismus

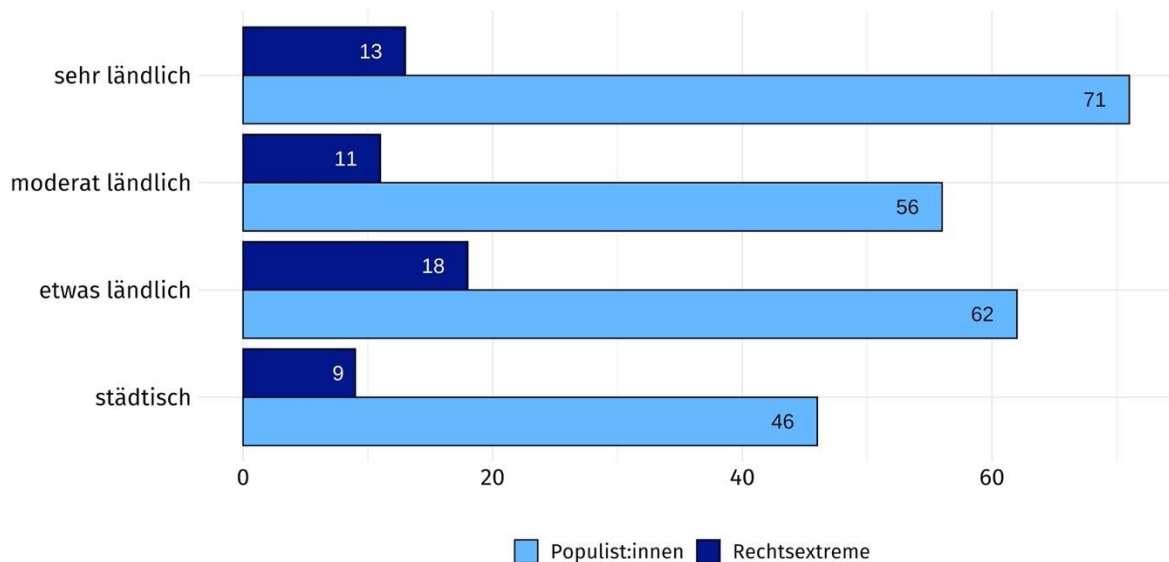
Die THÜRINGEN-MONITORE fokussieren zwar auf die individuellen Eigenschaften und Wahrnehmungen von Personen, um begünstigende Faktoren für populistische und rechtsextreme Einstellungen zu beschreiben. Aber auch regionale Rahmenbedingungen werden in den Blick genommen, so z. B. in der Topografie des Rechtsextremismus (<https://topografie-archiv.komrex.uni-jena.de/>) oder in Best & Salheiser (2022) oder Salomo (2019). Das diesjährige Schwerpunktthema bietet erneut Gelegenheit, diese verstärkt in den Blick zu nehmen; konkret die Eigenschaften des Wohnorts und der Wohnregion und ihre Wahrnehmung durch die Thüringer:innen selbst (vgl. dazu auch ausführlich Kapitel II und III).

Zwei regionale Merkmale werden häufig in einen Zusammenhang zu rechtsextremen oder populistischer Einstellungen gebracht: a) die Unterscheidung zwischen städtischen und ländlichen Regionen und b) die Unterscheidung zwischen nicht-„abgehängten“ und „abgehängten“ Regionen (vgl. hierzu die Ausführungen in Kapitel II und Kapitel III.2). Populismus ist dann radikaler politischer Protest gegen die Vernachlässigung der eigenen Region durch die Politik. Im Rechtsextremismus steht dagegen die Kompensation der eigenen Benachteiligung durch die Abwertung von Fremdgruppen im Vordergrund. Obgleich nicht ökonomisch benachteiligt, teilen diese kulturell „abgehängten“ Gruppen insbesondere populistische Einstellungen, um gegen die wahrgenommene Ausgrenzung ihrer traditionellen Lebensführungsmodelle und kollektiven Identität zu protestieren. Wir untersuchen daher die Wirkung der Raumstruktur und

⁵⁸ In 2021 waren die folgenden Aussagen noch Bestandteil der Messung: Vertrauen in Bundes-/Landesregierung, „Wir sollten endlich einen Schlussstrich unter die Vergangenheit des Nationalsozialismus ziehen“ und „In unserer Demokratie werden die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten.“ In 2022 wurde dagegen neu aufgenommen: „Die Bürger in Deutschland sind sich im Prinzip einig darüber, was politisch passieren muss.“ Zudem unterscheidet sich die Zuordnung der einzelnen Aussagen zu den Faktoren zwischen 2021 und 2022 (s. o.). Ein Vergleich kann deshalb nur erfolgen mit den in 2021 und 2022 gestellten Fragen und unter Konstanthaltung der Zuordnung von Aussagen zu den Faktoren aus 2021. Die Verteilung der drei Einstellungen in 2021 verändert sich kaum, wenn nur die Fragen einbezogen werden, die auch 2022 verwendet wurden: Populismus 2021: 48/47, rechtsextrem-autoritärer Ethnozentrismus 2021: 21/16, rechtsextrem motivierte Demokratieablehnung: 9/6.

die subjektiven Wahrnehmungen einer abgehängten Lage auf das oben identifizierte Einstellungsmuster des Populismus und auf den Rechtsextremismus nach der Konsensdefinition.⁵⁹ Die Analyse zeigt eine, nach den vier **Ländlichkeitsklassen** (vgl. dazu Kapitel II) variierende, Verteilung von Populismus und Rechtsextremismus (Abb. 50). Der Anteil an einstellungsmäßigen Populist:innen und Rechtsextremist:innen liegt in Erfurt und Jena (Cluster I) mit 45 bzw. neun Prozent deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Hingegen liegen die populistischen und rechtsextremen Einstellungen in den ländlichen Regionen signifikant darüber. Insbesondere der Populismus ist dort deutlich weiterverbreitet, während die Häufigkeit rechtsextremer Einstellungen weniger stark variiert.

Abb. 50: Populistische und rechtsextreme Einstellungen in den vier Ländlichkeitsklassen
(in Prozent aller Befragten)



Die durch die Thüringer:innen **selbst eingeschätzte Erreichbarkeit von Dienstleistungen des öffentlichen Interesses** vom eigenen Wohnort aus steht ebenfalls in einem Zusammenhang mit populistischen und rechtsextremen Einstellungen (Abb. 51). Schwer eingeschätzte Erreichbarkeit geht mit höheren Anteilen populistischer Einstellungen einher, insbesondere dann, wenn Kinderbetreuungsmöglichkeiten und Pflegedienstleistungen als schwer erreichbar wahrgenommen werden. Allerdings beträgt der Anteil von Populist:innen selbst unter jenen mehr als 50 Prozent, die die Erreichbarkeit sozialer Infrastruktur als gut einschätzen. Auch die rechtsextremen Einstellungen sind bei negativen Einschätzungen höher, insbesondere bei der Versorgung mit Einkaufs- und Kinderbetreuungsmöglichkeiten, allerdings nach Berücksichtigung

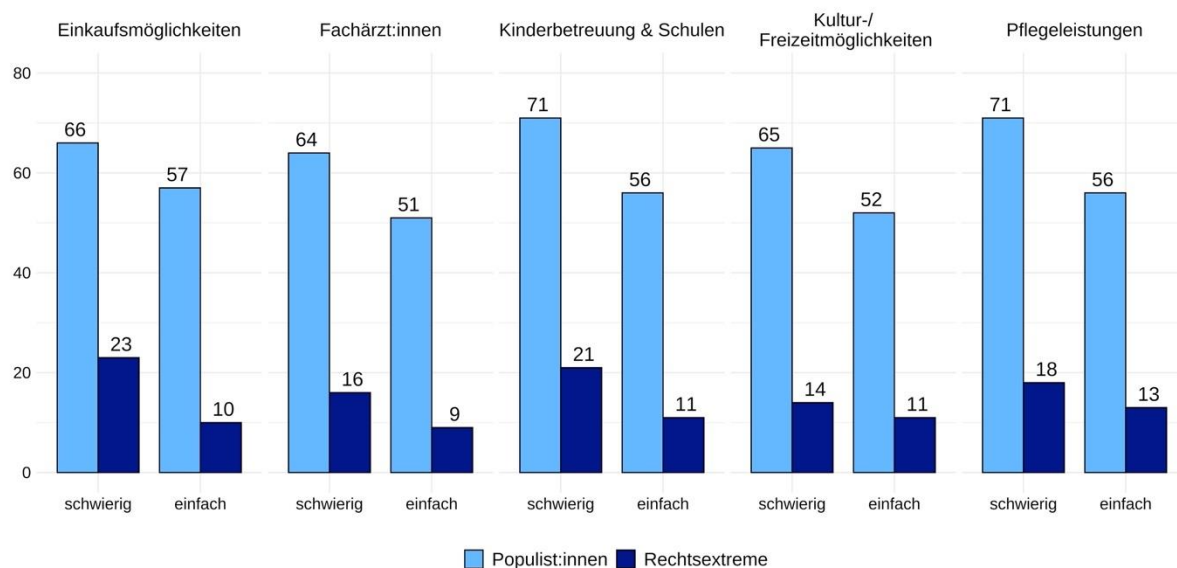
⁵⁹ Wir verzichten auf die weitere Differenzierung zwischen rechtsextrem-autoritärem Ethnozentrismus und rechtsextremer Demokratieablehnung wegen der im Vergleich zum Populismus engeren Verbindung dieser beiden Dimensionen des Rechtsextremismus und um die Vergleichbarkeit mit früheren THÜRINGEN-MONITOREN zu gewährleisten.

der statistischen Fehlertoleranz nicht bei der Frage nach Kultureinrichtungen und Pflegedienstleistungen.

Die **Zufriedenheit mit der weiteren Infrastrukturausstattung** des eigenen Wohnorts folgt einem ähnlichen Muster. So finden sich unter den Thüringer:innen, die unzufrieden mit der mobilen Datenversorgung und der Versorgung mit Hausärzt:innen an ihrem Wohnort sind, jeweils rund zwei Drittel einstellungsmäßige Populist:innen. Bei den damit Zufriedenen sind es zwar weniger, aber mit rund 55 Prozent noch immer etwas mehr als die Hälfte. Hingegen steht die Einschätzung des öffentlichen Nahverkehrs und der Notfallversorgung in keinem Zusammenhang mit dem Anteil an Populist:innen. Der einstellungsmäßige Rechtsextremismus ist nur dann leicht auf 16 Prozent erhöht, wenn Unzufriedenheit mit der Hausarztversorgung besteht, die übrigen drei Einschätzungen der Wohnortinfrastruktur (mobile Daten, ÖPNV, Notfallversorgung) stehen in keinem Zusammenhang dazu.

Insgesamt erhöht eine als unzureichend wahrgenommene Infrastruktur den Anteil an populistischen und rechtsextremen Einstellungen. Dabei variieren die rechtsextremen Einstellungen etwas weniger und auch nicht bei jedem Aspekt der Infrastruktur, während die populistischen Einstellungen auch von mehr als der Hälfte der Thüringer:innen geteilt werden, die die Infrastruktur an ihrem Wohnort als positiv einschätzen.

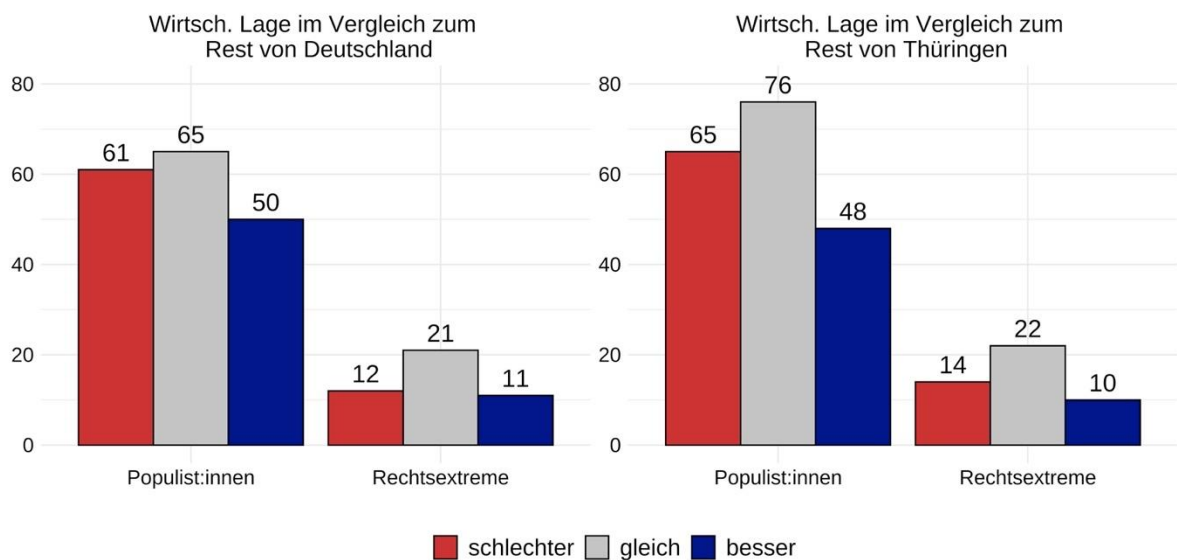
Abb. 51: Populistische und rechtsextreme Einstellungen nach eingeschätztem Zugang zu Dienstleistungen
(2022, in Prozent aller Befragten)



Die **Einschätzung der wirtschaftlichen Lage des eigenen Wohnorts im Vergleich zu Thüringen** oder zu Deutschland zeigt ein ähnliches Muster (vgl. Abb. 52) – allerdings mit einer markanten Ausnahme. Den geringsten Anteil an Populist:innen und Rechtsextremist:innen gibt es zwar wie erwartet unter denjenigen, die ihren eigenen Wohnort im Vergleich zum Rest Thüringens bzw. zu Deutschland als wirtschaftlich bessergestellt sehen. Am höchsten ist der Anteil

von rechtsextremen und populistischen Einstellungen jedoch nicht unter denen, die die wirtschaftliche Lage des eigenen Wohnorts im Vergleich mit Thüringen oder Deutschland als schlechter ansehen. Stattdessen finden wir die Einstellungsmuster vor allem dort, wo die wirtschaftliche Lage des eigenen Wohnorts, jener in Thüringen bzw. jener in Deutschland als „gleich“ eingeschätzt werden. Da diese Personen mehrheitlich (70 Prozent) die wirtschaftliche Lage Thüringens als „schlecht“ einschätzen, ist somit mit „gleich“ häufig „gleich schlecht“ gemeint.

Abb. 52: Populistische und rechtsextreme Einstellungen nach Einschätzung der relativen wirtschaftlichen Lage des eigenen Wohnorts (in Prozent aller Befragten)



Deutliche Unterschiede in den populistischen und rechtsextremen Einstellungen zeigen sich auch in Abhängigkeit vom Gefühl des „Abgehängtseins“ (vgl. zum Ansatz und zur Messung ausführlich Kapitel III.3.1). Befragte, die das Gefühl haben, dass sich Landes- bzw. Bundespolitik nicht ausreichend für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der eigenen Region eingesetzt haben („wirtschaftspolitisch abgehängt“), sind auch eher populistisch bzw. rechtsextrem eingestellt (vgl. Abb. 53 und Abb. 54). Dass die eigene Wohnregion nicht nur in wirtschaftlichen Belangen, sondern generell von der Politik auf Landes- und Bundesebene vernachlässigt wird („politisch abgehängt“), geht bei rund drei Viertel der Thüringer:innen mit populistischen und bei knapp einem Fünftel mit rechtsextremen Einstellungen einher. Unter den Thüringer:innen, die der Vermutung einer solchen Vernachlässigung widersprechen, sind beide Einstellungen deutlich seltener verbreitet. Hierbei verringert die Wahrnehmung, dass die eigene Wohnregion in der *Bundespolitik* eine Rolle spielt, populistische Einstellungen auf rund ein Drittel der Befragten und damit noch einmal deutlicher als dieselbe Wahrnehmung für die *Landespolitik*. Dieser Unterschied besteht nicht bei rechtsextremen Einstellungen.

Rechtsextreme und populistische Einstellungen kommen auch dann häufiger vor, wenn die eigene Region in einer kulturellen Randstellung gesehen wird („kulturell abgehängt“). Dabei lässt sich kein markanter Unterschied erkennen, wenn nach Unverständnis für die eigene Wohnregion im Rest Thüringens oder im Rest Deutschlands gefragt wird.

Abb. 53: *Populistische und rechtsextreme Einstellungen nach Gefühl des politischen und kulturellen „Abgehängtseins“ (Bundesebene)*
(in Prozent aller Befragten)

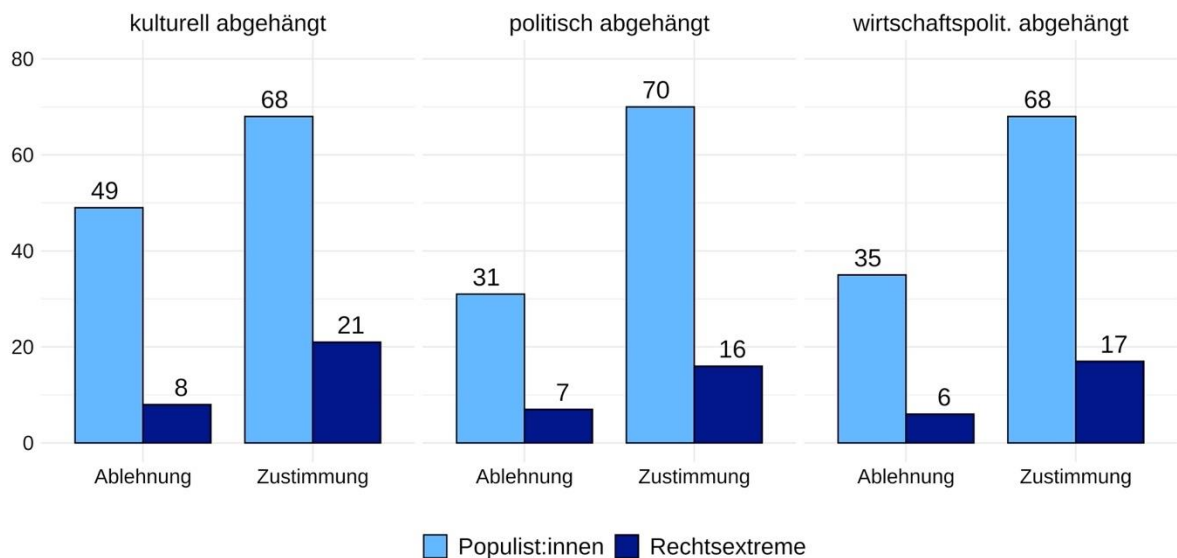
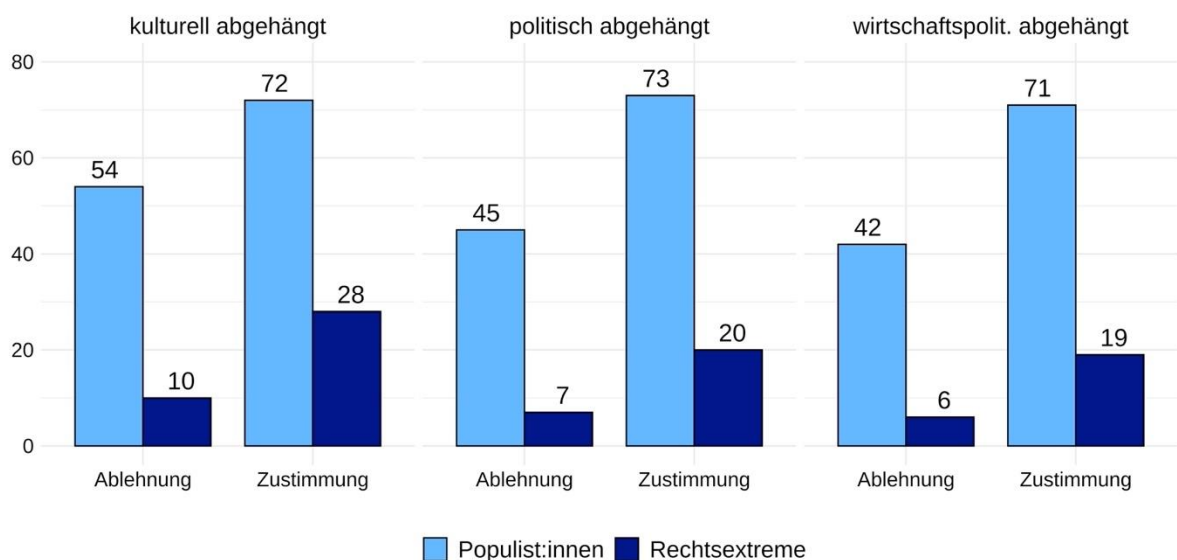


Abb. 54: *Populistische und rechtsextreme Einstellungen nach Gefühl des politischen und kulturellen „Abgehängtseins“ (Landesebene)*
(in Prozent aller Befragten)



Insgesamt hängen somit geografische Merkmale von Ländlichkeit, die infrastrukturelle Ausstattung, die relative wirtschaftliche Situation der eigenen Region sowie das Gefühl ihrer politischen Vernachlässigung und kulturellen Randstellung mit erhöhten rechtsextremen und populistischen Einstellungen zusammen. Dabei ist jedoch zu beachten, dass diese möglichen Ursachen selbst miteinander in einem engen Zusammenhang stehen. Zudem können auch individuelle Merkmale die Wahrnehmung der eigenen Region beeinflussen. Beispielsweise kann bei einer prekären eigenen Beschäftigungssituation auch die Lage der eigenen Region schlechter eingeschätzt werden. Um diesen komplexen Wechselbeziehungen gerecht zu werden, werden zum Abschluss – wie in früheren THÜRINGEN-MONITOREN auch – sogenannte multivariate Erklärungsmodelle berechnet, um den Beitrag regionaler Merkmale und ihrer Wahrnehmung sowie individueller Faktoren getrennt voneinander bestimmen zu können.

Als **individuelle Erklärungen für Rechtsextremismus** werden im THÜRINGEN-MONITOR folgende Aspekte geprüft (für eine genauere Beschreibung vgl. z.B. Reiser et al. 2019, 57): Neben der objektiven ökonomischen und sozialen Lage⁶⁰ wird auch deren subjektive Wahrnehmung untersucht, so die individuelle subjektive Deprivation, die Statusverlustangst, die Wahrnehmung einer Benachteiligung der Ostdeutschen (kollektive Ostdeprivation) und die individuelle Erfahrung, als Ostdeutsche(r) benachteiligt worden zu sein (Ost-Diskriminierungserfahrung). Weiter wird die in den kulturellen Erklärungsansätzen für Rechtspopulismus und -extremismus (s. o.) in den Mittelpunkt gestellte Präferenz für traditionale Lebensführungsmodelle einbezogen,⁶¹ die Demokratieunterstützung (Kapitel IV.1.1) und die politische Partizipationsbereitschaft (Kapitel IV.1.3.),⁶² sowie eine autoritäre Persönlichkeitsstruktur und die soziale Dominanzorientierung.⁶³

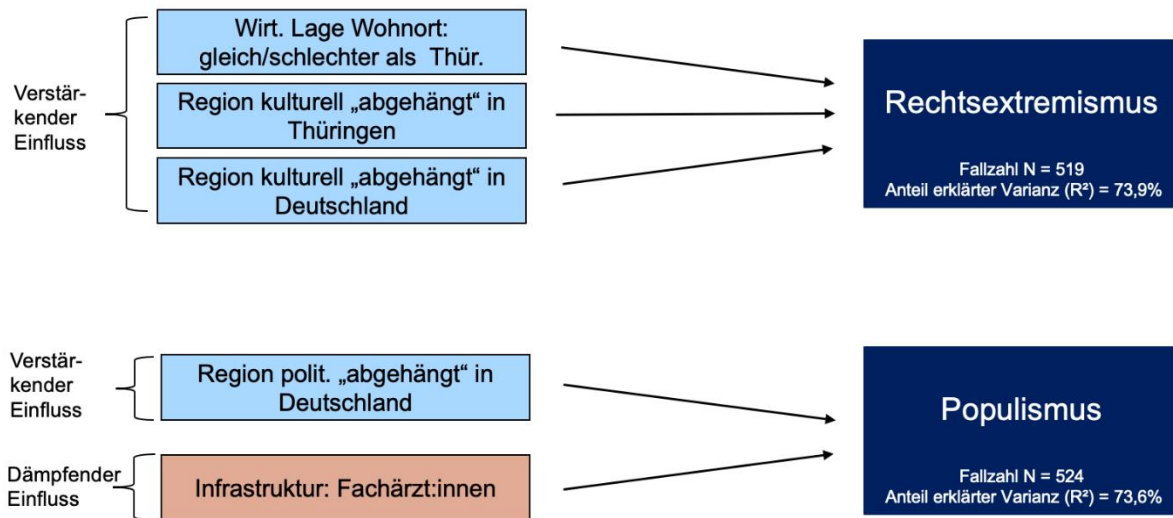
⁶⁰ Die sozioökonomische Ressourcenausstattung wird mittels des Bildungsgrads, des Erwerbs- und Berufsstatus (arbeitslos oder prekär beschäftigt bzw. (Fach-)Arbeiter)) sowie des Haushaltseinkommens gemessen. Zusätzlich werden sozialstrukturelle Einflussfaktoren, wie Geschlecht und Alter berücksichtigt.

⁶¹ Seit dem THÜRINGEN-MONITOR 2019 wird der Wunsch nach der Aufrechterhaltung traditional fundierter kollektiver Identität über die Zustimmung zur Aussage „Wir sollten uns wieder stärker auf unsere Traditionen besinnen“ erfasst.

⁶² Fehlende Demokratieunterstützung, d. h. die distanzierte bis ablehnende Haltung zur bestehenden repräsentativen Demokratie, misst der THÜRINGEN-MONITOR durch das Gefühl fehlenden Einfluss der Bevölkerung auf die Politik, fehlendem Vertrauen in Bundes- und Landesregierung, die Demokratieunzufriedenheit und die Ablehnung der Vorstellung, dass die Demokratie die beste aller Staatsideen ist.

⁶³ Die soziale Dominanzorientierung wird anhand der Zustimmung zu den beiden Aussagen „Manche Gruppen von Menschen sind anderen einfach überlegen“ und „Um im Leben voranzukommen, muss man sich über andere hinwegsetzen“ erhoben.

Abb. 55: Einflussfaktoren rechtsextremer und populistischer Einstellungen
(Multivariate lineare hierarchische Regressionen)



Anmerkung: Die hier abgebildeten Regressionsmodelle kontrollieren für die im THÜRINGEN-MONITOR verwendeten, individuellen Standarderklärungs-faktoren (s.o.). Für die vollständigen Modelle s. Tabelle 3 im Anhang.

Für einstellungsmäßigen Rechtsextremismus und Populismus werden jeweils drei Regressionsmodelle gerechnet, die schrittweise mehr Erklärungsfaktoren einbeziehen. Damit soll untersucht werden, ob die regionalen Merkmale und ihre Wahrnehmung ggf. auf die unterschiedliche Verbreitung individueller Erklärungsmerkmale in den einzelnen Regionen zurückgeführt werden können.

So zeigt sich zunächst, wie bereits in Abbildung 45, dass Thüringer:innen in ländlichen Regionen ohne Berücksichtigung weiterer Merkmale eher zu populistischen und rechtsextremen Einstellungen neigen (jeweils erste Spalte Tabelle 4 im Anhang). Berücksichtigt man jedoch die individuelle Wahrnehmung des eigenen Wohnorts und individuelle Eigenschaften der Bevölkerung dort, hebt sich der Stadt-Land-Unterschied auf (jeweils dritte Tabelle 4 im Anhang). D. h., dass die unterschiedliche Verbreitung rechtsextremer und populistischer Einstellungen in Stadt und Land durch die dort jeweils unterschiedlich häufig wohnenden Personen mit ihren individuellen Merkmalen erklärt werden kann, die beide Einstellungsmuster fördern. Thüringer:innen in ländlichen Regionen, die diese Merkmale nicht teilen, sind daher nicht häufiger bzw. stärker rechtsextrem oder populistisch eingestellt als Thüringer:innen in städtischen Regionen.

Für die Wahrnehmung der Infrastrukturausstattung des eigenen Wohnorts gilt mit einer Ausnahme⁶⁴ dasselbe: eine als schlecht wahrgenommene Infrastruktur spielt keine Rolle für die Ausprägung populistischer und rechtsextremer Einstellungen, wenn weitere relevante Wahrnehmung und Eigenschaften zusätzlich betrachtet werden.⁶⁵

⁶⁴ Einzig ein Mangel an Fachärzt:innen zeigt einen Effekt auf populistische Einstellungen – der kontraintuitiv ist und eine vertiefte Analyse erforderte: Je schlechter die Ausstattung mit Fachärzt:innen wahrgenommen wird, umso weniger populistisch sind Befragte.

⁶⁵ Das gilt auch, wenn statt der einzelnen Facetten schlechter Infrastrukturausstattung des eigenen Wohnorts die kumulierte Anzahl von wahrgenommenen Defiziten (in einem Index) berücksichtigt wird.

Wichtiger ist das Gefühl, die eigene Wohnregion sei „abgehängt“ (vgl. Abb. 55). So sind rechtsextreme Einstellungen bei denen erhöht, die ihre eigene Wohnregion als „kulturell abgehängt“ einschätzen. Populistische Einstellungen sind davon jedoch nicht betroffen, werden aber verstärkt durch das Gefühl politischer Vernachlässigung durch die Bundespolitik („durch die in Berlin“ – „politisch abgehängt“).

Diese Wahrnehmungen haben sogar einen ähnlich starken Einfluss auf den einstellungsmäßigen Rechtsextremismus und Populismus wie einige der relevanten, im THÜRINGEN-MONITOR untersuchten individuellen Eigenschaften und Wahrnehmungen der Thüringer:innen (s. Tabelle 4 im Anhang). Dazu zählen als fördernde Faktoren der Autoritarismus, der Wunsch nach traditioneller Lebensführung und die Statusverlustangst, während sich die Demokratieunterstützung hemmend auswirkt. Rechtsextreme Einstellungen werden ferner durch Dominanzorientierung und eine prekäre Arbeitsplatzsituation sowie den Status als (Fach-)Arbeiter verstärkt. Populistische Einstellungen sind davon unberührt, werden jedoch durch die Bereitschaft zur politischen Partizipation erhöht. Die Ostdeprivation und persönliche Diskriminierungserfahrung spielen – ebenso wie in 2021 – weder eine Rolle für den Populismus noch für den Rechtsextremismus (s. Reiser et al. 2021a, 82 f). Eventuell geht für populistische Thüringer:innen diese Wahrnehmung eher im Gefühl auf, dass die eigene Wohnregion kulturell randständig in Deutschland ist. Wie in den Vorjahren auch, sind die sozialstrukturellen Merkmale – mit den beiden genannten Ausnahmen – nicht relevant zur Erklärung von Rechtsextremismus und Populismus in Thüringen. Stadt-Land-Unterschiede werden daher entgegen der eingangs genannten These weniger durch sozialstrukturelle, sondern durch politische, kulturelle und Wahrnehmungsunterschiede zwischen diesen Regionen hervorgerufen.

Die Erklärungsfaktoren für rechtsextreme und populistische Einstellungen sind in der Grundstruktur sehr ähnlich, mit den markanten Ausnahmen der unterschiedlichen Bedeutung des Gefühls kulturell bzw. politisch „abgehängt“ zu sein, der Dominanzorientierung und politischer Partizipation. Das unterstreicht abschließend, dass es sich bei Populismus und Rechtsextremismus um getrennte Einstellungsmuster der Thüringer:innen handelt, die gleichwohl inhaltliche Überschneidungen und Anknüpfungspunkte besitzen.

IV.3. Verschwörungserzählungen

Da Verschwörungsglauben sowohl politisch als auch gesellschaftlich schwerwiegende Auswirkungen haben kann, ist es wichtig, sich wissenschaftlich mit diesem Thema auseinanderzusetzen. So fungierten Verschwörungserzählungen in den vergangenen Jahren beispielsweise als Bindeglied der Anti-Corona-Bewegung. Der Glaube an Verschwörungen hat teilweise zu Gewalt geführt, z.B. Brandanschläge gegen 5G-Sendemasten während der Covid-19-Pandemie (Jolley & Paterson 2020). Darüber hinaus spielte die in rechten Kreisen verbreitete Verschwörungserzählung vom sogenannten "Großen Austausch" – dem Glauben, dass das eigene Volk durch Einwanderer "ausgetauscht" werden sollte – eine zentrale Rolle bei verheerenden rechtsterroristischen Anschlägen wie dem in Christchurch, Neuseeland (Davey & Ebner 2019).

Das verbindende Element verschwörungserzählerischer Aussagen ist die implizite Annahme, dass „nichts ist, wie es scheint“ und verschwörerische Kräfte im Geheimen versuchen würden, ihre Ziele durchzusetzen. Verschwörungserzählungen bieten dabei eine alternative Erklärung für Geschehnisse an, die sich häufig elementar von der „offiziellen Version“ unterscheidet (Butter und Knight 2020, 2 f.). Dementsprechend ist Verschwörungsdenken häufig eng mit Medien- und Wissenschaftsskepsis verknüpft (Lewandowsky et al. 2013; Reiser et al. 2021a: 54;). Als bester Prädiktor für den Glauben an eine Verschwörungserzählung gilt der Glaube an eine andere Verschwörungserzählung. Folglich geht die Forschung davon aus, dass verschwörungsgläubigem Denken grundsätzliche psychologische Denkmuster zugrunde liegen, die sich auf alle Arten von Erzählungen anwenden lassen (Wood et al. 2012). Gleichzeitig ist die Empfänglichkeit für Verschwörungserzählungen vom sozialen Kontext abhängig. So befeuern etwa gesellschaftliche Krisensituationen den Glauben an Verschwörungserzählungen, doch auch die Sozialstruktur von Personen übt einen Einfluss aus. So ist bei Personen, die sich machtlos oder ausgegrenzt fühlen, eine erhöhte Anfälligkeit festzustellen (van Prooijen & Douglas 2018, 898).

Die im THÜRINGEN-MONITOR untersuchten Verschwörungserzählungen weisen jeweils einen Bezug zu politischen Debatten der vergangenen Jahre auf. Die Aussage „Die herrschenden Eliten verfolgen das Ziel, das deutsche Volk durch Einwanderer auszutauschen“ ist eine in neurechten bzw. rechtsextremen Kreisen verbreitete Verschwörungserzählung, die populistisches und völkisches Denken mit der Annahme einer entsprechenden Verschwörung verbindet. 18 Prozent der befragten Thüringer:innen teilen diese Annahme. Im Vergleich zum Vorjahr ist das eine statistisch signifikante Erhöhung um vier Prozentpunkte.

42 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass sich die westliche Welt gegen Russland und Putin verschworen habe, um die eigene Macht auszubauen. Diese Aussage wird genutzt, um die russische Invasion in der Ukraine als Selbstverteidigung gegen die Aggression „des Westens“ umzudefinieren. Die Zustimmung entspricht dabei in etwa dem Durchschnittswert für die ostdeutschen Bundesländer, wie er von Decker et al. (2023) ermittelt wurde, wobei allerdings die Zustimmung in Westdeutschland mit 27 Prozent deutlich niedriger liegt.

Die Hälfte der Befragten ist der Ansicht, dass die Regierung „die Bevölkerung in der Corona-Krise gezielt in Angst und Schrecken versetzt [hat], um massive Grundrechtseinschränkungen

durchsetzen zu können“. Das Corona-bezogene Verschwörungsdenken hat damit im Vergleich zum Vorjahr außerordentlich deutlich zugenommen, 2021 erzielte die Aussage 33 Prozent Zustimmung. In Teilen drückt dieser Wert wohlmöglich die wachsende Kritik am Corona-Management aus, die aus der Retrospektive selbst von prominenten Verfechter:innen strikter Pandemiemaßnahmen geäußert wird (Naumann 2023). Die weitreichenden Grundrechtseinschränkungen, die zu Beginn der Pandemie unter schwieriger Informationslage beschlossen wurden, werden aus heutiger Perspektive, in der Covid-19 ein endemisches Virus zu werden scheint, möglicherweise als überzogen beurteilt. Dennoch setzt die Annahme, dass die verantwortlichen Politiker:innen in Deutschland Grundrechtseinschränkungen zum Eigennutz getroffen hätten und die Öffentlichkeit hierüber angelogen haben, ein grundlegendes Maß an Verschwörungsdenken voraus. Die breite Zustimmung spricht insofern dafür, dass sich das Narrativ der Anti-Corona-Bewegung in der Thüringer Bevölkerung verfangen hat.

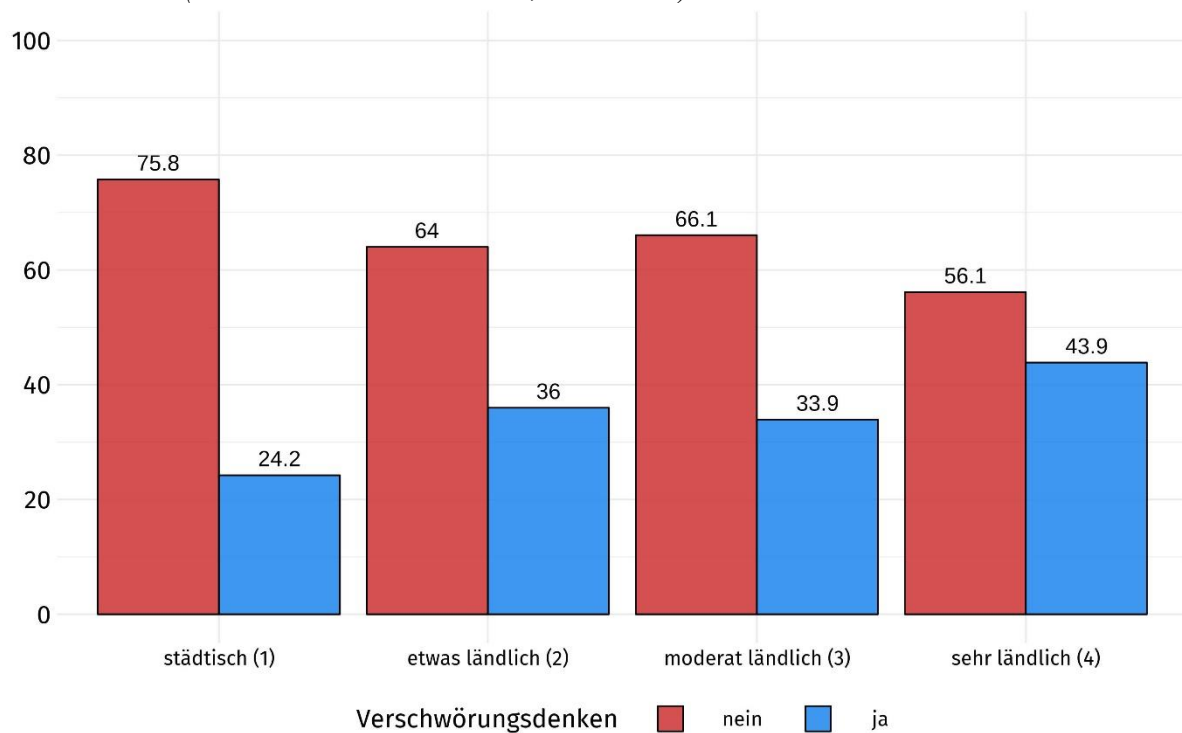
Die Hypothese, dass Verschwörungsdenken grundlegende Einstellungen zugrunde liegen und demnach die Zustimmung zu einer Aussage auch die Zustimmung zu einer weiteren Aussage wahrscheinlich macht, können durch die Daten des THÜRINGEN-MONITORS bestätigt werden. So weisen die Antwortmuster der drei geprüften Aussagen starke Korrelationen⁶⁶ zueinander auf. Exemplarisch zeigt sich dies in der Verteilung der Zustimmungswerte von Personen, die der Ansicht sind, dass die Regierung einen großen Bevölkerungsaustausch vollziehe. Über 80 Prozent derer, die dieser Verschwörungserzählung zustimmen, vertreten ebenfalls eine oder sogar beide andere abgefragten Verschwörungserzählungen. Insgesamt stimmen zwölf Prozent der Befragten allen drei Aussagen zu, weitere 23 Prozent zwei von drei.

Beim Blick auf räumliche Unterschiede in Thüringen fällt auf, dass Verschwörungsdenken vor allem im Cluster der sehr ländlichen Kreise verbreitet ist (vgl. Abb. 56). Hier werden 44 Prozent der Befragten als mehrheitlich verschwörungsgläubig⁶⁷ eingestuft. Dies sind 20 Prozent mehr als im städtischen Cluster. Auch zu den etwas und moderat ländlichen Kreisen ist eine Differenz auszumachen.

⁶⁶ Der Korrelationskoeffizient Spearman's Rho liegt jeweils bei 0,45 ($p < 0,001$)

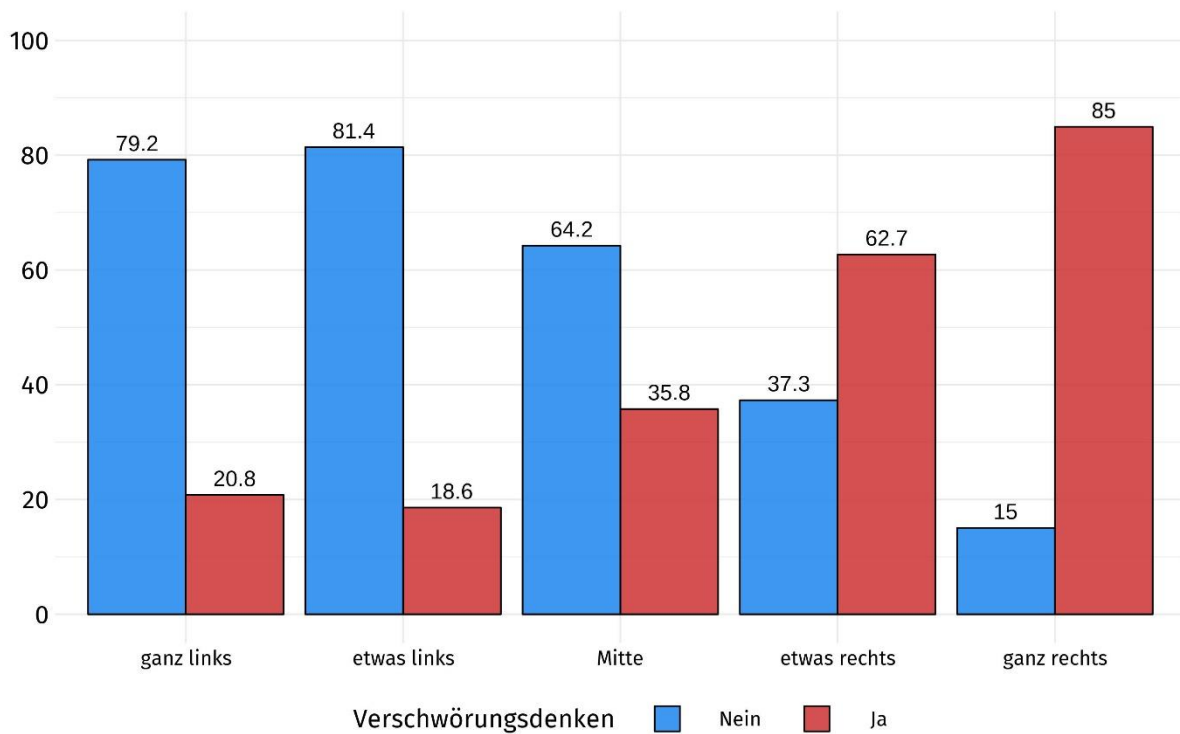
⁶⁷ Aus den drei Aussagen wurde ein gewichteter Mittelwertindex gebildet, bei dem eine fehlende Angabe für maximal *eine* Aussage toleriert wurde. Ein Indexwert $> 2,5$ stellt eine mehrheitlich verschwörungsgläubige Einstellung dar. Cronbach's Alpha für den Index beträgt 0,69 und verfügt folglich über eine akzeptable Validität.

Abb. 56: *Verbreitung von Verschwörungsdenken
(nach Ländlichkeitsklassen, in Prozent)*



Die Analyse weiterer Einflussfaktoren zeigt, dass vor allem politische Einstellungen einen Einfluss ausüben. Personen, die Verschwörungserzählungen mehrheitlich zustimmen, finden sich signifikant häufiger auf der rechten Seite des politischen Spektrums – jedoch hängt auch auf der linken Seite des politischen Spektrums mit knapp einem Fünftel ein nicht unerheblicher Anteil der Befragten Verschwörungserzählungen an (vgl. Abb. 57). Die stärkere Verbreitung von Verschwörungsdenken an den politischen Rändern (bei gleichzeitig erhöhter Verbreitung am rechten Rand) steht dabei im Einklang mit weiteren nationalen und internationalen Untersuchungen (Best et al. 2023; Imhoff et al. 2022; Küppers & Reiser 2022). Hierzu passt, dass der stärkste Einflussfaktor rechtsextreme Einstellungen sind. Dieser Befund gilt nicht nur für die aus dem rechtsextremen Milieu stammende Erzählung eines großen Bevölkerungsaustausches, sondern ebenso für die Russland- und Corona-bezogenen Aussagen, die nicht so eindeutig einer politischen Ideologie zugeordnet werden können. Wie schon beschrieben, korrelieren auch antisemitische Einstellungen signifikant mit Verschwörungsdenken. Von den soziodemographischen Kontrollvariablen erweist sich eine niedrigere Bildung als verstärkender Faktor, während Alter, Geschlecht oder Haushaltseinkommen keine Rolle spielen.

Abb. 57: Verschwörungsdenken nach politischer Selbsteinschätzung (in Prozent)



Zuletzt bleibt festzuhalten, dass – wie für rechtsextreme Einstellungen (vgl. Kapitel IV.2) – ein deutlicher Effekt regionaler sowie ostdeutscher Deprivationsgefühle festzustellen ist. Menschen, die sich persönlich oder in Bezug auf das Umfeld, in dem sie leben, machtlos, nicht wertgeschätzt oder „abgehängt“ fühlen, neigen häufiger Verschwörungserzählungen zu.

IV.4. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Thüringen: Rassismus, Antisemitismus und Antifeminismus

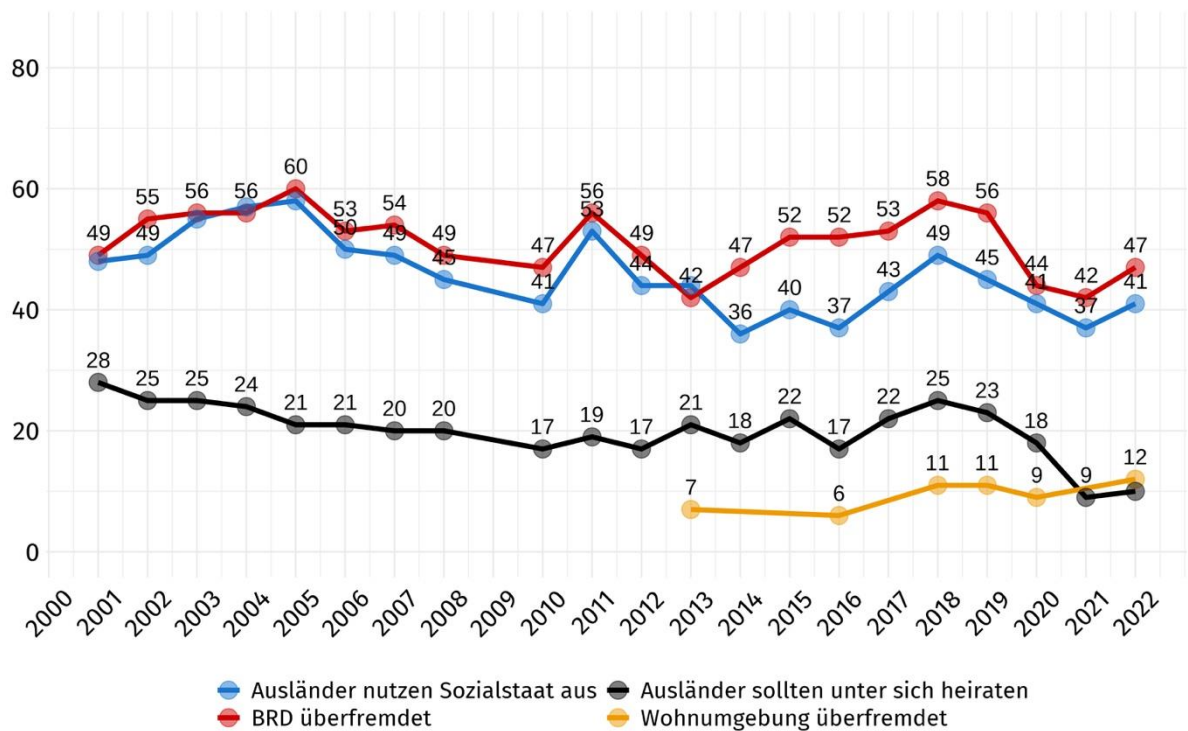
Wie in den Vorjahren beschäftigt sich auch der THÜRINGEN-MONITOR 2022 mit der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (Heitmeyer 2002) in Thüringen, also negativen Einstellungen und Vorurteilen der Thüringer:innen gegenüber ethnischen, kulturellen und sozialen Gruppen. Hierbei wird untersucht, inwiefern Personen aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihrem Aussehen, ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrem sozialen Status abgelehnt, abgewertet und ausgegrenzt werden. Dem sozialwissenschaftlichen Konzept des „othering“ folgend, fußt diese Diskriminierung auf einer Abgrenzung der eigenen Identität von als anders oder fremd wahrgenommenen Personen. Dabei wird die eigene Identität aufgewertet und von Menschen bzw. Menschengruppen, die sich aufgrund oben genannter Kriterien hiervon unterscheiden, distanziert (Brons 2015). Exemplarisch deutlich wird dies in einer Aussage wie „Die Muslime in Deutschland stellen einfach zu viele Forderungen“, die in Studien zu Muslim:innenfeindlichkeit genutzt wird (vgl. etwa Zick et al. 2011:69). Muslim:innen werden hier als störende Gruppe dargestellt, welcher nicht das gleiche Recht zugestanden wird, politische Forderungen zu formulieren wie den Mitgliedern der Mehrheitsgesellschaft.

Um die Ablehnung und Abwertung zu untersuchen, wurde die Zustimmung zu neun Aussagen erfragt, welche negative Einstellungen gegenüber Migrant:innen und Muslim:innen sowie antisemitische und antifeministische Ansichten messen und bereits in vergangenen THÜRINGEN-MONITOREN erhoben wurden. Somit ist es zum einen möglich, die zeitliche Entwicklung dieser Einstellungen in Thüringen abzubilden. Zum anderen nutzt der THÜRINGEN-MONITOR Aussagen, die auch in anderen wissenschaftlichen Bevölkerungsumfragen genutzt werden (vgl. etwa Decker et al. 2022; Zick & Küpper 2021). Daraus ergibt sich die Möglichkeit, die Ergebnisse für Thüringen mit jenen im bundesdeutschen Kontext zu vergleichen.

Nachdem in den letzten zwei Jahren eine im zeitlichen Vergleich niedrige inhaltliche Zustimmung zu migrant:innenfeindlichen, antisemitischen oder muslim:innenfeindlichen Aussagen festgestellt werden konnte (Reiser et al. 2021a, 94), kann dieser Trend für das Jahr 2022 nicht einheitlich bestätigt werden. Auch wenn die meisten Messwerte im zeitlichen Vergleich nach wie vor vergleichsweise niedrig liegen, erfuhren insbesondere muslim:innen- und migrant:innenfeindliche Aussagen mehr Zustimmung als in den vergangenen beiden Jahren. So stimmten beispielsweise noch 2019 deutlich über 50 Prozent der Befragten der Aussage zu⁶⁸, dass Deutschland „durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet ist“, während dieser Wert seit 2020 unter der 50 Prozentmarke liegt (siehe Abb. 58). Die Zustimmung von 47 Prozent im THÜRINGEN-MONITOR 2022 stellen somit einen im zeitlichen Vergleich niedrigen Wert dar und bedeutet gleichzeitig einen statistisch signifikanten Anstieg um fünf Prozentpunkte zum Vorjahr.

⁶⁸ Die Antwortmöglichkeiten „stimme voll und ganz“ sowie „stimme überwiegend zu“ wurden hier zusammengefasst. Wenn im Folgenden allgemein die Rede von Zustimmung ist, sind hiermit stets beide Zustimmungskategorien kumuliert zu verstehen

Abb. 58: *Zustimmung zu migrant:innenfeindlichen Aussagen (in Prozent)*



Diese Darstellung macht auf zwei Dinge aufmerksam, die bei der Analyse der gruppenbezogenen Einstellungen beachtet werden sollten. Zum einen zeigt sich hier exemplarisch, dass die Zustimmung zu den abgefragten Aussagen nicht allein auf tief verankerte Einstellungen der Befragten zurückzuführen ist, sondern je nach Konjunktur der behandelten Thematiken mitunter Schwankungen unterliegen. So ist im zeitlichen Verlauf etwa zu erkennen, dass Ressentiments gegenüber Migrant:innen während der Migrationsdebatte ab 2015 hohe Zustimmungswerte erzielten, während die Zustimmung zu den selben Aussagen mit Beginn der Corona-Pandemie und einer damit verbunden geänderten Schwerpunktsetzung politischer Diskurse, öffentlicher Berichterstattung und persönlicher Problemwahrnehmung abgenommen hat. Dies unterstreichen auch augenscheinlich gegensätzliche Entwicklungen der gruppenbezogenen Einstellungen in den letzten Jahren. Wachsende Ressentiments in einem Bereich können wachsender Toleranz in einem anderen Bereich gegenüberstehen (Reiser et al. 2021b, 83).

Zum anderen sollte der positive Trend nicht darüber hinwegtäuschen, dass noch immer eine große Minderheit der Thüringer Befragten diskriminierenden Aussagen über gesellschaftlichen Gruppen zustimmt. Noch im Vorjahr wurde im THÜRINGEN-MONITOR konstatiert, dass die Thüringer Befragten der Aussage zur Überfremdung der Bundesrepublik deutlich häufiger zustimmen als dies im bundesdeutschen Durchschnitt der Fall war (vgl. Reiser et al. 2021b; Zick & Küpper 2021). Wird die aktuelle Leipziger Autoritarismusstudie (Decker et al. 2022) als Vergleichsstudie herangezogen, lässt sich dieser Befund jedoch für 2022 nicht zweifelsfrei bestätigen. Zwar liegt die Zustimmung zu der Aussage dort 21 Prozentpunkte unter den 47 Prozent des THÜRINGEN-MONITORS, jedoch führt diese Studie eine „teils/teils“-Mittelkategorie, durch die weitere 27 Prozent der Befragten ihre latente Zustimmung zur Aussage ausgedrückt

haben. Anlass zur Entwarnung sollte dies allerdings nicht geben, schließlich sind die Zustimmungswerte auf einem ähnlichen bzw. leicht höheren Niveau als 2021.

Im Folgenden soll detailliert auf die Zustimmungswerte zu den menschenfeindlichen Aussagen eingegangen werden. Wurde schon in vergangenen THÜRINGEN-MONITOREN festgestellt, dass die Wohnumgebung Einfluss auf die Einstellungen – etwa Muslim:innen gegenüber – hat (Reiser et al. 2018, 127), wird aufgrund des inhaltlichen Schwerpunkten des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS ein besonderes Augenmerk auf räumlichen Unterschieden und Faktoren liegen.

IV.4.1. Migrant:innenfeindlichkeit

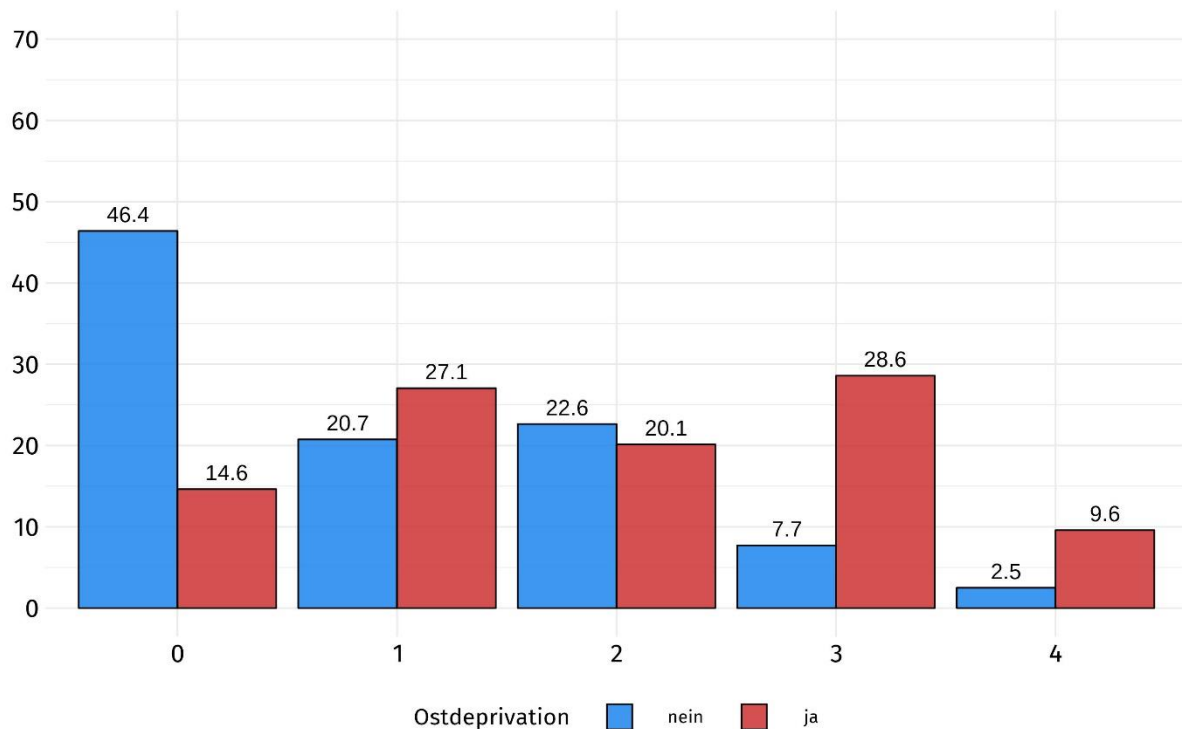
Neben der bereits beschriebenen Aussage zur „Überfremdung“ der Bundesrepublik erheben im THÜRINGEN-MONITOR 2022 drei weitere Aussagen die Einstellungen der Thüringer:innen in Bezug auf Menschen mit Migrationshintergrund: „Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen“, „Meine Wohnumgebung ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ und „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“ Befragte, die den insgesamt vier Aussagen mehrheitlich zustimmen, wurden analog zur Klassifizierung rechtsextremer Einstellungen als migrant:innenfeindlich eingestuft.⁶⁹ Dies trifft auf 22 Prozent der Befragten zu, was keine Veränderung gegenüber 2021 darstellt.⁷⁰ Drei Prozent der Befragten des THÜRINGEN-MONITORS stimmten allen Aussagen „überwiegend“ oder „voll und ganz“ zu, 43 Prozent stimmten dagegen gar keiner Aussage zu. Bemerkenswerte Muster lassen sich feststellen, wenn mögliche Einflussfaktoren des Antwortverhaltens betrachtet werden. So zeigen sich auffällige (und statistisch signifikante) Unterschiede in den Antwortmustern, wenn die Gruppe der Befragten in jene unterteilt wird, die ihre Wohnregion innerhalb Deutschlands mehrheitlich als „abgehängt“ wahrnehmen⁷¹, und jene, die das nicht tun. Während 63 Prozent derjenigen, die ihre Wohnregion als *nicht* „abgehängt“ wahrnehmen, alle migrant:innenfeindlichen Aussagen ablehnen, trifft dies auf weniger als ein Drittel der Vergleichsgruppe zu. Demnach verwundert es nicht, dass von erstgenannten 13 Prozent migrant:innenfeindliche Einstellungen aufweisen, während der Anteil bei Personen, die ihre Wohnregion als „abgehängt“ wahrnehmen, bei 29 Prozent liegt.

⁶⁹ Zur Analyse der migrant:innenfeindlichen Einstellungen wurde aus den Antworten auf die vier Aussagen ein Mittelwertindex gebildet, bei dem eine fehlende Angabe für maximal *eine* Aussage toleriert wurde. Ein Indexwert > 2,5 stellt eine mehrheitlich migrant:innenfeindliche Einstellung dar. Cronbachs Alpha für den Index beträgt 0,75, sodass dieser folglich über eine akzeptable Validität verfügt.

⁷⁰ Allerdings wurde 2021 nicht die Zustimmung zur Überfremdung der direkten Wohnumgebung abgefragt. Somit sind die Werte nicht eins zu eins vergleichbar.

⁷¹ Eine Person sieht ihre Region diesem Verständnis nach in Deutschland als abgehängt, wenn sie den drei diesbezüglichen Aussagen (siehe Kapitel III.3.1) im Durchschnitt zustimmt. Wird aus den Antworten (wobei 1 volle Ablehnung und 4 volle Zustimmung bedeutet) ein Mittelwertindex gebildet, muss dieser Wert über 2,5 liegen.

Abb. 59: *Anzahl der migrant:innenfeindlichen Aussagen, denen zugestimmt wurde. (Unterteilt in Menschen, die sich (nicht) als Ostdeutsche abgewertet fühlen, in Prozent)*



Menschen, die eine negative persönliche Beurteilung der deutschen Wiedervereinigung treffen oder das Gefühl haben, als Ostdeutsche von Westdeutschen als „Menschen zweiter Klasse“ behandelt zu werden, vertreten außerordentlich häufig auch migrant:innenfeindliche Positionen (siehe Abb. 59). So werden von ihnen 43 Prozent im THÜRINGEN-MONITOR als mehrheitlich migrant:innenfeindlich eingestuft. Dieser ausgeprägte Effekt ostdeutscher Deprivationserfahrungen bekräftigt einerseits die Befunde aus deutschlandweiten Studien, die einen signifikanten Unterschied zwischen den Einstellungen gegenüber Migrant:innen in Ost- und Westdeutschland feststellen (vgl. Decker et al. 2022, 51). Andererseits zeigt dies, welche Herausforderungen die Auswirkungen ostdeutscher Diskriminierungs- und Deprivationserfahrungen während und nach der deutschen Wiedervereinigung auch 33 Jahre nach der deutschen Einheit an Politik und Gesellschaft stellen.

Weiterhin zeigen sich mittlere bis starke positive Korrelationen zu autoritären sowie antisemitischen Einstellungen. Bei einer Drittvariablenkontrolle treten ebenfalls niedrige Bildung, höheres Alter sowie eine eher rechte politische Selbstverortung als Faktoren in Erscheinung, welche die Vorurteile gegenüber Migrant:innen verstärken. Räumliche Aspekte, wie die Größe des Wohnortes oder die Einschätzung des Wohnortes als eher ländlich oder städtisch haben keinen eigenständigen Einfluss. Der Vergleich der Ländlichkeitsklassen deutet auf leichte Unterschiede hin – allerdings ist auch dieser Zusammenhang nicht statistisch signifikant: So ist erkennbar, dass die Werte in den städtischen Räumen in Cluster 1 niedriger liegen – hier vertreten etwa 18 Prozent der Befragten migrant:innenfeindliche Ansichten –, während es in den etwas ländlichen Landkreisen 26 Prozent sind. Gleichzeitig liegen die Werte in den moderat und sehr

ländlichen Landkreisen mit jeweils 22 Prozent niedriger als in den etwas ländlichen Räumen, sodass nicht von einem einheitlichen Effekt der Ländlichkeit auf migrant:innenfeindliche Einstellungen gesprochen werden kann.

Werden in diesem Kontext die Antworten zur wahrgenommenen „Überfremdung“ des Wohnortes bzw. ganz Deutschlands miteinander verglichen, ergibt sich ein häufig beobachtetes Bild (vgl. etwa Reiser et al. 2021b, 86). Während 47 Prozent der Befragten zustimmen, dass „die Bundesrepublik durch die vielen Ausländer in gefährlichem Maß überfremdet ist“, würden dies nur zwölf Prozent über den eigenen Wohnort sagen. Das spricht für die These, dass negative Urteile gegenüber Migrant:innen nicht auf persönlichen Begegnungen basieren, sondern auf abstrakten und medial vermittelten Ängsten und Vorurteilen beruhen. Die persönliche Begegnung mit Migrant:innen, die in urbanen Räumen häufiger stattfindet, scheint jedoch gleichzeitig keinen mildernden Effekt auf die Entwicklung von Vorurteilen diesen Personen gegenüber zu haben.

Dass Migrant:innen vor allem nach Deutschland kämen, um „unseren Sozialstaat auszunutzen“, empfinden 41 Prozent der Befragten. Der Wert liegt damit ungefähr im Durchschnitt der letzten 10 Jahre. Im Gegensatz zum Vorjahr ist die Zustimmung jedoch um vier Prozentpunkte gestiegen. Der Meinung, dass „Ausländer“ nur unter sich heiraten sollten, sind zehn Prozent der Befragten, womit keine Veränderung gegenüber 2021 vorliegt. Allerdings liegt die Zustimmung wie im Vorjahr deutlich unter dem Durchschnittswert von 20 Prozent Zustimmung in den Jahren 2014 bis 2020.

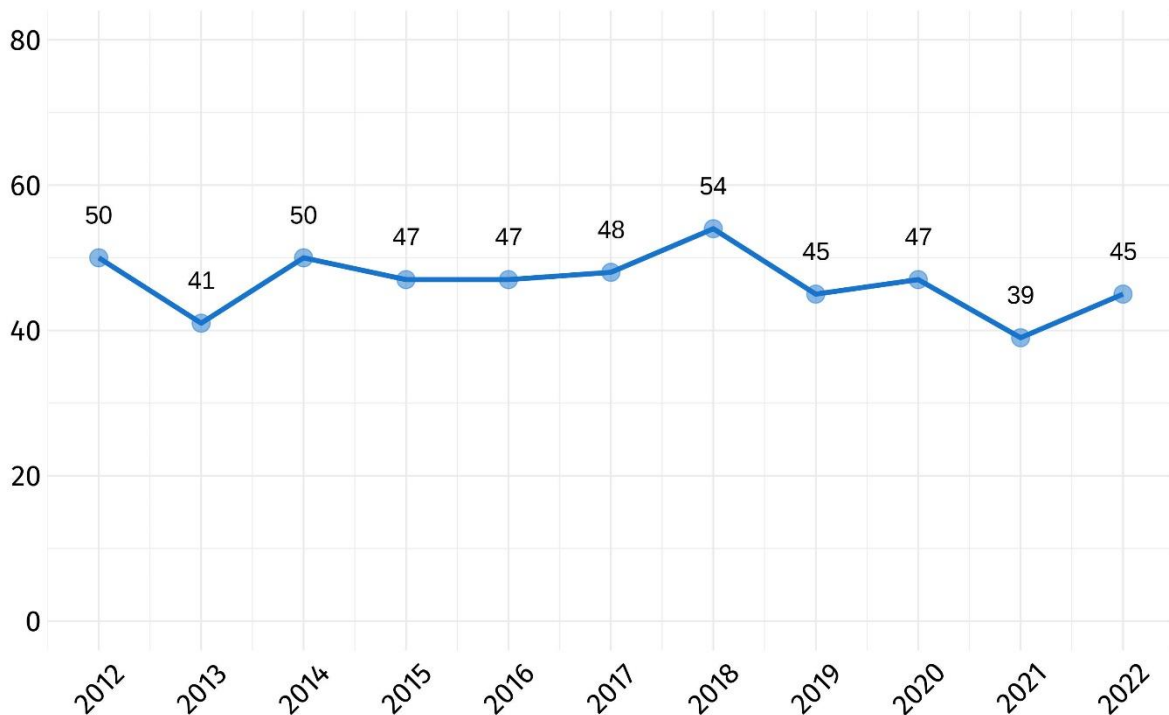
IV.4.2. Muslim:innenfeindlichkeit

Eine skeptische Haltung gegenüber Menschen muslimischen Glaubens ist in Deutschland grundsätzlich weit verbreitet. Deutschlandweite Untersuchungen zeigen, dass regelmäßig 30 bis 50 Prozent der Befragten Aussagen wie „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“ oder „durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“ zustimmen. Ein deutlicher Anstieg war im Zuge der sogenannten „Flüchtlingskrise“ ab 2015 zu verzeichnen, wobei der Effekt in den ostdeutschen Bundesländern am stärksten zu beobachten war. Generell liegen die Zustimmungswerte hier – analog zu muslim:innenfeindlichen Einstellungen – stetig signifikant über denen im Westen (Decker et al. 2020, 65).

Die Einstellung gegenüber Muslim:innen wurden im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR durch die Aussage „Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind“ erhoben. Eine Ablehnung der Aussage impliziert folglich negative Einstellungen gegenüber Muslim:innen. Im Durchschnitt der vergangenen Jahre lehnte knapp die Hälfte der Thüringer:innen diese Aussage ab (siehe Abb. 60). 2018 erreichte die Ablehnung der Aussage gar eine Mehrheit von 54 Prozent. Auch in diesem Jahr lehnt mit 45 Prozent eine beträchtliche Minderheit der Thüringer:innen die Aussage ab und

impliziert damit eine Verfassungsfeindlichkeit der meisten in Deutschland lebenden Muslime.⁷² Dieser Wert stellt, nachdem er 2021 auf einem Allzeittief von 39 Prozent gelegen hatte, zwar noch einen der niedrigeren im THÜRINGEN-MONITOR gemessenen Werte dar. Gleichzeitig bedeutet dies eine markante Steigerung zum Vorjahr.

Abb. 60: *„Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren unsere Werte, NICHT so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind“ (in Prozent)*



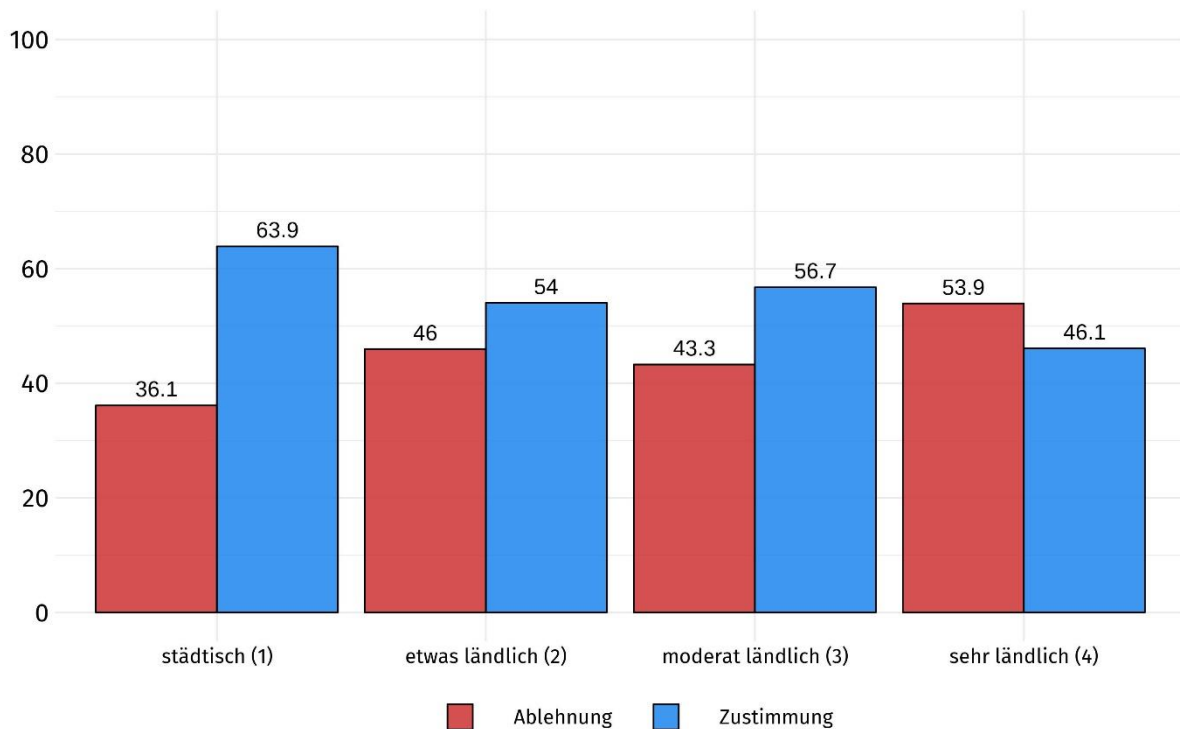
Bei Betrachtung der Einflussfaktoren wird deutlich, dass jüngere Menschen der nicht-muslim:innenfeindlichen Aussage tendenziell häufiger zustimmen, ebenso Menschen, die in größeren Städten wohnen. Dieser Befund befindet sich im Einklang mit Forschungserkenntnissen, dass Menschen in urbaneren Räumen häufiger mit Muslim:innen interagieren und hierüber Vorurteile und Vorbehalte abgebaut werden können (Yendell 2013, 223). Ein Blick auf die Durchschnittswerte der Thüringer Landkreise deutet in eine ähnliche Richtung. Die sehr ländlichen Landkreise weisen überdurchschnittlich hohe Ablehnungswerte auf (siehe Abb. 61). So lehnt in Ländlichkeitsklasse 4 eine Mehrheit von 54 Prozent die Aussage ab, während es in der städtischen Klasse 1 mit 36 Prozent deutlich weniger Menschen sind. Die etwas und moderat ländlichen Landkreise liegen mit 46 bzw. 43 Prozent Ablehnung dazwischen.

Befragte lehnten die Aussage ebenso häufiger ab, wenn sie ihre Wohnregion als „abgehängt“ wahrnehmen, wobei es keinen sichtbaren Unterschied macht, ob sich das Gefühl des „Abge-

⁷² Zusätzlich hat sich – wie auch in vorigen Jahrgängen – mit 20 Prozent ein sehr hoher Anteil der Befragten der Antwort verweigert. Es ist also von einem hohen Graubereich und einer potenziell noch höheren Zustimmung auszugehen.

hängtseins““ auf Thüringen oder auf Deutschland als Ganzes bezieht. Bezogen auf weitere politische Einstellungen sind – und dies bestätigt Ergebnisse aus den Vorjahren – insbesondere Menschen mit autoritären Neigungen eher dazu geneigt, Muslim:innen fehlende Akzeptanz des Grundgesetzes zu unterstellen. Anders als im Vorjahr ist jedoch kein signifikanter Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Befragten festzustellen.

Abb. 61: *„Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind“
(nach Ländlichkeitsklassen, in Prozent)*



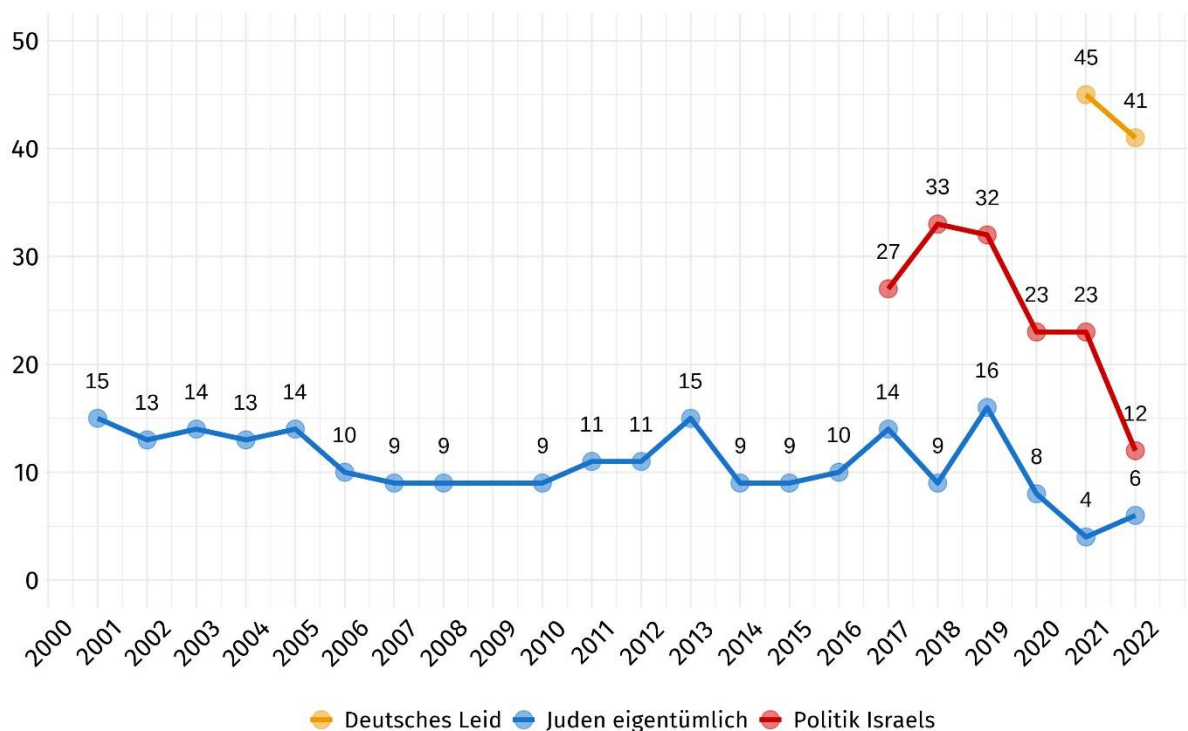
IV.4.3. Antisemitismus

Die Abwertung von Jüdinnen und Juden aus rassistischen, politischen oder religiösen Motiven ist ein kontinuierliches Problem der deutschen und Thüringischen Gesellschaft. Dies zeigen unter anderem die deutlich angestiegenen Fälle von antisemitischer Hasskriminalität in den letzten Jahren. Wurden in vom Bundesinnenministerium veröffentlichten Zahlen 2017 noch 1.504 polizeilich erfasste antisemitische Delikte gezählt, hat sich dieser Wert in den folgenden Jahren kontinuierlich gesteigert und lag 2021 mit 3.027 erfassten Straftaten doppelt so hoch. Auch die Zahl der Gewaltdelikte ist in diesem Zeitraum deutlich angestiegen (Pfahl-Traugber 2022, 170). Hinzu kommt, dass im Zuge der Corona-Pandemie die Präsenz antisemitischer Verschwörungserzählungen und Symbolik im öffentlichen Raum zugenommen hat (Reiser et al. 2021a; Salzborn 2021). Zu nennen sind hier etwa die antisemitischen Vorfälle auf Corona-Demonstrationen durch Teilnehmende, die sich mit einem Davidstern mit der Aufschrift „ungeimpft“ auf der Kleidung mit den Opfern der Shoa gleichstellten (Steinke 2022). Gleichzeitig hat die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) in Thüringen festgestellt,

dass es im Kontext von Corona-Demonstrationen im Jahr 2021 auch Angriffe auf jüdische Personen in Thüringen gab (Thiele et al. 2021). Beispiele wie diese zeigen, dass Antisemitismus in unterschiedlichen Formen nach wie vor präsent im öffentlichen Leben in Deutschland ist.

Bei der Analyse antisemitischer Einstellungen im THÜRINGEN-MONITOR wird dem Umstand Rechnung getragen, dass Judenfeindlichkeit in Vergangenheit und Gegenwart unterschiedliche Formen annehmen kann und als mehrdimensionales Konzept verstanden wird (Beyer 2015). Während der religiös motivierte Antijudaismus gemeinhin als Vorstufe des modernen Antisemitismus betrachtet wird, wird in der Forschungsliteratur vor allem zwischen drei Erscheinungsformen des modernen Antisemitismus unterschieden: Der völkisch-rassistische Antisemitismus, wie er sich etwa in der nationalsozialistischen Rassenideologie wiederfindet, erachtet Jüdinnen und Juden als von Natur aus minderwertig. Der sekundäre Antisemitismus zeichnet sich durch eine Verharmlosung der Verbrechen des Nationalsozialismus aus. Etwa wird Jüdinnen und Juden in Form einer Täter-Opfer-Umkehr vorgeworfen, heutzutage aus der Erinnerung an den Holocaust Profit schlagen zu wollen. Der antizionistische Antisemitismus drückt sich in Form von negativen Urteilen über Jüdinnen und Juden aus, welche mit der Politik des Staates Israels gerechtfertigt werden (Pfahl-Traugherber 2007).

Abb. 62: *Zustimmung zu antisemitischen Aussagen 2000-2022*
(in Prozent)



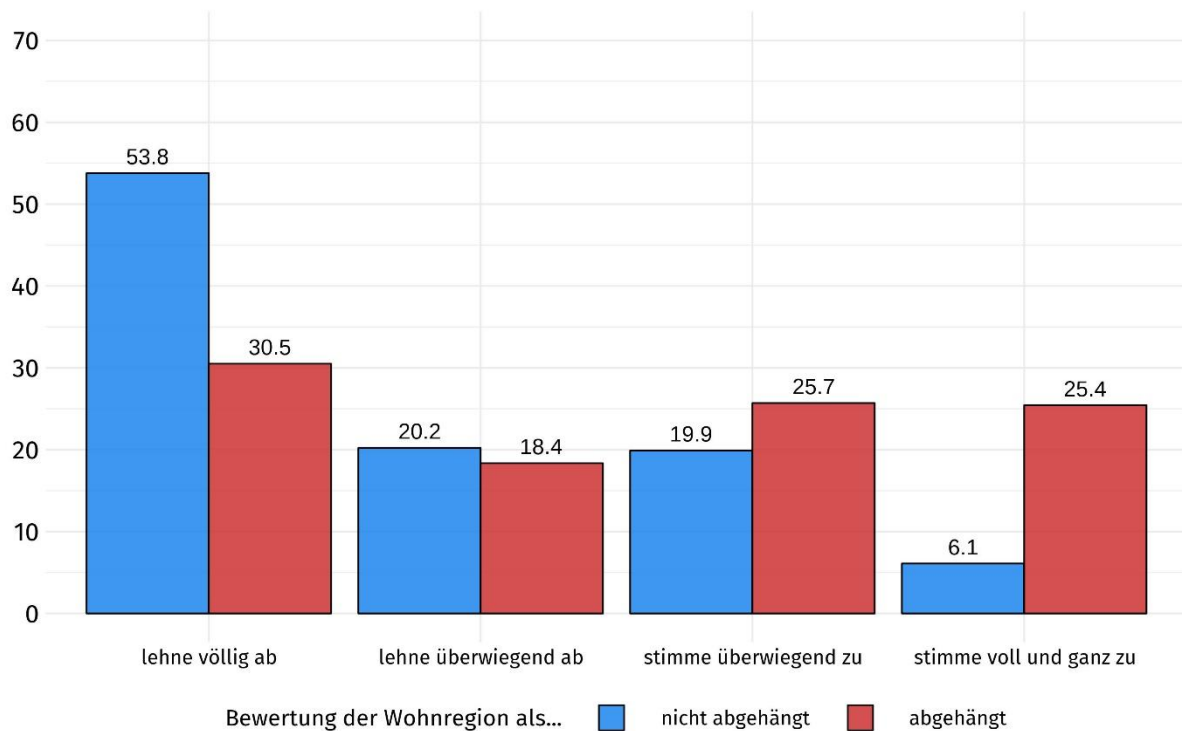
Dass die Unterteilung in unterschiedliche Erscheinungsformen des Phänomens Antisemitismus auch aus empirischer Sicht notwendig ist, wird darin deutlich, dass die Verteilung von Zustimmung und Ablehnung bei den abgefragten Aussagen so stark variiert, dass sich kein statistisch

valider Index für antisemitische Einstellungen fassen lässt.⁷³ Im THÜRINGEN-MONITOR 2022 wurden die drei genannten Erscheinungsformen jeweils mit einer Aussage erfasst. Die reinen Zustimmungswerte stimmen dabei im Vergleich zu den Vorjahren vorsichtig optimistisch (siehe Abb. 62). Der primäre Antisemitismus, abgefragt durch die offensichtlich rassistische Aussage „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“, erfährt mit sechs Prozent die geringste Zustimmung. Damit steigt der Wert gegenüber 2021 statistisch nicht signifikant um zwei Prozentpunkte und verbleibt im zeitlichen Vergleich auf einem niedrigen Niveau. Im Vergleich mit der deutschlandweit erhobenen Leipziger Autoritarismusstudie 2022 entspricht der Wert für Thüringen damit ungefähr dem für Gesamtdeutschland gemessenen Durchschnittswert von 6,8 Prozent (Decker et al. 2022, 42). 82 Prozent der befragten Thüringer:innen lehnen die Aussage dabei „voll und ganz“ ab. In den letzten zehn Jahren hatten durchschnittlich noch zehn Prozent der Befragten der Aussage zugestimmt. Große Zustimmung erfährt die Aussage, die – erwartungsgemäß, da sie Teil der Rechtsextremismus-Messung im THÜRINGEN-MONITOR ist (vgl. Kapitel IV.2) – vor allem unter Befragten, die auch weiteren rechtsextremen sowie menschenfeindlichen Aussagen mehrheitlich zustimmen.

Auf weitaus breitere Zustimmung stößt die Aussage „Es wird immer nur von der Judenverfolgung geredet. Wie die Deutschen gelitten haben, davon redet niemand“, welche auf eine deutsche Schuldabwehr abzielt und zum sekundären Antisemitismus gezählt wird (Kempf 2013). Dieser stimmten 2021 45 Prozent der Befragten zu, 2022 waren es 41 Prozent. Trotz dieses leichten Rückgangs ist festzustellen, dass noch immer zwei von fünf Befragten eine semantische Unterteilung in „die Deutschen“ und „die Juden“ vornehmen und einer Aussage zustimmen, welche das in der Shoa verursachte Leid relativiert. Weiterhin sind sekundär antisemitische Einstellungen weitaus breiter in der Gesellschaft verteilt. Wie beim primären Antisemitismus sind rechtsextreme Einstellungen der stärkste erklärende Faktor. Jedoch werden in der statistischen Analyse noch weitere Einflüsse sichtbar. Etwa korrelieren autoritäre Einstellungen positiv mit der Zustimmung zur Aussage. Während etwa bei antimuslimischen Einstellungen die Ortsgröße keinen signifikanten Einfluss hat, zeigen die Daten auch nach der Kontrolle möglicher weiterer Einflussfaktoren (sogenannte Drittvariablenkontrolle), dass Menschen, die sich von der Bundespolitik „abgehängt“ fühlen, eher dazu neigen, der Aussage zuzustimmen. Während es in der Gruppe der Menschen, die der Meinung sind, dass ihre Wohnregion nicht „abgehängt“ ist (vgl. Kapitel III.3.1) eine Mehrheit von 54 Prozent die Aussage völlig ablehnt, sind es bei der Vergleichsgruppe nur 31 Prozent (vgl. Abb. 63). Dieser Effekt tritt in ähnlicher Weise auf, wenn das Gefühl des „Abgehängtseins“ von der Thüringer Landespolitik untersucht wird. In Bezug auf antisemitische Einstellungen spielt also insbesondere das Wohnumfeld eine signifikante Rolle, und es wird sichtbar, dass regionale Deprivationsgefühle die Anfälligkeit für menschenfeindliche Einstellungen steigern können. Erwähnenswert ist jedoch, dass das Gefühl, als Ostdeutsche:r als Bürger:in zweiter Klasse behandelt zu werden, nicht systematisch mit der Zustimmung zur hier getesteten sekundär antisemitischen Aussage zusammenhängt.

⁷³ Mit einem Cronbach's Alpha von 0,48 ergeben die drei untersuchten Items keine valide Skala.

Abb. 63: *Zustimmung zu sekundärem Antisemitismus nach Gefühl des „Abgehängts“ von der Bundespolitik*



Eine weitere Auffälligkeit zeigt sich in Hinblick auf die Verschwörungserzählungen (vgl. dazu Kapitel IV.3). So besteht zwischen dem Glauben, dass die Regierenden die Bevölkerung in der Corona-Krise gezielt in Angst und Schrecken versetzt haben, um die Grundrechte einschränken zu können, und der Zustimmung zu der hier genannten Aussage ein starker statistischer Zusammenhang.⁷⁴ Dieser Befund bestärkt somit die vielfach festgestellte Verbindung von Verschwörungserzählungen und antisemitischen Gedankengut, die unter anderem in antisemitischen Symbolen und Äußerungen auf Corona-Demonstrationen in Thüringen Ausdruck gefunden haben (Frindte 2021; Reiser et al. 2021a; Salzborn 2021).

Der Aussage „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat“, stimmten zwölf Prozent der Befragten zu. Der israelbezogene Antisemitismus ist auf Grundlage der Befragungsdaten also deutlich und signifikant zurückgegangen – gegenüber dem Vorjahr hat er sich halbiert. Seit erstmaliger Erhebung dieses Items im Zuge des THÜRINGEN-MONITOR 2017 hat sich immer mindestens ein Fünftel der Befragten zustimmend geäußert (vgl. Abb. 62). Wenngleich die Bewertung staatlicher Politik grundsätzlich legitim und für eine demokratische Gesellschaft notwendig ist, wird in dieser Aussage die rassistisch motivierte Beurteilung einer Bevölkerungsgruppe daraus abgeleitet. Die Halbierung des Zustimmungswertes ist demnach erfreulich, sollte jedoch mit Vorsicht genossen werden. So ist etwa möglich, dass vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine vielen Menschen der Nahostkonflikt zum Zeitpunkt der Befragung im Herbst 2022 weniger präsent war und die

⁷⁴ Der Korrelationskoeffizient Spearman’s Rho beträgt 0,46 (p<0,001).

Politik Israels seltener negativ beurteilt wurde. Diese Interpretation würde folglich weniger für einen Rückgang antisemitischen Denkens als vielmehr eine positivere Beurteilung israelischer Politik sprechen. Wie es bei dieser Aussage häufig der Fall ist, mochten 19 Prozent der Befragten – und damit etwas weniger als im Vorjahr – keine Auskunft über ihre Haltung in dieser Frage geben.

Bei Betrachtung der Zustimmungswerte in den vier Thüringer Ländlichkeitsklassen unterscheiden sich die Resultate je nach Aussage. Sichtbare Unterschiede zwischen den Clustern sind vor allem bezüglich der sekundär antisemitischen Aussage über das „Deutsche Leid“ erkennbar. 32 Prozent der Befragten in der städtischen Ländlichkeitsklasse äußern sich zustimmend, während es in den eher ländlichen Landkreisen jeweils über 40 Prozent sind. Dabei zeigt sich jedoch – wie auch schon bei anderen Aussagen festgestellt werden konnte –, dass der Höchstwert nicht in den sehr ländlichen Landkreisen zu finden ist (40 Prozent), sondern in den etwas ländlichen Kreisen (45 Prozent). Weniger deutlich sind die Unterschiede zwischen den Ländlichkeitsklassen beim israelbezogenen Antisemitismus⁷⁵ und beim primären Antisemitismus⁷⁶. Es zeigen sich also teilweise erkennbare Unterschiede zwischen Stadt und Land, innerhalb der ländlichen Räume können auftretende Unterschiede jedoch nicht durch die Ländlichkeit erklärt werden. Darauf deutet auch die Analyse der statistischen Zusammenhänge zwischen wahrgenommener Ländlichkeit und antisemitischen Einstellungen. Für keine der abgefragten Aussagen ist ein signifikanter Effekt festzustellen.

Die teilweise deutlich gesunkenen und insgesamt relativ niedrigen Antisemitismuswerte des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS stehen in einem deutlichen Spannungsverhältnis zu der steigenden Anzahl antisemitischer Straftaten und der von betroffenen Personen geäußerten Erfahrung antisemitischer Anfeindungen der letzten Jahre (Pfahl-Traugher 2022, 173). Sie bestätigen hingegen die Erkenntnisse der aktuellen Leipziger Autoritarismusstudie, in der ebenfalls ein Rückgang antisemitischer Einstellungen – insbesondere der israelbezogenen – in den ostdeutschen Bundesländern gegenüber 2020 festgestellt wurde (Decker et al. 2022, 48 f.). Diese Diskrepanz sollte Anlass sein, die Entwicklung des israelbezogenen sowie der weiteren Erscheinungsformen des Antisemitismus weiterhin aufmerksam zu verfolgen.

IV.4.4. Antifeminismus

Der Antifeminismus wird in der aktuellen feministischen Debatte als Teil eines Retraditionalisierungsprozesses verstanden, der sich gegen die Liberalisierung traditioneller Geschlechterverhältnisse und damit verbundene Gleichstellungsbestrebungen richtet und besonders prominent im neurechten Diskurs verwendet wird (Lang und Fritzsche 2018, 335). Eine Strategie ist es dabei, die vom Feminismus angestrebte Gleichstellung der Geschlechter zu delegitimieren, indem ihr Ziel umgedeutet wird: Nicht Gleichstellung sei das Ziel, sondern die Schlechterstellung von Männern. In seinen Bestrebungen die Gleichstellung gesellschaftlicher Gruppen zu

⁷⁵ Cluster 1: 9%, Cluster 2: 14%, Cluster 3: 10%, Cluster 4: 17%.

⁷⁶ Cluster 1: 7%, Cluster 2: 6%, Cluster 3: 6%, Cluster 4: 7%.

unterminieren, kann der Antifeminismus im Kontext menschenfeindlicher Einstellungen vertortet werden. Hier lässt sich neben dem theoretischen auch ein empirisches Argument machen. So zeigten sich in der Vergangenheit statistische Zusammenhänge im Antwortverhalten zwischen antifeministischen und sonstigen gruppenbezogenen Einstellungen (Reiser et al. 2021a, 106 f.).

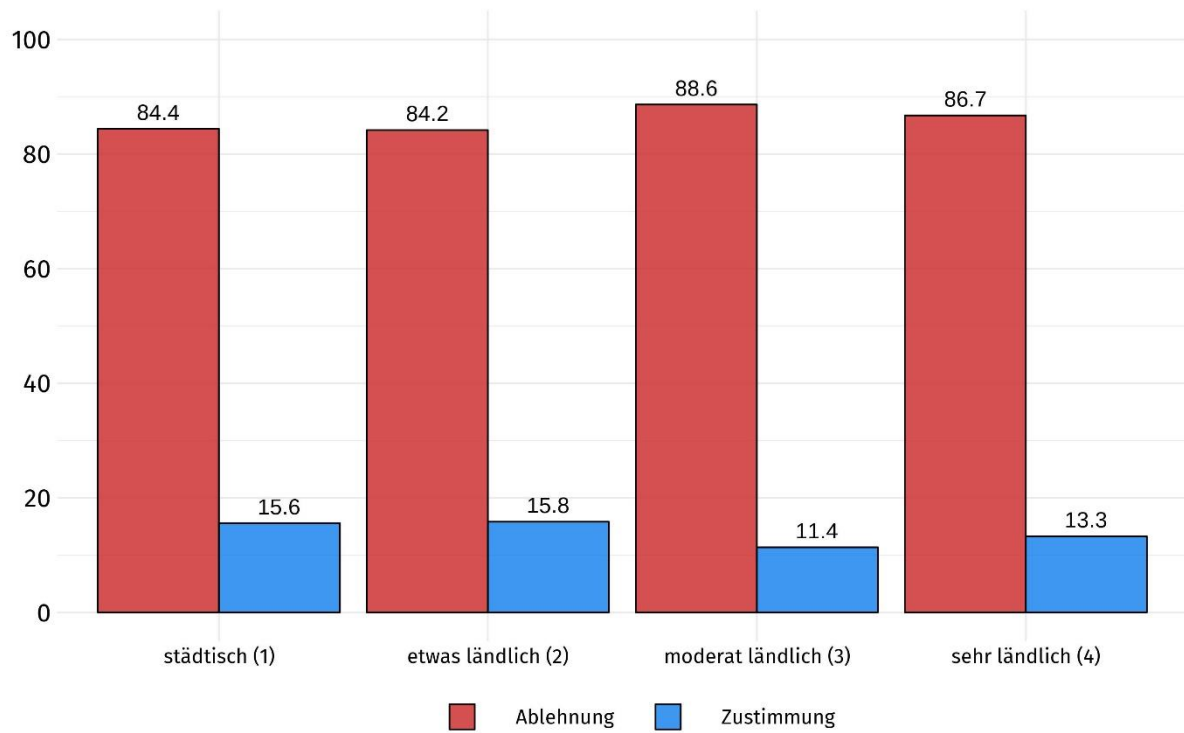
Der Aussage „Durch den Feminismus werden in unserer Gesellschaft die Männer systematisch benachteiligt“ stimmen 13 Prozent der Befragten zu. Im Vergleich zum Vorjahr, in dem der Antifeminismus mit 15 Prozent Zustimmung zum ersten Mal im Kontext des THÜRINGEN-MONITORS erhoben wurde, ist somit keine signifikante Veränderung festzustellen. Die Analyse der Einflussfaktoren zeigt die Ähnlichkeit des Antifeminismus zu anderen Gruppen im Kontext gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Während das Alter keinen statistischen Einfluss hat – wenngleich die höchsten Werte in der Stichprobe des THÜRINGEN-MONITORS interessanterweise für die jüngste Alterskohorte festzustellen sind –, lässt sich dies ebensowenig für den Zusammenhang zwischen dem Geschlecht des Befragten und einer antifeministischen Einstellung feststellen. Hingegen haben autoritäre⁷⁷ und rechtsextreme⁷⁸ Einstellungen einen sichtbaren wenngleich ebenfalls nur schwachen Einfluss auf die Zustimmung. So lehnen rechtsextrem eingestellte Personen (vgl. zur Messung von Rechtsextremismus vgl. Box 2 in Kapitel IV.2) die Aussage deutlich seltener „voll und ganz“ ab, als es nicht rechtsextrem eingestellte Personen tun. Jedoch ist selbst bei dieser Gruppe „nur“ eine Gesamtzustimmungsrate (inklusive der „überwiegenden“ Zustimmung) von 15 Prozent festzustellen, welche damit nur unwesentlich höher als in der Vergleichsgruppe (13 Prozent) liegt.

In der räumlichen Betrachtung finden sich keine signifikanten Unterschiede. Auch wenn durchaus erwartbar wäre, dass in den politisch vergleichsweise progressiven städtischen Räumen weniger Menschen antifeministisch eingestellt sind, zeigen dies die erhobenen Daten nicht. So ist die Zustimmung in den ländlichen Räumen sogar niedriger als in den beiden Städten Jena und Erfurt (vgl. Abb. 64). Die moderat und sehr ländlichen Landkreise sind hingegen die beiden Cluster mit den niedrigsten Zustimmungswerten. Insgesamt sind die Unterschiede jedoch gering und nicht signifikant. Gleiches gilt für den Zusammenhang zwischen wahrgenommener Ländlichkeit und Antifeminismus, auch hier sind keine Stadt-Land Unterschiede zu erkennen. Ebenso hat die Wahrnehmung der Region als in Deutschland oder Thüringen „abgehängt“ keinen Einfluss.

⁷⁷ Der Korrelationskoeffizient Spearman's Rho beträgt 0,2 ($p < 0,001$).

⁷⁸ Der Korrelationskoeffizient Spearman's Rho beträgt 0,24 ($p < 0,001$).

Abb. 64: „Durch den Feminismus werden in unserer Gesellschaft die Männer systematisch benachteiligt“
(nach Ländlichkeitsklassen, in Prozent)



V. Fazit

Das diesjährige Schwerpunktthema des THÜRINGEN-MONITORS lautet „Politische Kultur in Stadt und Land“, das in Kooperation mit der Internationalen Bauausstellung (IBA) Thüringen entwickelt wurde. Die IBA Thüringen stellt in diesem Jahr die Abschlussergebnisse zu ihrem zentralen Thema „StadtLand“ vor, um „von Thüringen zu lernen“. Dafür sind gerade auch die Perspektiven und Einstellungen der Thüringer:innen ganz wesentlich: Welche Wahrnehmungen haben die Thüringer:innen von „Stadt“ und „Land“? Wie zufrieden sind die Bewohner:innen mit den Lebens- und Strukturbedingungen in ihren Gemeinden? Und bestehen Stadt-Land-Unterschiede in den politischen Einstellungen zu Demokratie, Rechtsextremismus und Antisemitismus?

Diese Fragestellungen greift der diesjährige THÜRINGEN-MONITOR mit seinem Schwerpunktthema auf. Die Untersuchung der politischen Kultur aus einer Stadt-Land-Perspektive ist gerade auch für das insgesamt ländlich geprägte Thüringen wichtig: So argumentiert u. a. die Geschäftsführerin der IBA Thüringen, Marta Doehler-Behzadi (2021, 593), dass die einst klaren räumlichen Grenzen zwischen „Stadt“ und „Land“ zunehmend verschwimmen. Aufgrund der Annäherung der Lebenswelten in Stadt und Land würde somit eher ein Stadt-Land-Kontinuum den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen. Dieser Wahrnehmung steht jedoch die öffentliche und wissenschaftliche Diskussion um sogenannte „abgehängte“ ländliche bzw. periphere Regionen gegenüber. So seien diese abgehängten Regionen durch einen wirtschaftlichen Niedergang, eine schlechte Infrastrukturanbindung, Abwanderung und Überalterung charakterisiert (u. a. De Lange 2022; Diermeier 2020; Rodríguez-Pose 2018). Wenn sich die Einwohner:innen in diesen Regionen daher – wirtschaftlich, politisch oder kulturell – „abgehängt“ fühlen, kann sich dies auch auf eine Unzufriedenheit mit der Demokratie, ihren Institutionen und Akteuren auswirken. Auch rechtsextreme und populistische Einstellungen werden in diesen Studien auf die gefühlte Benachteiligung der Personen selbst bzw. den Regionen in denen sie leben zurückgeführt.

Die Analyse der strukturellen Rahmenbedingungen zwischen Stadt und Land in Thüringen zeigt tatsächlich z. T. erhebliche Unterschiede: Die Stadtbewohner:innen haben kürzere Wege, etwa zum Supermarkt oder Fernverkehrsbahnhof, eine bessere Versorgung mit dem öffentlichen Nahverkehr und schnelleres Internet als die Menschen in den Landkreisen. Auch die erbrachte Wirtschaftsleistung ist in den fünf kreisfreien Städten insgesamt höher als in den Landkreisen, wobei dort hingegen die Haushaltseinkommen höher sind. Dennoch kann in Thüringen nicht von einheitlichen Stadt-Land-Unterschieden gesprochen werden: Sowohl innerhalb der Städte als auch innerhalb der Landkreise gibt es zum Teil erhebliche Unterschiede bezüglich der demographischen, wirtschaftlichen und infrastrukturellen Bedingungen.

Vor diesem Hintergrund untersucht der THÜRINGEN-MONITOR, ob sich diese regionalen Muster und Unterschiede in den Wahrnehmungen und Einstellungen der Thüringer Bevölkerung widerspiegeln und wie sich dies auf die politische Kultur im Freistaat auswirkt. Dazu wurden die Thüringer Landkreise und kreisfreien Städte auf Basis einer Vielzahl von Indikatoren (u. a. Bevölkerungsdichte, Erreichbarkeit städtischer Zentren, Anteil landwirtschaftlicher Fläche) in

die vier Ländlichkeitsklassen „städtisch“, „etwas ländlich“, „moderat ländlich“ sowie „sehr ländlich“ eingeteilt.

Die Analysen des diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR zeigen im Ergebnis, dass auch im eher kleinen und ländlich geprägten Freistaat zum Teil große Unterschiede bei den Struktur- und Lebensbedingungen zwischen „Stadt“ und „Land“ bestehen. Die Zufriedenheit mit Praxis der Demokratie und das Vertrauen in die staatlichen Institutionen sind im Vergleich zu den Vorjahren stark zurückgegangen und befinden sich auf dem niedrigsten Niveau seit 16 Jahren. Insbesondere in den ländlichen Regionen ist die Unterstützung der Demokratie auf einem sehr niedrigen Niveau, während demokratiegefährdende Einstellungen wie Rechtsextremismus, Populismus und Antisemitismus dort stärker vertreten sind. Insgesamt ist die Verbreitung rechts-extremer Einstellungen in Thüringen gegenüber dem Vorjahr mit zwölf Prozent auf demselben niedrigen Niveau wie 2021. Das Gefühl des ‚Abgehängtseins‘ von der Bundes- und Landespolitik ist in Thüringen weit verbreitet und kein Phänomen, das ausschließlich in ländlichen und peripheren Regionen vorzufinden ist – allerdings ist es in den ländlichen Regionen und in Regionen mit negativer wirtschaftlicher Entwicklung noch einmal stärker ausgeprägt.

„Stadt“ und „Land“ aus Sicht der Thüringer:innen

Auf unsere offene Frage, woran sie als erstes denken, wenn sie die Begriffe „Stadt“ bzw. „Land“ hören, haben die Thüringer:innen klare Assoziationen: Thüringens ländliche Regionen sind für die große Mehrheit ruhige Flecken in der Natur, die zwar schlecht an die Zentren angebunden sind, aber in denen ein großer sozialer Zusammenhalt herrscht. Städte hingegen bieten der Wahrnehmung nach v. a. ein reichhaltiges Angebot an Einkaufs-, Kultur und Freizeitmöglichkeiten, die gut mit dem öffentlichen Nahverkehr erreichbar sind. Die Städte werden auch als vielfältiger, moderner und offener wahrgenommen, gleichzeitig aber auch – vor allem von den Landbewohner:innen – als etwas überlaufen und hektisch.

Diese Stereotype spiegeln sich auch in der Zufriedenheit der Thüringer:innen mit den Struktur- und Lebensbedingungen in ihrer eigenen Gemeinde wider: So sind die Thüringer:innen in den ländlichen Regionen mit der vorhandenen Infrastruktur und dem Angebot an sowie der Erreichbarkeit von Einrichtungen der Daseinsvorsorge – von Einkaufsmöglichkeiten, Fach- und Hausärzt:innen bis zum öffentlichen Nahverkehr – deutlich unzufriedener als ihre Mitbürger:innen in den großen Städten. Hingegen bestehen jedoch bei Kinderbetreuungsmöglichkeiten, Pflegediensten und der mobilen Datenversorgung keine Stadt-Land-Unterschiede und eine insgesamt hohe Zufriedenheit. Während der Fachkräftemangel landesweit als Herausforderung wahrgenommen wird, sehen Stadtbewohner:innen bezahlbare Mieten und Landbewohner:innen die Abwanderung junger Menschen als jeweils spezifisches Problem. Die Landbewohner:innen sind auch häufig unzufriedener mit der wirtschaftlichen Lage ihrer Gemeinde, während das soziale Gefüge im Freistaat durchgängig als intakt bewertet wird: Die Thüringer:innen sehen ihre Gemeinden als sozial gut vernetzt an; es herrscht eine hohe Zufriedenheit mit der Hilfsbereitschaft unter Nachbar:innen, der Aktivität von Vereinen sowie der Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement.

In der Gesamtbetrachtung fühlen sich die Thüringer:innen in Stadt *und* Land – übereinstimmend mit den Ergebnissen früherer THÜRINGEN-MONITORE – ihrer Gemeinde sehr stark verbunden und nehmen sie mehrheitlich als einen „attraktiven Ort zum Leben“ wahr. Gleichzeitig kann in der Bewertung der Befragten jedoch auch eine gewisse Verfestigung von „Verlierer-“ und „Gewinnerregionen“ festgestellt werden: Befragte, die ihrer Gemeinde für die vergangenen zehn bis 15 Jahre ein positives Zeugnis ausstellen, gehen auch von einem weiteren positiven Trend aus – diese Prognose besteht besonders stark in den Städten. Befragte, die ihrer Gemeinde über die letzten Jahre eine negative Entwicklung attestieren, erwarten auch eher, dass sich dieser negative Trend fortsetzt. Diese Befürchtung findet sich deutlich stärker in den ländlichen Regionen als in den Thüringer Städten und ist stark mit der wirtschaftlichen Entwicklung vor Ort verknüpft.

Gefühl des „Abgehängtseins“

Fühlen sich die Thüringer:innen in ländlichen bzw. peripheren Regionen aufgrund dieser wahrgenommenen Unterschiede in den Struktur- und Lebensbedingungen daher, wie häufig in der öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte vermutet, politisch, wirtschaftspolitisch bzw. sozial „abgehängt(er)“ als in den Städten? Insgesamt äußert im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR in Bezug auf die Bundespolitik die große Mehrheit von 70 Prozent der befragten Thüringer:innen, dass sich die Politiker in Berlin nicht ausreichend für die Region, in der sie leben, interessieren. Ebenso viele sind der Ansicht, dass die Politik in Berlin zu wenig getan habe, um die wirtschaftliche Situation ihrer Region zu verbessern. Dass die Menschen im Rest von Deutschland nicht die Lebensweise in der jeweiligen Region verstehen und respektieren, denken mit einem Anteil von 37 Prozent zwar deutlich weniger Thüringer:innen. Dennoch bedeutet dies, dass sich mehr als ein Drittel der befragten Thüringer:innen als „kulturell abgehängt“ fühlt. Insgesamt ist das Gefühl des „Abgehängtseins“ kein Phänomen, das ausschließlich in ländlichen und peripheren Regionen vorzufinden ist. Stattdessen gibt es diese Wahrnehmung der Benachteiligung überall in Thüringen; sie ist aber in den ländlichen Regionen noch einmal stärker ausgeprägt. Zudem fühlen sich jene Befragte, die eine negative Entwicklung ihrer Gemeinde – gerade in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Abwanderung – beobachtet haben, eher „abgehängt“.

Deutlich schwächer fällt das Gefühl des „Abgehängtseins“ hingegen in Bezug auf den Thüringer Kontext aus. Dennoch denkt eine knappe Mehrheit der Befragten (53 Prozent), dass sich die Landespolitik nicht ausreichend für die wirtschaftliche Entwicklung in ihrer Region eingesetzt hat; 41 Prozent denken, dass sich die Thüringer Politik nicht ausreichend für ihre Region interessiert. Hingegen ist nur ein knappes Fünftel (18 Prozent) der Ansicht, die Menschen im Rest des Freistaates würden die Lebensweise in ihrer Region nicht respektieren. Unterschiede lassen sich v. a. zwischen den beiden großen Städten Erfurt und Jena auf der einen sowie den ländlichen Regionen auf der anderen Seite erkennen. Insgesamt hängt das Gefühl des „Abgehängtseins“ jedoch weniger von der konkreten Unzufriedenheit mit den Struktur- und Lebensbedingungen vor Ort zusammen, sondern vielmehr von einer generellen Wahrnehmung, sozial benachteiligt zu sein (Deprivation), als Ostdeutsche benachteiligt zu sein (Ostdeprivation) und besorgt zu sein, „auf die Verliererseite des Lebens zu geraten“ (Statusverlustangst).

Dieses Gefühl des „Abgehängtseins“ wirkt sich entscheidend und z. T. stark auf die politischen Einstellungen der Thüringer:innen zu Demokratie, Rechtsextremismus und Antisemitismus aus. So zeigt die Untersuchung, dass Bürger:innen in ländlichen Regionen mit dem Funktionieren der Demokratie deutlich unzufriedener sind als die Bewohner:innen der großen Städte: Während landesweit 48 Prozent angeben, mit der aktuellen Praxis der Demokratie zufrieden zu sein, ist die regionale Verteilung sehr unterschiedlich: In den großen Städten äußern dies 64 Prozent, während in den sehr ländlichen Regionen lediglich 41 Prozent zufrieden sind. Ein ähnliches Muster zeigt sich auch hinsichtlich des Vertrauens in die Bundesregierung und die Landesregierung. Auch bezogen auf den Eindruck, dass sich Politiker:innen darum bemühen, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten, gibt es eine deutliche Stadt-Land-Kluft. Darüber hinaus kommen auch rechtsextreme, populistische und antisemitische Einstellungen in ländlichen Gebieten signifikant häufiger vor als in den Städten. Neben den individuellen Faktoren, die diese Einstellungsmuster beeinflussen, hängen diese Stadt-Land-Unterschiede auch von den Bewertungen der lokalen Struktur- und Lebensbedingungen sowie insbesondere auch vom Gefühl des „Abgehängtseins“ ab.

Insgesamt zeigt somit die Untersuchung auf Basis der vier Ländlichkeitsklassen, dass selbst in einem eher kleinen und ländlich geprägten Bundesland wie Thüringen z. T. erhebliche Einstellungsunterschiede zwischen „Stadt“ und „Land“ bestehen. Die Zufriedenheit mit der Praxis der Demokratie mit ihren Akteuren und Institutionen ist in den ländlichen Regionen auf einem besorgniserregenden Niveau und auch demokratiegefährdende Einstellungen wie Rechtsextremismus und Populismus sind dort stärker vertreten. Dieser Befund deckt sich mit Befunden der internationalen Forschung (vgl. u.a. OECD 2022), sodass die Ergebnisse für Thüringen keine Ausnahme sind. Dieses Ergebnis stellt ebenso wie die regional sehr unterschiedlichen Wahrnehmungen von Benachteiligungen und des „Abgehängtseins“ eine große Herausforderung für die politische Kultur im Freistaat dar. Daher sollten diese regionalen Differenzen von Politik, Gesellschaft und Wissenschaft zukünftig stärker in den Blick genommen werden.

Demokratische Einstellungen

Eine wichtige Aufgabe des THÜRINGEN-MONITORS ist es, jährlich die Entwicklung der politischen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung zu Demokratie, Rechtsextremismus und Antisemitismus empirisch zu untersuchen. Während die Corona-Pandemie und ihre Folgen die politische Kultur in Thüringen in den Jahren 2020 und 2021 stark beeinflusste, verschob sich der Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine schlagartig zu Beginn des Jahres 2022. Davon ausgehend prägten zum Zeitpunkt der Befragung im Herbst 2022 die Energiekrise und der Energiepreisschock, die höchste Inflation seit mehr als 70 Jahren, aber auch die Klimakrise die öffentliche Diskussion. Dies hat sich auch sehr deutlich auf die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Situation niedergeschlagen. Die befragten Thüringer:innen waren diesbezüglich so skeptisch wie selten zuvor, und die wirtschaftliche Lage Thüringens wurde so schlecht beurteilt wie seit zwölf Jahren nicht mehr. Vor diesem Hintergrund hat der THÜRINGEN-MONITOR untersucht, inwiefern sich diese aus politischen, ökonomischen und ökologischen Dimensionen zusammensetzende Vielfachkrise auf die politischen Einstellungen in Thüringen auswirkt.

Während der Corona-Pandemie waren für die Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit in den THÜRINGEN-MONITOREN 2020 und 2021 Rekordwerte in der Langzeitentwicklung festgestellt worden. Im Vergleich zu diesen Höchstständen sank die Demokratieunterstützung deutlich um fünf Prozentpunkte auf eine Zustimmung von 84 Prozent. Damit stimmen immer noch mehr als vier von fünf Personen der Aussage zu, dass die Demokratie „die beste aller Staatsideen ist“, was in der Langzeitbetrachtung einen vergleichsweise hohen Wert darstellt. Wesentlich stärker fällt der Rückgang im Falle der Demokratiezufriedenheit aus. Dieser ging im Vergleich zum Vorjahr stark um 17 Prozentpunkte auf einen gegenwärtigen Zufriedenheitswert von 48 Prozent zurück. Dies markiert damit den stärksten Rückgang seit Beginn der Erhebung der Demokratiezufriedenheit im Zuge des THÜRINGEN-MONITORS im Jahr 2001. Waren noch vor zwei Jahren knapp zwei Drittel der Befragten „mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert“ zufrieden, zeigt sich im Jahr 2022 somit eine (knappe) Mehrheit der Bürger:innen als unzufrieden.

Ein ähnlicher Trend besteht auch hinsichtlich des Vertrauens in die Bundes- und Landesregierung: So sank das Vertrauen in die Bundesregierung das zweite Jahr in Folge und ging stark um 15 Prozentpunkte auf aktuell 22 Prozent zurück – dies ist damit der niedrigste Vertrauenswert seit 16 Jahren. Auch der Thüringer Landesregierung vertrauen nunmehr nur noch 40 Prozent der Befragten (im Vergleich zu 53 Prozent im Jahr 2020). Wie oben ausgeführt, liegen die Werte dabei v. a. in den ländlichen Regionen nochmals deutlich niedriger und damit auf einem äußerst niedrigen Niveau. Die allgemein höhere Unzufriedenheit mit dem politischen System spiegelt sich auch in einer damit zusammenhängenden gestiegenen Bereitschaft für die Teilnahme an – genehmigten wie nicht genehmigten – Demonstrationen.

Der starke Rückgang der Demokratiezufriedenheit und des Vertrauens in Landes- und Bundesregierung kann einerseits auf eine Normalisierung nach dem „Rally-around-the-flag“-Effekt (vgl. Dietz et al. 2021) der Jahre 2020 bis 2021 zurückgeführt werden. Dieser Effekt beschreibt die außergewöhnlich hohen Zustimmungsraten für die Praxis der Demokratie und die Regierungen in Krisenzeiten und konnte in den Pandemie Jahren auch in Thüringen festgestellt werden. Andererseits ist jedoch anzunehmen, dass der zu beobachtende Rückgang auch durch das Handeln der Regierungen in der aktuellen Vielfachkrise beeinflusst ist. Dafür spricht auch, dass die Werte für Thüringen in der Tendenz den in anderen Studien gemessenen Vertrauens- und Zufriedenheitswerten für Gesamtdeutschland entsprechen (vgl. u. a. Best et al. 2023).

Positiv ist anzumerken, dass das geringe Vertrauen in staatliche Institutionen und die niedrige Demokratiezufriedenheit jedoch nicht zu einem Anstieg der Zustimmung zu alternativen Gesellschaftsordnungen – Diktatur und Nationalsozialismus – geführt hat. Sie werden nun von so wenigen Thüringer:innen unterstützt wie seit dem Erhebungsbeginn im Jahr 2001 nicht. Darüber hinaus ist auch das Vertrauen in politikferne Institutionen (v. a. Gerichte) und in Bürgermeister:innen als wichtige lokale Akteure nicht gesunken. Dennoch lässt sich insgesamt festhalten, dass die Unterstützung für das politische System mit seinen Institutionen und Akteuren im vergangenen Jahr unter Druck geraten ist.

Populismus, Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen liegt in Thüringen im Vergleich zum Vorjahr auf demselben Niveau. So zeigt das auf der Konsensdefinition aufbauende und im THÜRINGEN-MONITOR bewährte Messinstrument einen Anteil von zwölf Prozent an einstellungsmäßigem Rechtsextremismus. Obgleich er damit auf dem Tiefstand seit Beginn der Messungen im Jahr 2001 verharrt, ist der während der Corona-Pandemie erkennbare Rückgang gestoppt. Die weit überwiegende Mehrheit der Thüringer:innen ist somit auch im Jahr 2022 nicht rechtsextrem eingestellt.

Der THÜRINGEN-MONITOR hat in diesem Jahr erneut einen Fokus auf neuere ideologische und strategische Veränderungen auf der äußerst rechten Seite des politischen Spektrums gelegt. So wurden insbesondere die als populistisch und neurechts bezeichneten ideologischen Konzepte in ihrer Verbindung mit rechtsextremen Einstellungen untersucht. Auf dieser Basis zeigt sich wie schon im Vorjahr, dass Populismus und Rechtsextremismus unter den Thüringer:innen zwei getrennte Einstellungsmuster sind, die dennoch Überschneidungen und Anknüpfungspunkte bei ethnozentrischen Einstellungen besitzen. Fast 60 Prozent der Thüringer:innen sind als populistisch eingestellt zu bezeichnen – im Vorjahr waren es mit 48 Prozent noch deutlich weniger. Dieses Einstellungsmuster ist neben einer Ablehnung der staatlichen Institutionen insbesondere durch den Anti-Elitismus geprägt. So stimmen u. a. mit 64 Prozent fast zwei Drittel der Befragten der Aussage zu, dass die „Herrschenden und Mächtigen in unserer Gesellschaft (...) gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung“ handeln. 81 Prozent glauben, dass sich die Politiker immer dann einig sind, „wenn es darum geht, ihre Privilegien zu schützen“. Rund 70 Prozent dieser Populist:innen – das entspricht 40 Prozent aller Thüringer:innen – teilen jedoch weder einen rechtsextrem-autoritären Ethnozentrismus noch die rechtsextrem motivierte Demokratieablehnung. Der einstellungsmäßige Populismus in Thüringen kann daher überwiegend *nicht* als rechtspopulistisch bezeichnet werden. Nur eine Minderheit der Populist:innen teilt gleichzeitig rechtsextreme Einstellungen. Insgesamt können daher 13 Prozent der Thüringer:innen als rechtspopulistisch eingestellt gelten.

Neurechte Positionen werden von unterschiedlich großen Teilen der Thüringer Bevölkerung geteilt. So stimmen 61 Prozent der Thüringer:innen der Aussage zu „Es ist Zeit, Widerstand gegen die aktuelle Politik zu leisten“ – dies markiert damit einen sehr starken Anstieg im Vergleich zum Vorjahr (37 Prozent). Mit 64 Prozent stimmen knapp zwei Drittel der Aussage zu „In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand“. 18 Prozent meinen, die herrschenden Eliten verfolgen das Ziel, „das deutsche Volk durch Einwanderer auszutauschen“. Dennoch kann auf Basis der Untersuchung kein eigenständiges neurechtes Einstellungsmuster identifiziert werden. Die Zustimmung zu diesen aus neurechten Denkfiguren abgeleiteten Aussagen erfolgt stattdessen als Ausdruck entweder populistischer Einstellung oder rechtsextremer Demokratieablehnung.

Nachdem in den letzten beiden Jahren die Zustimmungswerte bei einigen Aussagen über ethnische, kulturelle und soziale Gruppen gesunken waren, sind die abwertende Einstellungen gegenüber Muslim:innen und Migrant:innen in diesem Jahr wieder leicht, aber z.T. nicht statistisch signifikant, angestiegen. So sind 41 Prozent der Befragten der Meinung, „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“ (gegenüber 37 Prozent im Vorjahr).

Auch glauben 47 Prozent, dass „Die Bundesrepublik [...] durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ sei. 45 Prozent glauben, „Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren *nicht* unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind“, was einen Anstieg um sechs Prozentpunkte bedeutet. Wie in den Vorjahren besteht eine überdurchschnittlich hohe Muslim:innenfeindlichkeit in den ländlichsten Landkreisen, während sie in den Städten stark unterdurchschnittlich sind. Dies lässt vermuten, dass durch positiv erlebte Kontakte mit Thüringer Muslim:innen Vorurteile abgebaut werden – dies geschieht der Kontakthypothese entsprechend (vgl. Yendell 2013) offensichtlich dort stärker, wo generell höhere Kontaktchancen bestehen.

Im Bereich der Antisemitismus-Messung des THÜRINGEN-MONITORS gibt es 2022 einen leichten, aber nicht signifikanten Anstieg auf sechs Prozent Zustimmung zur Aussage „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“ Der Wert für Thüringen entspricht damit ungefähr dem für Gesamtdeutschland in der Leipziger Autoritarismusstudie 2022 gemessenen Wert des primären Antisemitismus (vgl. Decker et al. 2022). Auf weiterhin breitere Zustimmung (41 Prozent) stößt die Aussage „Es wird immer nur von der Judenverfolgung geredet. Wie die Deutschen gelitten haben, davon redet niemand“, welche auf eine deutsche Schuldabwehr abzielt und zum sekundären Antisemitismus gezählt wird. Der israelbezogene Antisemitismus ist in diesem Jahr deutlich und signifikant zurückgegangen. So stimmten der Aussage „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat“ mit zwölf Prozent nur halb so viele Befragte zu wie im Vorjahr. Dennoch kann gerade auch angesichts der deutlich angestiegenen Fälle von antisemitischer Hasskriminalität und Verschwörungserzählungen keine Entwarnung gegeben werden.

Insgesamt kann, wie ausgeführt, eine häufigere Verbreitung populistischer, rechtsextremer und antisemitischer Einstellungen in den ländlichen Regionen und bei Personen, die sich von der Bundes- und Landespolitik „abgehängt“ fühlen, festgestellt werden. Entsprechend sollten gerade in diesen Regionen verstärkte Anstrengungen in der politischen Bildung und Prävention unternommen werden, um die Resilienz gegenüber antidemokratischen Tendenzen in der Gesellschaft zu erhöhen. Ebenso wichtig erscheint es jedoch, den wahrgenommenen Benachteiligungen und gefühlten Gerechtigkeitsdefiziten in diesen ländlichen und peripheren Regionen stärker konkret zu begegnen. So wird dieses Gefühl des „Abgehängtseins“ auch von den erlebten Struktur- und Lebensbedingungen in diesen ländlichen und peripheren Regionen beeinflusst. Es ist besonders häufig dort vorzufinden, wo die Einwohner:innen aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung und der Abwanderung eine Verfestigung als „Verliererregion“ befürchten.

Literatur

- Almond, G. A., & Verba, S. (1963). *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Ariadne Projekt. (2022). Lokale Klimaschutzeinstellungen in Deutschland. Abgerufen von: <https://hertie-school-ariadne.shinyapps.io/LocalAttitudesDashboard/>.
- BBSR Bonn. (2021). Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. Ausgabe 2021. Abgerufen von: <https://www.inkar.de/>.
- BBSR Bonn. (2022a). Laufende Raumb Beobachtung - Raumabgrenzungen Raumtypen 2010. Abgerufen von: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raumb Beobachtung/Raumabgrenzungen/deutschland/gemeinden/Raumtypen2010_vbg/Raumtypen2010_alt.html.
- BBSR Bonn. (2022b). Laufende Raumb Beobachtung - Raumabgrenzungen. Siedlungsstrukturelle Kreistypen. Abgerufen von: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raumb Beobachtung/Raumabgrenzungen/deutschland/kreise/siedlungsstrukturelle-kreistypen/kreistypen.html>.
- Beierlein, C., Kemper, C. J., Kovaleva, A., & Rammstedt, B. (2012). Ein Messinstrument zur Erfassung politischer Kompetenz- und Einflussüberzeugungen. *Political Efficacy Kurzsкала (PEKS)*. GESIS Working Papers, 2012/18.
- Belina, B. (2022). Zur Provinzialität der AfD. In D. Mullis & J. Miggelbrink (Hrsg.), *Lokal extrem Rechts* (S. 41-60). Bielefeld, Germany: transcript Verlag. <https://doi.org/10.14361/9783839456842-003>
- Bergmann, K., Diermeier, M., & Niehues, J. (2018). Ein komplexes Gebilde. Eine sozio-ökonomische Analyse des Ergebnisses der AfD bei der Bundestagswahl 2017. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 49(2), 243-264.
- Best, V.; Decker, F.; Fischer, S. & Küppers, A. (2023, i.E.). *Vertrauen in Demokratie*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Best, H., & Salheiser, A. (2022). Regionale und individuelle Einflussfaktoren auf den Rechtspopulismus. In H. U. Brinkmann & K. H. Reuband (Hrsg.), *Rechtspopulismus in Deutschland: Wahlverhalten in Zeiten politischer Polarisierung*, herausgegeben von Heinz Ulrich Brinkmann und Karl-Heinz Reuband, 335–67. Wiesbaden: Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-33787-2_13
- Best, H., & Salomo, K. (2014). Güte und Reichweite der Messung des Rechtsextremismus im THÜRINGEN-MONITOR 2000 bis 2014. *Expertise für die Thüringer Staatskanzlei*. Erfurt.
- Best, H., & Vogel, L. (2021). Was messen und wie messen wir, wenn wir 'Rechtsextremismus' messen? Eine Validierung auf der Grundlage des THÜRINGEN-MONITORS. In A. Beelmann & D. Michelsen (Hrsg.), *Rechtsextremismus, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration: Interdisziplinäre Debatten und Forschungsbilanzen* (S. 27-58). VS-Verlag.
- Best, H., Niehoff, S., Salheiser, A., & Vogel, L. (2017): *Thüringens ambivalente Mitte: Soziale Lagen und politische Einstellungen. Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2017*: Jena. Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Beyer, H. (2015). Theorien des Antisemitismus: Eine Systematisierung. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 67(3), 573–589.
- BIK, Aschpurwis, M., & Behrens, M. (2022). *BIK Regionen*. Abgerufen von: <https://www.bik-gmbh.de/cms/regionaldaten/bik-regionen>.

- Brand, M. T. (2022). Ausbildungen starten in Thüringen - viele Stellen bleiben leer. Abgerufen von: <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/ausbildung-fachkraefte-azubi-krise-102.html>.
- Brons, L. L. (2015). Othering, an analysis. *Transcience, a Journal of Global Studies*, 6(1), 69-90.
- Bundesärztekammer. (2021). Ärzttestatistik 2021. Abgerufen von: <https://www.bundesaeztekammer.de/baek/ueber-uns/aerzttestatistik/aerzttestatistik-2021>.
- Bundesnetzagentur. (2021). Breitbandatlas. Abgerufen von: <https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/Telekommunikation/Breitband/breitbandatlas/start.html>.
- Butter, M., & Knight, P. (Hrsg.). (2020). *Routledge Handbook of Conspiracy Theories*. Routledge.
- Daniel, H.-D., Hannover, B., Köller, O., & Lenzen, D. (2019). Region und Bildung: Mythos Stadt - Land. Abgerufen von: <https://www.zora.uzh.ch/id/eprint/182023>.
- Davey, J., & Ebner, J. (2019). *The Great Replacement: The Violent Consequences of Mainstreamed Extremism*. London: OneWorld Publications.
- de Lange, S., van der Brug, W., & Harteveld, E. (2022). Regional resentment in the Netherlands: A rural or peripheral phenomenon? *Regional Studies*, 0(0), 1-13.
- Decker, O. (2018). Flucht ins Autoritäre. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre: Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft* (S. 15-64). Psychosozial-Verlag.
- Decker, O., Kiess, J., Eggers, E., & Brähler, E. (2016). Die »Mitte«-Studie 2016: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Die enthemmte Mitte: Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland* (S. 23-65). Psychosozial-Verlag.
- Decker, O., Kiess, J., Heller, A., & Brähler, E. (Hrsg.). (2022). *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen - alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022*. Psychosozial-Verlag.
- Decker, O., Kiess, J., Schuler, J., Handke, B., Pickel, G., & Brähler, E. (2020). Die Leipziger Autoritarismus Studie 2020: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments - neue Radikalität: Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (S. 27-88). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Deppisch, L. (2019). Wo sich Menschen auf dem Land abgehängt fühlen, hat der Populismus freie Bahn - Eine Analyse des populär-medialen Diskurses zu der Bedeutung von Infrastrukturverfall, Abstiegsangst und rechten (extremistischen) Werten für den Zuspruch zum Rechtspopulismus. Thünen Working Paper.
- Diermeier, M. (2020). Ist mehr besser? Politische Implikationen der disparaten Daseinsvorsorge in Deutschland. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 30, 539-568. <https://doi.org/10.1007/s41358-020-00239-y>
- Dijkstra, L., Poehlman, H., & Rodriguez-Pose, A. (2020). The geography of EU discontent. *Regional Studies*, 54(6), 737-753. <https://doi.org/10.1080/00343404.2019.1654603>
- Doehler-Behzadi, M. (2021). Stadt, Land, Landschaft. Essay über Gegenwart und Zukunft ländlicher Räume. In W. Nell & M. Weiland (Hrsg.), *Gutes Leben auf dem Land* (S. 593-618). Bielefeld.
- Easton, D. (1957). An approach to the analysis of political systems. *World Politics*, 9(3), 383-400.
- Easton, D. (1965). *A system analysis of political life*. New York: Wiley.
- Easton, D. (1975). A re-assessment of the concept of political support. *British Journal of Political Science*, 5(4), 435-457.
- European Commission/eurostat. (2021). Rural Development. Abgerufen von: <https://ec.europa.eu/eurostat/web/rural-development/methodology>.

- Ezrow, L., & Xezonakis, G. (2016). Satisfaction with democracy and voter turnout: A temporal perspective. *Party Politics*, 22(1), 3-14.
- Fiedler, M. (2019). In Thüringen liegt Deutschlands älteste Stadt: Von Suhl kann das ganze Land etwas lernen. *Der Tagesspiegel Online*. Abgerufen von: <https://www.tagesspiegel.de/politik/von-suhl-kann-das-ganze-land-etwas-lernen-4113379.html>.
- Förtner, M., Belina, B., & Naumann, M. (2019). Stadt, Land, AfD: Zur Produktion des Urbanen und des Ruralen im Prozess der Urbanisierung. *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*, 7(1/2), 23–44.
- Franz, C., Fratzscher, M., & Kritikos, A. (2018). AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker. *DIW Wochenbericht*, 8, 135-144.
- Frindte, W. (2021). "Aber sonst aber sonst. Alles Lüge!" – Fake News und Verschwörungserzählungen in Corona-Zeiten. In Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Ed.), *Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratiegefährdungen in der Coronakrise* (Vol. 9, S. 14-27). Jena.
- Fröhlich, A. (2019). Landleben im Osten – kein Arzt, kein Bus, kein Netz: Wie es abgehangten Regionen in Deutschland geht. *Der Tagesspiegel Online*. Abgerufen von: <https://www.tagesspiegel.de/politik/wie-es-abgehangten-regionen-in-deutschland-geht-6603994.html>.
- Gesis – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. (2022). *Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften, ALLBUS 2021*.
- Giertz, J., & Schneider, J. (2022). Gesundheit: Immer mehr Patienten spüren den Ärztemangel. <https://www.insuedthueringen.de/inhalt.gesundheit-immer-mehr-patienten-spuerenden-aerztemangel.8e83a200-2edd-4a88-8a7d-68e1e7c9bd50.html>.
- Greve, M., Fritsch, M., & Wyrwich, M. (2022). Long-term decline of regions and the rise of populism: The case of Germany. *Journal of Regional Science* 63(2), 409-445. <https://doi.org/10.1111/jors.12627>
- Häussler, A., & Küpper, B. (2019). Neue rechte Mentalitäten in der Mitte der Gesellschaft. In A. Zick, B. Küpper, & W. Berghan (Hrsg.), *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19* (S. 147-172). Dietz-Verlag.
- Heitmeyer, W. (2002). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse. *Deutsche Zustände*, Folge 1, 2290.
- Heyder, A., & Decker, O. (2011). Rechtsextremismus – Überzeugung, Einstellung, Ideologie oder Syndrom? Eine theoriegeleitete empirische Überprüfung mit repräsentativen Daten. In A. Langenohl & J. Schraton (Hrsg.), *(Un)Gleichzeitigkeiten: Die demokratische Frage im 21. Jahrhundert* (S. 189–222). Metropolis-Verlag.
- Hirschman, A. O. (1970). *Exit, voice, and loyalty: Responses to decline in firms, organizations, and states*. Harvard University Press.
- Imhoff, R., Lamberty, P., Klein, O., & Erdfelder, E. (2022). Conspiracy mentality and political orientation across 26 countries. *Nature Human Behaviour*, 6(3), 392-403. <https://doi.org/10.1038/s41562-021-01258-7>
- Infratest. (2022a). *ARD DeutschlandTREND März 2022*. Abgerufen von: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2022/maerz/>.
- Infratest. (2022b). *ARD DeutschlandTREND Oktober 2022*. Abgerufen von: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschland-trend/2022/oktober/>.
- Jolley, D., & Paterson, J. L. (2020). Pylons ablaze: Examining the role of 5G COVID-19 conspiracy beliefs and support for violence. *British Journal of Social Psychology*, 59(3), 628-640. <https://doi.org/10.1111/bjso.12394>

- Kassenärztliche Bundesvereinigung. (2021). Gesundheitsdaten: Regionale Verteilung der Ärztinnen und Ärzte in der vertragsärztlichen Versorgung. <https://gesundheitsdaten.kbv.de/cms/html/16402.php>.
- Kempf, W. (2013). Antisemitismus und Israelkritik: Mythos und Wirklichkeit eines spannungsreichen Verhältnisses. *Wissenschaft und Frieden*, 31, 37-40.
- Kenny, M., & Luca, D. (2021). The urban-rural polarisation of political disenchantment: An investigation of social and political attitudes in 30 European countries. *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society*, 14(3), 565-582.
- Konietzka, D., & Martynovych, Y. (2022). Die These der räumlichen Polarisierung in der neuen Klassengesellschaft. Ein empirischer Beitrag zur sozialen Spaltung von ‚Stadt und Land‘. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 74(2), 169-202. <https://doi.org/10.1007/s11577-022-00845-4>
- Kostelka, F., & Blais, A. (2018). The chicken and egg question: Satisfaction with democracy and voter turnout. *Political Science and Politics*, 51(2), 370-376.
- Kreis, J. (2007). Zur Messung von rechtsextremer Einstellung: Probleme und Kontroversen am Beispiel zweier Studien. *Arbeitshefte aus dem Otto-Stamm-Zentrum*, 12.
- Küpper, B., Zick, A., & Rump, M. (2021). Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte 2020/21. In A. Zick & B. Küpper (Hrsg.), *Die geforderte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21* (S. 75-111).
- Küpper, P. (2016). Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume. *Thünen Working Paper 68*, Thünen-Institut.
- Küppers, A., & Reiser, M. (2022). Ideological extremism or far-right attitudes? The role of ideology for COVID-19 scepticism. *Representation* 58(4), 481-499. <https://doi.org/10.1080/00344893.2022.2134190>
- Lago, I. (2022). Rural decline and satisfaction with democracy. *Acta Politica*, 57, 753-771. <https://doi.org/10.1057/s41269-021-00221-8>
- Lang, J., & Fritzsche, C. (2018). Backlash, neoreaktionäre Politiken oder Anti-feminismus? Forschende Perspektiven auf aktuelle Debatten um Geschlecht. *Feministische Studien*, 36(2), 335-346. doi: 10.1515/fs-2018-0036
- Lengfeld, H., & Dilger, C. (2018). Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteidentifikation mit der „Alternative für Deutschland“ mit dem Sozio-ökonomischen Panel 2016. *Zeitschrift für Soziologie*, 47(3), 181-199.
- Levi, W., Sommer, J. H., & Howe, P. D. (2022). Local support of climate change policies is driven by spatial diffusion. PREPRINT. <https://doi.org/10.21203/rs.3.rs-2088048/v1>
- Lewandowsky, S., Oberauer, K., & Gignac, G. E. (2013). NASA Faked the Moon Landing—Therefore, (Climate) Science Is a Hoax: An Anatomy of the Motivated Rejection of Science. *Psychological Science*, 24(5), 622-633. doi: 10.1177/0956797612457686
- Liljeberg, H., & Krambeer, S. (2022). Deutschland-Monitor: Einstellungen zu Demokratie und Politik in Deutschland. In *Der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland* (Ed.), *Ostdeutschland. Ein neuer Blick* (S. 89-116). Berlin.
- Lindinger, E., & Kloiber, J. (2020). Breitbandausbau in Deutschland. Abgerufen von: <https://www.boell.de/de/2020/11/06/breitbandausbau-deutschland>.
- Manow, P. (2018). *Die politische Ökonomie des Populismus*. Edition Suhrkamp.
- Mediendienst Integration. (2023). Flüchtlinge aus der Ukraine. Abgerufen von: <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asy1/ukrainische-fluechtlinge.html>.
- Miggelbrink, J. (2020). Ländliche Räume – strukturschwach, peripher, abgehängt. In C. Krajewski & C.-C. Wiegand (Hrsg.), *Land in Sicht* (S. 64-79). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

- Mitsch, F., Lee, N., & Ralph Morrow, E. (2021). Faith no more? The divergence of political trust between urban and rural Europe. *Political Geography*, 89. <https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2021.102426>
- Mudde, C. & Kaltwasser, C. (2017). *Populism. A very short introduction*, Oxford: Oxford University Press.
- Mudde, C., & Rovira Kaltwasser, C. (2012). *Populism in Europe and the Americas: Threat or corrective for democracy?* Cambridge University Press.
- Munis, K. (2022). Us Over Here Versus Them Over There...Literally: Measuring Place Resentment in American Politics. *Political Behavior* 44, 1057-1078.
- Nauman, F. (2023, March 9). „Drakonische Maßnahmen“ gerade für Kinder: Lauterbach räumt Corona-Fehler ein , in: merkur.de, abrufbar unter: <https://www.merkur.de/politik/lauterbach-corona-pandemie-fehler-minister-kinder-schule-kontakte-deutschland-bayern-zr-92063632.html>
- Nobis, C. & Kuhnimhof, T. (2018). *Mobilität in Deutschland – MiD Ergebnisbericht. Studie von infas, DLR, IVT und infas 360 im Auftrag des Bundesministers für Verkehr und digitale Infrastruktur*, Bonn, Berlin.
- Norris, P. & Inglehart, R. (2019). *Cultural Backlash. Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*. Cambridge: Cambridge University Press
- Norris, P., & Inglehart, R. (2019). *Cultural Backlash: Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*. Cambridge University Press.
- Oberst, C., Kempermann, H., & Schröder, C. (2019). *Räumliche Entwicklung in Deutschland. In Die Zukunft der Regionen in Deutschland. Zwischen Vielfalt und Gleichwertigkeit (S. 87-114)*. Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.
- OECD. (2022). *Building trust to reinforce democracy. Summary brief presenting the main findings from the OECD Trust Survey*. OECD Publishing. <https://www.oecd.org/governance/trust-in-government/>.
- Petersen, T. (2021). Die Mehrheit fühlt sich gegängelt. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. https://www.ifd-allens-bach.de/fileadmin/kurzberichte_dokumentationen/FAZ_Juni2021_Meinungsfreiheit.pdf.
- Pfahl-Traughber, A. (2007). Ideologische Erscheinungsformen des Antisemitismus. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 57, 4-11.
- Pfahl-Traughber, A. (2022). Antisemitismus im Deutschland der Gegenwart – Einstellungen, Extremismus, Straftaten. In E. Hilgendorf & E. Tiz (Hrsg.), *Vom richtigen Umgang mit den „Anderen“* (S. 161-178). Ergon – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft.
- Reckwitz, A. (2019). *Das Ende der Illusionen: Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*, Suhrkamp.
- Reiser, M., Best, H., Salheiser, A., & Vogel, L. (2018). *Heimat Thüringen. Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2018*. Jena: Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Reiser, M., Best, H., Salheiser, A., Fürnberg, O., et al. (2019). *Gesundheit und Pflege in Thüringen. Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2019*. Jena: KOMREX, Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Reiser, M., Küppers, A., Hebenstreit, J., Salheiser, A., et al. (2021a). *Demokratie in der Corona-Pandemie. Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2021*. Jena: KOMREX, Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Reiser, M., Küppers, A., Hebenstreit, J., Salheiser, A., et al. (2021b). *Die Corona-Pandemie in Thüringen. Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2020*. Jena: KOMREX, Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Rodríguez-Pose, A. (2018). The revenge of the places that don't matter (and what to do about it). *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society*, 11(1), 189–209.

- Roose, J. (2020). Sie sind überall. Eine repräsentative Umfrage zu Verschwörungstheorien. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
- Salomo, K. (2019). The residential context as source of deprivation: Impacts on the local political culture. Evidence from the East German state Thuringia. *Political Geography*, 69, 103–117.
- Salzborn, S. (2021). Verschwörungsmythen und Antisemitismus. Aus *Politik und Zeitgeschichte*, 35–36, 41–47.
- Schmitz, C., Munderloh, A., & Marg, S. (2022). Polarisierung zwischen Stadt und Land? Die 2. Vertiefungsstudie des Niedersächsischen Demokratie-Monitors. *Demokratie-Dialog*, 11, 11–18. doi: 10.17875/gup2022-2118
- Sippl, S., & Baier, D. (2005). Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 57(4), 644–666.
- Sixtus, F., Slupina, M., Sütterlin, S., Amberger, J., et al. (2019). *Teilhabeatlas Deutschland: ungleichwertige Lebensverhältnisse und wie die Menschen sie wahrnehmen*. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
- Spiegel Online. (2020). Große Unterschiede bei der Kinderbetreuung zwischen Ost und West. Abgerufen von: <https://www.spiegel.de/panorama/bildung/statistisches-bundesamt-grosse-unterschiede-bei-der-kinderbetreuung-zwischen-ost-und-west-a-44f0e75a-4315-4546-a9ec-b80480244f92>.
- Statista. (2022). Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner nach Bundesländern im Jahr 2021. Abgerufen von: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/73061/umfrage/bundeslaender-im-vergleich-bruttoinlandsprodukt/>.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder. (2022). Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Abgerufen von <https://www.statistikportal.de/de/veroeffentlichungen/volkswirtschaftliche-gesamtrechnungen-der-laender>.
- Statistisches Bundesamt. (2022a). Bundesländer mit Hauptstädten nach Fläche, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte am 31.12.2021. Abgerufen von <https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/02-bundeslaender.html>.
- Statistisches Bundesamt. (2022b). Städte (Alle Gemeinden mit Stadtrecht) nach Fläche, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte am 31.12.2021. Abgerufen von <https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/05-staedte.html>.
- Steinke, R. (2022). Verharmlosung des Holocaust. Bis hierhin und nicht weiter. *Süddeutsche.de*. Abgerufen von <https://www.sueddeutsche.de/politik/corona-proteste-impfskeptiker-holocaust-verharmlosung-justiz-1.5508569>.
- Sumner, W. G. (1906). *Folkways: A Study of the Sociological Importance of Usages, Manners, Customs, Mores, and Morals*. Ginn.
- Thiele, A., Ben-Yehoshua, J., & Jacobs, L. (2021). *Antisemitische Vorfälle in Thüringen 2021*. Jena: Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Thüringen (RIAS Thüringen).
- Thünen-Institut. (2022). *Landatlas des Thünen-Institut Forschungsbereich ländliche Räume*, Braunschweig, abrufbar unter: www.landatlas.de.
- Thüringer Landesamt für Statistik. (2022). *Statistische Daten*, abrufbar unter: <https://statistik.thueringen.de/>.
- TMASGFF (Hrsg.). (2019). *Fachkräftebedarf und Strategien der Fachkräftesicherung in Thüringen*. 3. Dialogforum Fachkräftesicherung, abrufbar unter: https://www.thaff-thueringen.de/assets/images/VA-Doku/Dialogforum/SP_Fachkraeftebedarf-Strategien-der-Fachkraeftesicherung.pdf.
- TMUEN. (o. D.). *Windenergie*. Abgerufen von: <https://umwelt.thueringen.de/themen/energie/windenergie>.

- van Prooijen, J.-W., & Douglas, K. M. (2018). Belief in conspiracy theories: Basic principles of an emerging research domain. *European Journal of Social Psychology*, 48(7), 897–908. doi: 10.1002/ejsp.2530
- Vehrkamp, R., & Merkel, W. (2020). *Populismusbarometer 2020: Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2020*.
- Velthuis, S., Royer, J., Le Petit-Guerin, M., Cauchi-Duval, N., et al. (2022). Geographically uneven structural change in EU15 regions from 1980 to 2017: A cluster analysis [Preprint]. SocArXiv. abrufbar unter: <https://osf.io/xsgf9>.
- Verba, S., Schlozman, K. L., & Brady, H. E. (1995). *Voice and equality: Civic voluntarism in American politics*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Wilke, C. B. (2020). Demografischer Wandel in Deutschland – Hintergründe, Zukunftsszenarien und Arbeitsmarktpotenziale. In L. Rebggiani, C. B. Wilke, & M. Wohlmann (Hrsg.), *Megatrends aus Sicht der Volkswirtschaftslehre: Demografischer Wandel – Globalisierung & Umwelt – Digitalisierung* (S. 3–24). FOM-Edition. Wiesbaden: Springer Fachmedien. abrufbar unter: https://doi.org/10.1007/978-3-658-30129-3_1
- Wood, M. J., Douglas, K. M., & Sutton, R. M. (2012). Dead and alive: Beliefs in contradictory conspiracy theories. *Social Psychological and Personality Science*, 3(6), 767–773. <https://doi.org/10.1177/1948550611434786>
- Yendell, A. (2013). Muslime unerwünscht? Zur Akzeptanz des Islam und dessen Angehörigen. Ein Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland. In G. Pickel & O. Hidalgo (Hrsg.), *Religion und Politik im vereinigten Deutschland* (S. 221–248). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Ziblatt, Daniel; Hilbig, Hanno; Bischof, Daniel (2021) *Wealth of Tongues: Why Peripheral Regions Vote for the RadicalRight in Germany*, Working Paper.
- Zick, A., Küpper, B. (2021). *Die geforderte Mitte: rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*. Bonn: Dietz.
- Zick, A., Küpper, B. & Hövermann, A. (2011). *Die Abwertung der anderen: eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Bisherige THÜRINGEN-MONITORE

THÜRINGEN-MONITOR 2000: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 3/1106.

THÜRINGEN-MONITOR 2001: Jugend und Politik. Drucksache des Thüringer Landtags 3/1970.

THÜRINGEN-MONITOR 2002: Familie und Politik. Drucksache des Thüringer Landtags 3/2882.

THÜRINGEN-MONITOR 2003: Einstellungen zur Demokratie. Drucksache des Thüringer Landtags 3/3765.

THÜRINGEN-MONITOR 2004: Gerechtigkeit und Eigenverantwortung. Einstellungen zur Reform des Sozialstaats. Drucksache des Thüringer Landtags 4/551.

THÜRINGEN-MONITOR 2005: 1990–2005: Das vereinigte Deutschland im Urteil der Thüringer. Drucksache des Thüringer Landtags 4/1347.

THÜRINGEN-MONITOR 2006: Thüringens Zukunft aus Bürgersicht: Erwartungen, Herausforderungen, Gestaltungsmöglichkeiten. Drucksache des Thüringer Landtags 4/2485.

THÜRINGEN-MONITOR 2007: Bildung in einer sich wandelnden Gesellschaft. Drucksache des Thüringer Landtags 4/3860.

THÜRINGEN-MONITOR 2008: Soziale Marktwirtschaft in Thüringen: Die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger. Drucksache des Thüringer Landtags 4/4734.

THÜRINGEN-MONITOR 2010: Beziehungen und Verhältnis der Generationen in Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 5/1120.

THÜRINGEN-MONITOR 2011: Staatsaufgaben und Staatsausgaben. Drucksache des Thüringer Landtags 5/3396.

THÜRINGEN-MONITOR 2012: Thüringen International: Weltoffenheit, Zuwanderung und Akzeptanz. Drucksache des Thüringer Landtags 5/5244.

THÜRINGEN-MONITOR 2013: „Wie leben wir? Wie wollen wir leben?“ – Zufriedenheit, Werte und gesellschaftliche Orientierungen der Thüringer Bevölkerung. Drucksache des Thüringer Landtags 5/7051.

THÜRINGEN-MONITOR 2014: Die Thüringer als Europäer. Drucksache des Thüringer Landtags 6/287.

THÜRINGEN-MONITOR 2015: Thüringen im 25. Jahr der deutschen Einheit. Drucksache des Thüringer Landtags 6/1347.

THÜRINGEN-MONITOR 2016: Gemischte Gefühle: Thüringen nach der „Flüchtlingskrise“. Drucksache des Thüringer Landtags 6/2989.

THÜRINGEN-MONITOR 2017: Thüringens ambivalente Mitte: Soziale Lagen und politische Einstellungen. Drucksache des Thüringer Landtags 6/4700.

THÜRINGEN-MONITOR 2018: Heimat Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 6/6383.

THÜRINGEN-MONITOR 2019: Gesundheit und Pflege in Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 7/46.

THÜRINGEN-MONITOR 2020: Die Corona-Pandemie in Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 7/3054.

THÜRINGEN-MONITOR 2021: Demokratie in der Corona-Pandemie: Drucksache des Thüringer Landtags 7/4518.

Alle bisherigen THÜRINGEN-MONITORE sind auf der Homepage der Thüringer Staatskanzlei unter <https://thueringen.de/regierung/th-monitor> abrufbar.

Anhang 1: Methodik des THÜRINGEN-MONITORS

Der THÜRINGEN-MONITOR basiert auf einer repräsentativen telefonischen Befragung der wahlberechtigten Thüringer Bürger:innen ab 18 Jahren. Für den THÜRINGEN-MONITOR werden ausschließlich Festnetzanschlüsse angerufen, da Mobilfunknummern keine auf Thüringen begrenzte Flächenstichprobe zulassen. Im Gegensatz zu den Handy-Vorwahlnummern der nationalen Mobilfunkanbieter geht aus den Festnetz-Vorwahlnummern nämlich die Zugehörigkeit zu Thüringen hervor. Zur Sicherheit wird bei Vorwahlnummern von Ortsnetzen, die an der Landesgrenze liegen, noch einmal bei den interviewten Personen nachgefragt, ob sie Thüringer:innen sind. Bei regionalen Befragungen (wie dem THÜRINGEN-MONITOR) ist es bis in die jüngste Vergangenheit nicht möglich, auch Mobilfunkanschlüsse zu kontaktieren, weil dafür der Aufenthaltsort der Mobilfunkteilnehmer:innen bestimmt werden muss. Dies ist vor dem Hintergrund der Bestimmungen der geltenden Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) zum Erhebungszeitpunkt nicht möglich. Alternativ müsste zu Beginn jedes Interviews zunächst eine entsprechende Abfrage erfolgen, was entsprechend aufwändig und kostenintensiv wäre. Allerdings ist eine Kombination von Festnetzanschlüssen und Mobilfunknummern bei Repräsentativbefragungen in Bundesländern mit hohen Einwohner:innenzahlen (z. B. Nordrhein-Westfalen, Bayern) mittlerweile möglich. Da Thüringen ein sehr kleines Bundesland ist, basiert der THÜRINGEN-MONITOR weiterhin ausschließlich auf Festnetz-Telefoninterviews, wie beispielsweise auch der Berlin-Monitor 2019.

Andere repräsentative Bevölkerungsbefragungen finden gar nicht per Telefon statt, sondern die Befragten werden in ihren Haushalten aufgesucht und dort persönlich befragt. Die Antworten werden dabei von den Interviewer:innen in mitgebrachte Notebooks oder Tablets eingegeben. Solche persönlichen Befragungen sind jedoch sehr viel teurer als telefonische Befragungen, selbst wenn dabei solche Personen befragt werden können, die nur über Handy telefonieren oder gar kein Telefon nutzen. Befragungen im Internet (Websurveys) stellen hingegen derzeit keine gute Alternative dar, da sich mit ihnen nur ein sehr spezieller Teil der Bevölkerung erreichen lässt und die Repräsentativität der gewonnenen Stichprobe dadurch nicht zweifelsfrei gewährleistet werden kann.

Eine oftmals gestellte Frage bezieht sich auf den bereits erwähnten Umstand, dass viele Thüringer:innen gar kein Festnetztelefon mehr besitzen bzw. nutzen. Wenn man sie nicht über Mobiltelefon befragen könne, wäre es demnach doch sinnvoller, sie persönlich aufzusuchen. In einem begleitenden Methodenprojekt zum THÜRINGEN-MONITOR 2018 und dem dazugehörigen Gutachten (vgl. Reiser et al. 2018) konnte allerdings gezeigt werden, dass die telefonische Befragung und eine persönliche Befragung von jungen Thüringer:innen im Alter von 18 bis 24 Jahren keine signifikant unterschiedlichen Ergebnisse lieferten. Dazu wurden junge Thüringer:innen in ihren Haushalten befragt, der Fragebogen war derselbe wie in der telefonischen Befragung. Doch weder das Antwortverhalten an sich noch die Bereitschaft, die Fragen überhaupt zu beantworten, variierte so stark zwischen den beiden Befragungssituationen, als dass in der Konsequenz eine grundlegende Veränderung des Befragungsdesigns notwendig wäre. Des Weiteren wiesen die beiden Vergleichsgruppen eine fast gleiche Zusammensetzung nach Bildungsabschlüssen auf; bei den persönlich Befragten war der Anteil der Berufstätigen geringfügig höher als bei den telefonisch Befragten, außerdem hatten sie ein etwas niedrigeres durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen. In der Gesamtschau kam das Methoden-Gutachten zu dem Ergebnis, für den THÜ-

RINGEN-MONITOR an der telefonischen Befragung festhalten zu können. Die Konstanz der Untersuchungsmethode seit dem Jahr 2000 dient vorrangig der Qualitätssicherung, hinzu kommt aber die Kostenersparnis gegenüber einer persönlichen Befragung.

Die automatische Zufallsauswahl der Telefonnummern für die Interviews erfolgt aus einer Telefonnummernliste mit Thüringer Festnetzanschlüssen, die dem Befragungsinstitut von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Köln, zur Verfügung gestellt wird. Diese Telefonnummernliste wird nach dem sogenannten Gabler-Häder-Design erstellt, zweimal jährlich aktualisiert und enthält sowohl im Telefonbuch eingetragene als auch nicht eingetragene Anschlüsse, die über ein Ortsnetz erreichbar sind. Diese Telefonnummernliste (Auswahlgrundlage) ist i. d. R. so zusammengesetzt, dass die Anzahl der Telefonnummern mit unterschiedlichen Ortsvorwahlen ungefähr den jeweiligen Einwohner:innenzahlen entspricht (zum Beispiel: Da in Erfurt ungefähr ein Zehntel der Thüringer Bevölkerung lebt, hat auch ein Zehntel der Telefonnummern in der Auswahlgrundlage eine Erfurter Ortsvorwahl). Im Endergebnis stammen dann normalerweise drei Viertel der Befragten aus den Thüringer Landkreisen und ein Viertel aus den kreisfreien Städten, was näherungsweise auch mit den Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik übereinstimmt. Davon abweichend wurde beim THÜRINGEN-MONITOR 2022 bei der Stichprobenziehung die vier Ländlichkeitsklassen in Thüringen („städtisch“, „etwas ländlich“, „moderat ländlich“ sowie „sehr ländlich“) berücksichtigt. Diese Einteilung beruht auf den Daten des *Thüringen Landatlas* (siehe für nähere Informationen Kapitel II.). Zudem wurde die Stichprobengröße für die Befragung 2022 deutlich erhöht, um pro Ländlichkeitscluster eine ausreichend große Anzahl an Thüringer:innen befragen zu können. Dies erlaubt, verlässliche Aussagen zu den Einstellungsmustern in Abhängigkeit von der Ländlichkeit des Wohnortes machen zu können.

Die telefonischen Interviews finden v. a. werktags in den Nachmittags- und Abendstunden statt, um auch berufstätige und mobile Thüringer:innen erreichen zu können. Die Interviews werden von Interviewer:innen durchgeführt, die speziell für sozialwissenschaftliche Befragungen geschult worden sind und i. d. R. selbst ein sozialwissenschaftliches Fach studieren. Die Einwahl wird vom Computer automatisch vorgenommen. Das Befragungsinstitut hat keine Telefonbücher mit Namen oder Adressen der Befragten, die Befragung erfolgt völlig anonym. Befragt wird immer die Haushaltsperson, die zuletzt Geburtstag hatte („Last Birthday Method“). Bei der Gesprächsanbahnung wird auch nach der Wahlberechtigung und dem Alter gefragt und anhand der Stimme der Befragten ihr Geschlecht bestimmt, um die Quotierungsvorgaben (entsprechend der demographischen Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik) zu erreichen.⁷⁹ Genau genommen handelt es sich also um keine reine Zufallsauswahl der Befragten. Nur mit Hilfe dieser Quotierung kann eine repräsentative Stichprobe gebildet werden, auf deren Grundlage Aussagen über die gesamte Wahlbevölkerung Thüringens zulässig sind. Die Fragen werden vom Bildschirm abgelesen, die Antworten durch die Interviewer:innen in eine Datenmaske eingegeben (spezielle Interview-Software).

⁷⁹ Die Geschlechtsoption „divers“ kann aufgrund ihrer Seltenheit derzeit leider keine Berücksichtigung finden. Befragte, auf die diese Geschlechtsoption zutrifft, müssten aus vielen statistischen Auswertungen ausgeschlossen werden, u. a. weil fehlende Fälle und unbesetzte Antwortkategorien („leere Zellen“) bei vielen Prozeduren ein mathematisches Problem darstellen. Da sich der THÜRINGEN-MONITOR nicht explizit mit Fragen nicht-heteronormativer bzw. nicht-binärer Geschlechtsidentitäten befasst, verzichten wir außerdem in den Interviews auf die explizite Nachfrage nach dem Geschlecht, auch wenn dies bedauerlicherweise bedeutet, diverse Befragte unsichtbar zu machen. Das Risiko einer Falschzuschreibung bei Stimmenerkennung durch die Interviewer:innen muss aus technischen und forschungspragmatischen Gründen in Kauf genommen werden.

Im Anschluss an die Datenerhebung wird die Stichprobe nach Alter, Geschlecht, Bildung und Haushaltsgröße gewichtet (IPF-Gewichtung), um Repräsentativität zu erzielen. Das heißt, die proportionale Zusammensetzung der Stichprobe nach diesen Merkmalen wird entsprechend den genauen Angaben des Thüringer Landesamts für Statistik mathematisch korrigiert. Beginnend mit dem TM 2021 wurde die Gewichtungvariable auf Basis einer veränderten Abfrage der Bildungsabschlüsse der Befragten errechnet. Die Abfrage der Bildung im THÜRINGEN-MONITOR entspricht nun der Aufgliederung der Bildungsvariable im Mikrozensus in höchsten Schulabschluss und höchsten berufsbildenden Abschluss. Schwankungen in den Gesamtergebnissen des THÜRINGEN-MONITORS, die auf die veränderte Berechnung der Gewichtung zurückzuführen sind, sind dabei marginal (im Bereich von null bis zwei Prozentpunkten)

In Thüringen leben zwar insgesamt ca. 1,8 Millionen Wahlberechtigte, aber tatsächlich ist es ausreichend, nur knapp über 1.000 Personen zu befragen. Wichtig ist, dass die Stichprobe die Zusammensetzung der Wahlbevölkerung nach Alter, Geschlecht, Bildung und Haushaltsgröße maßstabsgetreu widerspiegelt. Dann kann von Repräsentativität ausgegangen werden. Repräsentativität bedeutet, dass die Stichprobe ein verkleinertes Abbild der Grundgesamtheit (im THÜRINGEN-MONITOR: bei Bundestagswahlen wahlberechtigte Thüringer Wohnbevölkerung) darstellt. Dies erlaubt es, aufgrund der Befragungsergebnisse von der Stichprobe (also den gemeinhin ca. 1.000 zufällig ausgewählten befragten Personen; 2022: ca. 1.900 Befragte) auf die Grundgesamtheit zu verallgemeinern. Bei dieser Verallgemeinerung (dem sogenannten „inferenzstatistischen Schluss“) handelt es sich immer um eine Schätzung. Für eine möglichst genaue Schätzung sind in sozialwissenschaftlichen Befragungen Stichproben mit $n \geq 1.000$ Befragten üblich. Eine wesentlich größere Stichprobe wäre teurer, würde aber in statistischer Hinsicht kaum genauere Aussagen ermöglichen.

Alle in der Befragung gemessenen Werte (z. B. Anteil einer Antwort auf eine Frage in Prozent) unterliegen Schwankungen (Fehlertoleranzen bzw. sogenannte Irrtumswahrscheinlichkeiten). Es lässt sich ein sogenannter „Stichprobenfehler“ berechnen, aus dem der Schwankungsbereich (sogenanntes Konfidenzintervall) abgeleitet wird. Es ist anzunehmen, dass der Wert in der Grundgesamtheit (hier: das „tatsächliche“ Antwortverhalten der gesamten Thüringer Wahlbevölkerung) mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit in diesem Bereich liegt. Weil der Schwankungsbereich bei Stichprobendaten immer besteht, werden im THÜRINGEN-MONITOR alle Prozentangaben ohne Kommata berichtet, also ganzzahlig gerundet. Unterschiede zwischen Anteilswerten werden nur diskutiert und interpretiert, wenn sich die Schwankungsbereiche der Anteilswerte nicht überschneiden. In diesem Fall wird von einem „statistisch signifikanten“ Unterschied ausgegangen.

Die indikatorengestützte Einstellungsmessung, wie sie im THÜRINGEN-MONITOR zum Einsatz kommt, basiert auf dem theoretischen Grundgedanken, dass das *Antwortverhalten* der Befragten gewisse Rückschlüsse auf deren jeweilige *Einstellungen* zulässt: Wer nicht der jeweiligen Meinung gewesen wäre, hätte anders antworten können; bei Unentschlossenheit, Beurteilungsschwierigkeit oder Verständnisproblemen bliebe immer noch die Möglichkeit der Antwortverweigerung. Allerdings kann die Zustimmung- oder Ablehnungstendenz sehr unterschiedlich ausgeprägt sein, da es z. B. „harte“ und „weichere“ Formulierungen gibt. Darüber hinaus gibt es eine große Bandbreite an Möglichkeiten, wie ein bestimmter Sachverhalt thematisiert und ausgedrückt werden kann. Daher ist immer diskutabel, ob wirklich das erfasst wird, was auch erfasst werden soll, also eine valide Messung stattfindet. Das Antwortverhalten verweist auf Einstellun-

gen und lässt *Deutungen* über sie zu; es kann jedoch nicht mit ihnen *gleichgesetzt* werden. Umgekehrt gilt: Wer beispielsweise bestimmte Aussagen ablehnt, kann dennoch Einstellungen haben, die sich gegebenenfalls anders äußern und dementsprechend anders gemessen werden müssten. Erst recht muss ein bestimmtes Antwortverhalten nicht kongruent mit tatsächlichem Handeln sein. In der anonymen Befragungssituation, wie sie beim THÜRINGEN-MONITOR vorliegt, bleibt die Zustimmung zu den Aussagen ohne soziale Folgen für die Befragten. Daher wird davon ausgegangen, dass sie weitestgehend gemäß ihrer tatsächlichen Meinung antworten und weniger entsprechend der von ihnen wahrgenommenen oder vermuteten sozialen Erwünschtheit. Ob dies wirklich so ist, lässt sich schwerlich überprüfen. Um bei einer wissenschaftlichen Messung der Komplexität von Einstellungen zu komplexen gesellschaftlichen Phänomenen näherungsweise gerecht werden zu können, werden den Befragten zu einem Thema vorzugsweise immer mehrere Fragen zur Beantwortung vorgelegt. Nur wenn sich daraus Muster ableiten lassen (z. B. die gleichzeitige Zustimmung zu mehreren Fragen, das Überschreiten eines bestimmten Schwellenwertes usw.), kann mit einiger *Plausibilität* auf zugrundeliegende Einstellungen geschlossen werden.

Ergebnisse repräsentativer Bevölkerungsbefragungen sind nie in Stein gemeißelt – sie erheben keinen Anspruch auf absolute Genauigkeit und lassen dementsprechend nur näherungsweise Aussagen über Sachverhalte und Zusammenhänge zu. Allerdings wird durch die Methoden der sozialwissenschaftlichen Statistik eine systematische Durchführung und Auswertung gewährleistet. Die Befragungsergebnisse dienen in erster Linie einer faktenbasierten Diskussion über den jeweiligen Gegenstandsbereich; die Interpretationen der Wissenschaftler:innen sollten also vor allem als Gesprächsangebote verstanden werden. Wenn Sie Fragen zur Methodik haben, auf die an dieser Stelle nicht eingegangen wurde, können Sie sich gern schriftlich an das Team der Autor:innen wenden oder uns auch am Rande öffentlicher Veranstaltungen zum THÜRINGEN-MONITOR ansprechen.

Anhang 2: Methoden-Glossar

Befragung, telefonische: Für den THÜRINGER-MONITOR werden ausschließlich Festnetzanschlüsse angerufen, da Mobilfunknummern keine auf Thüringen begrenzte Flächenstichprobe zulassen. Die automatische Zufallsauswahl der Telefonnummern erfolgt aus einer Telefonnummernliste mit Thüringer Festnetzanschlüssen, die dem Befragungsinstitut von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Köln, zur Verfügung gestellt wurde. Diese Telefonnummernliste wird nach dem sogenannten Gabler-Häder-Design erstellt, zweimal jährlich aktualisiert und enthält sowohl im Telefonbuch eingetragene als auch nicht eingetragene Anschlüsse, die über ein Ortsnetz erreichbar sind. Befragt wird die Haushaltsperson, die zuletzt Geburtstag hatte („Last Birthday Method“). Außerdem werden bei der Gesprächsanbahnung auch Alter und Geschlecht erfragt, um die Quotierungsvorgaben (entsprechend den demographischen Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik) zu erreichen. Im Anschluss an die Datenerhebung wird die Stichprobe nach Alter, Geschlecht, Bildung und Haushaltsgröße gewichtet (IPF-Gewichtung), um *Repräsentativität* zu erzielen. Eine besondere Herausforderung für die Befragungsforschung besteht im veränderten Telefonnutzungsverhalten und der schwierigen Erreichbarkeit bestimmter Befragten (u. a. jüngere und niedrig qualifizierte Befragte). Allerdings ist es bei *regionalen* Befragungen (wie dem THÜRINGER-MONITOR) technisch derzeit noch nicht möglich, Mobilfunkanschlüsse zu kontaktieren, weil dafür z. B. der Aufenthaltsort der Mobilfunkteilnehmer:innen bestimmt werden müsste. Außerdem bietet eine Kombination von Festnetzanschlüssen und *Mobilfunknummern* bei (deutschlandweiten) politischen Befragungen nach derzeitigem Kenntnisstand keine wesentlichen Vorteile, die in einem angemessenen Verhältnis zum entstehenden Mehraufwand gegenüber der ausschließlichen Verwendung von Festnetzanschlüssen stehen (vgl. Hunsicker & Schroth 2014). Durch ein *Oversampling* d. h. eine absichtliche Überrepräsentation der jüngsten Alterskohorte (18-24 Jahre) in der Stichprobe, kann dem Problem der Unterrepräsentation von Personen mit niedrigeren und mittleren Bildungsabschlüssen in dieser Altersgruppe in der Stichprobe entgegengewirkt werden.

Faktorenanalyse: Multivariates statistisches Verfahren, bei dem die Multidimensionalität einer Liste von Variablen überprüft werden kann (vgl. Bortz & Schuster 2016). So können z. B. verschiedene Einstellungen einen gemeinsamen „Raum“ aufspannen und dabei auf unterschiedlichen Dimensionen verortet sein. Ein komplexes Phänomen, z. B. ein Einstellungssyndrom wie *Rechtsextremismus* oder „*Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*“, kann demnach verschiedene Hauptdimensionen, Unterdimensionen etc. aufweisen.

Fehlertoleranz: beachtet den Stichprobenfehler für jeden Messwert, siehe *Konfidenzintervall*.

Grundgesamtheit: im THÜRINGER-MONITOR die Gesamtheit der bei Bundestagswahlen wahlberechtigten Thüringer Wohnbevölkerung, über die sich – von den Befragungsergebnissen verallgemeinernd – Aussagen treffen lassen (vgl. *Repräsentativität*).

Irrtumswahrscheinlichkeit: auch α -Fehler, siehe *Konfidenzintervall*.

Konfidenzintervall: Jeder in einer *repräsentativen* Befragung ermittelte Messwert (z. B. ein Anteilswert der Zustimmung zu einer Aussage) kann lediglich als *Schätzwert* für den jeweiligen Wert in der *Grundgesamtheit* behandelt werden, da immer ein *Stichprobenfehler* auftritt. Es lässt

sich jedoch berechnen (schätzen), in welchen Unter- und Obergrenzen der Wert in der Grundgesamtheit liegt, wenn von einer Irrtumswahrscheinlichkeit (α -Fehler) von maximal fünf Prozent ausgegangen wird (vgl. Gehring & Weins 2009). Es wird angenommen, dass sich in 95 Prozent aller theoretisch möglichen Stichproben Messwerte ergeben würden, deren Konfidenzintervalle den Wert in der Grundgesamtheit einschließen (vgl. Bortz & Schuster 2016). Im Fall überlappender 95%-Konfidenzintervalle für zwei Stichprobenwerte bezeichnet man den Unterschied zwischen zwei Messwerten als „*nicht signifikant*“; d. h. der in der Stichprobe gemessene Unterschied kann nicht für die Grundgesamtheit angenommen werden. Für eine Schätzung mit möglichst engen Konfidenzintervallen sind in sozialwissenschaftlichen Befragungen *Stichproben* mit $n \geq 1.000$ Befragten üblich. 95-Prozent-Konfidenzintervalle für arithmetische Mittelwerte werden in diesem Gutachten durch die Angaben „95%-KI-Untergrenze“ und „95%-KI-Obergrenze“ ausgewiesen.

Korrelation: Der statistische Zusammenhang zwischen (mindestens) zwei Variablen, der im THÜRINGEN-MONITOR meist in Kreuztabellen oder Grafiken abgebildet wird, lässt sich auch in sog. Assoziationsmaßen oder Korrelationskoeffizienten quantifizieren (vgl. Benninghaus 2007, Gehring & Weins 2009). Im THÜRINGEN-MONITOR dargestellte und diskutierte Variablenzusammenhänge und Merkmalsunterschiede zwischen Untersuchungsgruppen werden dabei auf ihre *Signifikanz* überprüft. Eine statistische Korrelation kann ein *Hinweis* auf einen Kausalzusammenhang sein, die tatsächliche Ursache-Wirkungs-Beziehung muss aber theoretisch gut begründbar und plausibel sein; beispielsweise sollte die Ursache der Wirkung nachweisbar zeitlich vorausgehen usw. Außerdem sind Drittvariableneinflüsse zu kontrollieren, um Scheinkorrelationen und Verzerrungen auszuschließen (z. B. in multivariaten Verfahren wie der *Regression*).

Median: „Zentralwert“, der in der Mitte einer nach Größe geordneten Wertereihe steht.

OLS: Ordinary Least Squares (dt.: Methode der kleinsten Quadrate) statistisches Schätzverfahren, das in der *linearen Regression* zur Schätzung der Regressionskonstante und der Regressionskoeffizienten dient.

Regression, binomiale logistische: Statistisches Verfahren, bei dem die Einflüsse mehrerer erklärender Merkmale (unabhängige Variablen bzw. Prädiktoren) auf ein zu erklärendes Merkmal (abhängige Variable) gleichzeitig berechnet und die gegenseitige Beeinflussung von Variablen kontrolliert werden können. Anders als bei der *multiplen linearen Regression* hat das zu erklärende Merkmal (die abhängige Variable) kein metrisches Skalenniveau, sondern ist dichotom, d. h. binär (0/1) codiert. Der Effektkoeffizient Exp. (B) eines erklärenden Merkmals (unabhängige Variable) kann als Faktor interpretiert werden, um den das Vorliegen dieses Merkmals die „Wahrscheinlichkeit“ des Eintretens (odd) der Ausprägung „1“ der abhängigen Variable erhöht oder senkt (vgl. Bortz & Schuster 2016, Diaz-Bone 2019).

Regression, multiple lineare: Statistisches Verfahren, bei dem die Einflüsse mehrerer erklärender Merkmale (unabhängige Variablen) auf ein zu erklärendes Merkmal (abhängige Variable mit metrischem bzw. pseudometrischem Skalenniveau) gleichzeitig berechnet und die gegenseitige Beeinflussung von Variablen kontrolliert werden können. Der multiplen linearen Regression liegt ein „Kausalmodell“ zugrunde, indem *Annahmen* über einen linearen Ursachen-Wirkungs-Zusammenhang zwischen den unabhängigen Variablen und der abhängigen Variable formuliert werden. Die berechneten Regressionskoeffizienten geben die jeweiligen „Nettoeffektstärken“

der erklärenden Variablen (Prädiktoren) an. Ein positiver Regressionskoeffizient signalisiert die verstärkende Wirkung einer unabhängigen Variable auf die Ausprägung der abhängigen Variable, ein negativer Regressionskoeffizient eine abschwächende Wirkung (vgl. Bortz & Schuster 2016, Diaz-Bone 2019).

Repräsentativität: bedeutet, dass die Stichprobe ein möglichst maßstabsgerechtes, verkleinertes Abbild der Grundgesamtheit (im THÜRINGEN-MONITOR: bei Bundestagswahlen wahlberechtigte Thüringer Wohnbevölkerung) darstellt, das es erlaubt, aufgrund der Befragungsergebnisse von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit zu verallgemeinern (vgl. Schnell et. al. 2018). Dieser sogenannte „inferenzstatistische Schluss“ bedarf der Schätzung des sogenannten „Stichprobenfehlers“ für alle erhobenen Stichprobendaten und der Berechnung von *Signifikanzen* und *Konfidenzintervallen*. Für eine Schätzung mit möglichst engen Konfidenzintervallen sind in sozialwissenschaftlichen Befragungen *Stichproben* mit $n \geq 1.000$ Befragten üblich.

Signifikanz: geringe *Irrtumswahrscheinlichkeit* (α -Fehler bei höchstens fünf Prozent), siehe *Konfidenzintervall*, *Repräsentativität*. Wenn die jeweilige statistische Berechnung ein *signifikantes* Ergebnis (Unterschied zwischen Messwerten, Effektstärke in statistischen Modellen usw.) ausweist, heißt das, dass die Irrtumswahrscheinlichkeit (α -Fehler) so gering ist, dass das aufgrund der Befragungsdaten errechnete Ergebnis nicht „zufällig“ ist, sondern auf die *Grundgesamtheit* verallgemeinert werden kann.

Stichprobe: vgl. Befragung

Zusammenhang, bivariater: vgl. Korrelation

Literaturempfehlungen zu Quantitative Methoden/Statistik:

- Benninghaus, Hans (2007): Deskriptive Statistik. Eine Einführung für Sozialwissenschaftler. 11. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bortz, Jürgen / Schuster, Christof (2016): Statistik für Human- und Sozialwissenschaftler. 7., vollst. überarb. und erw. Auflage. Berlin: Springer.
- Diaz-Bone, Rainer (2019): Statistik für Soziologen. 5. Auflage. Konstanz: UVK.
- Gehring, Uwe W. / Cornelia Weins (2009): Grundkurs Statistik für Politologen und Soziologen. 5., überarb. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hunsicker, Stefan / Yvonne Schroth (2014): Dual-Frame-Ansatz in politischen Umfragen. Arbeitspapiere der Forschungsgruppe Wahlen. Nr. 2 – April 2014. Mannheim.
- Kuckartz, Udo/ Rädiker, Stefan/ Ebert, Thomas/ Schehl, Julia (2013): Statistik. Eine verständliche Einführung. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer VS.
- Schnell, Rainer / Hill, Paul B. / Esser, Elke (2018): Methoden der empirischen Sozialforschung. 11., überarb. Auflage. Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg.
- Tausendpfund, Markus (2018): Quantitative Methoden in der Politikwissenschaft. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS.
- Tausendpfund, Markus (Hrsg.) (2020): Fortgeschrittene Analyseverfahren in den Sozialwissenschaften. Ein Überblick. Wiesbaden: Springer VS.
- Völkl, Kerstin/ Korb, Christoph (2018): Deskriptive Statistik. Eine Einführung für Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftler, Wiesbaden: Springer VS.
- Wolf, Christof/ Best, Henning (Hrsg.) (2010): Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Anhang 3: Stichprobeninformationen

	abs.	%
Gesamt	1.885	
Geschlecht		
männlich	927	49
weiblich	958	51
Alter		
18-24 Jahre	131	7
25-34 Jahre	202	11
35-44 Jahre	283	15
45-59 Jahre	453	24
60 Jahre und älter	816	43
Schulabschluss		
unter 10. Klasse	451	24
10. Klasse	909	48
Abitur	207	11
(Fach-)Hochschule	313	17
Erwerbstätigkeit		
erwerbstätig	899	48
in Ausbildung	103	6
arbeitslos	80	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	42
Berufsgruppe		
Arbeiter	193	26
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	53
höh.-leit. Ang./Beamte	104	14
Landw./Selbst./Freib.	54	7
Religionsgemeinschaft		
keine, andere	1318	70
evangelisch	434	23
katholisch	121	6
Ortsgröße		
bis 5.000 Einwohner	893	49
bis 20.000 Einwohner	329	18
bis 50.000 Einwohner	188	10
über 50.000 Einwohner	425	23
Planungsregion		
Nordthüringen	288	15
Mittelthüringen	528	28
Ostthüringen	686	36
Südwestthüringen	383	20
Landkreise	1350	72
Kreisfreie Städte	535	28

Anhang 4: Regressionsmodelle

Tabelle 1: *Lineare Regressionsmodelle Gefühl des „Abgehängtseins“ von der Bundespolitik nach Ländlichkeitsklassen*

Einflussfaktoren	Gesamt	Cluster 1 (städtisch)	Cluster 2 (etwas ländl.)	Cluster 3 (moderat ländl.)	Cluster 4 (sehr ländl.)
Lebensalter (Jahre)	0.04 (0.03)	0.02 (0.09)	-0.01 (0.05)	0.08 (0.05)	-0.02 (0.08)
Geschlecht (weiblich)	-0.10 (0.06)	0.19 (0.16)	-0.03 (0.09)	-0.19* (0.10)	-0.30* (0.16)
Bildungsabschluss (Abitur und höher)	-0.16* (0.06)	-0.10 (0.13)	-0.24* (0.10)	-0.12 (0.10)	-0.21 (0.15)
Individuelle Deprivation (ja)	0.27** (0.08)	0.43* (0.21)	0.07 (0.14)	0.45** (0.15)	-0.13 (0.20)
Ostdeprivation (ja)	0.18 (0.10)	0.48 (0.34)	-0.00 (0.20)	0.19 (0.17)	0.38** (0.20)
Statusverlustangst (ja)	0.28*** (0.06)	0.12 (0.19)	0.37*** (0.10)	0.27** (0.10)	0.27* (0.12)
Zufriedenheit mit Infrastrukturangebot (höher)	-0.02 (0.03)	-0.08 (0.08)	-0.08 (0.05)	0.01 (0.05)	-0.00 (0.08)
Erreichbarkeit v. Einkaufsmöglichkeiten und Kultur (gut)	-0.00 (0.04)	-0.07 (0.09)	-0.05 (0.06)	-0.05 (0.06)	0.09 (0.10)
Wirtschaftliche Lage der Gemeinde im Thüringer Vergleich (besser)	-0.06 (0.04)	-0.03 (0.10)	-0.16** (0.06)	-0.03 (0.07)	-0.08 (0.08)
Abwanderung junger Menschen (Problem)	0.06* (0.03)	-0.03 (0.07)	0.02* (0.05)	0.09* (0.05)	0.12* (0.07)
Einstufung eigenen Gemeinde Zentrum-Peripherie-Kontinuum (peripher)	-0.07 (0.04)	-0.02 (0.06)	-0.02 (0.06)	-0.05 (0.06)	-0.07 (0.07)
Verbundenheit mit eigener Gemeinde (stark)	-0.04 (0.11)	-0.02 (0.25)	-0.08 (0.23)	-0.06 (0.22)	0.08 (0.21)
R ² *100 (Anteil erklärter Varianz)	18,7	18,2	21,4	22,5	14,6
Fallzahl N	1.287	322	316	326	323

*Anmerkung: Es wurden robuste Standardfehler (in Klammern) und standardisierte Regressionskoeffizienten berechnet. Signifikanzniveaus: * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.*

Tabelle 2: Lineare Regressionsmodelle Demokratiezufriedenheit nach Ländlichkeitsklassen

Einflussfaktoren	Gesamt		Cluster 1 (städtisch)		Cluster 2 (etwas ländl.)		Cluster 3 (moderat ländl.)		Cluster 4 (sehr ländl.)	
	beta	s.e.	beta	s.e.	beta	s.e.	beta	s.e.	beta	s.e.
Lebensalter (Jahre)	0.00	(0.04)	-0.02	(0.09)	-0.02	(0.06)	0.02	(0.07)	0.03	(0.06)
Geschlecht (weiblich)	0.08	(0.06)	0.07	(0.10)	0.23*	(0.10)	0.00	(0.13)	0.03	(0.10)
Bildungsabschluss (Abitur und höher)	0.20**	(0.07)	0.06	(0.12)	0.26*	(0.12)	0.21	(0.11)	0.15	(0.12)
Unterstützung Demokratie als Idee (ja)	0.52***	(0.09)	0.44	(0.25)	0.60***	(0.13)	0.44**	(0.17)	0.49**	(0.15)
Politisches Interesse (höher)	-0.02	(0.03)	-0.03	(0.07)	0.00	(0.06)	-0.03	(0.06)	-0.06	(0.07)
Individuelle Deprivation (ja)	-0.22*	(0.09)	0.08	(0.21)	0.01	(0.15)	-0.28	(0.15)	-0.53***	(0.15)
Selbstwirksamkeit (gering)	-0.27***	(0.07)	-0.36*	(0.17)	-0.27*	(0.12)	-0.23	(0.13)	-0.23*	(0.11)
Bewertung wirtschaftliche Situation Thüringens (gut)	0.21**	(0.07)	0.21	(0.18)	0.34**	(0.11)	0.19	(0.13)	0.15	(0.13)
Zufriedenheit mit Infrastrukturangebot (höher)	0.06	(0.03)	0.10	(0.09)	0.05	(0.06)	0.07	(0.05)	0.01	(0.06)
Erreichbarkeit v. Einkaufsmöglichkeiten und Kultur (gut)	-0.02	(0.04)	0.02	(0.06)	-0.08	(0.06)	0.02	(0.07)	-0.08	(0.07)
Wirtschaftliche Lage der Gemeinde im Thüringer Vergleich (besser)	0.10*	(0.04)	0.03	(0.06)	0.09	(0.05)	0.13	(0.07)	0.06	(0.05)
Abwanderung junger Menschen (Problem)	0.03	(0.03)	-0.06	(0.08)	-0.03	(0.05)	0.09	(0.06)	-0.00	(0.05)
Gefühl des „Abgehängtseins“ (höher)	-0.17***	(0.04)	-0.15*	(0.07)	-0.09	(0.06)	-0.22***	(0.06)	-0.18*	(0.08)
Einstufung eigene Gemeinde Stadt-Land-Kontinuum (ländlich)	0.02	(0.04)	0.07	(0.05)	-0.08	(0.06)	0.13*	(0.06)	-0.05	(0.06)
R ² *100 (Anteil erklärter Varianz)	34,9		36,6		32,1		35,0		41,3	
Fallzahl N	1.302		316		325		332		329	

Anmerkung: Es wurden robuste Standardfehler und standardisierte Regressionskoeffizienten berechnet. Signifikanzniveaus: * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.

Tabelle 3: Einflussfaktoren Politischer Partizipation 2021 und 2022
(Multivariate lineare Regression)

Einflussfaktoren	TM 2021	TM 2022
Geschlecht (weiblich)	-,070 (,088) ,048	,011 (,063) ,688
Lebensalter (in Jahren)	-,114 (,003) ,002	-,119 (,002) ,000
Arbeitslosigkeit (ja)	-,074 (,243) ,035	,036 (,160) ,182
Bildungsabschluss (Abitur und höher)	,138 (,101) ,000	,062 (,072) ,030
Nettoäquivalenzeinkommen	-,009 (,000) ,792	,041 (,000) ,147
Parteiidentifikation (ja)	,108 (,089) ,002	,045 (,063) ,091
Politisches Interesse (höher)	,193 (,048) ,000	,096 (,030) ,001
Demokratiezufriedenheit (höher)	-,033 (,069) ,415	-,115 (,045) ,000
Interne politische Selbstwirksamkeit (niedrig)	,066 (,064) ,074	nicht erhoben
Externe politische Selbstwirksamkeit (niedrig)	-0,83 (,045) ,035	-,208 (,034) ,000
Mangelndes Responsivitätsempfinden (höher)	,024 (,099) ,539	-,054 (,039) ,093
Individuelle Deprivation (höher)	,001 (,062) ,974	-,085 (,046) ,004
$R^2_{\text{korr}} * 100$ (Anteil erklärter Varianz)	15,5	11,0
Fallzahl (N)	773	1.336

Legende
standardisierter Regressionskoeffizient (Beta) (Standardfehler) Signifikanzniveau (α -Fehler)

Tabelle 4: Einflussfaktoren rechtsextremer und populistischer Einstellungen
(Multivariate lineare hierarchische Regressionen)¹

Einflussfaktoren	Rechtsextremismus			Populismus		
Ländlichkeitsklasse: ländlich	.1***	-.02	-.06	.14***	0	-.05
Schlechte Infra- struktur am Wohnort:	Einkaufsmgl.	.05	-.07	.01	-.01	
	Fachärzt:innen	.02	-.04	-.01	-.1**	
	Kultur-/Freizeitmgl.	.11**	.04	.04	-.02	
	Kinderbetreuung	.04	.04	0	.05	
	Pflegeleistungen	.03	.03	.07	.01	
	Mobile Daten	-.02	-.05	.03	-.03	
	ÖPNV	-.1	0	-.04	.06	
	Notfallversorgung	-.08	.05	-.03	.05	
	Hausärzt:innen	-.07	-.06	.01	.03	
Wirt. Lage Wohnort: gleich/schlechter als Thür.		.07	.08**	.07	.05	
Wirt. Lage Wohnort: gleich/schlechter als Dtl.		-.04	.01	-.04	-.04	
Region wirt. vernachlässigt durch Landespolitik		.12**	.01	.07	-.03	
Region polit. „abgehängt“ in Thüringen		.06	-.05	.1	.04	
Region kulturell „abgehängt“ in Thüringen		.07	.11***	-.01	0	
Region wirt. vernachlässigt durch Bundespolitik		.09	.01	.18***	.08	
Region polit. „abgehängt“ in Deutschland		.04	-.05	.2***	.1**	
Region kulturell „abgehängt“ in Deutschland		.28***	.1***	.17***	.01	
Geschlecht (weiblich)			.06		.02	
Lebensalter (18-24 Jahre)			-.05		-.04	
Lebensalter (60 Jahre und älter)			.03		.06	
Bildungsabschluss (Abitur und höher)			-.06		-.06	
Nettoäquivalenzeinkommen (höher)			.02		-.06	
Berufstätig (noch nicht/nicht mehr)			.07		-.02	
Art der Berufstätigkeit ((Fach-)Arbeiter)			.08**		.06	
Arbeitslos (ja)			.01		.01	
Arbeitsplatz gefährdet (ja)			.1***		.07	
Individuelle Deprivation (höher)			.04		.03	
Statusverlustangst (höher)			.16***		.15***	
Ostdeprivation (ja)			-.01		.05	
Persönl. Ost-Diskriminierungserfahrung (ja)			0		0	
Demokratieunterstützung (höher) ²			-.24***		-.3***	
Politische Partizipation (höher)			.02		.07**	
Persönlicher Autoritarismus (höher)			.29***		.28***	
Soziale Dominanzorientierung (höher)			.16***		.03	
Traditionen aufrechterhalten (höher)			.09**		.11***	
<i>R²*100 (Anteil erklärter Varianz)</i>	0.1	27.5	73.9	1.9	33.2	73.6
Fallzahl N	1707	741	519	1713	742	524

¹ Es werden nur Effekte mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.05$ als statistisch signifikant markiert.

² Die Demokratieunterstützung in den Modellen für Populismus enthält nicht die Demokratiezufriedenheit, die Bestandteil der Messung von Populismus ist.

Anhang 5: Tabellarische Übersichten

A1	Thüringen: Vergleich mit westdeutschen Bundesländern
A2	Wirtschaftliche Lage Thüringens besser als in anderen ostdeutschen Bundesländern
A3	Wirtschaftliche Lage Thüringens
A4	Eigene finanzielle Situation
A5	Gerechter Anteil zum Leben
A6	Vorteile oder Nachteile der deutschen Einheit
A7	Persönliche Benachteiligung wegen ostdeutscher Herkunft
A8	Links-Rechts-Selbsteinstufung
A9	Interesse an Politik
A10	Demokratie als beste Staatsidee
A11	Zufriedenheit mit Demokratie in Deutschland
A12	Institutionenvertrauen: Bundesregierung
A13	Institutionenvertrauen: Landesregierung
A14	Institutionenvertrauen: Gerichte
A15	Institutionenvertrauen: Bürgermeister
A16	Überfremdung der Bundesrepublik
A17	Ausländer wollen Sozialstaat ausnutzen
A18	Wertvolles und unwertes Leben
A19	Ausländer sollen Ehepartner unter Landsleuten auswählen
A20	Durchsetzen deutscher Interessen notwendig
A21	Diktatur unter Umständen bessere Staatsform
A22	Selbstwirksamkeit: Einfluss auf Handeln der Regierung
A23	Parteien nur an Wählerstimmen interessiert
A24	Orientierungsverlust durch Gesellschaftswandel
A25	Überlegenheit mancher Gruppen von Menschen
A26	Über andere hinwegsetzen, um voranzukommen
A27	Rückkehr zur sozialistischen Ordnung
A28	Systematische Benachteiligung der Männer durch Feminismus
A29	Volk als Entscheidungsträger (Volkszentriertheit)
A30	Homogener Volkswille (Anti-Pluralismus)
A31	Einigkeit der Politiker bei Schutz eigener Privilegien (Anti-Establishment)
A32	Politische Kompromisse sind Prinzipienverrat (Manichäische Weltanschauung)
A33	Gezieltes Angstmachen der Politik in Corona Zeiten
A34	Selbsteinstufung der eigenen Gemeinde: ländlich vs. städtisch
A35	Selbsteinstufung der eigenen Gemeinde: ländlich vs. städtisch (Teil II)
A36	Selbsteinstufung der eigenen Gemeinde: traditionell vs. modern
A37	Selbsteinstufung der eigenen Gemeinde: traditionell vs. modern (Teil II)
A38	Selbsteinstufung der eigenen Gemeinde: Anonym vs. sozial vernetzt
A39	Selbsteinstufung der eigenen Gemeinde: Anonym vs. sozial vernetzt (Teil II)
A40	Selbsteinstufung der eigenen Gemeinde: Abseits vs. zentral
A41	Selbsteinstufung der eigenen Gemeinde: Abseits vs. zentral (Teil II)

A42	Selbsteinstufung der eigenen Gemeinde: Familienunfreundlich vs. familienfreundlich
A43	Selbsteinstufung der eigenen Gemeinde: Familienunfreundlich vs. familienfreundlich (Teil II)
A44	Selbsteinstufung der eigenen Gemeinde: Ruhig vs. lebhaft
A45	Selbsteinstufung der eigenen Gemeinde: Ruhig vs. lebhaft (Teil II)
A46	Selbsteinstufung der eigenen Gemeinde: Attraktiver Ort zum Leben vs. Kein attraktiver Ort zum Leben
A47	Selbsteinstufung der eigenen Gemeinde: Attraktiver Ort zum Leben vs. Kein attraktiver Ort zum Leben (Teil II)
A48	Verbundenheit mit Stadt oder Gemeinde
A49	Verbundenheit mit Region
A50	Verbundenheit Thüringen
A51	Zufriedenheit mobiler Datenversorgung
A52	Zufriedenheit öffentliche Verkehrsmittel
A53	Zufriedenheit Notfallversorgung
A54	Zufriedenheit Versorgung Hausärzte
A55	Erreichbarkeit Supermarkt
A56	Erreichbarkeit Facharzt
A57	Erreichbarkeit: Kultur und Freizeit
A58	Erreichbarkeit: Kinderbetreuung und Schule
A59	Erreichbarkeit: Pflegeleistungen
A60	Zufriedenheit: Nachbarschaftshilfe
A61	Zufriedenheit: Vereinsaktivität
A62	Zufriedenheit: Ehrenamtliches Engagement
A63	Vergangene Entwicklung Wohngegend 10-15 Jahre
A64	Vergangene Entwicklung Wohngegend 10-15 Jahre (Teil II)
A65	Wirtschaftliche Lage Region Vergleich Thüringen
A66	Wirtschaftliche Lage Vergleich Restdeutschland
A67	Zukünftige Entwicklung Gemeinde
A68	Problem Abwanderung junger Menschen
A69	Problem Fachkräftemangel
A70	Problem: Verfügbarkeit bezahlbaren Wohnraums
A71	Politik in Erfurt hat zu wenig getan um Wirtschaftssituation meiner Region zu verbessern
A72	Rest von Thüringen respektieren Lebensweise meiner Region nicht
A73	Politiker in Erfurt interessieren sich nicht für meine Region
A74	Politik in Berlin hat zu wenig getan um Wirtschaftssituation meiner Region zu verbessern
A75	Rest von Deutschland respektieren Lebensweise meiner Region nicht
A76	Politiker in Berlin interessieren sich nicht für meine Region
A77	Erneuerbare Energien in Wohnumfeld
A78	Berücksichtigung Bürgerinteressen bei Bau Erneuerbarer-Energien-Anlagen Parteineigung
A79	Parteineigung (Teil II)
A80	Politische Partizipation: Teilnahme an Unterschriftensammlung
A81	Politische Partizipation: Mitarbeit in politischer Partei
A82	Politische Partizipation: Mitarbeit in Bürgerinitiative

A83	Politische Partizipation: Teilnahme an genehmigter Demonstration
A84	Politische Partizipation: Teilnahme an nicht genehmigter Demonstration
A85	Politische Partizipation: Für Ziele auch mit Gewalt kämpfen
A86	(Politische) Partizipation: Ehrenamtliches Engagement
A87	Politische Partizipation: Teilnahme Bundestagswahlen
A88	Bei Israels Politik ist es verständlich, dass man etwas gegen Juden hat
A89	Sorge durch gesellschaftliche Entwicklung auf Verliererseite geraten
A90	In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand
A91	Gehorsam und Disziplin, um aus Kindern anständige Bürger zu machen
A92	Die meisten Muslime in Deutschland akzeptieren unsere Werte
A93	Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten
A94	An deutsche Leistungen reichen die Leistungen anderer Völker nicht heran
A95	In der Gesellschaft sollte sich immer der Stärkere durchsetzen
A96	Politiker bemühen sich, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten
A97	Eliten Handeln gegen Interessen allgemeiner Bevölkerung
A98	Zeit für Widerstand gegen aktuelle Politik
A99	Wir sollten uns wieder stärker auf unsere Traditionen besinnen
A100	Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse
A101	Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten
A102	Juden passen nicht so recht zu uns
A103	Judenverfolgung wird im Verhältnis zu deutschem Leiden überthematziert
A104	Eliten wollen Deutsche durch Einwanderer austauschen
A105	Westliche Welt hat sich gegen Russland und Putin verschworen
A106	Überfremdung der Wohnumgebung
A107	Freie Meinungsäußerung nicht ohne Nachteile möglich

Tabelle A1

Thüringen: Vergleich mit westdeutschen Bundesländern

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	stimme teilweise zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	34	28	21	9	5	3
Geschlecht							
männlich	927	31	28	21	11	6	2
weiblich	958	37	27	20	8	4	5
Alter							
18-24 Jahre	131	22	28	23	21	0	5
25-34 Jahre	202	32	23	24	15	5	2
35-44 Jahre	283	28	31	27	8	5	1
45-59 Jahre	453	37	29	21	4	6	3
60 Jahre und älter	816	38	27	17	9	5	4
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	451	37	31	14	9	5	3
10. Klasse	909	37	25	21	9	5	4
Abitur	207	25	29	29	11	6	0
(Fach-)Hochschule	313	31	29	25	8	5	3
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	899	35	27	22	9	5	2
in Ausbildung	103	14	29	33	24	1	1
arbeitslos	80	19	14	35	17	9	7
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	38	29	16	7	5	4
Berufsgruppe							
Arbeiter	193	31	27	25	17	10	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	36	29	34	4	2	3
höh.-leit. Ang./Beamte	104	26	26	25	9	5	1
Landw./Selbst./Freib.	54	43	14	22	7	17	4
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	1318	34	28	22	8	5	3
evangelisch	434	35	25	18	13	4	5
katholisch	121	32	29	22	9	7	1

Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A2

Wirtschaftliche Lage Thüringens besser als in anderen ostdeutschen Bundesländern

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	stimme teilweise zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	7	16	33	18	12	14
Geschlecht							
männlich	927	8	17	34	16	13	12
weiblich	958	6	16	32	20	10	16
Alter							
18-24 Jahre	131	7	19	35	15	7	17
25-34 Jahre	202	15	15	33	14	11	12
35-44 Jahre	283	6	21	36	19	11	7
45-59 Jahre	453	8	17	37	15	11	11
60 Jahre und älter	816	4	14	29	22	12	18
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	451	4	18	24	19	11	24
10. Klasse	909	8	12	36	19	13	11
Abitur	207	7	20	39	14	11	8
(Fach-)Hochschule	313	6	24	33	18	8	11
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	899	9	18	34	17	11	11
in Ausbildung	103	8	22	44	15	3	7
arbeitslos	80	0	3	51	20	13	13
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	5	15	29	20	12	18
Berufsgruppe							
Arbeiter	193	5	18	24	14	21	17
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	10	19	36	17	6	13
höh.-leit. Ang./Beamte	104	14	18	37	19	8	5
Landw./Selbst./Freib.	54	7	8	35	26	13	10
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	1318	6	16	34	17	13	14
evangelisch	434	7	17	31	23	8	13
katholisch	121	14	15	32	14	12	13

Die wirtschaftliche Lage in Thüringen ist besser als in den anderen ostdeutschen Bundesländern.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A3**Wirtschaftliche Lage Thüringens**

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	sehr schlecht	eher schlecht	eher gut	sehr gut	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	8	36	48	2	6
Geschlecht						
männlich	927	7	34	53	1	5
weiblich	958	9	38	44	3	7
Alter						
18-24 Jahre	131	5	27	63	3	2
25-34 Jahre	202	11	26	60	0	2
35-44 Jahre	283	4	39	52	1	4
45-59 Jahre	453	8	34	51	1	6
60 Jahre und älter	816	9	40	40	2	8
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	12	37	38	4	10
10. Klasse	909	9	37	48	1	5
Abitur	207	5	32	57	1	5
(Fach-)Hochschule	313	2	34	59	1	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	7	32	54	1	5
in Ausbildung	103	0	27	70	1	2
arbeitslos	80	17	41	34	0	8
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	9	40	40	3	8
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	15	29	46	3	8
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	2	38	55	1	4
höh.-leit. Ang./Beamte	104	8	21	70	0	0
Landw./Selbst./Freib.	54	10	43	42	0	5
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	8	39	45	2	6
evangelisch	434	9	28	55	3	5
katholisch	121	3	34	58	1	5

Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in Thüringen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A4**Eigene finanzielle Situation**

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	sehr schlecht	eher schlecht	eher gut	sehr gut	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	5	21	63	10	1
Geschlecht						
Männlich	927	5	20	62	12	1
Weiblich	958	4	21	64	9	1
Alter						
18-24 Jahre	131	0	15	61	23	0
25-34 Jahre	202	3	18	60	17	2
35-44 Jahre	283	4	26	63	7	1
45-59 Jahre	453	4	20	61	15	0
60 Jahre und älter	816	7	21	65	5	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	8	22	63	6	1
10. Klasse	909	4	24	62	9	1
Abitur	207	3	15	68	13	1
(Fach-)Hochschule	313	1	13	64	20	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	1	17	68	14	1
in Ausbildung	103	1	16	62	21	0
Arbeitslos	80	15	68	15	2	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	7	21	64	6	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	2	22	67	10	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	1	14	75	9	1
höh.-leit. Ang./Beamte	104	0	10	50	40	0
Landw./Selbst./Freib.	54	3	17	55	17	8
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	5	22	62	11	1
Evangelisch	434	4	20	66	10	1
Katholisch	121	6	12	71	6	5

Wenn Sie jetzt an Ihre eigene finanzielle Situation denken, ist Ihre persönliche finanzielle Situation...

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A5

Gerechter Anteil zum Leben

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	erhalte sehr viel weniger	erhalte etwas weniger	erhalte gerechten Anteil	erhalte mehr als gerechten Anteil	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	10	39	43	4	5
Geschlecht						
Männlich	927	8	41	44	5	3
Weiblich	958	12	36	43	3	6
Alter						
18-24 Jahre	131	9	29	41	21	0
25-34 Jahre	202	2	34	53	5	6
35-44 Jahre	283	11	40	41	3	6
45-59 Jahre	453	13	37	46	2	2
60 Jahre und älter	816	10	42	40	2	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	13	36	43	1	8
10. Klasse	909	12	42	40	2	4
Abitur	207	6	37	47	9	1
(Fach-)Hochschule	313	4	33	50	8	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	10	39	44	4	3
in Ausbildung	103	9	11	61	20	0
Arbeitslos	80	24	42	24	2	7
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	9	42	42	2	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	14	52	27	3	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	7	40	48	2	3
höh.-leit. Ang./Beamte	104	6	14	70	8	3
Landw./Selbst./Freib.	54	8	24	57	4	7
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	10	40	40	4	6
Evangelisch	434	12	34	49	4	1
Katholisch	121	2	40	49	5	3

Im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie persönlich Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A6

Vorteile und Nachteile der deutschen Einheit

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Nachteile überwiegen	Weder noch, hält sich die Waage	Vorteile überwiegen	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	15	15	66	4
Geschlecht					
männlich	927	15	11	70	4
weiblich	958	16	18	62	4
Alter					
18-24 Jahre	131	7	1	78	14
25-34 Jahre	202	6	5	78	11
35-44 Jahre	283	18	9	66	7
45-59 Jahre	453	15	11	73	2
60 Jahre und älter	816	18		57	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	451	25	23	47	3
10. Klasse	909	14	25	67	5
Abitur	207	11	14	79	4
(Fach-)Hochschule	313	7	5	82	5
			7		
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	899	11	9	74	6
in Ausbildung	103	3	1	86	10
arbeitslos	80	41	20	36	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	19	22	57	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	193	17	13	69	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	9	7	75	9
höh.-leit. Ang./Beamte	104	5	6	85	4
Landw./Selbst./Freib.	54	2	8	78	12
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	1318	18	14	64	4
evangelisch	434	6	17	73	4
katholisch	121	19	13	61	8

Eine Frage zur deutschen Einheit: Würden Sie sagen, dass für Sie persönlich alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung überwiegen?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A7

Persönliche Benachteiligung wegen ostdeutscher Herkunft

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	noch nie	nur einmal	selten	immer wieder	häufig	andauernd	trifft nicht zu	weiß nicht/ keine Angabe
Gesamt	1885	55	2	13	9	5	2	13	1
Geschlecht									
männlich	927	53	1	15	7	7	4	13	0
weiblich	958	57	2	12	10	4	1	13	1
Alter									
18-24 Jahre	131	55	0	10	2	11	0	22	0
25-34 Jahre	202	36	3	16	8	3	7	27	1
35-44 Jahre	283	54	1	13	7	5	1	20	0
45-59 Jahre	453	49	2	15	8	6	3	16	1
60 Jahre und älter	816	63	2	12	11	5	2	4	1
Schulabschluss									
unter 10. Klasse	451	61	2	15	11	2	1	8	0
10. Klasse	909	51	2	13	8	9	4	13	1
Abitur	207	60	2	10	7	4	2	15	0
(Fach-)Hochschule	313	54	1	14	7	3	1	19	2
Erwerbstätigkeit									
erwerbstätig	899	47	2	15	7	5	2	23	0
in Ausbildung	103	70	0	12	1	7	0	10	0
arbeitslos	80	59	0	8	6	17	7	2	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	62	2	13	12	5	2	3	1
Berufsgruppe									
Arbeiter	193	49	1	19	4	10	8	8	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	61	3	14	10	4	1	7	0
höh.-leit. Ang./Beamte	104	48	1	33	9	3	0	6	0
Landw./Selbst./Freib.	54	49	0	9	14	8	0	18	1
Religionsgemeinschaft									
keine, andere	1318	54	2	13	9	6	3	12	0
evangelisch	434	55	2	14	7	5	1	15	1
katholisch	121	63	0	9	4	0	4	18	1

Wenn Sie jetzt an Ihre eigenen Erfahrungen denken: Wurden Sie persönlich schon aufgrund Ihrer ostdeutschen Herkunft benachteiligt?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A8

Links-Rechts-Selbsteinstufung

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr weit links	Ziemlich weit links	Etwas links	In der Mitte	Etwas rechts	Ziemlich weit rechts	Sehr weit rechts	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	3	9	31	35	14	2	1	6
Geschlecht									
männlich	927	2	8	29	34	18	2	1	4
weiblich	958	3	9	33	37	9	1	1	7
Alter									
18-24 Jahre	131	9	7	47	21	16	0	0	1
25-34 Jahre	202	4	7	35	26	18	0	4	6
35-44 Jahre	283	1	10	23	38	16	4	2	6
45-59 Jahre	453	2	8	28	36	18	1	0	6
60 Jahre und älter	816	3	9	32	39	9	2	0	6
Schulabschluss									
unter 10. Klasse	451	3	10	21	44	16	1	1	4
10. Klasse	909	2	6	31	36	14	2	2	7
Abitur	207	3	11	39	27	14	1	0	5
(Fach-)Hochschule	313	5	13	40	27	9	1	0	4
Erwerbstätigkeit									
erwerbstätig	899	3	8	27	35	18	2	1	6
in Ausbildung	103	8	9	49	25	8	0	0	1
arbeitslos	80	1	2	35	21	21	1	5	14
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	3	10	34	39	8	2	1	4
Berufsgruppe									
Arbeiter	193	1	6	23	35	25	4	0	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	5	10	23	38	18	0	0	6
höh.-leit. Ang./Beamte	104	0	10	40	30	13	2	3	1
Landw./Selbst./Freib.	54	1	1	21	33	26	4	2	12
Religionsgemeinschaft									
keine, andere	1318	3	9	31	34	15	2	1	5
evangelisch	434	3	6	31	39	11	1	2	7
katholisch	121	0	14	30	42	7	2	0	5

In der Politik wird häufig von links und rechts gesprochen. Wie würden Sie sich selbst einstufen: sehr weit links, ziemlich weit links, etwas links, etwas rechts, ziemlich weit rechts oder sehr weit rechts?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A9

Interesse an Politik

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr stark	stark	mittel	wenig	überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	16	28	34	15	6	1
Geschlecht							
männlich	927	23	34	28	8	7	0
weiblich	958	10	21	40	23	5	1
Alter							
18-24 Jahre	131	10	23	33	30	4	0
25-34 Jahre	202	18	29	20	25	7	0
35-44 Jahre	283	9	23	37	21	10	0
45-59 Jahre	453	17	29	40	10	3	1
60 Jahre und älter	816	19	29	34	12	6	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	451	15	26	34	14	9	2
10. Klasse	909	15	25	37	17	6	0
Abitur	207	16	32	33	16	4	0
(Fach-)Hochschule	313	24	37	27	10	2	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	899	15	26	36	18	4	0
in Ausbildung	103	11	32	30	18	9	0
arbeitslos	80	18	34	24	9	16	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	18	29	34	12	6	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	193	24	20	40	11	3	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	11	23	39	21	7	0
höh.-leit. Ang./Beamte	104	14	42	25	18	2	0
Landw./Selbst./Freib.	54	27	40	24	8	0	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	1318	17	29	33	14	6	1
evangelisch	434	18	24	36	17	4	0
katholisch	121	9	24	40	16	10	0

Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, stark, mittel, wenig oder überhaupt nicht?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A10

Demokratie als beste Staatsidee

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	35	46	10	5	4
Geschlecht						
männlich	927	40	45	8	5	3
weiblich	958	30	47	12	6	5
Alter						
18-24 Jahre	131	31	56	4	5	4
25-34 Jahre	202	35	49	2	9	5
35-44 Jahre	283	36	45	12	2	5
45-59 Jahre	453	39	46	6	5	3
60 Jahre und älter	816	33	44	13	5	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	35	35	17	7	7
10. Klasse	909	29	50	9	7	5
Abitur	207	32	60	7	2	0
(Fach-)Hochschule	313	54	41	3	1	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	37	47	6	5	4
in Ausbildung	103	43	52	5	0	0
arbeitslos	80	28	49	1	11	10
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	32	44	14	5	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	42	38	5	10	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	36	49	6	3	5
höh.-leit. Ang./Beamte	104	48	43	6	3	0
Landw./Selbst./Freib.	54	43	40	10	6	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	35	44	11	6	4
evangelisch	434	37	49	6	3	5
katholisch	121	34	51	8	7	1

Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A11

Zufriedenheit mit Demokratie in Deutschland

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	ziemlich unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	4	43	34	16	2
Geschlecht						
männlich	927	5	42	34	18	1
weiblich	958	3	45	34	15	2
Alter						
18-24 Jahre	131	12	59	19	9	0
25-34 Jahre	202	6	50	30	14	0
35-44 Jahre	283	2	36	38	24	0
45-59 Jahre	453	5	41	35	16	3
60 Jahre und älter	816	2	43	35	16	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	3	42	28	24	2
10. Klasse	909	3	37	41	17	2
Abitur	207	7	58	27	7	1
(Fach-)Hochschule	313	7	55	27	9	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	4	42	34	18	1
in Ausbildung	103	16	66	13	5	0
arbeitslos	80	1	32	40	25	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	3	43	36	15	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	5	38	29	28	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	4	46	35	13	2
höh.-leit. Ang./Beamte	104	7	51	31	10	1
Landw./Selbst./Freib.	54	4	26	44	26	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	3	41	35	19	2
evangelisch	434	7	50	29	12	2
katholisch	121	5	47	45	3	1

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie alles in allem mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A12

Institutionenvertrauen: Bundesregierung

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Vertraue voll und ganz	Vertraue weitgehend	Vertraue teilweise	Vertraue eher nicht	Vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	5	17	33	23	21	1
Geschlecht							
männlich	927	4	19	34	23	21	0
weiblich	958	5	16	33	24	20	1
Alter							
18-24 Jahre	131	6	29	31	18	13	4
25-34 Jahre	202	11	18	35	28	8	0
35-44 Jahre	283	1	18	29	24	28	1
45-59 Jahre	453	3	17	34	19	26	1
60 Jahre und älter	816	5	16	34	26	20	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	451	7	14	33	24	21	1
10. Klasse	909	2	13	32	28	25	1
Abitur	207	5	28	37	15	14	1
(Fach-)Hochschule	313	8	29	34	16	12	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	899	3	15	34	22	24	1
in Ausbildung	103	11	39	26	20	3	0
arbeitslos	80	1	12	47	15	24	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	5	18	32	26	18	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	193	1	8	40	25	25	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	4	16	36	19	23	2
höh.-leit. Ang./Beamte	104	8	27	39	11	15	0
Landw./Selbst./Freib.	54	3	10	12	43	32	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	1318	4	15	32	24	23	1
evangelisch	434	4	22	36	22	15	1
katholisch	121	11	23	31	18	17	0

Vertraue – der Bundesregierung?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A13

Institutionenvertrauen: Landesregierung

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Vertraue voll und ganz	Vertraue weitgehend	Vertraue teilweise	Vertraue eher nicht	Vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	8	31	35	16	9	2
Geschlecht							
männlich	927	6	33	33	16	10	2
weiblich	958	9	28	36	16	8	2
Alter							
18-24 Jahre	131	12	39	30	7	7	4
25-34 Jahre	202	6	37	23	22	10	0
35-44 Jahre	283	3	24	43	21	10	1
45-59 Jahre	453	5	29	37	15	12	1
60 Jahre und älter	816	11	31	34	15	7	3
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	451	11	25	31	21	8	4
10. Klasse	909	6	29	37	15	12	1
Abitur	207	4	31	35	16	5	2
(Fach-)Hochschule	313	11	25	31	13	4	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	899	5	29	35	18	11	2
in Ausbildung	103	16	38	31	8	0	0
arbeitslos	80	1	39	49	14	18	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	11	29	34	14	8	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	193	2	45	41	15	13	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	7	16	35	17	10	2
höh.-leit. Ang./Beamte	104	9	32	23	11	7	0
Landw./Selbst./Freib.	54	3	25	25	39	20	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	1318	6	34	34	18	11	1
evangelisch	434	8	37	37	12	6	4
katholisch	121	20	31	31	12	3	0

Vertraue – der Landesregierung?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A14

Institutionenvertrauen: Gerichte

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Vertraue voll und ganz	Vertraue weitgehend	Vertraue teilweise	Vertraue eher nicht	Vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	19	33	21	9	4	14
Geschlecht							
männlich	927	22	34	20	9	5	10
weiblich	958	17	31	23	9	3	17
Alter							
18-24 Jahre	131	37	37	17	9	0	0
25-34 Jahre	202	34	36	17	8	2	4
35-44 Jahre	283	15	41	24	6	2	12
45-59 Jahre	453	20	37	21	7	7	8
60 Jahre und älter	816	13	27	23	11	5	22
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	451	14	25	25	8	4	24
10. Klasse	909	16	33	23	9	6	13
Abitur	207	25	40	18	7	2	9
(Fach-)Hochschule	313	30	38	15	10	2	5
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	899	21	39	20	7	5	9
in Ausbildung	103	43	30	15	12	0	0
arbeitslos	80	2	43	35	4	12	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	15	26	22	11	3	23
Berufsgruppe							
Arbeiter	193	28	29	17	3	9	14
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	18	44	21	5	4	8
höh.-leit. Ang./Beamte	104	28	49	15	6	0	1
Landw./Selbst./Freib.	54	17	31	20	18	12	1
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	1318	19	33	22	8	4	15
evangelisch	434	18	33	22	10	5	12
katholisch	121	28	39	12	7	2	11

Vertraue – den Gerichten?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A15

Institutionenvertrauen: Bürgermeistern

Zeilenprozente

	Zahl der Befragten (abs.)	Vertraue voll und ganz	Vertraue weitgehend	Vertraue teilweise	Vertraue eher nicht	Vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	17	39	28	6	4	6
Geschlecht							
männlich	927	15	43	25	5	5	6
weiblich	958	18	34	32	7	3	6
Alter							
18-24 Jahre	131	14	39	40	6	0	1
25-34 Jahre	202	10	42	27	3	10	8
35-44 Jahre	283	12	47	24	7	3	7
45-59 Jahre	453	16	42	29	6	4	5
60 Jahre und älter	816	21	33	28	7	4	7
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	451	22	30	27	8	3	10
10. Klasse	909	15	41	29	5	6	4
Abitur	207	12	43	30	6	3	6
(Fach-)Hochschule	313	18	48	27	7	1	6
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	899	13	29	28	6	4	6
in Ausbildung	103	8	34	37	6	0	2
arbeitslos	80	14	40	38	2	13	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	22	40	27	6	4	6
Berufsgruppe							
Arbeiter	193	11	61	25	6	8	10
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	15	41	31	7	1	7
höh.-leit. Ang./Beamte	104	11	38	19	3	5	1
Landw./Selbst./Freib.	54	18	41	22	11	6	2
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	1318	17	38	27	7	5	6
evangelisch	434	14	41	33	5	1	6
katholisch	121	26	34	30	4	0	6

Vertraue – den Bürgermeistern in Thüringen?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A16

Überfremdung der Bundesrepublik

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	21	24	22	29	4
Geschlecht						
männlich	927	16	24	23	33	4
weiblich	958	25	25	20	25	4
Alter						
18-24 Jahre	131	3	21	25	51	1
25-34 Jahre	202	11	23	17	46	3
35-44 Jahre	283	19	22	28	29	2
45-59 Jahre	453	19	28	20	28	5
60 Jahre und älter	816	27	24	21	22	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	32	25	23	16	4
10. Klasse	909	23	27	21	24	6
Abitur	207	8	22	23	45	2
(Fach-)Hochschule	313	6	18	21	52	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	16	26	23	31	3
in Ausbildung	103	0	9	13	78	0
arbeitslos	80	38	16	28	17	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	26	25	22	20	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	23	27	15	28	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	13	27	27	31	2
höh.-leit. Ang./Beamte	104	12	25	15	46	2
Landw./Selbst./Freib.	54	17	13	42	28	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	22	26	21	27	4
evangelisch	434	18	23	24	31	5
katholisch	121	18	18	17	42	4

Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A17

Ausländer wollen Sozialstaat ausnutzen

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	11	29	31	26	4
Geschlecht						
männlich	927	8	29	32	26	5
weiblich	958	13	29	30	26	3
Alter						
18-24 Jahre	131	3	13	38	45	0
25-34 Jahre	202	14	14	34	38	1
35-44 Jahre	283	6	30	37	23	4
45-59 Jahre	453	8	33	31	23	5
60 Jahre und älter	816	14	32	28	22	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	16	33	28	20	4
10. Klasse	909	12	31	33	20	4
Abitur	207	3	22	37	36	2
(Fach-)Hochschule	313	3	20	27	45	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	9	28	33	26	3
in Ausbildung	103	5	11	24	60	1
arbeitslos	80	8	24	48	10	10
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	13	32	28	22	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	13	38	24	23	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	8	24	38	27	3
höh.-leit. Ang./Beamte	104	6	20	32	41	2
Landw./Selbst./Freib.	54	10	30	30	27	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	11	31	31	24	4
evangelisch	434	7	23	23	31	5
katholisch	121	13	26	26	29	1

Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A18

Wertvolles und unwertes Leben

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	8	8	8	71	4
Geschlecht						
männlich	927	7	7	7	77	3
weiblich	958	10	9	10	65	5
Alter						
18-24 Jahre	131	8	9	6	77	0
25-34 Jahre	202	10	4	11	75	0
35-44 Jahre	283	5	8	7	75	4
45-59 Jahre	453	8	6	6	78	3
60 Jahre und älter	816	9	10	10	64	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	10	15	10	58	8
10. Klasse	909	11	7	9	69	4
Abitur	207	2	7	7	82	2
(Fach-)Hochschule	313	3	3	5	87	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	7	5	7	78	3
in Ausbildung	103	1	6	10	83	0
arbeitslos	80	16	13	4	67	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	10	11	10	62	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	13	2	5	78	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	5	7	5	80	3
höh.-leit. Ang./Beamte	104	4	4	21	71	0
Landw./Selbst./Freib.	54	2	3	2	90	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	9	8	8	71	4
evangelisch	434	7	9	8	71	4
katholisch	121	3	9	16	70	2

Es gibt wertvolles und unwertes Leben.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A19

Ausländer sollen Ehepartner unter Landsleuten wählen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	6	4	15	72	3
Geschlecht						
männlich	927	3	3	14	76	3
weiblich	958	8	5	16	68	4
Alter						
18-24 Jahre	131	3	2	9	86	1
25-34 Jahre	202	3	1	9	86	1
35-44 Jahre	283	3	1	9	85	2
45-59 Jahre	453	3	4	12	77	3
60 Jahre und älter	816	9	6	22	59	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	13	6	18	61	2
10. Klasse	909	4	4	17	70	5
Abitur	207	1	2	12	84	1
(Fach-)Hochschule	313	1	2	9	85	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	2	2	12	81	2
in Ausbildung	103	0	1	4	95	0
arbeitslos	80	11	3	19	61	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	10	7	21	59	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	4	1	7	87	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	2	2	14	79	3
höh.-leit. Ang./Beamte	104	1	3	17	89	0
Landw./Selbst./Freib.	54	0	3	20	74	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	6	4	16	70	3
evangelisch	434	4	5	13	75	2
katholisch	121	6	1	11	80	3

Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A20**Durchsetzen deutscher Interessen notwendig**

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	25	27	20	22	5
Geschlecht						
männlich	927	25	27	23	22	4
weiblich	958	26	28	18	22	5
Alter						
18-24 Jahre	131	7	22	42	28	1
25-34 Jahre	202	20	27	27	21	5
35-44 Jahre	283	19	37	25	16	3
45-59 Jahre	453	27	23	16	28	5
60 Jahre und älter	816	31	27	16	20	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	37	26	16	16	6
10. Klasse	909	29	30	19	17	5
Abitur	207	9	26	29	33	5
(Fach-)Hochschule	313	11	23	25	38	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	21	31	23	22	3
in Ausbildung	103	8	18	33	40	1
arbeitslos	80	52	31	9	3	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	30	25	16	21	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	30	24	22	22	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	16	39	20	22	4
höh.-leit. Ang./Beamte	104	14	13	39	28	7
Landw./Selbst./Freib.	54	37	30	17	17	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	27	27	20	21	5
evangelisch	434	22	30	22	22	3
katholisch	121	23	22	15	36	4

Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A21

Diktatur unter Umständen bessere Staatsform

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	2	7	13	73	5
Geschlecht						
männlich	927	3	7	12	74	4
weiblich	958	2	7	14	72	5
Alter						
18-24 Jahre	131	0	10	16	74	0
25-34 Jahre	202	2	3	10	79	5
35-44 Jahre	283	2	7	9	82	1
45-59 Jahre	453	2	8	8	79	3
60 Jahre und älter	816	4	7	18	64	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	2	9	13	69	6
10. Klasse	909	3	7	14	71	5
Abitur	207	2	6	11	80	1
(Fach-)Hochschule	313	2	6	12	79	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	1	6	13	77	3
in Ausbildung	103	2	4	9	85	0
arbeitslos	80	5	10	5	73	7
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	4	9	15	66	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	0	2	12	85	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	2	5	13	76	4
höh.-leit. Ang./Beamte	104	3	3	12	82	0
Landw./Selbst./Freib.	54	1	6	11	80	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	2	8	12	74	4
evangelisch	434	2	7	15	70	6
katholisch	121	5	3	13	74	5

Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Selbstwirksamkeit: Einfluss auf Handeln der Regierung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	37	26	20	15	1
Geschlecht						
männlich	927	31	26	25	16	1
weiblich	958	44	26	16	14	1
Alter						
18-24 Jahre	131	18	27	29	26	0
25-34 Jahre	202	21	30	21	27	0
35-44 Jahre	283	24	31	28	17	0
45-59 Jahre	453	30	26	24	18	2
60 Jahre und älter	816	53	23	14	7	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	50	20	15	12	3
10. Klasse	909	42	27	18	12	1
Abitur	207	18	34	35	13	0
(Fach-)Hochschule	313	19	26	26	28	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	28	29	25	18	0
in Ausbildung	103	9	26	36	29	0
arbeitslos	80	47	19	24	3	8
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	52	24	13	9	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	25	32	24	19	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	28	27	26	19	0
höh.-leit. Ang./Beamte	104	14	30	26	29	0
Landw./Selbst./Freib.	54	33	39	14	14	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	37	27	20	15	1
evangelisch	434	37	23	23	16	1
katholisch	121	36	30	15	17	1

Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A23**Parteien nur an Wählerstimmen interessiert**

Zeilenprozente

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	34	38	15	10	4
Geschlecht						
männlich	927	33	40	14	10	3
weiblich	958	35	36	16	9	5
Alter						
18-24 Jahre	131	7	46	36	9	3
25-34 Jahre	202	20	46	20	11	3
35-44 Jahre	283	33	45	16	6	1
45-59 Jahre	453	35	31	36	18	2
60 Jahre und älter	816	42	35	20	7	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	43	31	16	8	6
10. Klasse	909	38	39	14	9	3
Abitur	207	18	39	11	11	2
(Fach-)Hochschule	313	20	41	11	14	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	31	38	11	12	3
in Ausbildung	103	9	51	30	5	2
arbeitslos	80	28	55	23	6	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	41	34	16	7	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	39	34	32	17	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	26	40	10	11	3
höh.-leit. Ang./Beamte	104	18	37	12	17	2
Landw./Selbst./Freib.	54	58	23	9	9	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	37	36	15	9	3
evangelisch	434	23	43	17	11	6
katholisch	121	38	32	14	13	3

Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A24

Orientierungsverlust durch Gesellschaftswandel

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	39	28	14	16	3
Geschlecht						
männlich	927	31	29	18	19	4
weiblich	958	47	27	11	14	2
Alter						
18-24 Jahre	131	22	43	18	17	0
25-34 Jahre	202	24	34	23	19	0
35-44 Jahre	283	36	26	18	15	5
45-59 Jahre	453	38	26	12	22	2
60 Jahre und älter	816	47	25	12	12	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	61	20	4	12	3
10. Klasse	909	41	29	13	13	3
Abitur	207	12	38	22	24	4
(Fach-)Hochschule	313	17	30	28	25	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	33	32	14	19	2
in Ausbildung	103	23	28	29	20	0
arbeitslos	80	44	17	27	5	7
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	47	24	12	13	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	46	22	5	22	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	31	37	15	16	2
höh.-leit. Ang./Beamte	104	15	36	21	27	1
Landw./Selbst./Freib.	54	30	23	23	22	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	39	27	14	17	3
evangelisch	434	36	34	17	12	2
katholisch	121	46	21	12	20	1

Heute ändert sich alles so schnell, dass ich oft nicht weiß, woran ich mich halten soll.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A25

Überlegenheit mancher Gruppen von Menschen

Zeilenprozente

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	22	29	14	30	5
Geschlecht						
männlich	927	17	26	14	38	5
weiblich	958	26	32	15	22	5
Alter						
18-24 Jahre	131	12	23	15	45	5
25-34 Jahre	202	19	20	20	40	2
35-44 Jahre	283	19	23	19	37	3
45-59 Jahre	453	20	30	12	34	5
60 Jahre und älter	816	26	34	13	20	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	27	31	17	14	11
10. Klasse	909	24	31	13	29	3
Abitur	207	10	29	15	45	2
(Fach-)Hochschule	313	15	22	15	45	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	18	27	16	35	4
in Ausbildung	103	16	26	2	56	1
arbeitslos	80	30	28	20	22	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	26	32	13	21	8
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	11	34	13	37	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	18	24	20	34	4
höh.-leit. Ang./Beamte	104	13	21	17	46	3
Landw./Selbst./Freib.	54	22	32	12	29	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	21	28	15	31	5
evangelisch	434	25	34	11	26	5
katholisch	121	19	24	17	36	4

Manche Gruppen von Menschen sind anderen einfach überlegen

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A26

Über andere hinwegsetzen, um voranzukommen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	21	29	22	26	2
Geschlecht						
männlich	927	22	29	23	23	3
weiblich	958	19	28	22	30	1
Alter						
18-24 Jahre	131	15	45	26	11	4
25-34 Jahre	202	27	25	29	17	2
35-44 Jahre	283	25	31	19	22	2
45-59 Jahre	453	20	28	19	30	3
60 Jahre und älter	816	19	27	23	30	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	28	27	20	23	1
10. Klasse	909	23	30	20	24	3
Abitur	207	12	32	26	29	1
(Fach-)Hochschule	313	8	26	29	35	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	22	29	23	23	3
in Ausbildung	103	10	50	30	11	0
arbeitslos	80	33	38	18	11	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	20	25	21	33	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	28	29	16	22	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	20	28	24	25	4
höh.-leit. Ang./Beamte	104	13	38	22	26	1
Landw./Selbst./Freib.	54	13	22	41	23	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	20	31	23	24	2
evangelisch	434	19	25	21	33	2
katholisch	121	31	20	23	25	2

Um im Leben voranzukommen, muss man sich über andere hinwegsetzen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A27

Rückkehr sozialistischer Ordnung

Zeilenprozente

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	6	10	21	61	3
Geschlecht						
männlich	927	3	8	18	68	2
weiblich	958	8	11	24	54	4
Alter						
18-24 Jahre	131	7	8	31	52	2
25-34 Jahre	202	3	10	20	61	5
35-44 Jahre	283	7	11	23	58	1
45-59 Jahre	453	4	10	14	71	1
60 Jahre und älter	816	6	9	22	58	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	14	11	22	50	3
10. Klasse	909	4	10	19	64	3
Abitur	207	2	8	31	58	1
(Fach-)Hochschule	313	0	8	18	71	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	4	11	19	64	2
in Ausbildung	103	3	6	28	63	2
arbeitslos	80	18	4	19	53	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	6	10	23	58	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	6	7	20	67	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	3	14	20	60	3
höh.-leit. Ang./Beamte	104	1	8	10	80	0
Landw./Selbst./Freib.	54	0	7	22	67	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	6	11	20	59	3
evangelisch	434	5	5	24	63	2
katholisch	121	0	4	16	80	0

Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Systematische Benachteiligung der Männer durch Feminismus

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	3	10	22	60	5
Geschlecht						
Männlich	927	4	11	26	55	4
Weiblich	958	2	8	19	65	5
Alter						
18-24 Jahre	131	3	17	28	48	4
25-34 Jahre	202	1	6	26	64	2
35-44 Jahre	283	1	12	27	55	4
45-59 Jahre	453	4	11	18	64	4
60 Jahre und älter	816	3	8	22	61	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	3	10	26	50	9
10. Klasse	909	3	10	20	62	4
Abitur	207	1	7	28	62	2
(Fach-)Hochschule	313	3	10	19	67	2
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	3	11	21	61	4
in Ausbildung	103	1	14	25	60	0
Arbeitslos	80	1	11	34	47	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	3	7	22	61	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	4	17	19	51	8
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	1	12	18	66	3
höh.-leit. Ang./Beamte	104	4	7	33	55	0
Landw./Selbst./Freib.	54	6	9	33	48	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	3	10	22	60	5
Evangelisch	434	4	11	24	57	5
Katholisch	121	1	11	20	67	2

Durch den Feminismus werden in unserer Gesellschaft die Männer systematisch benachteiligt.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A29**Volk als Entscheidungsträger (Volkszentriertheit)**

Zeilenprozente

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	43	30	14	10	4
Geschlecht						
Männlich	927	44	29	13	11	2
Weiblich	958	41	32	14	8	5
Alter						
18-24 Jahre	131	25	48	21	6	0
25-34 Jahre	202	37	34	16	11	1
35-44 Jahre	283	30	46	17	6	1
45-59 Jahre	453	44	26	11	16	3
60 Jahre und älter	816	51	24	13	8	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	52	25	7	10	6
10. Klasse	909	47	31	12	7	2
Abitur	207	27	38	21	10	3
(Fach-)Hochschule	313	27	30	24	16	3
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	38	36	12	12	2
in Ausbildung	103	27	37	28	7	0
Arbeitslos	80	67	25	7	1	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	48	23	14	8	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	50	26	8	15	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	31	44	13	9	2
höh.-leit. Ang./Beamte	104	38	26	15	19	2
Landw./Selbst./Freib.	54	49	16	18	14	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	44	30	12	10	3
Evangelisch	434	39	33	17	7	4
Katholisch	121	37	22	22	13	6

Das Volk, und nicht die Politiker, sollte die wichtigsten Entscheidungen treffen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A30**Homogener Volkswille (Anti-Pluralismus)**

Zeilenprozente

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	14	21	25	36	4
Geschlecht						
Männlich	927	13	19	27	39	2
Weiblich	958	16	24	23	32	5
Alter						
18-24 Jahre	131	6	26	33	35	1
25-34 Jahre	202	13	19	29	37	3
35-44 Jahre	283	9	19	29	39	4
45-59 Jahre	453	14	17	26	41	2
60 Jahre und älter	816	18	24	22	31	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	22	26	19	26	7
10. Klasse	909	15	22	24	37	3
Abitur	207	6	20	29	41	3
(Fach-)Hochschule	313	6	14	35	42	3
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	10	19	30	38	3
in Ausbildung	103	9	20	28	43	0
Arbeitslos	80	20	23	19	35	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	19	24	20	31	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	7	13	25	54	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	9	23	34	31	4
höh.-leit. Ang./Beamte	104	22	15	25	37	0
Landw./Selbst./Freib.	54	10	10	44	36	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	14	20	26	37	3
Evangelisch	434	14	26	25	31	5
Katholisch	121	16	19	19	43	3

Die Bürger in Deutschland sind sich im Prinzip einig darüber, was politisch passieren muss.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A31

Einigkeit der Politiker bei Schutz eigener Privilegien (Anti-Establishment)

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	51	28	11	8	3
Geschlecht						
Männlich	927	50	31	10	7	2
Weiblich	958	52	24	11	8	4
Alter						
18-24 Jahre	131	21	43	16	14	6
25-34 Jahre	202	33	30	21	14	2
35-44 Jahre	283	48	35	9	7	1
45-59 Jahre	453	56	23	10	10	2
60 Jahre und älter	816	59	24	8	4	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	58	23	4	10	5
10. Klasse	909	58	25	9	6	2
Abitur	207	36	39	18	5	2
(Fach-)Hochschule	313	30	36	20	11	2
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	49	29	12	8	2
in Ausbildung	103	14	52	17	15	1
Arbeitslos	80	53	24	11	9	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	60	23	8	5	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	53	32	4	11	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	47	27	15	9	3
höh.-leit. Ang./Beamte	104	29	44	22	5	0
Landw./Selbst./Freib.	54	64	20	10	5	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	54	28	9	7	2
Evangelisch	434	40	29	15	10	6
Katholisch	121	60	21	7	8	5

Die Politiker sind sich immer einig, wenn es darum geht, ihre Privilegien zu schützen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A32**Politische Kompromisse sind Prinzipienverrat (Manichäische Weltanschauung)**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	17	24	23	28	9
Geschlecht						
Männlich	927	19	21	24	29	6
Weiblich	958	14	27	21	26	13
Alter						
18-24 Jahre	131	6	19	45	24	5
25-34 Jahre	202	14	19	29	32	7
35-44 Jahre	283	16	27	24	29	4
45-59 Jahre	453	17	27	19	31	6
60 Jahre und älter	816	19	23	19	25	15
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	20	25	17	24	13
10. Klasse	909	19	27	23	22	10
Abitur	207	10	18	30	39	3
(Fach-)Hochschule	313	9	18	24	42	7
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	16	26	23	31	5
in Ausbildung	103	1	18	44	32	6
Arbeitslos	80	31	5	41	10	13
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	18	23	18	26	15
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	28	24	14	28	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	11	28	26	30	5
höh.-leit. Ang./Beamte	104	5	20	31	42	1
Landw./Selbst./Freib.	54	25	32	19	21	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	18	25	23	26	8
Evangelisch	434	10	23	21	33	13
Katholisch	121	19	11	26	33	12

Was in der Politik Kompromiss genannt wird, ist in Wirklichkeit nur ein Verrat von Prinzipien.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A33

Gezieltes Angstmachen der Politik in Corona Zeiten

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	27	22	17	32	2
Geschlecht						
Männlich	927	25	20	18	36	1
Weiblich	958	29	25	16	28	3
Alter						
18-24 Jahre	131	9	29	22	41	0
25-34 Jahre	202	26	28	7	38	1
35-44 Jahre	283	37	17	21	24	1
45-59 Jahre	453	29	19	14	36	1
60 Jahre und älter	816	26	23	18	29	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	34	24	12	25	4
10. Klasse	909	32	25	18	24	1
Abitur	207	14	15	21	50	0
(Fach-)Hochschule	313	13	16	16	53	2
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	28	23	17	30	1
in Ausbildung	103	6	26	15	53	0
Arbeitslos	80	44	17	2	37	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	25	22	18	31	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	36	24	15	24	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	26	22	19	32	1
höh.-leit. Ang./Beamte	104	19	26	16	36	4
Landw./Selbst./Freib.	54	31	27	14	27	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	29	21	17	31	2
Evangelisch	434	21	26	18	34	1
Katholisch	121	29	18	16	36	1

Die Regierung hat die Bevölkerung in der Corona-Krise gezielt in Angst und Schrecken versetzt, um massive Grundrechtseinschränkungen durchsetzen zu können.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A34**Selbsteinstufung der eigenen Gemeinde: ländlich vs. städtisch**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	1	2	3	4	5
Gesamt	1885	20	8	11	7	17
Geschlecht						
Männlich	927	16	10	12	8	18
Weiblich	958	23	7	9	6	16
Alter						
18-24 Jahre	131	12	4	14	12	16
25-34 Jahre	202	9	16	26	8	10
35-44 Jahre	283	21	15	9	10	15
45-59 Jahre	453	28	6	10	5	13
60 Jahre und älter	816	18	6	7	7	21
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	22	6	7	7	21
10. Klasse	909	22	9	12	7	16
Abitur	207	14	6	12	12	12
(Fach-)Hochschule	313	12	11	11	7	15
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	25	10	14	8	12
in Ausbildung	103	11	4	12	10	20
Arbeitslos	80	20	20	4	2	19
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	15	6	8	7	21
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	35	11	18	8	8
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	20	10	11	9	15
höh.-leit. Ang./Beamte	104	23	7	23	8	5
Landw./Selbst./Freib.	54	25	5	12	10	12
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	17	8	11	7	17
Evangelisch	434	26	11	12	10	13
Katholisch	121	22	7	8	2	23

Gegensatz - ländlich vs. städtisch

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Selbsteinstufung der eigenen Gemeinde: ländlich vs. städtisch

Zeilenprozente

	Zahl der Befragten (abs.)	6	7	8	9	10	Weiß nicht/ keine Angabe
Gesamt	1885	8	8	11	3	6	0
Geschlecht							
männlich	927	8	9	11	2	4	1
weiblich	958	8	7	11	4	8	0
Alter							
18-24 Jahre	131	11	10	9	6	7	0
25-34 Jahre	202	8	9	6	4	4	0
35-44 Jahre	283	9	5	7	2	8	0
45-59 Jahre	453	5	13	11	3	5	0
60 Jahre und älter	816	10	7	14	3	6	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	451	8	9	10	2	7	1
10. Klasse	909	9	6	11	3	4	0
Abitur	207	6	12	10	7	9	0
(Fach-)Hochschule	313	9	10	13	4	7	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	899	7	9	8	3	5	0
in Ausbildung	103	10	10	10	4	10	0
arbeitslos	80	8	7	10	7	5	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	10	8	14	3	7	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	193	7	4	2	4	3	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	9	7	11	3	6	0
höh.-leit. Ang./Beamte	104	5	13	9	2	4	0
Landw./Selbst./Freib.	54	4	20	6	0	6	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	1318	9	9	12	3	7	0
evangelisch	434	6	7	8	2	4	0
katholisch	121	10	9	8	5	6	0

Gegensatz - ländlich vs. städtisch

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A36

Selbsteinstufung der eigenen Gemeinde: traditionell vs. modern

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	1	2	3	4	5
Gesamt	1885	8	5	11	13	32
Geschlecht						
männlich	927	5	4	10	14	32
weiblich	958	11	5	11	11	31
Alter						
18-24 Jahre	131	2	3	11	18	34
25-34 Jahre	202	4	6	12	14	27
35-44 Jahre	283	5	4	13	19	35
45-59 Jahre	453	10	5	13	10	34
60 Jahre und älter	816	11	5	14	11	30
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	14	5	14	11	29
10. Klasse	909	8	4	18	13	33
Abitur	207	4	6	6	13	30
(Fach-)Hochschule	313	4	6	11	14	32
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	6	5	11	14	35
in Ausbildung	103	3	4	11	18	31
arbeitslos	80	7	15	21	6	16
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	11	3	10	11	29
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	10	3	7	20	31
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	5	5	11	12	35
höh.-leit. Ang./Beamte	104	6	3	16	13	31
Landw./Selbst./Freib.	54	10	3	9	20	37
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	7	4	11	13	29
evangelisch	434	11	4	11	15	36
katholisch	121	9	7	12	5	42

Gegensatz - traditionell vs. modern

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Selbsteinstufung der eigenen Gemeinde: traditionell vs. modern

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	6	7	8	9	10	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	9	9	9	1	2	2
Geschlecht							
Männlich	927	10	10	9	1	1	4
Weiblich	958	8	9	9	1	2	1
Alter							
18-24 Jahre	131	9	7	15	1	0	0
25-34 Jahre	202	15	7	14	1	0	0
35-44 Jahre	283	6	7	9	1	1	1
45-59 Jahre	453	9	12	9	1	1	0
60 Jahre und älter	816	8	9	6	1	3	5
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	451	3	11	7	1	2	8
10. Klasse	909	11	7	10	1	2	1
Abitur	207	13	9	7	1	1	1
(Fach-)Hochschule	313	10	12	8	1	1	0
Erwerbstätigkeit							
Erwerbstätig	899	8	8	10	1	1	2
in Ausbildung	103	13	8	13	1	0	0
Arbeitslos	80	16	1	16	1	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	9	12	7	1	2	4
Berufsgruppe							
Arbeiter	193	10	7	2	0	2	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	8	9	13	1	1	0
höh.-leit. Ang./Beamte	104	7	6	17	1	1	0
Landw./Selbst./Freib.	54	12	4	3	2	0	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	1318	10	11	10	1	2	1
Evangelisch	434	7	5	5	1	0	5
katholisch	121	8	6	7	0	1	4

Gegensatz - traditionell vs. modern

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A38

Selbsteinstufung der eigenen Gemeinde: Anonym vs. Sozial vernetzt

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	1	2	3	4	5
Gesamt	1885	3	2	5	5	18
Geschlecht						
Männlich	927	2	4	6	4	17
Weiblich	958	4	1	5	5	18
Alter						
18-24 Jahre	131	0	1	7	1	18
25-34 Jahre	202	0	9	11	5	18
35-44 Jahre	283	1	4	5	8	21
45-59 Jahre	453	2	2	5	5	17
60 Jahre und älter	816	5	1	4	4	18
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	3	1	2	7	14
10. Klasse	909	4	3	6	4	22
Abitur	207	1	4	11	1	13
(Fach-)Hochschule	313	1	1	5	6	15
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	1	4	6	3	18
in Ausbildung	103	0	2	9	2	20
Arbeitslos	80	0	4	8	19	19
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	5	1	4	5	18
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	1	14	5	2	23
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	0	1	6	2	17
höh.-leit. Ang./Beamte	104	0	0	2	5	16
Landw./Selbst./Freib.	54	3	1	2	1	13
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	3	3	6	5	16
Evangelisch	434	4	0	3	4	24
Katholisch	121	0	3	12	7	15

Gegensatz - anonym vs. sozial vernetzt

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A39

Selbsteinstufung der eigenen Gemeinde: Anonym vs. sozial vernetzt

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	6	7	8	9	10	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	10	16	21	6	10	4
Geschlecht							
Männlich	927	11	16	22	5	6	6
Weiblich	958	9	16	19	6	13	3
Alter							
18-24 Jahre	131	14	22	31	5	1	0
25-34 Jahre	202	4	18	16	9	9	1
35-44 Jahre	283	9	15	24	5	7	3
45-59 Jahre	453	11	19	20	4	10	3
60 Jahre und älter	816	11	13	19	6	12	7
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	451	9	12	21	6	16	12
10. Klasse	909	10	16	18	7	9	2
Abitur	207	11	22	22	6	6	5
(Fach-)Hochschule	313	14	16	28	5	6	1
Erwerbstätigkeit							
Erwerbstätig	899	11	18	21	1	9	3
in Ausbildung	103	7	14	33	6	2	5
Arbeitslos	80	11	9	15	4	3	13
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	10	15	19	4	12	6
Berufsgruppe							
Arbeiter	193	7	11	16	16	9	8
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	15	20	23	9	9	2
höh.-leit. Ang./Beamte	104	6	23	20	6	11	0
Landw./Selbst./Freib.	54	6	26	37	5	1	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	1318	11	17	20	6	9	4
Evangelisch	434	9	16	21	5	8	5
Katholisch	121	8	9	20	4	15	6

Gegensatz - anonym vs. sozial vernetzt

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Selbsteinstufung der eigenen Gemeinde: Abseits vs. zentral

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	1	2	3	4	5
Gesamt	1885	7	5	9	9	23
Geschlecht						
Männlich	927	6	6	8	10	24
Weiblich	958	8	4	10	8	22
Alter						
18-24 Jahre	131	7	3	7	19	16
25-34 Jahre	202	3	12	6	12	22
35-44 Jahre	283	9	5	7	11	21
45-59 Jahre	453	6	6	8	7	27
60 Jahre und älter	816	8	3	11	7	23
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	6	4	10	12	19
10. Klasse	909	10	6	8	8	25
Abitur	207	4	4	8	6	30
(Fach-)Hochschule	313	4	6	9	10	19
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	9	7	8	10	25
in Ausbildung	103	2	2	4	16	30
Arbeitslos	80	6	6	15	17	19
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	7	3	10	6	24
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	14	9	3	13	24
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	6	4	7	10	18
höh.-leit. Ang./Beamte	104	10	14	12	7	22
Landw./Selbst./Freib.	54	14	6	4	4	21
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	6	5	9	9	22
Evangelisch	434	12	4	7	7	24
Katholisch	121	6	6	15	15	25

Gegensatz - abseits vs. Zentral.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Selbsteinstufung der eigenen Gemeinde: Absatz vs. zentral

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	6	7	8	9	10	Keine Angabe/ weiß nicht
Gesamt	1885	8	10	15	6	8	1
Geschlecht							
Männlich	927	7	11	16	5	5	2
Weiblich	958	9	8	13	7	11	1
Alter							
18-24 Jahre	131	9	19	7	1	13	0
25-34 Jahre	202	7	9	19	3	6	1
35-44 Jahre	283	10	10	13	10	3	0
45-59 Jahre	453	8	8	18	4	7	0
60 Jahre und älter	816	7	9	13	7	10	3
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	451	9	6	14	6	11	5
10. Klasse	909	7	10	14	5	7	1
Abitur	207	7	15	13	5	8	1
(Fach-)Hochschule	313	8	11	18	7	7	0
Erwerbstätigkeit							
Erwerbstätig	899	8	9	14	5	6	0
in Ausbildung	103	10	21	12	3	8	0
Arbeitslos	80	5	0	11	15	8	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	7	10	14	7	10	3
Berufsgruppe							
Arbeiter	193	8	5	6	3	4	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	8	11	19	7	8	0
höh.-leit. Ang./Beamte	104	10	11	14	4	5	0
Landw./Selbst./Freib.	54	2	7	31	3	7	1
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	1318	7	10	17	6	8	1
Evangelisch	434	11	7	9	6	8	2
Katholisch	121	7	11	11	5	9	1

Gegensatz - abseits vs. Zentral.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Selbsteinstufung der eigenen Gemeinde: Familienunfreundlich vs. familienfreundlich

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	1	2	3	4	5
Gesamt	1885	1	1	3	3	14
Geschlecht						
Männlich	927	1	1	3	2	13
Weiblich	958	1	1	3	4	15
Alter						
18-24 Jahre	131	0	2	1	2	13
25-34 Jahre	202	0	0	2	6	16
35-44 Jahre	283	0	1	5	2	16
45-59 Jahre	453	0	1	3	3	13
60 Jahre und älter	816	2	1	2	3	14
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	1	0	2	3	13
10. Klasse	909	1	2	3	3	17
Abitur	207	0	1	3	1	13
(Fach-)Hochschule	313	0	1	2	4	9
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	1	1	3	4	16
in Ausbildung	103	0	0	1	2	9
Arbeitslos	80	0	0	3	3	7
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	2	1	3	3	13
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	1	0	1	0	17
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	0	0	2	4	15
höh.-leit. Ang./Beamte	104	0	1	2	8	11
Landw./Selbst./Freib.	54	4	1	5	2	33
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	1	1	3	4	12
Evangelisch	434	0	2	3	1	17
Katholisch	121	0	1	1	2	19

Gegensatz - familienunfreundlich vs. familienfreundlich

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A43

Selbsteinstufung der eigenen Gemeinde: Familienunfreundlich vs. familienfreundlich

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	6	7	8	9	10	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	9	16	24	11	13	5
Geschlecht							
Männlich	927	11	20	25	9	11	6
Weiblich	958	7	12	24	14	16	4
Alter							
18-24 Jahre	131	13	11	24	17	15	1
25-34 Jahre	202	7	27	20	16	4	2
35-44 Jahre	283	11	17	21	10	14	2
45-59 Jahre	453	9	13	28	11	16	3
60 Jahre und älter	816	7	15	25	9	14	8
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	451	5	12	17	15	20	12
10. Klasse	909	9	15	25	11	12	2
Abitur	207	11	18	31	8	10	4
(Fach-)Hochschule	313	14	20	27	10	10	3
Erwerbstätigkeit							
Erwerbstätig	899	8	17	26	11	12	3
in Ausbildung	103	11	17	19	22	13	6
Arbeitslos	80	23	15	11	15	21	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	8	14	25	10	14	7
Berufsgruppe							
Arbeiter	193	3	23	17	13	16	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	7	18	33	9	11	2
höh.-leit. Ang./Beamte	104	14	12	24	21	8	0
Landw./Selbst./Freib.	54	8	16	20	3	10	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	1318	9	17	25	11	14	4
Evangelisch	434	10	12	22	13	13	6
Katholisch	121	8	18	21	6	13	12

Gegensatz - familienunfreundlich vs. familienfreundlich

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Selbsteinstufung der eigenen Gemeinde: Ruhig vs. lebhaft

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	1	2	3	4	5
Gesamt	1885	17	11	16	10	21
Geschlecht						
Männlich	927	13	11	19	10	21
Weiblich	958	20	12	13	9	20
Alter						
18-24 Jahre	131	3	20	24	9	14
25-34 Jahre	202	18	10	23	9	11
35-44 Jahre	283	16	11	16	11	31
45-59 Jahre	453	21	10	16	9	19
60 Jahre und älter	816	16	11	12	10	21
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	16	15	13	10	22
10. Klasse	909	21	9	17	10	19
Abitur	207	11	11	17	10	22
(Fach-)Hochschule	313	11	13	16	10	21
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	19	11	17	10	21
in Ausbildung	103	2	16	25	5	21
Arbeitslos	80	22	28	21	3	5
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	15	10	13	10	21
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	34	3	13	8	24
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	13	13	19	11	23
höh.-leit. Ang./Beamte	104	13	9	23	13	14
Landw./Selbst./Freib.	54	17	16	21	5	13
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	16	11	16	10	21
Evangelisch	434	19	13	15	8	19
Katholisch	121	14	7	14	10	26

Gegensatz - ruhig vs. lebhaft

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Selbsteinstufung der eigenen Gemeinde: Ruhig vs. lebhaft

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	6	7	8	9	10	Weiß nicht/ keine Angabe
Gesamt	1885	8	7	6	1	2	1
Geschlecht							
männlich	927	9	7	6	1	1	1
weiblich	958	7	7	7	1	3	1
Alter							
18-24 Jahre	131	6	13	5	1	4	0
25-34 Jahre	202	9	9	8	2	1	0
35-44 Jahre	283	5	7	2	1	1	0
45-59 Jahre	453	10	6	7	1	1	0
60 Jahre und älter	816	8	6	7	1	4	3
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	451	7	5	4	1	3	4
10. Klasse	909	7	6	7	1	2	0
Abitur	207	9	13	4	1	1	1
(Fach-)Hochschule	313	12	7	7	2	1	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	899	9	7	5	1	1	0
in Ausbildung	103	1	12	12	1	6	0
arbeitslos	80	8	2	8	3	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	8	7	7	2	4	3
Berufsgruppe							
Arbeiter	193	9	6	1	0	2	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	6	9	6	1	0	0
höh.-leit. Ang./Beamte	104	13	6	8	0	1	0
Landw./Selbst./Freib.	54	18	4	2	2	1	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	1318	8	7	7	1	2	1
evangelisch	434	8	7	4	0	5	2
katholisch	121	10	7	9	2	1	0

Gegensatz - ruhig vs. Lebhaft

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A46

Selbsteinstufung der eigenen Gemeinde: kein attraktiver Ort zum Leben vs. Attraktiver Ort zum Leben

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	1	2	3	4	5
Gesamt	1885	2	1	5	3	13
Geschlecht						
männlich	927	2	1	5	2	14
weiblich	958	3	1	6	4	12
Alter						
18-24 Jahre	131	1	5	11	6	9
25-34 Jahre	202	1	1	2	1	19
35-44 Jahre	283	1	0	3	1	15
45-59 Jahre	453	1	0	4	3	11
60 Jahre und älter	816	4	1	6	4	13
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	5	0	8	3	12
10. Klasse	909	2	1	5	3	15
Abitur	207	0	2	5	2	10
(Fach-)Hochschule	313	1	1	3	3	9
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	1	1	3	2	13
in Ausbildung	103	1	3	14	4	6
arbeitslos	80	0	1	1	0	19
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	4	1	7	4	13
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	1	0	5	3	22
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	1	1	1	2	9
höh.-leit. Ang./Beamte	104	3	1	3	2	12
Landw./Selbst./Freib.	54	2	0	5	2	12
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	2	1	6	3	14
evangelisch	434	2	1	5	3	9
katholisch	121	5	0	2	1	9

Gegensatz - kein attraktiver Ort zum Leben vs. attraktiver Ort zum Leben

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A47

Selbsteinstufung der eigenen Gemeinde: kein attraktiver Ort zum Leben vs. Attraktiver Ort zum Leben

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	6	7	8	9	10	Weiß nicht/ keine Angabe
Gesamt	1885	8	16	21	11	18	2
Geschlecht							
männlich	927	9	15	23	12	16	2
weiblich	958	7	16	18	10	20	1
Alter							
18-24 Jahre	131	18	14	11	16	10	0
25-34 Jahre	202	4	18	25	16	13	1
35-44 Jahre	283	4	19	30	12	14	1
45-59 Jahre	453	12	15	23	10	20	1
60 Jahre und älter	816	7	15	17	9	21	3
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	451	4	19	15	6	24	4
10. Klasse	909	10	12	22	11	17	1
Abitur	207	8	19	21	17	15	1
(Fach-)Hochschule	313	6	19	25	14	17	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	899	9	16	24	11	18	1
in Ausbildung	103	11	11	22	17	10	0
arbeitslos	80	19	15	24	11	10	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	6	16	16	10	20	3
Berufsgruppe							
Arbeiter	193	10	9	17	10	21	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	10	18	28	11	19	1
höh.-leit. Ang./Beamte	104	3	20	32	11	13	0
Landw./Selbst./Freib.	54	9	18	20	9	23	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	1318	7	17	19	11	17	2
evangelisch	434	9	15	24	10	20	2
katholisch	121	11	8	25	15	23	1

Gegensatz - kein attraktiver Ort zum Leben vs. attraktiver Ort zum Leben

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A48**Verbundenheit mit Stadt oder Gemeinde**

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr verbunden	Eher verbunden	Eher nicht verbunden	Überhaupt nicht verbunden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	47	41	9	2	1
Geschlecht						
Männlich	927	44	45	8	2	1
Weiblich	958	51	37	10	2	0
Alter						
18-24 Jahre	131	35	50	8	8	0
25-34 Jahre	202	38	43	17	0	2
35-44 Jahre	283	52	41	5	2	1
45-59 Jahre	453	50	40	7	2	1
60 Jahre und älter	816	49	40	10	1	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	48	37	14	1	0
10. Klasse	909	50	41	7	1	1
Abitur	207	43	45	7	5	1
(Fach-)Hochschule	313	41	45	12	2	0
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	49	40	9	1	1
in Ausbildung	103	26	56	6	7	5
Arbeitslos	80	35	47	15	1	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	49	39	10	1	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	45	45	10	0	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	53	36	9	2	0
höh.-leit. Ang./Beamte	104	43	45	12	0	0
Landw./Selbst./Freib.	54	50	40	6	4	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	46	42	10	2	0
Evangelisch	434	53	37	9	1	0
Katholisch	121	43	43	7	3	4

Verbundenheit mit –Ihrer Stadt oder Gemeinde

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A49**Verbundenheit mit Region**

Zeilenprozente

	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr verbunden	Eher verbunden	Eher nicht verbunden	Überhaupt nicht verbunden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	46	42	9	2	1
Geschlecht						
Männlich	927	42	46	9	2	2
Weiblich	958	50	37	9	2	1
Alter						
18-24 Jahre	131	36	45	10	9	0
25-34 Jahre	202	38	42	16	1	3
35-44 Jahre	283	47	41	8	1	2
45-59 Jahre	453	52	41	5	1	1
60 Jahre und älter	816	46	42	9	2	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	43	40	13	3	2
10. Klasse	909	50	41	6	1	2
Abitur	207	42	46	7	5	1
(Fach-)Hochschule	313	42	42	13	2	1
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	49	38	10	1	1
in Ausbildung	103	28	49	10	8	5
Arbeitslos	80	32	59	7	0	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	47	42	7	2	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	47	43	10	0	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	52	32	12	2	2
höh.-leit. Ang./Beamte	104	49	44	7	0	0
Landw./Selbst./Freib.	54	45	43	8	0	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	45	43	9	3	1
Evangelisch	434	52	36	10	0	1
Katholisch	121	45	42	6	3	5

Verbundenheit mit – Ihrer Region.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A50

Verbundenheit Thüringen

Zeilenprozente

	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr verbunden	Eher verbunden	Eher nicht verbunden	Überhaupt nicht verbunden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	49	41	7	2	1
Geschlecht						
Männlich	927	44	45	8	2	1
Weiblich	958	54	38	7	1	0
Alter						
18-24 Jahre	131	21	62	11	7	0
25-34 Jahre	202	39	45	11	2	2
35-44 Jahre	283	51	38	9	2	1
45-59 Jahre	453	54	38	6	1	1
60 Jahre und älter	816	53	40	6	1	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	53	39	7	1	0
10. Klasse	909	52	40	6	1	1
Abitur	207	41	47	8	4	1
(Fach-)Hochschule	313	42	43	12	2	1
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	51	38	9	2	0
in Ausbildung	103	15	64	8	9	5
Arbeitslos	80	32	64	1	2	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	55	40	4	1	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	49	41	9	1	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	54	35	9	1	0
höh.-leit. Ang./Beamte	104	47	46	8	0	0
Landw./Selbst./Freib.	54	48	40	8	5	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	50	41	8	2	0
Evangelisch	434	51	40	7	2	0
Katholisch	121	41	47	5	3	5

Verbundenheit mit - Thüringen

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A51**Zufriedenheit mobiler Datenversorgung**

Zeilenprozente

	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr zufrieden	Eher zufrieden	Eher unzufrieden	Sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	25	40	19	8	8
Geschlecht						
Männlich	927	29	42	18	6	4
Weiblich	958	21	38	20	10	11
Alter						
18-24 Jahre	131	37	36	23	3	0
25-34 Jahre	202	26	44	24	5	0
35-44 Jahre	283	24	35	23	17	1
45-59 Jahre	453	34	41	18	7	0
60 Jahre und älter	816	19	41	17	6	17
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	21	36	16	5	21
10. Klasse	909	27	40	19	11	3
Abitur	207	24	42	28	2	3
(Fach-)Hochschule	313	27	45	17	8	3
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	29	40	22	10	0
in Ausbildung	103	37	40	23	1	0
Arbeitslos	80	37	44	7	12	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	18	40	17	7	18
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	29	37	22	12	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	31	40	21	7	0
höh.-leit. Ang./Beamte	104	39	39	14	8	0
Landw./Selbst./Freib.	54	25	38	32	3	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	26	40	19	7	7
Evangelisch	434	21	41	21	10	7
Katholisch	121	25	37	19	10	9

Zufriedenheit mit - der mobilen Datenversorgung?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A52

Zufriedenheit öffentliche Verkehrsmittel

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr zufrieden	Eher zufrieden	Eher unzufrieden	Sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	23	31	25	18	3
Geschlecht						
Männlich	927	19	31	29	18	2
Weiblich	958	26	31	22	17	4
Alter						
18-24 Jahre	131	20	33	28	18	0
25-34 Jahre	202	14	31	27	27	1
35-44 Jahre	283	19	31	35	14	1
45-59 Jahre	453	18	33	25	22	2
60 Jahre und älter	816	29	29	21	14	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	31	30	14	19	6
10. Klasse	909	18	32	30	17	3
Abitur	207	30	22	30	17	1
(Fach-)Hochschule	313	20	35	25	18	3
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	18	30	27	23	1
in Ausbildung	103	17	36	30	17	1
Arbeitslos	80	26	42	30	2	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	29	29	21	14	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	11	30	25	33	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	23	32	29	15	0
höh.-leit. Ang./Beamte	104	16	22	24	36	2
Landw./Selbst./Freib.	54	18	36	25	20	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	26	30	24	18	3
Evangelisch	434	14	36	29	16	5
Katholisch	121	22	23	26	21	8

Zufriedenheit mit - der Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln (z.B. Busse und Bahn)?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A53

Zufriedenheit Notfallversorgung

Zeilenprozente

	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr zufrieden	Eher zufrieden	Eher unzufrieden	Sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	37	42	11	4	6
Geschlecht						
Männlich	927	35	46	9	4	5
Weiblich	958	38	39	13	3	8
Alter						
18-24 Jahre	131	24	47	20	3	5
25-34 Jahre	202	37	35	18	6	3
35-44 Jahre	283	28	42	15	7	8
45-59 Jahre	453	38	42	12	3	5
60 Jahre und älter	816	41	43	6	2	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	44	37	12	2	5
10. Klasse	909	33	46	10	5	7
Abitur	207	36	40	16	4	4
(Fach-)Hochschule	313	35	42	11	4	8
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	33	42	15	5	6
in Ausbildung	103	35	38	23	0	4
Arbeitslos	80	38	54	1	4	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	42	42	6	2	8
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	33	45	9	9	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	34	44	13	2	7
höh.-leit. Ang./Beamte	104	40	28	28	3	2
Landw./Selbst./Freib.	54	42	33	9	12	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	38	41	11	4	7
Evangelisch	434	33	46	14	3	4
Katholisch	121	36	43	7	5	9

Zufriedenheit mit - der Notfallversorgung? Etwa, wie schnell im Notfall ein Krankenwagen vor Ort wäre?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A54

Zufriedenheit Versorgung Hausärzte

Zeilenprozente

	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr zufrieden	Eher zufrieden	Eher unzufrieden	Sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	23	42	24	10	1
Geschlecht						
Männlich	927	21	45	25	9	1
Weiblich	958	25	40	23	11	1
Alter						
18-24 Jahre	131	16	50	22	11	1
25-34 Jahre	202	26	28	38	7	1
35-44 Jahre	283	23	40	25	11	0
45-59 Jahre	453	20	45	24	10	1
60 Jahre und älter	816	24	44	21	11	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	25	46	16	12	0
10. Klasse	909	21	41	27	10	1
Abitur	207	22	43	25	10	0
(Fach-)Hochschule	313	25	41	26	7	1
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	20	42	28	10	1
in Ausbildung	103	17	43	17	22	1
Arbeitslos	80	29	57	13	1	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	26	41	22	10	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	18	46	22	14	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	22	42	26	8	1
höh.-leit. Ang./Beamte	104	24	35	34	7	0
Landw./Selbst./Freib.	54	23	39	26	11	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	24	40	25	10	1
Evangelisch	434	20	46	23	11	1
Katholisch	121	20	47	19	14	1

Zufriedenheit mit - der Versorgung mit Hausärzten?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A55**Erreichbarkeit Supermarkt**

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr einfach	Eher einfach	Eher schwierig	Sehr schwierig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	51	32	11	6	0
Geschlecht						
Männlich	927	52	33	10	5	0
Weiblich	958	50	31	11	7	0
Alter						
18-24 Jahre	131	74	20	5	1	0
25-34 Jahre	202	50	32	16	2	0
35-44 Jahre	283	54	38	6	2	0
45-59 Jahre	453	54	32	8	5	0
60 Jahre und älter	816	45	32	13	10	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	45	31	12	11	0
10. Klasse	909	50	34	11	6	0
Abitur	207	60	30	8	2	0
(Fach-)Hochschule	313	58	29	10	3	0
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	54	31	11	4	0
in Ausbildung	103	70	27	2	1	0
Arbeitslos	80	42	49	7	2	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	47	31	11	10	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	47	27	22	3	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	62	28	7	4	0
höh.-leit. Ang./Beamte	104	51	39	4	6	0
Landw./Selbst./Freib.	54	51	37	8	4	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	52	32	10	6	0
Evangelisch	434	49	29	14	8	0
Katholisch	121	51	41	6	2	0

Erreichbarkeit - Einkaufsmöglichkeiten für den alltäglichen Bedarf?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A56

Erreichbarkeit Facharzt

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr einfach	Eher einfach	Eher schwierig	Sehr schwierig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	14	30	34	19	2
Geschlecht						
Männlich	927	15	29	34	20	2
Weiblich	958	14	30	35	19	2
Alter						
18-24 Jahre	131	29	27	29	15	1
25-34 Jahre	202	9	34	32	25	1
35-44 Jahre	283	14	33	32	18	3
45-59 Jahre	453	13	29	35	21	2
60 Jahre und älter	816	14	28	36	19	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	19	28	30	21	2
10. Klasse	909	10	30	36	21	2
Abitur	207	22	26	38	14	0
(Fach-)Hochschule	313	16	33	33	15	2
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	14	30	35	20	2
in Ausbildung	103	33	24	25	17	1
Arbeitslos	80	6	28	37	26	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	14	30	36	18	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	16	24	24	31	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	14	36	39	10	1
höh.-leit. Ang./Beamte	104	11	22	35	28	3
Landw./Selbst./Freib.	54	21	19	38	18	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	15	29	33	20	3
Evangelisch	434	12	30	38	19	1
Katholisch	121	15	37	34	14	0

Erreichbarkeit - einen Facharzt?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A57

Erreichbarkeit: Kultur und Freizeit

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr einfach	Eher einfach	Eher schwierig	Sehr schwierig	Weiß nicht/ keine Angabe
Gesamt	1885	18	36	32	12	2
Geschlecht						
Männlich	927	18	37	35	9	1
Weiblich	958	18	36	29	15	2
Alter						
18-24 Jahre	131	32	25	40	2	0
25-34 Jahre	202	15	39	38	8	0
35-44 Jahre	283	19	45	25	10	1
45-59 Jahre	453	16	39	33	11	1
60 Jahre und älter	816	17	33	31	16	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	14	36	30	17	3
10. Klasse	909	15	36	35	12	1
Abitur	207	26	32	34	7	0
(Fach-)Hochschule	313	27	40	24	9	0
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	17	39	34	11	0
in Ausbildung	103	38	25	35	3	0
Arbeitslos	80	6	59	27	4	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	18	32	31	16	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	9	38	37	15	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	21	45	29	6	0
höh.-leit. Ang./Beamte	104	17	30	40	12	1
Landw./Selbst./Freib.	54	14	42	30	14	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	20	38	30	11	2
Evangelisch	434	13	34	35	17	1
Katholisch	121	15	37	39	9	0

Erreichbarkeit - kulturelle Einrichtungen und Freizeitmöglichkeiten

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A58

Erreichbarkeit: Kinderbetreuung und Schule

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr einfach	Eher einfach	Eher schwierig	Sehr schwierig	Weiß nicht/ keine Angabe
Gesamt	1885	39	41	7	3	11
Geschlecht						
männlich	927	38	43	6	3	9
weiblich	958	39	38	8	2	12
Alter						
18-24 Jahre	131	55	23	12	0	10
25-34 Jahre	202	42	48	5	2	3
35-44 Jahre	283	46	44	4	1	5
45-59 Jahre	453	41	46	5	1	7
60 Jahre und älter	816	31	38	10	4	17
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	33	35	10	6	17
10. Klasse	909	40	44	7	2	8
Abitur	207	46	39	6	1	8
(Fach-)Hochschule	313	40	42	5	1	12
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	44	43	6	2	5
in Ausbildung	103	46	30	7	5	13
arbeitslos	80	30	48	6	0	16
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	33	38	10	3	16
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	46	43	3	6	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	45	43	5	0	7
höh.-leit. Ang./Beamte	104	47	46	3	0	3
Landw./Selbst./Freib.	54	39	45	9	2	5
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	40	40	7	2	12
evangelisch	434	37	42	8	5	7
katholisch	121	35	45	9	4	7

Erreichbarkeit - Angebote an Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A59**Erreichbarkeit: Pflegeleistungen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr einfach	Eher einfach	Eher schwierig	Sehr schwierig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	26	38	10	3	23
Geschlecht						
Männlich	927	24	36	11	3	26
Weiblich	958	28	40	10	3	20
Alter						
18-24 Jahre	131	27	33	15	0	24
25-34 Jahre	202	24	37	17	3	19
35-44 Jahre	283	26	32	13	1	28
45-59 Jahre	453	25	42	7	3	24
60 Jahre und älter	816	27	39	9	4	21
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	28	42	4	3	22
10. Klasse	909	28	37	13	3	20
Abitur	207	24	38	12	2	24
(Fach-)Hochschule	313	19	36	10	4	31
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	25	37	11	2	25
in Ausbildung	103	20	34	14	0	31
Arbeitslos	80	31	39	17	4	9
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	28	38	9	4	21
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	24	34	12	0	29
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	27	40	5	1	26
höh.-leit. Ang./Beamte	104	24	45	9	2	19
Landw./Selbst./Freib.	54	26	35	13	2	24
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	26	37	9	3	25
Evangelisch	434	25	41	13	2	19
Katholisch	121	34	34	12	1	19

Erreichbarkeit - Angebote von Pflegeleistungen (wie z.B. Mobiler Pflegedienst, Tagespflege)?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A60

Zufriedenheit: Nachbarschaftshilfe

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr zufrieden	Eher zufrieden	Eher unzufrieden	Sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	51	38	7	1	3
Geschlecht						
Männlich	927	50	40	7	1	2
Weiblich	958	52	35	7	2	3
Alter						
18-24 Jahre	131	34	53	10	0	3
25-34 Jahre	202	57	30	6	2	5
35-44 Jahre	283	54	34	10	1	1
45-59 Jahre	453	50	40	7	1	2
60 Jahre und älter	816	52	37	6	2	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	54	30	9	2	4
10. Klasse	909	52	38	6	1	2
Abitur	207	43	43	11	1	2
(Fach-)Hochschule	313	51	42	5	1	2
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	51	39	7	0	2
in Ausbildung	103	41	46	9	0	4
Arbeitslos	80	51	39	5	4	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	53	34	7	2	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	44	44	11	0	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	53	36	9	0	2
höh.-leit. Ang./Beamte	104	65	27	4	3	1
Landw./Selbst./Freib.	54	40	59	0	0	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	50	37	8	2	3
Evangelisch	434	56	38	5	0	0
Katholisch	121	45	40	10	1	4

Zufriedenheit mit - der Hilfe unter Nachbarn und Bekannten?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A61

Zufriedenheit: Vereinsaktivität

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr zufrieden	Eher zufrieden	Eher unzufrieden	Sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	30	45	10	3	12
Geschlecht						
Männlich	927	31	46	10	1	12
Weiblich	958	30	43	10	5	13
Alter						
18-24 Jahre	131	26	62	7	4	1
25-34 Jahre	202	32	46	12	2	9
35-44 Jahre	283	38	44	9	1	8
45-59 Jahre	453	34	47	10	1	9
60 Jahre und älter	816	26	41	10	4	19
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	32	40	7	5	16
10. Klasse	909	31	42	12	3	13
Abitur	207	24	62	6	1	7
(Fach-)Hochschule	313	32	47	10	1	11
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	36	45	9	1	8
in Ausbildung	103	25	61	6	1	7
Arbeitslos	80	22	40	20	1	16
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	26	42	10	5	17
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	39	36	9	1	15
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	32	53	7	2	7
höh.-leit. Ang./Beamte	104	43	35	18	1	3
Landw./Selbst./Freib.	54	32	52	11	0	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	29	46	11	2	12
Evangelisch	434	32	42	9	6	10
Katholisch	121	33	40	7	0	20

Zufriedenheit mit - der Aktivität von Vereinen?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A62

Zufriedenheit ehrenamtliches Engagement

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr zufrieden	Eher zufrieden	Eher unzufrieden	Sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	22	47	14	2	15
Geschlecht						
männlich	927	21	49	14	2	13
weiblich	958	23	45	14	2	17
Alter						
18-24 Jahre	131	22	63	11	0	4
25-34 Jahre	202	33	42	17	0	8
35-44 Jahre	283	22	47	18	2	11
45-59 Jahre	453	18	55	15	0	12
60 Jahre und älter	816	22	41	12	4	22
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	22	51	6	4	17
10. Klasse	909	23	43	17	1	15
Abitur	207	19	51	16	0	14
(Fach-)Hochschule	313	22	49	16	1	12
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	23	49	17	2	9
in Ausbildung	103	22	52	12	0	14
arbeitslos	80	13	66	3	1	17
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	23	41	13	2	21
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	20	45	16	7	13
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	20	58	13	1	9
höh.-leit. Ang./Beamte	104	44	30	17	1	8
Landw./Selbst./Freib.	54	16	42	34	1	7
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	24	46	14	1	16
evangelisch	434	19	49	15	5	12
katholisch	121	16	51	16	0	16

Zufriedenheit mit der Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A63

Vergangene Entwicklung Wohngegend 10-15 Jahre

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Stark verbessert	Eher verbessert	Gleichgeblieben	Eher verschlechtert
Gesamt	1885	14	47	12	13
Geschlecht					
männlich	927	13	50	13	12
weiblich	958	15	44	10	15
Alter					
18-24 Jahre	131	2	48	7	20
25-34 Jahre	202	7	39	7	9
35-44 Jahre	283	10	51	14	8
45-59 Jahre	453	14	52	10	16
60 Jahre und älter	816	19	45	13	14
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	451	21	36	18	13
10. Klasse	909	12	52	11	14
Abitur	207	7	52	7	12
(Fach-)Hochschule	313	13	45	8	14
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	899	10	52	11	12
in Ausbildung	103	2	45	5	17
arbeitslos	80	16	44	20	9
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	19	43	13	14
Berufsgruppe					
Arbeiter	193	9	68	9	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	10	52	9	10
höh.-leit. Ang./Beamte	104	8	35	3	12
Landw./Selbst./Freib.	54	12	28	27	24
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	1318	14	46	13	13
evangelisch	434	12	48	14	14
katholisch	121	17	47	19	19

Wie hat sich Ihre Stadt/Gemeinde in den letzten 10 bis 15 Jahren Ihrer Wahrnehmung nach entwickelt?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A64

Vergangene Entwicklung Wohngegend 10-15 Jahre

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Stark verschlechtert	Trifft nicht zu	Weiß nicht/keine Angabe
Gesamt	1885	3	10	1
Geschlecht				
männlich	927	3	11	0
weiblich	958	1	9	2
Alter				
18-24 Jahre	131	5	23	1
25-34 Jahre	202	0	37	0
35-44 Jahre	283	1	15	1
45-59 Jahre	453	2	6	0
60 Jahre und älter	816	2	2	2
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	451	5	3	2
10. Klasse	909	6	9	2
Abitur	207	3	19	1
(Fach-)Hochschule	313	2	18	1
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	899	1	14	0
in Ausbildung	103	2	30	1
arbeitslos	80	0	11	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	0	3	2
Berufsgruppe				
Arbeiter	193	5	6	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	10	18	0
höh.-leit. Ang./Beamte	104	12	38	0
Landw./Selbst./Freib.	54	24	7	0
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	1318	13	10	1
evangelisch	434	14	8	1
katholisch	121	19	13	1

Wie hat sich Ihre Stadt/Gemeinde in den letzten 10 bis 15 Jahren Ihrer Wahrnehmung nach entwickelt?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A65

Wirtschaftliche Lage Vergleich Thüringen

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr gut	Eher gut	Ungefähr gleich	Eher schlecht	Sehr schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	8	40	9	26	5	12
Geschlecht							
männlich	927	11	39	7	28	6	10
weiblich	958	6	41	11	25	4	14
Alter							
18-24 Jahre	131	19	27	7	28	5	14
25-34 Jahre	202	11	45	2	25	9	8
35-44 Jahre	283	8	40	5	33	5	8
45-59 Jahre	453	9	46	7	28	6	8
60 Jahre und älter	816	5	44	13	23	3	16
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	451	6	30	12	26	2	19
10. Klasse	909	7	37	9	27	7	11
Abitur	207	11	44	6	29	3	6
(Fach-)Hochschule	313	12	39	8	23	3	10
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	899	9	40	6	29	6	9
in Ausbildung	103	24	37	4	19	5	11
arbeitslos	80	3	44	7	29	0	17
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	6	39	14	23	3	15
Berufsgruppe							
Arbeiter	193	5	30	4	30	16	14
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	9	46	6	27	2	9
höh.-leit. Ang./Beamte	104	18	45	6	25	6	0
Landw./Selbst./Freib.	54	9	41	9	29	5	8
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	1318	9	39	9	27	6	11
evangelisch	434	6	44	9	24	2	14
katholisch	121	10	39	9	30	0	12

Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage Ihrer Stadt oder Gemeinde im Vergleich zum Rest von Thüringen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A66

Wirtschaftliche Lage Vergleich Restdeutschland

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr gut	Eher gut	Ungefähr gleich	Eher schlecht	Sehr schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	2	30	10	37	8	13
Geschlecht							
männlich	927	2	31	9	37	10	11
weiblich	958	2	30	11	36	5	16
Alter							
18-24 Jahre	131	0	30	5	39	10	16
25-34 Jahre	202	0	30	11	38	11	10
35-44 Jahre	283	3	31	8	40	10	8
45-59 Jahre	453	3	37	9	35	9	7
60 Jahre und älter	816	2	26	12	36	4	19
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	451	2	23	13	36	2	23
10. Klasse	909	1	31	9	36	11	11
Abitur	207	4	27	7	38	9	5
(Fach-)Hochschule	313	3	33	11	38	5	11
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	899	2	32	8	40	9	10
in Ausbildung	103	0	39	5	32	12	11
arbeitslos	80	6	21	21	22	13	17
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	2	27	13	35	5	18
Berufsgruppe							
Arbeiter	193	2	28	4	35	20	11
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	2	36	8	41	3	9
höh.-leit. Ang./Beamte	104	2	41	6	36	10	5
Landw./Selbst./Freib.	54	1	20	11	48	10	10
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	1318	2	30	10	36	8	13
evangelisch	434	1	30	9	40	7	14
katholisch	121	2	36	13	31	2	15

Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage Ihrer Stadt oder Gemeinde im Vergleich zum Rest von Deutschland.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A67

Zukünftige Entwicklung Gemeinde

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Stark verbessert	Eher verbessert	Wird gleichbleiben	Eher verschlechtert	Stark verschlechtert	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	5	50	10	28	2	5
Geschlecht							
männlich	927	4	51	10	28	1	6
weiblich	958	5	59	10	29	2	5
Alter							
18-24 Jahre	131	5	53	6	35	0	2
25-34 Jahre	202	3	72	1	22	1	0
35-44 Jahre	283	4	46	5	33	1	11
45-59 Jahre	453	4	49	8	31	3	4
60 Jahre und älter	816	5	46	15	25	2	6
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	451	7	43	14	29	2	5
10. Klasse	909	4	50	10	28	1	6
Abitur	207	5	55	5	31	2	3
(Fach-)Hochschule	313	3	57	6	26	2	7
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	899	4	51	8	31	2	4
in Ausbildung	103	7	56	2	29	0	6
arbeitslos	80	0	57	3	33	0	7
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	6	47	13	26	2	6
Berufsgruppe							
Arbeiter	193	3	40	11	37	1	9
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	6	53	8	28	2	2
höh.-leit. Ang./Beamte	104	3	64	2	27	0	3
Landw./Selbst./Freib.	54	2	51	9	32	2	4
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	1318	5	52	9	26	2	5
evangelisch	434	3	45	12	33	2	5
katholisch	121	5	51	5	33	0	6

Würden Sie sagen, dass sich die Entwicklung Ihrer Gemeinde in Zukunft...

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A68

Problem: Abwanderung junger Menschen

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr großes Problem	Eher großes Problem	Eher kleines Problem	Sehr kleines Problem	Kein Problem	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	18	27	26	8	14	7
Geschlecht							
männlich	927	17	28	25	10	14	6
weiblich	958	19	26	26	7	14	9
Alter							
18-24 Jahre	131	15	22	36	7	18	1
25-34 Jahre	202	18	34	20	10	18	0
35-44 Jahre	283	20	33	27	10	8	2
45-59 Jahre	453	16	28	24	6	17	8
60 Jahre und älter	816	18	24	26	8	12	12
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	451	17	23	32	7	9	12
10. Klasse	909	18	29	24	9	15	6
Abitur	207	21	25	25	12	15	2
(Fach-)Hochschule	313	17	31	24	6	15	7
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	899	17	30	26	9	14	5
in Ausbildung	103	16	23	38	5	18	1
arbeitslos	80	18	23	24	2	26	7
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	20	24	25	8	12	12
Berufsgruppe							
Arbeiter	193	28	25	18	18	8	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	11	25	34	8	14	7
höh.-leit. Ang./Beamte	104	19	45	17	4	16	0
Landw./Selbst./Freib.	54	9	32	25	4	21	9
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	1318	9	28	23	8	14	8
evangelisch	434	18	25	32	9	10	6
katholisch	121	8	24	27	11	23	8

Problem – Abwanderung von jungen Menschen?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A69

Problem: Fachkräftemangel

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr großes Problem	Eher großes Problem	Eher kleines Problem	Sehr kleines Problem	Kein Problem	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	25	37	15	4	9	10
Geschlecht							
männlich	927	26	34	17	4	10	10
weiblich	958	24	41	14	5	8	9
Alter							
18-24 Jahre	131	26	45	14	5	8	3
25-34 Jahre	202	36	31	15	5	6	6
35-44 Jahre	283	21	39	23	4	9	4
45-59 Jahre	453	26	37	14	4	8	11
60 Jahre und älter	816	23	37	14	4	9	13
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	451	26	39	11	4	9	11
10. Klasse	909	24	35	18	5	8	11
Abitur	207	26	33	18	7	10	5
(Fach-)Hochschule	313	25	44	13	2	8	9
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	899	28	39	15	4	8	6
in Ausbildung	103	26	38	18	6	10	2
arbeitslos	80	8	16	22	10	15	29
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	23	37	15	4	8	13
Berufsgruppe							
Arbeiter	193	35	31	11	4	11	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	23	42	16	7	7	7
höh.-leit. Ang./Beamte	104	42	34	13	5	7	3
Landw./Selbst./Freib.	54	20	28	34	4	6	8
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	1318	27	37	15	3	8	10
evangelisch	434	20	39	16	7	11	8
katholisch	121	19	37	15	10	5	13

Problem – Fachkräftemangel?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A70

Problem: Verfügbarkeit bezahlbaren Wohnraums

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr großes Problem	Eher großes Problem	Eher kleines Problem	Sehr kleines Problem	Kein Problem	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	12	23	23	9	22	11
Geschlecht							
Männlich	927	11	22	23	12	23	9
Weiblich	958	13	24	23	5	22	13
Alter							
18-24 Jahre	131	21	31	27	5	14	2
25-34 Jahre	202	19	35	21	11	13	1
35-44 Jahre	283	13	27	32	9	13	6
45-59 Jahre	453	13	21	23	10	23	10
60 Jahre und älter	816	8	20	19	8	29	17
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	451	10	17	23	8	29	14
10. Klasse	909	12	26	21	9	21	11
Abitur	207	14	28	25	11	18	4
(Fach-)Hochschule	313	14	24	25	8	21	8
Erwerbstätigkeit							
Erwerbstätig	899	12	28	24	9	18	9
in Ausbildung	103	30	18	23	5	24	0
Arbeitslos	80	12	5	26	13	38	5
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	8	21	21	8	26	15
Berufsgruppe							
Arbeiter	193	14	11	23	22	17	13
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	10	32	26	6	17	8
höh.-leit. Ang./Beamte	104	24	33	17	6	14	6
Landw./Selbst./Freib.	54	5	35	22	6	26	6
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	1318	14	25	21	9	21	10
Evangelisch	434	8	21	25	11	22	13
Katholisch	121	9	19	29	2	33	7

Problem – Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum ?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A71**Politik in Erfurt hat zu wenig getan um Wirtschaftssituation meiner Region zu verbessern**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	18	28	23	17	15
Geschlecht						
Männlich	927	18	27	25	19	11
Weiblich	958	18	28	20	15	19
Alter						
18-24 Jahre	131	6	29	38	12	15
25-34 Jahre	202	18	27	23	20	12
35-44 Jahre	283	19	31	25	14	10
45-59 Jahre	453	19	28	18	22	12
60 Jahre und älter	816	18	26	22	16	18
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	20	30	15	17	18
10. Klasse	909	20	28	21	17	15
Abitur	207	13	25	34	19	10
(Fach-)Hochschule	313	11	26	31	20	12
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	16	31	22	18	12
in Ausbildung	103	2	28	33	18	19
Arbeitslos	80	34	18	28	4	17
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	20	24	22	18	17
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	23	28	10	27	11
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	12	32	26	16	13
höh.-leit. Ang./Beamte	104	18	31	21	22	9
Landw./Selbst./Freib.	54	21	35	23	6	16
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	18	28	22	18	14
Evangelisch	434	17	28	27	13	13
Katholisch	121	11	21	15	31	22

Die Politik in Erfurt hat zu wenig getan, um die wirtschaftliche Situation meiner Region zu verbessern.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Rest von Thüringen respektieren Lebensweise meiner Region nicht

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	4	11	25	43	18
Geschlecht						
Männlich	927	3	9	26	44	17
Weiblich	958	5	12	23	43	18
Alter						
18-24 Jahre	131	7	7	38	37	11
25-34 Jahre	202	1	9	27	53	10
35-44 Jahre	283	3	11	36	37	13
45-59 Jahre	453	4	7	24	52	14
60 Jahre und älter	816	5	13	19	39	24
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	7	16	20	36	21
10. Klasse	909	4	10	24	44	18
Abitur	207	3	7	30	48	12
(Fach-)Hochschule	313	1	7	29	48	14
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	3	10	28	49	11
in Ausbildung	103	8	5	33	41	12
Arbeitslos	80	4	6	22	31	36
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	5	13	20	38	24
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	1	7	25	55	11
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	2	10	31	44	12
höh.-leit. Ang./Beamte	104	4	17	26	48	6
Landw./Selbst./Freib.	54	5	8	20	59	9
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	4	10	25	44	18
Evangelisch	434	4	13	25	40	18
Katholisch	121	5	11	22	48	14

Die Menschen im Rest von Thüringen verstehen und respektieren nicht, wie die Menschen in meiner Region leben.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A73

Politiker in Erfurt interessiert sich nicht für meine Region

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	12	24	26	25	12
Geschlecht						
Männlich	927	12	21	29	29	8
Weiblich	958	11	27	24	22	16
Alter						
18-24 Jahre	131	4	23	29	33	12
25-34 Jahre	202	10	22	33	26	8
35-44 Jahre	283	13	30	31	17	8
45-59 Jahre	453	14	26	24	29	7
60 Jahre und älter	816	12	22	24	25	18
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	14	25	17	24	20
10. Klasse	909	14	25	27	22	12
Abitur	207	8	23	32	31	6
(Fach-)Hochschule	313	5	20	34	34	6
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	11	27	28	26	8
in Ausbildung	103	1	20	32	36	11
Arbeitslos	80	23	27	28	6	15
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	14	20	24	25	17
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	17	27	13	36	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	7	28	31	24	9
höh.-leit. Ang./Beamte	104	9	15	42	29	4
Landw./Selbst./Freib.	54	17	33	33	11	6
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	14	24	26	25	11
Evangelisch	434	8	28	26	23	15
Katholisch	121	7	17	29	33	16

Die Politiker in Erfurt interessieren sich nicht für die Region in der ich lebe.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A74

Politik in Berlin hat zu wenig getan um Wirtschaftssituation meiner Region zu verbessern

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	29	30	20	7	15
Geschlecht						
Männlich	927	29	32	21	6	10
Weiblich	958	28	28	19	7	20
Alter						
18-24 Jahre	131	15	43	29	7	6
25-34 Jahre	202	28	32	17	9	14
35-44 Jahre	283	31	28	27	5	9
45-59 Jahre	453	31	31	19	9	10
60 Jahre und älter	816	28	27	18	5	21
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	29	25	17	8	21
10. Klasse	909	32	32	18	3	14
Abitur	207	22	28	30	11	8
(Fach-)Hochschule	313	21	31	25	10	13
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	30	33	18	7	11
in Ausbildung	103	10	43	34	7	6
Arbeitslos	80	30	20	34	3	13
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	29	25	19	6	20
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	38	33	14	9	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	25	34	19	7	15
höh.-leit. Ang./Beamte	104	21	36	24	10	9
Landw./Selbst./Freib.	54	43	33	11	5	8
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	29	30	19	5	16
Evangelisch	434	26	32	21	9	12
Katholisch	121	28	20	27	11	14

Die Politik in Berlin hat zu wenig getan, um die wirtschaftliche Situation meiner Region zu verbessern.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A75

Rest von Deutschland respektieren Lebensweise meiner Region nicht

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	9	21	26	26	18
Geschlecht						
Männlich	927	10	18	28	26	17
Weiblich	958	8	23	24	26	19
Alter						
18-24 Jahre	131	8	18	41	27	6
25-34 Jahre	202	8	18	23	35	16
35-44 Jahre	283	9	21	37	21	13
45-59 Jahre	453	7	19	24	36	13
60 Jahre und älter	816	11	23	21	20	25
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	12	20	19	24	25
10. Klasse	909	11	21	27	24	17
Abitur	207	4	22	30	36	8
(Fach-)Hochschule	313	6	21	28	27	18
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	8	20	28	32	12
in Ausbildung	103	5	20	34	34	6
Arbeitslos	80	11	21	24	17	28
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	11	22	22	20	25
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	17	17	26	36	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	6	21	30	30	13
höh.-leit. Ang./Beamte	104	5	22	31	27	15
Landw./Selbst./Freib.	54	4	16	33	31	16
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	11	20	25	25	19
Evangelisch	434	5	23	28	27	16
Katholisch	121	7	21	27	28	17

Die Menschen im Rest von Deutschland verstehen und respektieren nicht, wie die Menschen in meiner Region leben.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A76

Politiker in Berlin interessieren sich nicht für meine Region

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	29	31	19	8	13
Geschlecht						
Männlich	927	29	32	21	9	8
Weiblich	958	28	31	17	8	16
Alter						
18-24 Jahre	131	26	33	27	8	6
25-34 Jahre	202	24	39	18	9	10
35-44 Jahre	283	33	32	22	4	8
45-59 Jahre	453	28	32	20	11	9
60 Jahre und älter	816	29	29	17	8	17
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	29	28	16	10	18
10. Klasse	909	33	33	17	5	12
Abitur	207	22	31	25	13	8
(Fach-)Hochschule	313	22	32	25	12	10
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	28	34	19	9	9
in Ausbildung	103	22	34	30	8	6
Arbeitslos	80	28	30	26	4	13
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	30	27	18	8	17
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	36	30	14	17	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	25	36	19	7	13
höh.-leit. Ang./Beamte	104	31	25	22	14	9
Landw./Selbst./Freib.	54	46	29	14	5	6
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	31	32	17	7	13
Evangelisch	434	24	30	23	12	10
Katholisch	121	17	30	22	13	18

Die Politiker in Berlin interessieren sich nicht für die Region in der ich lebe.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A77

Erneuerbare Energien in Wohnumfeld

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Ja	Eher ja	Eher nein	nein	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	54	23	11	9	2
Geschlecht						
Männlich	927	54	23	12	9	2
Weiblich	958	55	24	10	9	3
Alter						
18-24 Jahre	131	66	27	5	2	0
25-34 Jahre	202	57	20	11	12	0
35-44 Jahre	283	53	25	12	9	1
45-59 Jahre	453	49	27	11	11	2
60 Jahre und älter	816	55	21	12	9	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	55	22	12	8	3
10. Klasse	909	52	24	11	12	2
Abitur	207	62	26	8	3	1
(Fach-)Hochschule	313	57	23	11	7	3
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	50	25	12	11	1
in Ausbildung	103	66	24	8	1	0
Arbeitslos	80	69	16	9	6	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	56	22	9	9	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	42	28	12	17	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	56	25	11	7	1
höh.-leit. Ang./Beamte	104	61	17	11	8	3
Landw./Selbst./Freib.	54	37	27	25	8	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	54	23	11	9	3
Evangelisch	434	54	26	10	10	1
Katholisch	121	59	21	11	10	0

Wären Sie generell damit einverstanden, wenn in Ihrem Wohnumfeld neue Erneuerbare-Energien-Anlagen errichtet würden?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A78

Berücksichtigung Bürgerinteressen bei Bau Erneuerbarer-Energien-Anlagen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Ja	Eher ja	Eher nein	Nein	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	20	23	23	18	16
Geschlecht						
Männlich	927	24	24	20	19	14
Weiblich	958	17	21	25	17	19
Alter						
18-24 Jahre	131	29	30	20	20	2
25-34 Jahre	202	26	21	16	24	13
35-44 Jahre	283	19	24	31	18	7
45-59 Jahre	453	21	21	26	21	12
60 Jahre und älter	816	18	23	20	14	25
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	18	18	27	17	20
10. Klasse	909	18	23	22	21	16
Abitur	207	27	28	23	13	9
(Fach-)Hochschule	313	27	25	17	15	16
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	20	21	27	20	12
in Ausbildung	103	26	31	15	22	6
Arbeitslos	80	27	26	12	20	14
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	19	24	19	15	23
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	15	15	28	26	16
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	22	25	28	15	11
höh.-leit. Ang./Beamte	104	36	21	18	16	9
Landw./Selbst./Freib.	54	22	14	31	28	6
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	21	23	21	18	17
Evangelisch	434	19	24	28	16	14
Katholisch	121	22	16	20	23	19

Werden beim Aufbau Erneuerbarer-Energien-Anlagen die Anliegen der Bürger in den betroffenen Gemeinden Ihrer Meinung nach ausreichend berücksichtigt?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A79**Parteieneignung**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	CDU	SPD	Linke	FDP	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	11	10	11	2	8
Geschlecht						
Männlich	927	9	10	11	3	6
Weiblich	958	12	10	12	1	9
Alter						
18-24 Jahre	131	5	4	8	3	3
25-34 Jahre	202	4	5	3	5	2
35-44 Jahre	283	8	4	8	2	6
45-59 Jahre	453	12	8	11	2	8
60 Jahre und älter	816	14	14	16	1	10
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	13	10	12	0	7
10. Klasse	909	10	10	11	3	9
Abitur	207	15	8	13	1	4
(Fach-)Hochschule	313	10	11	11	2	6
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	10	6	8	3	7
in Ausbildung	103	2	5	10	4	4
Arbeitslos	80	2	10	20	1	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	15	15	15	1	10
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	14	3	6	2	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	8	8	10	1	6
höh.-leit. Ang./Beamte	104	11	4	4	12	7
Landw./Selbst./Freib.	54	6	1	6	7	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	8	9	13	2	7
Evangelisch	434	19	12	7	1	9
Katholisch	121	15	5	13	5	3

Neigen Sie, ganz allgemein gesprochen, einer bestimmten Partei zu?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A80

Parteieneignung

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	B90 Grüne	NPD	Piraten	AfD	Keine
Gesamt	1885	6	0	0	6	44
Geschlecht						
Männlich	927	5	0	1	8	45
Weiblich	958	8	0	0	3	44
Alter						
18-24 Jahre	131	20	0	0	3	50
25-34 Jahre	202	14	1	0	11	55
35-44 Jahre	283	6	0	3	5	56
45-59 Jahre	453	4	0	0	5	48
60 Jahre und älter	816	3	0	0	5	35
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	5	0	0	10	40
10. Klasse	909	2	0	1	5	48
Abitur	207	9	0	0	4	45
(Fach-)Hochschule	313	16	0	0	2	39
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	7	0	1	7	51
in Ausbildung	103	24	0	0	4	42
Arbeitslos	80	5	3	0	10	43
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	3	0	0	4	36
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	2	0	4	20	42
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	9	0	0	2	54
höh.-leit. Ang./Beamte	104	11	0	0	6	42
Landw./Selbst./Freib.	54	6	0	0	13	55
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	4	0	1	6	47
Evangelisch	434	12	0	0	5	33
Katholisch	121	5	0	0	2	50

Neigen Sie, ganz allgemein gesprochen, einer bestimmten Partei zu?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A81

Politische Partizipation: Teilnahme Unterschriftensammlung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	44	45	10	0
Geschlecht					
männlich	927	46	46	8	0
weiblich	958	43	44	13	0
Alter					
18-24 Jahre	131	37	61	2	0
25-34 Jahre	202	53	43	3	0
35-44 Jahre	283	59	34	8	0
45-59 Jahre	453	53	40	7	0
60 Jahre und älter	816	33	49	17	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	451	29	52	19	0
10. Klasse	909	47	44	9	0
Abitur	207	53	42	5	0
(Fach-)Hochschule	313	54	39	6	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	899	54	40	6	0
in Ausbildung	103	43	53	2	0
arbeitslos	80	47	47	6	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	34	48	17	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	193	48	46	6	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	58	35	7	0
höh.-leit. Ang./Beamte	104	53	40	7	0
Landw./Selbst./Freib.	54	45	49	6	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	1318	44	44	11	0
evangelisch	434	43	47	10	1
katholisch	121	51	42	7	0

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan - An einer Unterschriftensammlung teilnehmen

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Politische Partizipation: Mitarbeit in politischer Partei

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	6	15	78	1
Geschlecht					
Männlich	927	9	19	72	0
Weiblich	958	4	11	84	1
Alter					
18-24 Jahre	131	1	39	60	1
25-34 Jahre	202	14	16	69	0
35-44 Jahre	283	4	15	81	0
45-59 Jahre	453	7	17	75	1
60 Jahre und älter	816	6	10	84	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	451	2	11	86	0
10. Klasse	909	6	15	78	1
Abitur	207	5	22	72	0
(Fach-)Hochschule	313	13	16	70	1
Erwerbstätigkeit					
Erwerbstätig	899	8	16	76	0
in Ausbildung	103	1	35	65	0
Arbeitslos	80	5	26	69	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	6	10	83	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	193	8	21	71	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	7	12	80	1
höh.-leit. Ang./Beamte	104	8	20	72	0
Landw./Selbst./Freib.	54	13	23	64	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	1318	6	14	79	1
Evangelisch	434	7	19	73	0
Katholisch	121	6	9	86	0

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan - In einer politischen Partei mitarbeiten?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Politische Partizipation: Teilnahme an genehmigter Demonstration

Zeilenprozente

	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	24	43	31	1
Geschlecht					
Männlich	927	29	44	26	1
Weiblich	958	20	43	37	1
Alter					
18-24 Jahre	131	32	48	20	0
25-34 Jahre	202	32	40	28	0
35-44 Jahre	283	30	42	28	0
45-59 Jahre	453	28	48	23	1
60 Jahre und älter	816	17	42	40	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	451	17	42	41	0
10. Klasse	909	24	44	31	1
Abitur	207	28	43	28	1
(Fach-)Hochschule	313	35	43	21	0
Erwerbstätigkeit					
Erwerbstätig	899	29	45	25	0
in Ausbildung	103	44	33	23	0
Arbeitslos	80	23	34	42	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	17	42	40	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	193	28	46	26	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	28	43	28	0
höh.-leit. Ang./Beamte	104	30	51	20	0
Landw./Selbst./Freib.	54	35	58	7	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	1318	25	44	30	1
Evangelisch	434	21	43	34	1
Katholisch	121	30	37	33	1

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan - An einer genehmigten Demonstration teilnehmen?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A84

Politische Partizipation: Teilnahme an ungenehmigter Demonstration

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	6	18	75	1
Geschlecht					
Männlich	927	7	24	67	2
Weiblich	958	5	11	83	1
Alter					
18-24 Jahre	131	12	12	76	0
25-34 Jahre	202	8	18	74	0
35-44 Jahre	283	4	22	72	1
45-59 Jahre	453	7	23	69	1
60 Jahre und älter	816	5	14	80	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	451	6	18	76	1
10. Klasse	909	6	18	75	1
Abitur	207	4	15	80	0
(Fach-)Hochschule	313	9	18	73	1
Erwerbstätigkeit					
Erwerbstätig	899	7	22	70	1
in Ausbildung	103	12	16	72	0
Arbeitslos	80	8	23	67	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	4	12	83	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	193	2	40	58	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	8	17	74	1
höh.-leit. Ang./Beamte	104	6	22	72	0
Landw./Selbst./Freib.	54	12	23	65	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	1318	8	18	74	1
Evangelisch	434	3	19	77	1
Katholisch	121	2	8	90	1

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan - An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Politische Partizipation: Für Ziele auch mit Gewalt kämpfen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	93	6	1	0
Geschlecht					
Männlich	927	90	8	1	0
Weiblich	958	95	4	0	0
Alter					
18-24 Jahre	131	78	19	3	0
25-34 Jahre	202	95	3	2	0
35-44 Jahre	283	91	8	1	0
45-59 Jahre	453	94	4	1	1
60 Jahre und älter	816	94	5	1	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	451	93	6	1	0
10. Klasse	909	93	6	1	1
Abitur	207	92	5	2	0
(Fach-)Hochschule	313	93	7	1	0
Erwerbstätigkeit					
Erwerbstätig	899	93	6	1	0
in Ausbildung	103	78	18	3	1
Arbeitslos	80	81	12	3	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	95	4	1	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	193	92	8	0	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	94	6	0	0
höh.-leit. Ang./Beamte	104	92	7	2	0
Landw./Selbst./Freib.	54	94	6	0	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	1318	94	4	1	0
Evangelisch	434	90	10	0	0
Katholisch	121	91	7	1	0

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan - Für meine Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Politische Partizipation: Ehrenamtliches Engagement

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	50	35	15	1
Geschlecht					
Männlich	927	52	32	16	1
Weiblich	958	47	37	15	0
Alter					
18-24 Jahre	131	63	29	8	0
25-34 Jahre	202	57	39	4	0
35-44 Jahre	283	59	32	9	0
45-59 Jahre	453	47	42	10	1
60 Jahre und älter	816	43	31	24	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	451	41	27	30	0
10. Klasse	909	49	38	13	0
Abitur	207	58	34	8	0
(Fach-)Hochschule	313	59	34	7	0
Erwerbstätigkeit					
Erwerbstätig	899	54	36	10	0
in Ausbildung	103	56	38	6	0
Arbeitslos	80	38	45	17	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	45	31	23	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	193	48	29	24	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	51	41	8	0
höh.-leit. Ang./Beamte	104	63	31	6	0
Landw./Selbst./Freib.	54	56	42	2	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	1318	46	36	18	0
Evangelisch	434	62	27	11	0
Katholisch	121	41	47	8	4

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan - Sich ehrenamtlich engagieren? (z.B. in einem Verein oder in der Nachbarschaftshilfe)?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A87

Politische Partizipation: Teilnahme an Bundestagswahl

	Zahl der Befragten (abs.)	immer	Fast immer	meistens	gelegentlich	selten	nie	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	73	14	4	2	2	4	1
Geschlecht								
Männlich	927	72	15	5	2	2	4	0
Weiblich	958	73	14	3	2	2	3	2
Alter								
18-24 Jahre	131	59	16	0	0	0	15	9
25-34 Jahre	202	64	28	1	3	3	1	0
35-44 Jahre	283	67	17	8	2	2	4	1
45-59 Jahre	453	75	13	3	3	3	2	1
60 Jahre und älter	816	78	11	5	2	2	3	0
Schulabschluss								
unter 10. Klasse	451	75	10	4	4	4	3	3
10. Klasse	909	67	17	6	2	2	4	1
Abitur	207	72	19	2	0	0	7	0
(Fach-)Hochschule	313	86	9	1	1	1	2	0
Erwerbstätigkeit								
Erwerbstätig	899	72	18	4	1	1	2	0
in Ausbildung	103	61	9	1	0	0	17	12
Arbeitslos	80	44	4	6	16	16	16	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	79	10	5	2	2	3	0
Berufsgruppe								
Arbeiter	193	72	18	7	1	1	0	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	73	17	4	2	2	1	0
höh.-leit. Ang./Beamte	104	74	23	0	2	2	1	0
Landw./Selbst./Freib.	54	79	10	5	0	0	7	0
Religionsgemeinschaft								
keine, andere	1318	69	16	5	3	3	4	0
Evangelisch	434	80	10	3	0	0	2	3
Katholisch	121	85	9	0	1	1	4	0

Wie regelmäßig haben Sie bisher Bundestagswahlen teilgenommen?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A88

Bei Israels Politik ist es verständlich, dass man etwas gegen Juden hat

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	2	7	16	56	19
Geschlecht						
Männlich	927	2	9	17	56	15
Weiblich	958	2	5	14	55	22
Alter						
18-24 Jahre	131	1	2	17	73	7
25-34 Jahre	202	3	4	14	57	22
35-44 Jahre	283	1	6	18	54	21
45-59 Jahre	453	2	7	14	59	18
60 Jahre und älter	816	3	10	16	52	19
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	4	7	19	54	16
10. Klasse	909	2	9	14	52	23
Abitur	207	2	2	19	65	12
(Fach-)Hochschule	313	2	7	14	64	13
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	1	7	17	57	19
in Ausbildung	103	1	4	13	72	10
Arbeitslos	80	14	6	4	57	19
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	3	9	16	53	20
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	2	12	14	53	19
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	1	3	16	59	22
höh.-leit. Ang./Beamte	104	2	9	23	60	6
Landw./Selbst./Freib.	54	2	17	12	59	10
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	2	7	17	54	20
Evangelisch	434	3	9	13	60	15
Katholisch	121	1	8	13	59	18

Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A89

Sorge: Durch gesellschaftliche Entwicklung auf Verliererseite geraten

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	23	21	25	28	3
Geschlecht						
Männlich	927	19	21	31	29	1
Weiblich	958	28	22	20	26	5
Alter						
18-24 Jahre	131	12	23	23	34	7
25-34 Jahre	202	17	24	29	26	4
35-44 Jahre	283	22	21	34	22	0
45-59 Jahre	453	24	18	23	35	1
60 Jahre und älter	816	26	23	23	25	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	34	18	22	21	5
10. Klasse	909	26	24	27	21	2
Abitur	207	9	23	25	42	1
(Fach-)Hochschule	313	10	17	25	46	2
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	19	21	29	29	2
in Ausbildung	103	12	25	18	45	0
Arbeitslos	80	27	13	36	22	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	28	23	21	24	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	26	23	31	20	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	17	21	32	26	4
höh.-leit. Ang./Beamte	104	9	14	29	48	0
Landw./Selbst./Freib.	54	8	24	28	39	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	24	22	25	27	3
Evangelisch	434	21	19	29	28	3
Katholisch	121	24	16	20	39	1

Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A90**In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	32	30	15	20	4
Geschlecht						
Männlich	927	29	29	17	23	3
Weiblich	958	34	32	12	17	5
Alter						
18-24 Jahre	131	26	45	16	13	1
25-34 Jahre	202	27	39	10	20	4
35-44 Jahre	283	28	32	24	11	4
45-59 Jahre	453	30	30	13	24	3
60 Jahre und älter	816	36	25	13	22	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	43	28	13	15	1
10. Klasse	909	35	32	12	16	4
Abitur	207	17	32	23	25	3
(Fach-)Hochschule	313	14	28	18	34	6
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	26	34	15	21	4
in Ausbildung	103	23	37	26	14	0
Arbeitslos	80	43	33	11	13	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	38	25	13	20	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	29	28	12	28	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	25	38	15	17	5
höh.-leit. Ang./Beamte	104	35	22	19	24	1
Landw./Selbst./Freib.	54	21	38	15	18	8
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	33	28	15	19	4
Evangelisch	434	26	37	13	23	2
Katholisch	121	32	27	15	24	2

In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A91**Gehorsam und Disziplin, um aus Kindern anständige Bürger zu machen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	15	29	23	30	2
Geschlecht						
Männlich	927	16	29	23	31	2
Weiblich	958	15	30	24	29	2
Alter						
18-24 Jahre	131	13	27	37	23	0
25-34 Jahre	202	9	33	23	34	1
35-44 Jahre	283	10	34	25	29	1
45-59 Jahre	453	15	20	22	41	2
60 Jahre und älter	816	19	32	21	24	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	28	30	12	27	2
10. Klasse	909	14	33	24	27	2
Abitur	207	9	23	37	31	1
(Fach-)Hochschule	313	6	24	27	41	2
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	899	10	29	24	35	2
in Ausbildung	103	5	22	42	31	0
Arbeitslos	80	37	15	15	33	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	20	32	21	24	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	9	34	19	37	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	11	26	26	35	2
höh.-leit. Ang./Beamte	104	7	34	21	36	3
Landw./Selbst./Freib.	54	8	42	31	19	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	16	31	24	27	2
Evangelisch	434	11	27	21	38	3
Katholisch	121	22	19	29	29	1

Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A92**Die meisten Muslime in Deutschland akzeptieren unsere Werte**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	15	30	22	14	9
Geschlecht						
männlich	927	16	34	19	16	15
weiblich	958	14	26	24	13	23
Alter						
18-24 Jahre	131	22	47	12	6	13
25-34 Jahre	202	22	42	15	9	13
35-44 Jahre	283	12	40	25	10	13
45-59 Jahre	453	12	25	21	14	28
60 Jahre und älter	816	15	23	24	19	19
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	19	16	32	16	18
10. Klasse	909	9	32	19	18	21
Abitur	207	17	43	18	7	15
(Fach-)Hochschule	313	26	34	18	6	17
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	13	34	20	13	20
in Ausbildung	103	27	47	13	0	14
arbeitslos	80	20	26	24	17	13
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	15	23	24	18	19
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	9	25	19	24	23
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	15	35	23	7	20
höh.-leit. Ang./Beamte	104	20	45	12	11	11
Landw./Selbst./Freib.	54	14	37	16	18	16
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	16	29	21	16	18
evangelisch	434	11	34	25	10	20
katholisch	121	24	22	19	10	26

Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A93

Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	3	7	11	72	7
Geschlecht						
männlich	927	3	9	14	70	4
weiblich	958	2	6	8	75	9
Alter						
18-24 Jahre	131	5	10	5	78	3
25-34 Jahre	202	2	5	15	68	10
35-44 Jahre	283	6	7	16	67	4
45-59 Jahre	453	2	8	12	74	3
60 Jahre und älter	816	2	7	8	74	9
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	4	14	9	63	9
10. Klasse	909	4	6	13	70	7
Abitur	207	0	6	8	83	3
(Fach-)Hochschule	313	0	2	8	86	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	3	8	13	70	5
in Ausbildung	103	0	6	11	83	1
arbeitslos	80	16	3	9	67	5
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	2	6	9	74	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	6	13	13	63	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	1	7	13	72	7
höh.-leit. Ang./Beamte	104	3	6	16	74	1
Landw./Selbst./Freib.	54	9	5	21	62	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	4	7	11	72	6
evangelisch	434	1	9	8	75	7
katholisch	121	2	2	14	68	14

Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A94

An deutsche Leistungen reichen die Leistungen anderer Völker nicht heran

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	6	12	27	47	7
Geschlecht						
männlich	927	4	13	30	48	4
weiblich	958	8	12	25	45	10
Alter						
18-24 Jahre	131	4	19	31	46	1
25-34 Jahre	202	2	9	26	57	6
35-44 Jahre	283	3	14	34	45	3
45-59 Jahre	453	3	9	24	57	7
60 Jahre und älter	816	11	13	26	39	11
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	13	17	25	37	8
10. Klasse	909	6	14	30	42	9
Abitur	207	2	7	30	57	4
(Fach-)Hochschule	313	1	7	23	65	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	3	11	28	54	4
in Ausbildung	103	2	15	25	57	1
arbeitslos	80	6	12	47	13	22
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	11	14	26	39	10
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	4	14	15	61	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	1	9	34	53	3
höh.-leit. Ang./Beamte	104	4	6	29	58	4
Landw./Selbst./Freib.	54	3	21	33	41	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	6	14	29	44	7
evangelisch	434	7	11	25	50	8
katholisch	121	8	9	20	57	6

Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A95

In der Gesellschaft sollte sich immer der Stärkere durchsetzen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	5	11	24	57	3
Geschlecht						
männlich	927	3	10	26	58	2
weiblich	958	6	11	22	56	4
Alter						
18-24 Jahre	131	6	6	14	74	0
25-34 Jahre	202	2	15	25	55	3
35-44 Jahre	283	1	13	28	56	2
45-59 Jahre	453	5	7	20	64	3
60 Jahre und älter	816	7	12	25	51	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	7	14	23	48	8
10. Klasse	909	6	11	27	54	2
Abitur	207	2	9	18	69	2
(Fach-)Hochschule	313	2	7	18	72	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	3	11	23	61	2
in Ausbildung	103	2	8	11	79	0
arbeitslos	80	12	19	29	36	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	7	11	25	52	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	3	18	19	58	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	2	10	20	65	3
höh.-leit. Ang./Beamte	104	4	4	33	59	0
Landw./Selbst./Freib.	54	1	10	36	50	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	6	11	26	55	3
evangelisch	434	3	12	21	59	4
katholisch	121	2	11	10	71	6

Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A96

Politiker bemühen sich, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	13	42	24	18	3
Geschlecht						
männlich	927	14	42	22	19	3
weiblich	958	12	43	26	17	3
Alter						
18-24 Jahre	131	10	63	13	14	1
25-34 Jahre	202	13	50	21	14	3
35-44 Jahre	283	5	41	31	20	3
45-59 Jahre	453	17	38	24	18	2
60 Jahre und älter	816	14	40	24	19	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	14	36	23	22	5
10. Klasse	909	9	40	27	21	2
Abitur	207	15	55	18	9	2
(Fach-)Hochschule	313	20	48	19	10	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	14	42	23	19	2
in Ausbildung	103	13	64	18	5	0
arbeitslos	80	4	31	37	26	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	12	41	24	18	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	19	34	16	28	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	13	43	25	17	2
höh.-leit. Ang./Beamte	104	17	55	17	9	1
Landw./Selbst./Freib.	54	8	24	38	31	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	11	40	27	20	3
evangelisch	434	16	52	16	12	3
katholisch	121	24	32	23	14	6

Die Politiker bemühen sich im Allgemeinen darum, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A97

Eliten Handeln gegen Interessen allgemeiner Bevölkerung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	27	34	18	17	5
Geschlecht						
männlich	927	30	33	17	19	2
weiblich	958	24	35	19	15	8
Alter						
18-24 Jahre	131	23	32	35	6	5
25-34 Jahre	202	19	36	17	22	7
35-44 Jahre	283	29	35	21	13	2
45-59 Jahre	453	29	32	15	21	2
60 Jahre und älter	816	27	34	16	17	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	35	32	13	14	6
10. Klasse	909	29	35	15	15	5
Abitur	207	21	35	29	13	2
(Fach-)Hochschule	313	12	32	25	28	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	25	36	18	17	3
in Ausbildung	103	18	30	39	12	1
arbeitslos	80	32	40	11	15	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	28	32	16	17	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	40	33	11	15	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	19	36	21	19	6
höh.-leit. Ang./Beamte	104	15	38	19	28	0
Landw./Selbst./Freib.	54	38	37	18	7	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	28	36	17	15	4
evangelisch	434	19	31	21	24	6
katholisch	121	35	23	21	16	5

Die Herrschenden und Mächtigen in unserer Gesellschaft handeln gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A98

Zeit für mehr Widerstand gegen aktuelle Politik

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	30	29	17	20	4
Geschlecht						
männlich	927	30	25	17	24	4
weiblich	958	30	32	16	17	5
Alter						
18-24 Jahre	131	28	18	37	12	5
25-34 Jahre	202	27	28	22	23	0
35-44 Jahre	283	26	40	14	17	3
45-59 Jahre	453	33	27	17	19	4
60 Jahre und älter	816	31	28	13	22	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	42	23	10	19	5
10. Klasse	909	31	34	14	16	4
Abitur	207	18	26	27	24	4
(Fach-)Hochschule	313	17	22	26	30	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	26	32	18	20	3
in Ausbildung	103	27	22	33	16	1
arbeitslos	80	45	34	2	10	10
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	32	26	14	22	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	37	20	15	26	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	20	37	20	18	5
höh.-leit. Ang./Beamte	104	13	36	16	32	3
Landw./Selbst./Freib.	54	39	39	14	8	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	32	28	17	19	4
evangelisch	434	23	31	17	23	5
katholisch	121	31	27	12	27	3

Es ist Zeit, mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik zu zeigen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A99

Wir sollten uns stärker auf unsere Traditionen besinnen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	37	32	15	11	4
Geschlecht						
männlich	927	36	29	17	14	4
weiblich	958	38	35	14	9	3
Alter						
18-24 Jahre	131	24	36	22	18	1
25-34 Jahre	202	24	32	28	15	1
35-44 Jahre	283	28	32	20	16	4
45-59 Jahre	453	36	31	18	12	4
60 Jahre und älter	816	47	32	9	8	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	50	28	7	12	3
10. Klasse	909	40	34	14	9	3
Abitur	207	22	34	27	13	4
(Fach-)Hochschule	313	19	32	25	18	6
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	33	34	19	11	3
in Ausbildung	103	12	28	31	28	1
arbeitslos	80	34	32	15	17	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	46	30	9	9	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	44	26	15	14	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	29	37	22	10	2
höh.-leit. Ang./Beamte	104	19	50	17	11	3
Landw./Selbst./Freib.	54	40	29	22	5	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	37	32	15	13	4
evangelisch	434	36	33	20	8	3
katholisch	121	43	33	11	12	1

Wir sollten uns wieder stärker auf unsere Traditionen besinnen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A100

Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	14	23	31	29	4
Geschlecht						
männlich	927	11	24	30	32	3
weiblich	958	16	22	32	26	5
Alter						
18-24 Jahre	131	15	11	41	31	3
25-34 Jahre	202	17	27	25	23	8
35-44 Jahre	283	12	23	35	27	3
45-59 Jahre	453	6	21	33	38	2
60 Jahre und älter	816	17	25	28	25	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	18	20	32	24	5
10. Klasse	909	17	21	27	27	4
Abitur	207	4	13	37	36	2
(Fach-)Hochschule	313	4	20	35	32	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	11	21	33	32	3
in Ausbildung	103	10	13	37	39	1
arbeitslos	80	9	20	40	21	9
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	18	26	26	25	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	18	16	30	35	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	8	18	39	31	3
höh.-leit. Ang./Beamte	104	7	36	27	29	1
Landw./Selbst./Freib.	54	5	30	29	36	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	14	24	29	28	5
evangelisch	434	12	22	34	30	2
katholisch	121	11	18	32	37	2

Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A101

Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten

Zeilenprozente

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	11	27	28	24	10
Geschlecht						
männlich	927	8	26	28	29	8
weiblich	958	13	28	29	19	12
Alter						
18-24 Jahre	131	4	10	34	35	18
25-34 Jahre	202	12	17	35	24	21
35-44 Jahre	283	10	20	29	26	13
45-59 Jahre	453	14	33	26	24	7
60 Jahre und älter	816	23	31	27	21	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	9	31	16	20	9
10. Klasse	909	3	30	32	20	9
Abitur	207	5	19	33	33	12
(Fach-)Hochschule	313	8	16	30	36	11
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	0	25	37	24	13
in Ausbildung	103	18	4	25	49	9
arbeitslos	80	14	36	26	13	8
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	11	32	16	22	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	11	35	16	27	12
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	8	22	35	19	16
höh.-leit. Ang./Beamte	104	4	12	40	35	8
Landw./Selbst./Freib.	54	5	16	45	22	11
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	12	28	28	21	10
evangelisch	434	7	27	29	29	8
katholisch	121	6	15	32	35	13

Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A102

Juden passen nicht so recht zu uns

Zeilenprozente

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	75	11	4	2	9
Geschlecht						
männlich	927	75	11	4	2	8
weiblich	958	74	11	3	2	9
Alter						
18-24 Jahre	131	92	3	2	0	3
25-34 Jahre	202	77	8	7	3	5
35-44 Jahre	283	71	15	1	4	9
45-59 Jahre	453	79	10	5	0	6
60 Jahre und älter	816	70	12	3	2	12
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	68	14	5	5	8
10. Klasse	909	72	11	4	2	11
Abitur	207	87	8	3	0	2
(Fach-)Hochschule	313	83	9	1	0	7
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	77	10	4	1	7
in Ausbildung	103	97	3	0	0	0
arbeitslos	80	63	14	6	4	12
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	70	12	4	2	11
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	73	11	7	2	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	81	8	2	2	7
höh.-leit. Ang./Beamte	104	86	5	5	3	1
Landw./Selbst./Freib.	54	61	20	3	0	16
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	73	11	5	2	10
evangelisch	434	77	14	1	2	6
katholisch	121	81	7	0	6	6

Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A103

Judenverfolgung wird im Verhältnis zu deutschem Leiden überthematisiert

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	16	21	17	36	9
Geschlecht						
männlich	927	15	21	18	41	5
weiblich	958	18	21	17	32	13
Alter						
18-24 Jahre	131	7	16	21	54	2
25-34 Jahre	202	14	24	14	40	7
35-44 Jahre	283	18	21	20	35	6
45-59 Jahre	453	13	20	16	44	8
60 Jahre und älter	816	20	22	18	28	12
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	27	20	19	23	11
10. Klasse	909	16	27	14	33	9
Abitur	207	12	15	22	47	4
(Fach-)Hochschule	313	4	11	22	56	7
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	3	23	18	39	7
in Ausbildung	103	22	13	15	68	2
arbeitslos	80	21	24	18	29	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	22	30	16	30	12
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	14	21	14	30	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	21	21	21	40	10
höh.-leit. Ang./Beamte	104	15	12	15	61	2
Landw./Selbst./Freib.	54	31	18	31	33	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	18	22	18	35	8
evangelisch	434	13	19	18	38	11
katholisch	121	16	22	10	46	6

Es wird immer nur von der Judenverfolgung geredet. Wie die Deutschen gelitten haben, davon redet niemand.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A104

Eliten wollen Deutsche durch Einwanderer austauschen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	6	11	17	59	7
Geschlecht						
männlich	927	7	11	18	60	4
weiblich	958	5	11	17	57	10
Alter						
18-24 Jahre	131	5	0	22	72	0
25-34 Jahre	202	9	3	11	73	4
35-44 Jahre	283	6	11	26	52	6
45-59 Jahre	453	5	11	18	61	5
60 Jahre und älter	816	6	14	15	54	10
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	7	18	18	43	14
10. Klasse	909	8	12	20	55	5
Abitur	207	2	4	11	79	4
(Fach-)Hochschule	313	2	3	12	79	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	6	9	19	61	5
in Ausbildung	103	0	1	13	86	0
arbeitslos	80	14	11	40	30	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	6	14	14	55	11
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	17	12	19	50	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	1	8	21	62	8
höh.-leit. Ang./Beamte	104	4	5	10	79	1
Landw./Selbst./Freib.	54	10	9	21	60	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	7	11	18	57	7
evangelisch	434	3	13	17	58	9
katholisch	121	6	6	12	72	4

Die herrschenden Eliten verfolgen das Ziel, das deutsche Volk durch Einwanderer auszutauschen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A105

Westliche Welt hat sich gegen Russland und Putin verschworen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	15	21	18	32	14
Geschlecht						
männlich	927	18	25	15	34	8
weiblich	958	12	18	21	30	19
Alter						
18-24 Jahre	131	3	18	36	40	2
25-34 Jahre	202	16	23	20	29	11
35-44 Jahre	283	14	21	16	34	16
45-59 Jahre	453	15	20	16	36	12
60 Jahre und älter	816	16	23	16	29	17
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	12	27	19	27	15
10. Klasse	909	19	22	15	26	17
Abitur	207	8	17	24	46	5
(Fach-)Hochschule	313	10	15	20	47	8
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	16	24	17	32	12
in Ausbildung	103	0	10	41	48	1
arbeitslos	80	21	21	9	38	10
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	15	20	17	29	18
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	21	24	10	34	11
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	12	22	19	31	16
höh.-leit. Ang./Beamte	104	6	29	25	38	2
Landw./Selbst./Freib.	54	41	24	9	24	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	17	23	17	30	14
evangelisch	434	9	18	22	36	14
katholisch	121	9	18	15	42	15

Die westliche Welt hat sich gegen Russland und Putin verschworen, um die eigene Macht auszubauen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A106

Überfremdung der Wohnumgebung

Zeilenprozente

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	5	7	19	67	2
Geschlecht						
männlich	927	3	6	17	71	2
weiblich	958	6	8	21	62	2
Alter						
18-24 Jahre	131	2	8	14	76	0
25-34 Jahre	202	8	5	22	64	1
35-44 Jahre	283	6	4	21	65	3
45-59 Jahre	453	4	9	17	69	2
60 Jahre und älter	816	5	8	20	65	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	9	9	24	56	2
10. Klasse	909	5	8	20	65	3
Abitur	207	3	7	17	73	1
(Fach-)Hochschule	313	1	3	11	84	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	5	6	21	67	2
in Ausbildung	103	0	3	6	91	0
arbeitslos	80	7	11	24	52	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	6	8	19	65	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	7	6	24	59	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	3	9	19	68	1
höh.-leit. Ang./Beamte	104	7	3	20	69	1
Landw./Selbst./Freib.	54	2	3	28	67	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	6	7	20	64	2
evangelisch	434	2	7	19	71	1
katholisch	121	7	7	10	76	1

Meine Wohnumgebung ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A107

Freie Meinungsäußerung nicht ohne Nachteile möglich

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	19	25	19	34	3
Geschlecht						
männlich	927	18	27	19	34	1
weiblich	958	20	24	19	34	4
Alter						
18-24 Jahre	131	14	29	31	26	0
25-34 Jahre	202	27	29	18	26	0
35-44 Jahre	283	23	29	20	27	1
45-59 Jahre	453	21	28	19	31	2
60 Jahre und älter	816	15	21	18	41	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	451	21	26	16	33	5
10. Klasse	909	21	28	19	30	2
Abitur	207	15	24	25	34	2
(Fach-)Hochschule	313	10	18	22	47	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	899	21	29	20	30	1
in Ausbildung	103	8	32	29	31	0
arbeitslos	80	33	39	8	15	7
übrige Nicht-Erwerbstät.	772	15	20	19	42	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	193	30	29	14	26	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	403	17	31	22	30	1
höh.-leit. Ang./Beamte	104	15	30	16	38	0
Landw./Selbst./Freib.	54	40	22	20	18	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	21	26	18	33	2
evangelisch	434	14	25	23	35	3
katholisch	121	19	22	14	41	4

Heutzutage kann man seine Meinung nicht frei äußern, weil man sonst Nachteile haben könnte.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.